P. b. b. Erscheinungsort Wien, Verlagspostamt 1030 Wien

Stenographisches Protokoll

173. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich

XI. Gesetzgebungsperiode **Donnerstag, 18. und Freitag, 19. Dezember 1969**

Tagesordnung

Bundesfinanzgesetz für das Jahr 1970

Spezialdebatte

Beratungsgruppe XI: Finanzen

Bundesfinanzgesetz, Systemisierungsplan der Kraft-, Luft- und Wasserfahrzeuge des Bundes und Dienstpostenplan

---

Inhalt

Nationalrat

Schlußworte des Präsidenten (S. 14866)

Personalien

Krankmeldungen (S. 14782)

Geschäftsbehandlung

Unterbrechung der Sitzung (S. 14789)

Bundesregierung

Schriftliche Anfragebeantwortungen (S. 14782)

Ausschüsse

Zuweisung der Regierungsvorlage 1486 (S. 14866)

Verhandlungen

Bericht des Finanz- und Budgetausschusses über die Regierungsvorlage (1388 d. B.): Bundesfinanzgesetz für das Jahr 1970 (1462 d. B.)

Spezialdebatte

Beratungsgruppe XI: Kapitel 50: Finanzverwaltung, Kapitel 51: Kassenverwaltung, Kapitel 52: Öffentliche Abgaben, Kapitel 53: Finanzausgleich, Kapitel 54: Bundesvermögen, Kapitel 55: Pensionen (Hoheitsverwaltung), Kapitel 56: Familienlastenausgleich, Kapitel 57: Staatsvertrag, Kapitel 59: Finanzschuld, Kapitel 73: Salz (Monopol), Kapitel 74: Glücksspiele (Monopol), Kapitel 75: Branntwein (Monopol), Kapitel 76: Hauptmünzamt, Kapitel 80: Postsparkassenamt

Spezialberichterstatter: Tödling (S. 14782)

Bundesfinanzgesetz, Systemisierungsplan der Kraft-, Luft- und Wasserfahrzeuge des Bundes und Dienstpostenplan

Generalberichterstatter: Tödling (S. 14783 und S. 14865)

Redner: Wielandner (S. 14784), Sandmeier (S. 14790), Dipl.-Ing. Dr. Oskar Weihs (S. 14795), Dr. Mussil (S. 14804), Peter (S. 14815), Bundesminister Dr. Koren (S. 14821, S. 14839, S. 14855 und S. 14864), Dr. Haider (S. 14826), Dr. Staribacher (S. 14833), Scherrer (S. 14842), Dr. Androsch (S. 14847), Dr. Bassetti (S. 14857) und Lanc (S. 14862)

Ausschußentschließungen betreffend Wiederaufleben der Anmeldefrist und betreffend Vermögensverhandlungen für Heimatvertriebene (S. 14783) — Annahme (S. 14866)

Annahme der Beratungsgruppe XI (S. 14865)

Annahme des Bundesfinanzgesetzes samt Anlagen (S. 14865)

Eingebracht wurden

Regierungsvorlagen

1433: Abkommen mit der Internationalen Atomenergieorganisation und den Vereinigten Staaten von Amerika über die Anwendung von Kontrollbestimmungen (S. 14790)

1486: Gründung der Hochschule für Bildungswissenschaften in Klagenfurt (S. 14866)

Anfragen der Abgeordneten

Müller, Robak, Babanitz und Genossen an den Bundesminister für Bauten und Technik, betreffend Ausgabenansätze im Budgetüberschreitungsgesetz 1969 (1543/J)

Dr. Scrinzi, Dr. van Tongel und Genossen an den Bundesminister für Verkehr und verstaatlichte Unternehmungen, betreffend ÖBB-Fahrpreisermäßigung für österreichische Staatsbürger, die das 65. Lebensjahr überschritten haben (1544/J)

Lukas, Zankl und Genossen an den Bundesminister für Bauten und Technik, betreffend Schulbau des Bundesgymnasiums für Slowenen in Klagenfurt (1545/J)

Czernetz, Dr. Kleiner und Genossen an den Bundesminister für Auswärtige Angelegenheiten, betreffend Verhalten der österreichischen Delegation bei der UNO (1546/J)

Mondl, Preußler, Steininger und Genossen an den Bundesminister für Landesverteidigung, betreffend die Aberkennung der Eignung zum Reserveoffiziersanwärter durch offenkundig gesetzwidrige Bescheide (1547/J)

Steininger, Mondl, Preußler und Genossen an den Bundesminister für Landesverteidigung, betreffend die lohnsteuermäßige Behandlung von Zuschlägen gemäß § 4 Abs. 4 des Bundesgesetzes über Ansprüche aus der Ableistung freiwilliger Waffenübungen (1548/J)

Preußler, Mondl, Steininger und Genossen an den Bundesminister für Finanzen, betreffend die lohnsteuerrechtliche Behandlung von Zuschlägen, die den freiwillig Waffenübenden gemäß § 4 Abs. 4 des Bundesgesetzes über Ansprüche aus der Ableistung freiwilliger Waffenübungen gebühren (1549/J)

Exler, Pay, Moser und Genossen an den Bundesminister für Justiz, betreffend die Verunglimpfung von Richtern durch den Landeshauptmann von Steiermark Josef Krainer (1550/J)

Exler, Pay, Moser und Genossen an den Bundesminister für Inneres, betreffend die Verunglimpfung von Beamten der Wirtschaftspolizei durch den Landeshauptmann von Steiermark Josef Krainer (1551/J)

Anfragebeantwortungen

Eingelangt sind die **Antworten**

des Bundesministers für Verkehr und verstaatlichte Unternehmungen auf die Anfrage der Abgeordneten Frühbauer und Genossen (1417/A. B. zu 1421/J)

des Bundesministers für Verkehr und verstaatlichte Unternehmungen auf die Anfrage der Abgeordneten Frühbauer und Genossen (1418/A. B. zu 1423/J)

des Bundesministers für Bauten und Technik auf die Anfrage der Abgeordneten Wielandner und Genossen (1419/A. B. zu 1433/J)

Beginn der Sitzung: 20 Uhr 10 Minuten

Vorsitzende: Präsident Dr. **Maleta**, Zweiter Präsident Dipl.-Ing. **Waldbrunner**, Dritter Präsident **Wallner**.

Präsident **Wallner:** Die Sitzung ist eröffnet.

Krank gemeldet sind die Abgeordneten Eberhard, Jungwirth, Troll, Krempl und Mayr.

Eingelangt sind drei Anfragebeantwortungen, die den Anfragestellern übermittelt worden sind. Diese Anfragebeantwortungen wurden auch vervielfältigt und an alle Abgeordneten verteilt.

Im Einvernehmen mit den Parteien schlage ich vor, die Debatte über die in der Tagesordnung angeführte Beratungsgruppe XI, Finanzen, und über das Bundesfinanzgesetz, den Systemisierungsplan der Kraft-, Luft- und Wasserfahrzeuge des Bundes sowie den Dienstpostenplan unter einem abzuführen. In diesem Falle werden zuerst die beiden Berichterstatter ihre Berichte geben, sodann wird die Debatte unter einem abgeführt. Die Abstimmung erfolgt selbstverständlich — wie immer in solchen Fällen — getrennt.

Wird gegen diesen Vorschlag ein Einwand erhoben? — Dies ist nicht der Fall. Der Vorschlag ist angenommen.

Bericht des Finanz- und Budgetausschusses über die Regierungsvorlage (1388 der Beilagen): Bundesfinanzgesetz für das Jahr 1970 (1462 der Beilagen)

Spezialdebatte

Beratungsgruppe XI

Kapitel 50: Finanzverwaltung
Kapitel 51: Kassenverwaltung
Kapitel 52: Öffentliche Abgaben
Kapitel 53: Finanzausgleich
Kapitel 54: Bundesvermögen
Kapitel 55: Pensionen (Hoheitsverwaltung)
Kapitel 56: Familienlastenausgleich
Kapitel 57: Staatsvertrag
Kapitel 59: Finanzschuld
Kapitel 73: Salz (Monopol)
Kapitel 74: Glücksspiele (Monopol)
Kapitel 75: Branntwein (Monopol)
Kapitel 76: Hauptmünzamt
Kapitel 80: Postsparkassenamt

Bundesfinanzgesetz, Systemisierungsplan der Kraft-, Luft- und Wasserfahrzeuge des Bundes und Dienstpostenplan

Präsident **Wallner:** Wir gelangen nunmehr zur Spezialdebatte über die Beratungsgruppe XI: Finanzen.

Ferner kommen wir zur Spezialdebatte über das Bundesfinanzgesetz selbst, den Systemisierungsplan der Kraft-, Luft- und Wasserfahrzeuge des Bundes und den Dienspostenplan.

Die Debatte wird unter einem abgeführt.

Spezialberichterstatter zur Beratungsgruppe XI ist der Herr Abgeordnete Mayr. Da er erkrankt ist, wird in seiner Vertretung der Generalberichterstatter Tödling den Bericht erstatten. Ich ersuche ihn um seinen Bericht.

Generalberichterstatter **Tödling:** Hohes Haus! An Stelle des erkrankten Spezialberichterstatters erstatte ich folgenden Bericht:

Der Finanz- und Budgetausschuß hat die in der Beratungsgruppe XI zusammengefaßten Kapitel des Bundesvoranschlages für das Jahr 1970 in seiner Sitzung am 25. November 1969 der Vorberatung unterzogen.

Im Rahmen der Kapitel der Gruppe Finanzen sind an Ausgaben rund 29,5 Milliarden Schilling oder nahezu 30 Prozent der Gesamtausgaben und an Einnahmen rund 68,5 Milliarden Schilling oder fast 75 Prozent der gesamten erwarteten Einnahmen des Bundes im Jahre 1970 veranschlagt.

In der Debatte, die sich an die Ausführungen des Spezialberichterstatters anschloß, ergriffen neben dem Herrn Finanzminister Dr. Koren sowie Staatssekretär Dr. Neisser 14 Abgeordnete das Wort.

Im übrigen, Hohes Haus, darf ich auf den gedruckten Ausschußbericht verweisen.

Tödling

Von den Abgeordneten Sandmeier und Genossen wurden im Hinblick auf die vom Nationalrat verabschiedete Novelle zum ÖIG-Gesetz Abänderungsanträge betreffend die finanzgesetzlichen Ansätze 2/51 247, 1/54 003 und 1/54 013 eingebracht.

Ferner hat der Finanz- und Budgetausschuß die dem Ausschußbericht beigedruckten beiden Entschließungen angenommen, die auf Anträge der Abgeordneten Peter, Machunze und Dr. Tull zurückgehen.

Der Finanz- und Budgetausschuß stellt somit den Antrag, der Nationalrat wolle beschließen:

1. Dem Kapitel 50: Finanzverwaltung, dem Kapitel 51: Kassenverwaltung, dem Kapitel 52: Öffentliche Abgaben, dem Kapitel 53: Finanzausgleich, dem Kapitel 54: Bundesvermögen, dem Kapitel 55: Pensionen (Hoheitsverwaltung), dem Kapitel 56: Familienlastenausgleich, dem Kapitel 57: Staatsvertrag, dem Kapitel 59: Finanzschuld, dem Kapitel 73: Salz (Monopol), dem Kapitel 74: Glücksspiele (Monopol), dem Kapitel 75: Branntwein (Monopol), dem Kapitel 76: Hauptmünzamt, und dem Kapitel 80: Postsparkassenamt, des Bundesvoranschlages für das Jahr 1970 wird mit den dem Ausschußbericht angeschlossenen Abänderungen die verfassungsmäßige Zustimmung erteilt.

2. Die dem Ausschußbericht beigedruckten zwei Entschließungen werden angenommen.

Präsident **Wallner:** Ich bitte nunmehr den Generalberichterstatter, Herrn Abgeordneten Tödling, seinen Bericht über das Bundesfinanzgesetz selbst samt allen Anlagen, soweit sie noch nicht behandelt worden sind, zu geben. Es sind dies die Gesamtübersichten, der Systemisierungsplan der Kraft-, Luft- und Wasserfahrzeuge des Bundes und der Dienstpostenplan.

Generalberichterstatter **Tödling:** Hohes Haus! Ich darf nun meinen Bericht zum Bundesfinanzgesetz 1970 erstatten und darf das in gekürzter Form tun.

Der von der Bundesregierung vorgelegte Text des Bundesfinanzgesetzes für das Jahr 1970 stimmt mit dem in Geltung stehenden Bundesfinanzgesetz weitgehend überein. Den Erkenntnissen des Verfassungsgerichtshofes vom 19. Dezember 1962, vom 10. Dezember 1966 und vom 8. Dezember 1967 wurde Rechnung getragen.

Das Bundesfinanzgesetz gliedert sich in 14 Artikel. Ich möchte jene Artikel kurz umreißen, welche gegenüber dem Bundesfinanzgesetz 1969 Veränderungen aufweisen.

Artikel II beinhaltet die Budgetglobalziffern. Die Ausgaben und Einnahmen in der ordentlichen Gebarung erfahren durch den im Ausschuß eingebrachten Antrag Nr. 10 eine Veränderung.

Artikel III enthält in den Abs. 5 und 9 a einige Klarstellungen. Abs. 8 bezieht sich auf Deckungsfähigkeit der Ansatzbeträge „Bundesbeiträge der Bundesstraßenverwaltung (Autobahnen)" und „Brenner Autobahn".

Artikel IV erhält im Abs. 3 eine Verkürzung der Frist, bis zu welcher im folgenden Finanzjahr Rechnungen für das Haushaltsjahr 1970 noch angewiesen werden können.

Artikel VI erhält im Abs. 1 Z. 1 eine neue lit. b und eine neue lit. e.

Artikel VII beinhaltet im Abs. 1 Z. 2 eine Erhöhung des Betrages für vom Wasserwirtschaftsfonds durchzuführende Finanzoperationen.

Artikel VIII enthält eine Ermächtigung des Finanzministers, mit welcher er in der Höhe der nicht in Anspruch genommenen Teile der Ausgabenansätze für Anlagen in der ordentlichen und außerordentlichen Gebarung auch betriebsähnlicher Verwaltungszweige — neben Monopolen, Bundesbetrieben und ÖBB — Reservierungen im Wege von Rücklagenzuführungen vornehmen kann.

Artikel X erhielt in den Abs. 5 und 6 eine Verdeutlichung, worauf die einzelnen Wertgrenzen zu beziehen sind. Die übrigen Artikel weisen keine Veränderungen auf.

Zum Bundesfinanzgesetz wurde von den Abgeordneten Sandmeier und Genossen ein Abänderungsantrag eingebracht, da sich durch die vom Ausschuß angenommenen Anträge zu den Beratungsgruppen X und XI auch die Gesamtsummen der ordentlichen Gebarung im Artikel II ändern. Eine Änderung im Gesamtgebarungsabgang tritt hiedurch nicht ein.

Der schon zitierte Abänderungsantrag besagt:

Im Artikel II Abs. 1 lit. a „Ordentliche Gebarung" tritt bei den Ausgaben an Stelle des Betrages 97.652,679.000 S der Betrag 97.722,679.000 S und bei den Einnahmen an Stelle des Betrages 92.208,264.000 S der Betrag 92.278,264.000 S.

Der Systemisierungsplan der Kraft-, Wasser- und Luftfahrzeuge für 1970 sieht eine Fahrzeugvermehrung vornehmlich für betriebliche Zwecke von 354 Kraftfahrzeugen, 4 Luft- und 4 Wasserfahrzeugen vor.

Zum Systemisierungsplan wurde ebenfalls von den Abgeordneten Sandmeier und Ge-

nossen ein Antrag eingebracht. Durch diesen Antrag wurde die irrtümliche Kategorisierung der Fahrzeuge der Kategorien II a und II b richtiggestellt.

Der Dienstpostenplan für 1970 weist nicht die erfreuliche Verminderung von Dienstposten wie für das Jahr 1969 auf. Ich darf daran erinnern, daß der Dienstpostenplan für 1969 eine Einsparung von 3915 Posten vorgesehen hat. Für 1970 scheint lediglich eine Postenverminderung um 682 auf, obwohl bei einzelnen Ressorts erhebliche Personalstandssenkungen zu verzeichnen sind. So zum Beispiel beim Bundesministerium für Inneres —249, beim Sozialministerium —176, bei den Bundesbetrieben —227 und bei den Bundesbahnen —1077. Diese Postenverminderung wird fast kompensiert durch den erhöhten Personalbedarf der Unterrichtsverwaltung.

Hohes Haus! Der Finanz- und Budgetausschuß stellt durch mich den Antrag, der Nationalrat wolle beschließen:

Dem von der Bundesregierung vorgelegten Entwurf des Bundesfinanzgesetzes für das Jahr 1970 (1388 und Zu 1388 der Beilagen) mit den dem schriftlichen Bericht angeschlossenen Abänderungen sowie dessen Anlage I (Bundesvoranschlag) samt Anlagen I a bis I d (Gesamtübersichten) in der Fassung der Spezialberichte, dem Systemisierungsplan der Kraft-, Luft- und Wasserfahrzeuge des Bundes mit den vorgeschlagenen Abänderungen sowie der Anlage II (Dienstpostenplan) wird die verfassungsmäßige Zustimmung erteilt.

Abschließend beantrage ich, das Bundesfinanzgesetz mit in die Debatte einzubeziehen.

Präsident **Wallner:** Wir gehen nunmehr in die gemeinsame Debatte ein. Zum Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Wielandner.

Ich möchte darauf aufmerksam machen — welcher Abgeordnete gerade immer am Wort ist —, daß nach einer Parteienvereinbarung die Sitzung um 21 Uhr unterbrochen wird.

Abgeordneter **Wielandner** (SPÖ): Hohes Haus! Meine sehr geehrten Damen und Herren! *(Abg. Machunze: Der Wielandner spricht nie so lange!)* Danke für die Ratschläge, Herr Obmann des Finanz- und Budgetausschusses.

Heute vormittag habe ich sehr aufmerksam den Ausführungen der Abgeordneten Ulbrich und Glaser zugehört. Ich habe keinen einzigen persönlichen Angriff des Abgeordneten Ulbrich feststellen können, sondern er hat mit seinem Sachwissen die Verkehrspolitik der Österreichischen Volkspartei herausgestellt und hat festgestellt, was hier an Mängeln zu verzeichnen ist.

Es blieb dem Herrn Abgeordneten Glaser vorbehalten, nicht in die unterste Schublade zu greifen, sondern schon unter den Schrank. *(Abg. Machunze: Keinen Salzburger Krieg!)* Durchaus nicht, aber was gesagt werden muß, Herr Kollege Machunze, muß gesagt werden. *(Abg. Glaser: Der Ulbrich ist ja ein Salzburger Abgeordneter, das wißt ihr gar nicht!)* Er hat in den Sand gegriffen, möchte ich sagen.

Ich gestatte mir die Frage, Herr Kollege Glaser: Gibt es Korruption nur in der Vorstadt, so wie es heute geheißen hat? Ich glaube, die hat es in Österreich in höchsten Kreisen gegeben. Ich brauche nicht einmal Namen zu nennen, Sie kennen sie bestimmt.

Noch etwas: Persönliche Angriffe auf Fachwissen, diese Gangart kann ich nicht fair nennen. Das ist etwas, was das Klima in diesem Hause vergiften könnte. Wenn ihr nicht wißt, was ich mit Korruption gemeint habe, dann hättet ihr nur dem Abgeordneten Exler zuzuhören brauchen, der sicherlich seinen Beitrag geleistet hat. *(Abg. Nimmervoll: Der ist ganz danebengestiegen!)* Der Exler? Ich habe absolut nicht den Eindruck gehabt, daß Exler danebengestiegen ist. Der Herr Berichterstatter ist selbst dort gewesen, er hat auch gehört, was der Herr Landeshauptmann der Steiermark, Krainer, gesagt hat. *(Abg. Weikhart: Das ist ein Glück!)* Ich weiß, daß er es als Berichterstatter nicht sagen darf. Mir ist mitgeteilt worden, daß er ebenfalls mit dabei gewesen ist, als diese Worte gefallen sind. Ich habe sie nicht für sehr nett befunden. *(Abg. Steiner: Den Exler, das stimmt!)* Den Exler habe ich schon für sehr gut befunden, da fehlt nichts, der war schon in Ordnung. *(Abg. Glaser: Und den Ulbrich?)* Ich glaube, das Fachwissen Ulbrichs ist irgendwie bestechend. *(Abg. Glaser: Seine Einleitung?)* Seine Einleitung? Der Herr Vizekanzler hat gestern entsprechend, wie man sagt, „eineg'haut", und heute ist ihm die Antwort erteilt worden. *(Abg. Dipl.-Ing. Oskar Weihs: Er hat zurückgehaut! — Abg. Weikhart: Er hat nur nicht den Fuchs aus dem Bau herausgebracht! — Weitere Zwischenrufe.)*

Präsident **Wallner** *(das Glockenzeichen gebend):* Ich bitte, die Zwischenaussprachen zu unterlassen.

Abgeordneter **Wielandner** *(fortsetzend):* Es wäre sehr schön, wenn man den Fuchs aus dem Bau herausholen könnte, wenn man möchte, aber immer geht halt der Fuchs nicht heraus, wenn es der andere will. *(Abg.*

Wielandner

Glaser: Herr Abgeordneter Wielandner! Schließen wir das ab und sagen wir halt: Hart im Geben seid ihr immer gewesen, aber butterweich im Nehmen! — Abg. Dipl.-Ing. Dr. O. Weihs: O nein! — Abg. Weikhart: Wir vertragen schon etwas!) Kollege Glaser! Wir vertragen alles, aber wir werden uns unserer Haut wehren, so gut wir können. Falls es notwendig ist, werden wir hier heruntergehen, ebenso antworten und darauf replizieren, wie Sie es tun. *(Beifall bei der SPÖ. — Zwischenrufe bei der ÖVP.)*

Präsident **Wallner:** Lassen Sie bitte den Redner sprechen.

Abgeordneter **Wielandner** *(fortsetzend)*: Es ist nicht meine Absicht, Belehrungen auszuteilen. Es war eine Feststellung, Herr Kollege Glaser. Ich glaube, es ist besser, wenn wir in Zukunft die persönlichen Dinge beiseite lassen. Die werden im Wahlkampf wahrscheinlich sowieso oft genug hervorkommen. *(Zwischenruf bei der ÖVP.)* Sicherlich, davon bin ich überzeugt. Bleiben wir bei den Problemen, wie sie sich bei uns zeigen.

Ich möchte heute an die Spitze meiner Ausführungen, die ich natürlich wieder zum Finanzausgleich machen muß, einen Satz stellen: Wo bleibt die Vertragstreue des Bundes? *(Abg. Grundemann-Falkenberg: Von Wien? — Abg. Weikhart: Reden Sie nicht immer von Wien, wenn der Bund zur Debatte steht! Sie kommen immer mit Wien daher! Die haben das jetzt wiederum im Rathaus gemeinsam beschlossen! — Weitere Zwischenrufe.)*

Präsident **Wallner** *(das Glockenzeichen gebend)*: Ich bitte nun wirklich um Ruhe, der Redner soll seinen Vortrag halten. *(Abg. Weikhart: Beschmutze nie das eigene Nest!)*

Abgeordneter **Wielandner** *(fortsetzend)*: Der Herr Bundeskanzler Klaus hat am 20. April 1966 in seiner Regierungserklärung ausgeführt: „Der föderalistische Aufbau Österreichs erfordert in diesem Zusammenhang ein konformes Vorgehen aller Gebietskörperschaften im Rahmen eines mehrjährigen, modernen Finanzausgleiches." *(Abg. Spielbüchler: Das hat er schon bald wieder vergessen!)*

Im „Arbeitsbehelf" zum Bundesfinanzgesetz 1970 ist wieder der gleiche Absatz enthalten, wie wir ihn jedes Jahr zum Finanzausgleich vorgefunden haben. Er endet mit den Schlußsätzen, die da lauten:

„Die den Finanzausgleich regelnden Rechtsvorschriften sind, gestützt auf langjährige Erfahrung, auf zwei Bundesgesetze verteilt: ein Bundesverfassungsgesetz, das die vielfach der Ausführung durch einfaches Bundesgesetz bedürftigen Grundsätze enthält, das sogenannte Finanz-Verfassungsgesetz — mit Wirkung ab 1. Jänner 1948 steht das Bundesverfassungsgesetz vom 21. Jänner 1948 über die Regelung der finanziellen Beziehungen zwischen dem Bund und den übrigen Gebietskörperschaften in Geltung — und ein einfaches Bundesgesetz, das die Konkretisierung der im Finanz-Verfassungsgesetz festgelegten Grundsätze für einen bestimmten Zeitraum unter Rücksichtnahme auf die jeweiligen wirtschaftlichen Verhältnisse und den Finanzbedarf der Gebietskörperschaften im Rahmen der vorhandenen Mittel regelt. Diese Aufgabe erfüllt zurzeit das Finanzausgleichsgesetz 1967, mit dem der Finanzausgleich für die Jahre 1967 bis 1972 geregelt wird und sonstige finanzausgleichsrechtliche Bestimmungen getroffen werden. Damit wird der erstmalig 1959 beschrittene Weg einer langfristigen Finanzausgleichsregelung fortgesetzt, der allen Gebietskörperschaften wirtschaftliche Planungen auf längere Sicht ermöglicht."

„Auf längere Sicht" heißt Sicherheit für die Gebietskörperschaften, aber wenn wir uns das betrachten, müssen wir feststellen, daß die Entwicklung eine andere gewesen ist. Es ist fast drei Jahre her, seit dieser Finanzausgleich in diesem Hause beschlossen worden ist. Aber wir hätten uns ja schon damals denken können, daß diese Sicherheit absolut nicht gewährleistet ist, denn der Herr Bundeskanzler, früher einmal Bundesminister für Finanzen, hat ja bereits einmal durch das „Notopfer" ausgeräumt. Sie werden sich sicherlich daran erinnern können. *(Abg. Machunze: Schon wieder eine Kritik am Slavik, Kollege Wielandner! — Weitere Zwischenrufe.)* Ich weiß nicht: War der Herr Vizebürgermeister Slavik damals Finanzminister oder der Herr Bundeskanzler Doktor Klaus? *(Abg. Machunze: Jetzt hat Slavik den Finanzausgleich durchlöchert!)*

Aber es kommt ja viel schöner. Seit dem Jahr 1966 wird es ganz anders gemacht. Die derzeitigen Finanzminister, sowohl Schmitz wie jetzt Dr. Koren, machen das viel geschickter. Sie räumen die Gemeinden aus, und zwar, möchte ich fast sagen, getarnt aus. *(Abg. Steiner: Wie machen sie das, ausräumen?)* Kollege Steiner, du kannst Gift darauf nehmen, ich werde das schon beweisen.

Wie immer es gemacht ist, man nimmt den Ländern und Gemeinden durch einseitige gesetzliche Maßnahmen und redet vom Föderalismus, der angeblich bei dieser Regierung so hoch im Kurs steht. Aber Ende 1966 hat es wirklich ausgeschaut, als wollte man Ländern

Wielandner

und Gemeinden helfen. *(Abg. Machunze: Haben wir doch!)*

Aber blenden wir zurück. Es war klar, meine Herren — und wir sind darüber gar nicht mehr so böse —, daß durch eine Umschichtung der Gewerbesteuer in erster Linie die sozialistisch verwalteten größeren Gemeinden betroffen worden sind, daß man die Umsatzsteuer umgeschichtet hat und daß man dadurch ganz andere Verhältnisse bei der Aufteilung dieser gemeinsamen Gelder getroffen hat. *(Abg. Grundemann-Falkenberg: Für die Kleinen!)* Die Kleinen haben mehr bekommen. Man hat es den anderen genommen, die sicherlich nach alten ... *(Abg. Dr. Gruber: Wir sind eben für die Kleinen!)* Ich sage Ihnen ja, ich bin gar nicht so böse darüber. Zumindest ist das Geld in den österreichischen Gemeinden geblieben und konnte dort gemeinsam in diesem Kommunalwesen investiert werden. *(Abg. Dr. Gruber: Da hat er jetzt auch etwas Richtiges gesagt!)*

Am 15. Dezember 1966 haben wir dieses Finanzausgleichsgesetz 1967 beschlossen. Der Sprecher, Herr Präsident Grundemann, der sich um den Finanzausgleich sehr viele Verdienste erworben hat, hat hier ... *(Abg. Machunze: Kollege Wielandner! Mit den Stimmen der Sozialisten ist der Finanzausgleich beschlossen worden! — Abg. Robak: Nur ist er inzwischen verändert worden!)* Ja sicher, das weiß ich schon, Herr Kollege Machunze. Ich werde Ihnen aber sagen, welche Gesetze Sie allein beschlossen haben, die bewirkt haben, daß der Finanzausgleich verändert worden ist. *(Abg. Machunze: Den Finanzausgleich haben wir gemeinsam gemacht!)* Ja, den haben wir gemeinsam gemacht. Wir haben uns damals auch über die Langfristigkeit gefreut, 1967 bis 1972, sechs Jahre also. Heute wären wir froh, wenn wir diese Langfristigkeit nicht hätten. Dann könnten wir vielleicht manches jetzt ändern und könnten sagen, die drei Jahre sind vorbei. *(Abg. Staudinger: Und das Wirtschaftswachstum zusammenhauen?)*

Der Herr Kollege Grundemann hat damals gemeint, 1970 und 1971 würde der Finanzausgleich keinen Sprengstoff liefern. Stimmt doch? Zumindest steht es in den stenographischen Protokollen. *(Abg. Steiner: Da hat er auch recht gehabt!)*

Die Entwicklung des Finanzausgleiches bildet einen echten Sprengstoff, und ich werde noch darauf zurückkommen. Bei allen Maßnahmen der ÖVP-Alleinregierung wurde keine Gruppe so hart betroffen wie die Gemeinden, die Partner des Finanzausgleiches, die Länder und die Gemeinden. *(Abg. Dr. Mussil: Wo steht das?)* Hier in meinen Vormerkungen, wenn Sie es wissen wollen, Herr Generalsekretär Mussil! Es wurde eine Finanzgesetzgebung bewirkt, die zwar dem Bund viel brachte, den Finanzausgleichspartnern, den Ländern und Gemeinden aber sehr viel genommen hat.

Der Herr Präsident Grundemann hat damals gemeint, die Gemeindeverantwortlichen könnten aufatmen; das war am 15. Dezember 1966. Aber es ist ein Stöhnen und Ächzen daraus geworden unter dieser Umschichtungs- und Sanierungspolitik.

Wodurch ist das entstanden? Es bestünde zwar eine Schutzklausel im § 6 des Finanzausgleichsgesetzes, die besagt, daß der Bund Verhandlungen führen muß, wenn entsprechende größere Veränderungen beim Finanzausgleich eintreten. *(Abg. Grundemann-Falkenberg: Wenn der Bund es vorschlägt!)* Aber diese Verhandlungen sind bis jetzt nicht geführt worden. Es sind Änderungen am laufenden Band erfolgt. *(Abg. Staudinger: Im Finanzausgleich?)*

Die erste Durchbrechung — Sie können sich sicherlich erinnern — war bereits ein halbes Jahr später, am 21. Juni 1967, durch die Abänderung der Bestimmungen für die Getränkesteuer zugunsten der Weinbauern. Aber es war vielleicht die kleinste der Durchbrechungen, die damals beschlossen worden ist.

Es ist dann sehr bald weitergegangen, denn der Herr Bundeskanzler hat am 20. April 1966 in seiner Regierungserklärung angekündigt: „Die Verwirklichung der wachstumsfördernden Maßnahmen wird es ermöglichen, in dieser Legislaturperiode abermals eine Reform der Lohn- und Einkommensteuer durchzuführen. Diese Reform soll einen verstärkten Leistungsanreiz bieten und eine gerechtere Familienbesteuerung herbeiführen." Durchgeführt ist das schon worden, aber nicht allein auf Kosten des Bundes, sondern sehr wesentlich auf Kosten der Länder und der Gemeinden. *(Zwischenrufe bei der ÖVP.)* Sicher haben wir dagegen gestimmt, weil wir uns dagegen wehren, daß man hier immer wieder umschichtet, ohne entsprechende Verhandlungen zu führen und ohne Ersatz zu bieten. *(Weitere Zwischenrufe.)* § 6 Finanzausgleichsgesetz sagt, es sind „Verhandlungen zu führen", meine Herren! Das war ein richtiger Aderlaß. *(Zwischenruf des Abg. Staudinger.)* Ich komme noch auf alles zu sprechen, lassen Sie mich doch weiterreden, Herr Kollege Staudinger. Oder wollen Sie etwas Konkretes von mir wissen? *(Zwischenruf des Abg. Machunze.)* Ja, der macht alles, scheinbar ist der Slavik für die ganze Finanzpolitik in

Wielandner

ganz Österreich verantwortlich, Herr Kollege Machunze! Aber das ist denn doch nicht der Fall. Vorläufig ist noch der Herr Dr. Stephan Koren hier. *(Abg. Weikhart: Der Machunze träumt von Slavik! — Abg. Ofenböck: Das wäre ein Posten für den Wielandner! — Heiterkeit.)* So gescheit könnte ich nie werden, Herr Kollege Ofenböck.

Nach dieser Steuerreform auf dem Rücken der Länder und Gemeinden kam die Sondersteuer zum Einkommen, die der Bund allein beanspruchte. *(Abg. Machunze: Kollege Wielandner! Sie sollten nicht immer den Slavik kritisieren!)* Und das war die echte Umschichtung. Von den Gemeinden hat man es zuerst genommen. Dann hat man die Sondersteuer eingeführt, von der man den Gemeinden nichts oder nur sehr wenig gab. Zuerst wurde etwas gegeben, da ließ man die Partner mitzahlen, dann nahm man wieder und beteiligte die Partner mit einem Almosen. Wie schaut diese Abrechnung aus? Der Bund verlor zuerst 2621 Millionen Schilling, die Gemeinden ohne Wien 669 Millionen; die Steuererhöhung brachte dem Bund 4756 Millionen, den Gemeinden 160 Millionen. Der Bund verdiente also per saldo 2100 Millionen Schilling, während die Gemeinden und die Länder einschließlich Wien 1200 Millionen Schilling verloren. *(Abg. Machunze: Kollege Wielandner, haben Sie das bei der Schärdinger oder bei der Niederösterreichischen Molkerei berechnet? — Abg. Lanc: Das ist eine Riesenargumentation, Herr Machunze! — Abg. Benya: Bei dem Argument wird die Milch sauer!)* Schauen Sie, Herr Kollege Machunze, ich rechne mir das ja gar nicht selber aus, sondern ich habe diese Zahlen von jemand, der es sicher besser versteht als ich. Das können Sie versichert sein. Ich brauche die Molkerei nicht dazu. *(Abg. Lanc: Selbst 20 Minuten vor 9 ist das unentschuldbar!)* Denn der Kollege Zittmayr würde es sowieso falsch rechnen. *(Abg. Dr. Gruber: Die Ehrlichkeit ist auch etwas Gutes, die wissen wir zu schätzen!)*

Sind diese Zahlen vielleicht auch unrichtig, die ich Ihnen jetzt sage, Herr Kollege Machunze? Sie wurden mir vom Herrn Finanzminister im Finanz- und Budgetausschuß gesagt. *(Abg. Machunze: Dann werden sie stimmen!)*

Die Abschreibungen bei Körperschaftsteuer und Einkommensteuer — je 200 Millionen Schilling — treffen die Länder und Gemeinden zu je 120 Millionen Schilling. Nichtentnommene Gewinne vermindern die Einkommensteuer um 280 Millionen Schilling, davon tragen Länder und Gemeinden 130 Millionen Schilling. Lohnsteuer- und Einkommensteuerreform insgesamt 3 Milliarden Schilling, davon Länder und Gemeinden 892 Millionen Schilling beziehungsweise 300 Millionen Schilling. Zusammen 1484 Millionen Schilling weniger. — Das 2. Abgabenänderungsgesetz brachte den Ländern und Gemeinden 200 Millionen Schilling, daher ist die Verminderung 1284 Millionen Schilling.

Stimmen die Zahlen, Herr Kollege Machunze? *(Abg. Dr. Mussil: Nein!)* Auch nicht? Dann weiß ich nicht, dann kann der Finanzminister nicht rechnen. *(Heiterkeit.)*

Der Bund hat seinen Ausfall wettgemacht, die Länder und die Gemeinden zahlen praktisch weiter, denn die haben aus diesem Topf nichts bekommen. *(Abg. Regensburger: Da haben Sie den falschen Topf erwischt!)* Wenn Sie die Zeitung lesen, Kollege Regensburger, werden Sie feststellen, daß immer wieder von den Gemeindefunktionären, sogar von Ihrem Finanzreferenten in Innsbruck, der sicherlich nicht der SPÖ angehört, davon gesprochen wird, daß der Finanzausgleich so verändert wurde, daß er den Ländern und den Gemeinden weniger bringt. Wenn Sie keine Zeitungen lesen, werden Sie wahrscheinlich nicht darüber informiert sein.

Aber es war ja nicht das einzige, was man zuungunsten der Gemeinden getan hat. Sie haben, meine Herren von der rechten Seite, den Hauptfeststellungszeitpunkt für die Einheitswerte entsprechend verschoben. Ich darf noch einmal darauf hinweisen, weil wir heute so kräftig beim ... *(Abg. Steiner: Hieße das, daß der Herr Bürgermeister von Bischofshofen hofft, daß die Einheitswerte steigen?)* Moment! Das Gesetz bewirkt, Kollege Steiner, daß zusätzliche Subventionen für die Bundesforste und für die Großgrundbesitzer gegeben werden. *(Abg. Grundemann-Falkenberg: Wo denn?)* Die Herabsetzung der Einheitswerte bei den Bundesforsten ist ja bereits erfolgt! *(Rufe bei der ÖVP: Das stimmt nicht!)* Ich weiß es ja aus meiner Gemeinde, Herr Präsident! Ich schicke es Ihnen, wenn es Sie besonders interessiert.

Das Gesetz bewirkt weiter, daß die Belastungen für die Kleinhausbesitzer — Sie kennen ja dieses Problem — bis zum 1. Jänner 1974 aufrecht bleiben. Und das Gesetz bewirkt schließlich, daß Gemeinden Mehreinnahmen bis 1974 aus den erhöhten Baugrundpreisen nicht erhalten. Kollege Steiner, was ist jetzt nicht richtig? *(Abg. Steiner: Was macht das Grunderwerbsteuergesetz aus?)* Ich habe jetzt von den Einheitswerten und von der Grundsteuer gesprochen, nicht von der Grunderwerbsteuer!

Wielandner

Den nächsten geplanten Anschlag habe ich gestern hier zitiert: Entwurf zum Bundesstraßengesetz. Die Gemeinden sollen die Bundesstraßen im Ortsbereich selber bauen. Das ist doch ein neuerlicher Anschlag, der die Gemeinden Österreichs wirklich belasten wird. Wenn Sie an der Regierung bleiben, werden Sie das machen. Sie haben doch jetzt jedes Gesetz durchgedrückt.

Ich darf Ihnen noch etwas sagen: Es gibt Monate hindurch keinen Groschen Gewerbesteuer bei den Gemeinden, obwohl wir wissen, daß zahlreiche monatliche Ratenzahlungen von Steuerpflichtigen erfolgen. Die Finanzämter kassieren das Geld und verbuchen es vermutlich auf die Bundessteuern.

Ich darf heute wieder deponieren: Wir Gemeinden verlangen, daß wir endlich ein Einschaurecht bekommen, damit wir informiert sind darüber, in welcher Form Steuernachlässe bei der Gewerbesteuer gewährt werden. Das haben wir bisher noch nie tun können. *(Abg. Robak: Unsere Steuern! — Abg. Steiner: Hat der Robak einen Gewerbebetrieb? — Abg. Lanc: Das interessiert die Bundesregierung nicht; da ist niemand auf der Regierungsbank, wenn es um Gemeindebelange geht! — Abg. Dr. Gruber: Der Herr Minister steht hier!)* Ich glaube, es sind Überbrückungsgelder für den Herrn Finanzminister. So etwas wird er sicherlich immer brauchen.

Der Finanzminister schuldet ja beispielsweise auch dem Familienlastenausgleich 2,3 Milliarden Schilling. Er hat mir gesagt: Das ist die Reserve, die angelegt wurde. Das ist ein ganz schönes Körberlgeld, muß ich sagen. Und eigentlich sind die Staatsschulden Ende 1969 nicht 43 Milliarden Schilling, sondern über 45 Milliarden Schilling. *(Abg. Robak: Herr Minister, hören Sie zu!)*

Vor dreieinhalb Jahren haben wir hier eine dringliche Anfrage eingebracht wegen Wiedereinführung der Selbstträgerschaft bei den Kinderbeihilfen in Krankenhäusern. Vor wenigen Tagen — nach dreieinhalb Jahren — waren Sie erst bereit, diesen Entschließungsantrag gemeinsam einzubringen. Erst jetzt sind Sie zur Einsicht gekommen. Wissen Sie, was dabei verlorengegangen ist? Sie haben es selbst geschrieben, Herr Präsident Grundemann. Im Jahr sind den Gemeinden dadurch etwa 100 Millionen Schilling verlorengegangen. Das sind bei dreieinhalb Jahren mindestens 350 Millionen Schilling. *(Abg. Steiner: Das war ein ganz schönes Christkindl für die Gemeinden!)* Ab 1. Jänner ist es leider erst in Kraft, Herr Kollege Steiner, sodaß wir erst nächstes Jahr dieses Christkindl haben.

Und jetzt komme ich zu etwas, was ein Vergleich sein soll zu den Verhältnissen 1966 und wie sich die Situation derzeit darstellt. Ich habe hier die „Denkschrift des Österreichischen Gemeindebundes" herausgeholt aus dem Jahre 1966, und zwar vom April 1966. Damals hat der Österreichische Gemeindebund eine Denkschrift herausgegeben und hat sich in verschiedenen Punkten damit beschäftigt, in welcher Form man sich etwa vorstellt, daß in Zukunft die Politik gemacht werden soll.

Über den Finanzausgleich habe ich bereits gesprochen und seine Entwicklung kurz aufgezeigt.

„Wie bereits erwähnt", heißt es in dieser Denkschrift, „ist der Straßenbau ein zentrales Problem, das durch die außerordentliche Zunahme des Kraftverkehrs bis in das kleinste Dorf reicht. Das gesamte öffentliche Straßennetz stellt verkehrspolitisch eine Einheit dar, so daß auch das Gemeindestraßennetz einen verstärkten Ausbau erfordert." Es heißt dann weiter: „Von den in der Verwaltung der Gebietskörperschaften stehenden Straßen sind 10 v. H. Autobahnen und Bundesstraßen, 25 v. H. Landesstraßen und 65 v. H. Gemeindestraßen. Von den Abgaben aus dem Kraftverkehr (ohne Berücksichtigung der dem Bund zufließenden Zolleinnahmen) aber entfallen 82 v. H. auf den Bund, 16 v. H. auf die Länder und 2 v. H. auf die Gemeinden."

Der Bund verwaltet also 9712 km Straßen und erhält als Mineralölsteueranteil 4200 Millionen Schilling, die Gemeinden verwalten 59.224 km Straßen und erhalten 184 Millionen Schilling — das sind nicht einmal 5 Prozent — aus der Mineralölsteuer.

Ein nächstes Problem, das hier behandelt wird: die Gemeindekrankenhäuser beispielsweise. Man weist darauf hin, daß hier endlich andere Verhältnisse geschaffen werden sollen, daß man den Gemeindekrankenhäusern helfen sollte. Nun, es war damals nicht möglich, im Rahmen des Finanzausgleiches diese Frage zu lösen. Seither sind Jahre vergangen. Seither ist zwar verhandelt und geredet worden, aber zu einem Erfolg ist man nicht gekommen.

Zur Schulgesetzgebung schrieb man damals, daß die Gesamtmehrkosten der Länder und Gemeinden für den vermehrten Schulbau wegen des 9. Schuljahres 6,5 Milliarden Schilling betragen werden. Und was hat das Finanzausgleichsgesetz tatsächlich als Hilfe für die Gemeinden gebracht? 1967 und 1968 je 50 Millionen Schilling, das sind zusammen 100 Millionen Schilling, 1969 und 1970 je 75 Millionen Schilling, das sind 150 Millionen

Wielandner

Schilling, 1971 und 1972 je 100 Millionen Schilling, das sind 200 Millionen Schilling; zusammen also 450 Millionen Schilling für ganz Österreich. Wenn wir die Mehrkosten betrachten, diese 6,5 Milliarden Schilling, dann müssen wir sagen: Das war wohl nur eine sporadische Hilfe, die der Herr Finanzminister Schmitz damals eingebaut hat.

Zum Schulbau noch eine ganz kurze Bemerkung. Wir haben seinerzeit einen Antrag eingebracht auf eine vermehrte Hilfe des Bundes für die Gemeinden. Er ist zwar dann später in einer ersten Lesung behandelt worden, aber selbstverständlich wurde dieser Antrag abgelehnt, obwohl man andererseits Millionen Schilling von den Gemeinden genommen hat.

Und jetzt zur Frage des Wasserwirtschaftsfonds. Der Herr Bundesminister hat in seiner Budgetrede ausgeführt: „In der laufenden Legislaturperiode ist durch die Zusicherung von Förderungsmitteln des Bundes im Betrag von über 2,7 Milliarden Schilling die Herstellung von über 1000 Wasserversorgungs- und Abwasserbeseitigungsanlagen mit einem Kostenaufwand von über 4 Milliarden Schilling finanziell gesichert worden." Das ist alles recht und schön. Aber im Jahre 1966 haben wir nach dieser Aussendung, nach der „Denkschrift des Österreichischen Gemeindebundes" Anträge in der Höhe von etwa 6 Milliarden Schilling beim Fonds gehabt, und am 31. Juli 1969 beliefen sich die Anträge auf fast 10 Milliarden Schilling. Also Sie sehen, daß das, was man hier getan hat, ebenfalls zuwenig ist, daß die Dotierung des Wasserwirtschaftsfonds zu gering ist. Ein Vergleich, Herr Bundesminister, zwischen 1969 und 1965 ist nicht möglich, weil die Anträge in wesentlich vermehrtem Maße hereingekommen sind. Wir haben zwar vom Herrn Bautenminister Doktor Kotzina im Ausschuß eine Zusammenstellung erbeten über den letzten Stand der Anträge beim Wasserwirtschaftsfonds. Wir haben eine Zusammenstellung mit Datum 31. Juli 1969 bekommen, also ein halbes Jahr zurückliegend. Ich muß fragen: Ist das eine Verschleierungstaktik, oder wo gehört das hin?

Dann wurde ein Fürsorgegrundsatzgesetz gefordert. Wir haben seither, Herr Präsident, nichts davon gehört, obwohl es damals geheißen hat: „Noch immer ist der Erlaß eines modernen Fürsorgegrundsatzgesetzes, welcher das noch geltende deutsche Fürsorgerecht zu ersetzen hätte, überfällig."

Zur Fremdenverkehrsförderung, die damals ebenfalls gefordert worden ist, hat es geheißen: „Die überragende wirtschaftliche Bedeutung des Fremdenverkehrs für die österreichische Zahlungsbilanz und für die heimische Wirtschaft veranlaßt den Gemeindebund, auf die große Verantwortung der Gemeinden für die Entwicklung des Fremdenverkehrs hinzuweisen. Die Fremdenverkehrsgemeinden müssen auch finanziell in die Lage versetzt werden, mit der Entwicklung der Fremdenverkehrsbetriebe Schritt zu halten. Deshalb ist es wichtig, daß die Fremdenverkehrsgemeinden in die fremdenverkehrsfördernden Maßnahmen des Bundes einbezogen werden und daß diese Gemeinden auch eine Berücksichtigung im Finanzausgleich finden." Man hat wohl im § 18 des Finanzausgleichsgesetzes eine Möglichkeit dafür vorgesehen, aber in der Praxis ist da nichts erreichbar.

Ich hätte es als Bürgermeister von Bischofshofen gar nicht gewagt, dort einen Antrag zu stellen. Der Kollege Mitterer aus Saalbach hat den Versuch unternommen, aber es war ihm nicht möglich, eine entsprechende Dotierung aus diesen Möglichkeiten des § 18 des Finanzausgleichsgesetzes zu erreichen.

Nun, so schön hätte es anfangen können, aber geworden ist daraus wenig. Nicht wahr, Herr Präsident Grundemann? — Wo ist er denn jetzt? Er sitzt bei den Beamten oben. — Wo ist der Großteil der anderen im Finanzausgleichsgesetz — § 18 — vorgesehenen Zuschüsse geblieben?, müssen wir fragen.

Es ist kein Wunder, daß die Finanzreferenten der Städte bereits einen neuen Finanzausgleichsgesetzentwurf vorbereiten, denn die Veränderungen sind so groß gewesen, daß hier zugunsten der Gemeinden etwas geschehen muß.

Zu einer Änderung wird es bei dieser Regierung selbstverständlich nicht mehr kommen. Hoffen wir, daß eine neue Regierung besser zu den Gemeinden Österreichs eingestellt ist, damit nicht die Zeitungen schreiben: „Gemeinderevolte gegen Finanzausgleich" — „Bund verschiebt zuungunsten der Gemeinden". *(Beifall bei der SPÖ.)*

Präsident **Wallner:** Ich unterbreche nunmehr die Sitzung bis morgen Freitag, den 19. Dezember, um 9 Uhr. Nach Wiederaufnahme der Verhandlungen wird in der Erledigung der für heute ausgegebenen Tagesordnung fortgefahren werden.

Die Sitzung ist unterbrochen.

Die Sitzung wird um 20 Uhr 55 Minuten unterbrochen und am Freitag, den 19. Dezember 1969 um 9 Uhr wiederaufgenommen.

Fortsetzung der Sitzung am 19. Dezember 1969

Präsident: Ich nehme die unterbrochene Sitzung wieder auf.

Bevor wir in der Beratung weitergehen, gebe ich gemäß § 38 Abs. 2 des Geschäftsordnungsgesetzes bekannt, daß seitens der Bundesregierung die Regierungsvorlage (1433 der Beilagen):

Abkommen zwischen der Internationalen Atomenergieorganisation, der Republik Österreich und den Vereinigten Staaten von Amerika über die Anwendung von Kontrollbestimmungen samt Anlagen

eingelangt ist.

Zur Verhandlung steht der Bericht des Finanz- und Budgetausschusses über die Regierungsvorlage (1388 der Beilagen): Bundesfinanzgesetz für das Jahr 1970 (1462 der Beilagen). Spezialdebatte über die Beratungsgruppe XI. Diese umfaßt Kapitel 50: Finanzverwaltung, Kapitel 51: Kassenverwaltung, Kapitel 52: Öffentliche Abgaben, Kapitel 53: Finanzausgleich, Kapitel 54: Bundesvermögen, Kapitel 55: Pensionen (Hoheitsverwaltung), Kapitel 56: Familienlastenausgleich, Kapitel 57: Staatsvertrag, Kapitel 59: Finanzschuld, Kapitel 73: Salz (Monopol), Kapitel 74: Glücksspiele (Monopol), Kapitel 75: Branntwein (Monopol), Kapitel 76: Hauptmünzamt, Kapitel 80: Postsparkassenamt. — Ferner die Spezialdebatte über das Bundesfinanzgesetz selbst, den Systemisierungsplan der Kraft-, Luft- und Wasserfahrzeuge des Bundes und den Dienstpostenplan.

Zum Wort gemeldet ist der Abgeordnete Sandmeier. Ich erteile es ihm.

Abgeordneter **Sandmeier** (ÖVP): Herr Präsident! Hohes Haus! Wir beginnen nunmehr den letzten Tag der Budgetdebatte über den Bundeshaushalt 1970. Wenn wir noch einmal kurz auf die Zeit vor der Budgetdebatte zurückblenden und uns noch einmal die Schlagzeilen der sozialistischen Gazetten vor Augen führen, so hieß es damals: Große Budgetschlacht ist zu erwarten, heiße Eisen werden angepackt, große Abrechnung mit der Regierung steht bevor! Wenn wir jetzt die Reden der sozialistischen Oppositionsabgeordneten noch einmal Revue passieren lassen und Bilanz ziehen, dann müssen wir feststellen, daß von all diesen Ankündigungen bisher nichts eingetroffen ist.

Was ist aus der „Budgetschlacht" geworden? Das übliche Geplänkel einer eher müden Oppositionspartei! *(Ironische Heiterkeit bei der SPÖ.)* Wo sind die heißen Eisen? Sie sind zu einer eher niedlich vorgewärmten Nadel zusammengeschrumpft. *(Abg. Weikhart: Und was sagen Sie zu den müden Brüdern der ÖVP?)* Wo blieb die große Abrechnung bisher mit all den Dingen, Herr Abgeordneter Weikhart? Es ist nichts zu sehen! Wo blieb vor allem die Budgetalternative? Wenn jemand auf eine brauchbare — brauchbar möchte ich besonders betont haben — Budgetalternative gewartet haben sollte, dann hat er bis jetzt leider umsonst darauf gewartet! *(Zustimmung bei der ÖVP. — Zwischenrufe bei der SPÖ.)*

Präsident: Ich wünsche mir die Müdigkeit bei den Zwischenrufen! *(Heiterkeit.)*

Abgeordneter **Sandmeier** *(fortsetzend)*: Dr. Withalms Aufforderung vom Mittwoch, endlich aus dem Fuchsbau herauszukommen, hat Sie nur noch nervöser gemacht. *(Abg. Weikhart: Die SPÖ hat darauf nicht gehört! Auf Befehl geht ein Fuchs nicht heraus!)* Herr Abgeordneter Weikhart! Das war doch ein ausgesprochen faires Angebot unseres Vizekanzlers. *(Abg. Weikhart: Auf Befehl geht kein Fuchs heraus!)* Er hat es Ihnen drei Tage vorher gesagt! *(Abg. Peter: Hoffentlich geht Sandmeiers Fuchsjagd nicht daneben! — Weitere Zwischenrufe. — Der Präsident gibt das Glockenzeichen.)*

Wir sind sehr gespannt, ob Sie heute noch einmal aus Ihrem Bau herauskommen und nun endlich die klaren Konzepte auf den Tisch legen werden. *(Abg. Moser: Das Sandmännchen!)* Die Erwartungen, meine Damen und Herren, der Regierungspartei waren offensichtlich zu hoch geschraubt, wenn sie glaubte, daß Sie nunmehr schon im Hinblick auf Ihre vielen, vielen Programme, die Sie der Bevölkerung vorgelegt haben, wenigstens nur andeutungsweise eine Art Alternative vorlegen würden.

Dabei wäre doch sicherlich äußerst interessant zu erfahren und zu wissen: Wie hätte denn ein Budget für 1970 ausgesehen, das die Sozialisten erstellt hätten? *(Abg. Wielandner: Anders auf jeden Fall!)* Anders auf jeden Fall — das kann ich mir vorstellen. Sie hätten sich sehr schwer getan, und wissen Sie, warum? *(Zwischenrufe bei der ÖVP. — Abg. Dipl.-Ing. Dr. Oskar Weihs: Kollege Gruber, das werden wir im Jahre 1971 ja sehen! — Der Präsident gibt das Glockenzeichen.)* Ich darf Ihnen sagen, warum: Weil Ihre Experten, wie sie sich nennen, bei der Kritik über dieses Budget die widersprüchlichsten Aussagen gemacht haben. *(Abg. Peter: Die Provokation geht heute weiter!)*

Sandmeier

Der Abgeordnete Dr. Androsch hat sich gleich nach Veröffentlichung des Budgets für das Jahr 1970 wie folgt geäußert *(Abg. Weikhart: Und der Fuchs ist nicht zu finden! — Abg. Dr. Haider: Er ist im Bau drinnen! — Abg. Weikhart: Der weiß schon, wann er herausgeht! Nicht, wenn der Jäger es will!)*: „Das Budget enthält viel zuwenig Mittel für Investitionen." Stimmt es, haben Sie es gesagt? *(Abg. Dr. Androsch: Ich weiß es nicht genau!)* Er weiß es nicht genau, aber das stand in der Sozialistischen Korrespondenz in der zweiten Aussendung vom 21. Oktober. Wir wollen also festhalten: Der Abgeordnete Dr. Androsch findet, daß das Budget zuwenig Mittel für Investitionen beinhaltet. Er hätte also in sein Budget mehr Mittel für Investitionen für das Jahr 1970 eingesetzt. Das wollen wir einmal festhalten. *(Zustimmung bei Abgeordneten der ÖVP. — Abg. Weikhart: Das sind ja müde Brüder da drüben! — Abg. Peter: Ein müder Einpeitscher! — Weitere Zwischenrufe. — Der Präsident gibt das Glockenzeichen.)*

Ich bitte nun zuzuhören! Ein paar Tage später — Herr Dr. Staribacher, ich bitte auch zuzuhören; Abgeordneter Androsch ist ja ein Konkurrent von Ihnen *(Abg. Dr. Staribacher: Sie haben uns durchschaut! — Abg. Weikhart: Der Sandmeier kommt auf alles drauf! — Zwischenruf des Abg. Peter)* — meldete sich der sozialistische Experte Doktor Veselsky zu Wort. Er ist genau der gegenteiligen Meinung. Sie sehen daher, wie schwierig es ist, ein Budget zu erstellen. Er glaubte wieder, im Budget 1970 wären zu hohe Mittel für Investitionen eingesetzt. Man müßte seiner Meinung nach ein Budget erstellen, das viel restriktiver wäre, es wäre zu expansiv. Ja, meine Damen und Herren ... *(Abg. Doktor Androsch: Herr Kollege Sandmeier, ist Ihnen da nicht ein bisserl Sand in die Rede gekommen?)* Nein, das stimmt ganz genau. Ich kann mir vorstellen, Herr Abgeordneter Androsch, daß Ihnen das nicht wohltut, wenn zwei Finanzministeraspiranten bei ein und demselben Budget so ganz gegenteiliger Meinung sind. *(Abg. Dr. Staribacher: Sie haben gesagt, er ist mein Konkurrent! Da wären wir ja drei!)* Sie haben auch am Finanzierungskonzept mitgearbeitet. *(Abg. Doktor Mussil: Staribacher wird Ackerbauminister! — Weitere Zwischenrufe. — Der Präsident gibt das Glockenzeichen.)*

Natürlich kann man bei Betrachtung eines Budgets über diese oder jene Frage verschiedener Meinung sein. Aber wenn zwei so exponierte maßgebliche Sozialisten, die an dem sogenannten, allerdings geheimen Finanzierungspapier der SPÖ hauptverantwortlich mitgebastelt haben, zwei Männer, die noch dazu von Dr. Kreisky für Höheres ausersehen sind, wenn — ja wenn Ihre Träume in Erfüllung gingen; obwohl Dr. Pittermann ja andere Finanzminister in petto hat, das wissen wir, aber das soll schon öfter vorgekommen sein, daß Kreisky und Pittermann nicht einer Meinung sind. *(Zwischenrufe bei der SPÖ. — Abg. Weikhart: Was der Sandmeier alles weiß! — Abg Ing. Häuser: „Heraus aus dem Fuchsbau!")*

Präsident *(das Glockenzeichen gebend)*: Meine Damen und Herren, bitte etwas Sand in das Getriebe der Zwischenrufe zu streuen.

Abgeordneter **Sandmeier** *(fortsetzend)*: Wollen Sie abstreiten, daß Kreiskys Leute Veselsky und Androsch sind und Pittermanns Mann der Herr Slavik ist? Wollen Sie das abstreiten? *(Abg. Weikhart: Das wissen weder die Zeitungen noch Sie!)* — Das können Sie nicht! *(Ironische Heiterkeit bei der SPÖ.)* Wenn also diese Fachleute so gegensätzliche Kritiken über ein und dasselbe Budget abgeben, dann ist das, glaube ich, nicht sehr vertrauenerweckend.

Nun frage ich Sie: Wie hätte denn Ihr Budget wirklich ausgesehen? *(Abg. Weikhart: Sie sind auf dem Holzweg mit Slavik!)* Meine Damen und Herren! Es ist durchaus verständlich, daß Sie sich heute am letzten Tag noch einmal aufzubäumen versuchen. *(Ironische Heiterkeit bei der SPÖ. — Abg. Ing. Häuser: Sie beginnen bereits damit!)* Haben Sie doch bisher aus der Budgetdebatte nichts in die Scheune bringen können! Ich habe vor der Budgetdebatte in Ihren Zeitungen gelesen, Sie würden hier mit einem ganzen Zug von Alternativen auffahren. Mit diesem wollten Sie dann offensichtlich am 1. März 1970 in die sozialistische Alleinregierung fahren.

Aber eines haben Sie uns bestimmt nicht vorgeführt, das ist die Lokomotive zu diesem Zug, das ist das Finanzierungskonzept, mit dem Sie Ihre Programme in Bewegung setzen könnten! Das haben Sie auf jeden Fall versäumt. *(Beifall bei der ÖVP.)* Bisher haben Sie nur Andeutungen gemacht, wie Ihre Zukunftsbudgets aussehen würden. *(Abg. Sekanina: Am 1. März brauchen wir nur Verschublokomotiven!)* Warten Sie doch auf den 1. März! Seien Sie doch nicht so vorlaut! *(Abg. Weikhart: Es wird Ihnen Sehen und Hören vergehen!)* Was Sie uns bisher an Finanzierungspapieren vorgelegt haben, ist verschwommen und verschleiert, ist alles noch hinter einem Fischernetz, ist ohne Konturen, nichts ist zu sehen. Was haben Sie bisher eigentlich gemacht?

Sandmeier

Herr Dr. Kreisky ist bei allen Diskussionen angegangen worden, er möge ein Konzept vorlegen. Und weil er gemerkt hat, daß man mit einem Bonmot diesen Wunsch nicht wegwischen kann, ist er hergegangen und hat zu seinen Fachleuten gesagt: Versucht doch auch etwas auf die Welt zu bringen, mit dem wir der Bevölkerung sagen können, wie wir unsere großen Programme finanzieren! *(Neuerliche Heiterkeit bei der SPÖ. — Abg. Weikhart: Wir sind ja nicht in einer Gebäranstalt!)* Herr Abgeordneter Weikhart! Sie erinnern sich an die Diskussion in Linz. Dr. Kreisky hat dort auf die Fragen junger Leute, wie denn seine Programme finanziert werden könnten *(Ruf bei der SPÖ: Genau geantwortet!)*, einfach gesagt: Schaut nach im Humanprogramm Seite 17, schaut nach im Wirtschaftsprogramm Seite 13! *(Abg. Sekanina: So exakt sind unsere Programme!)* Und jetzt schauen Sie doch nach im Humanprogramm! Jetzt schauen Sie doch nach! Nicht eine einige Zeile finden Sie drinnen! Oder können Sie mir eine sagen? *(Abg. Weikhart: Und in Ihrem Programm?)* Dabei ist das Humanprogramm, wie Sie selbst zugeben, das teuerste! Mit keinem Strich finden Sie eine Erwähnung, wie Sie das bezahlen wollten. *(Abg. Dr. Staribacher: Im Wirtschaftsprogramm müssen Sie nachschauen! Haben Sie dort nachgeschaut? Alle Zahlen haben Sie drinnen! — Abg. Dr. Mussil: Das ist ein ausgesprochenes Jammerprogramm!)* Herr Abgeordneter Staribacher! Aber keine Rede! Sie haben doch dort nur Andeutungen. Wir wollen genau wissen, ganz konkret wissen, um was es geht! Zahlenbeispiele! *(Abg. Weikhart: Warum? Sie haben nicht einmal Andeutungen in Ihrem Programm! — Abg. Dr. Staribacher begibt sich zum Rednerpult.)* Ich kenne Ihr Programm! Sie brauchen es nicht zu bringen!

Präsident *(das Glockenzeichen gebend)*: Meine Damen und Herren! Einen Moment jetzt, bitte! *(Abg. Dr. Staribacher, die Seiten 37 und 38 des Wirtschaftsprogramms vorhaltend: Bei mir machen Sie das nicht! Da schauen Sie her! Ganze Seiten haben Sie! — Beifall bei der SPÖ.)*

Abgeordneter **Sandmeier** *(fortsetzend)*: Ganz konkrete Beispiele wollen wir! Zahlen! *(Abg. Dr. Staribacher: Ja, da haben Sie es!)* Wenn es ums Zahlen geht, dann interessiert sich der Wähler dafür, aber nicht für allgemeine Floskeln! *(Abg. Dr. Mussil: Das sind ausgesprochene Hausnummern in dem Konzept!)*

Herr Abgeordneter! Wie Sie gemerkt haben, daß das Konzept nicht in die Öffentlichkeit gebracht werden kann, weil es naturgemäß mit ungeheuren Belastungen für die Bevölkerung verbunden gewesen wäre, sind Sie hergegangen und haben dieses Konzept zu einem drei Seiten dünnen Gutachten degradiert. Das sind drei Seiten, ich habe es vor mir liegen. Sonst haben Sie praktisch in der Öffentlichkeit nichts vorgebracht!

Dabei behauptete aber ein Sprecher Ihrer Partei zum selben Zeitpunkt *(Abg. Mistinger: Welcher?)*, daß der Öffentlichkeit ein durch und durch realistisches Finanzierungskonzept vorgelegt worden wäre. Herr Abgeordneter Weihs! Stimmt es? Das haben Sie hier im Hohen Haus gesagt! *(Abg. Dipl.-Ing. Dr. O. Weihs: Stimmt! Ich werde es heute im Haus wiederholen, damit ich Sie überzeuge!)* Mit diesen drei Seiten werden Sie niemandem weismachen können, daß das ein durch und durch ... *(Abg. Weikhart: Sie haben nicht einmal eine Zeile!)*

Präsident *(das Glockenzeichen gebend)*: Hohes Haus! Es kann sich ja jeder zum Wort melden! *(Abg. Dr. Withalm: Ein ganzes Budget haben wir, vier Jahre schon! Jetzt das fünfte Budget!)*

Abgeordneter **Sandmeier** *(fortsetzend)*: Dieses dünne Gutachten wurde dann von fünf Experten unterschrieben. *(Abg. Mondl: Bei euch unterschreibt überhaupt niemand!)* Diese Unterschrift der fünf Experten soll zum Ausdruck bringen, daß dieses Konzept finanzierbar ist. Ich muß sagen: Eine ungeheuer beweiskräftige Aussage! Natürlich ist jedes Programm finanzierbar. Es fragt sich nur, um welchen Preis, Herr Dr. Staribacher!

Ich möchte sagen, daß mir eines auf diesem Papierchen fehlt: die Unterschrift des Parteiobmannes Dr. Kreisky. Jetzt muß man sich fragen, weshalb Herr Dr. Kreisky nicht unterschrieben hat. *(Abg. Moser: Also Kinder, das Sandmännchen kommt!)* Es erhebt sich wirklich die Frage: Es gibt hier zwei Möglichkeiten. *(Abg. Ing. Häuser: Er macht sich Sorgen! Zerbrechen Sie sich nicht unseren Kopf!)* Entweder ist Dr. Kreisky in diesen Finanzierungsfragen nicht firm, was man schon anzunehmen geneigt ist, da er sich nach wie vor beharrlich weigert, darüber mit dem Herrn Finanzminister in eine Diskussion einzutreten, oder Dr. Kreisky will deshalb seine Unterschrift nicht daruntersetzen, weil er kein Risiko eingehen will, weil er es womöglich selbst nicht ernst nimmt, weil er sich sagt: Ich möchte keine Schuld haben, wenn das danebengeht! Schließlich hat er ja am 3. Februar 1967 in der „Neuen Zeit" gesagt *(Abg. Sekanina: Dunkle Ahnungen!)*: „Von nun an muß ich damit rechnen, daß alles, was ich

Sandmeier

sage, als die Meinung der Sozialistischen Partei gilt." *(Abg. Sekanina: Das ist ja ganz düster!)* Dieses Risiko wollte er offensichtlich nicht eingehen.

Unter anderem aber, Herr Dr. Staribacher, hat ein gewisser Herr Slavik unterschrieben. Ja, meine Damen und Herren, wenn man es so macht wie Slavik, daß man die Wiener U-Bahn auch mit dem Geld sämtlicher Gemeinden Österreichs mitfinanzieren läßt, dann ist es leicht, große Projekte zu beginnen. Sie wissen doch ganz genau, daß diese Kopfsteuer, die 300 Millionen Schilling im Jahr betragen soll, zu einem gewaltigen Einkommensteuerausfall für alle Gemeinden und Länder führen wird. *(Abg. Sekanina: Sie sind schon wieder ein Hellseher!)* Selbstverständlich, weil die Einkommensteuer 40 : 30 : 30 aufgeteilt wird. *(Zwischenruf des Abg. Libal.)* Herr Abgeordneter Libal, ich merke, Sie sind schon munter! Zuerst haben Sie noch ein bisserl geschlafen. *(Heiterkeit bei der ÖVP. — Abg. Libal: Das ist ein Schwanengesang aus Gmunden!)*

Nun darf ich wieder zu dem sogenannten geheimen Finanzierungskonzept zurückkommen. Da *(es vorzeigend)* ist das eine. Es gibt auch hier zwei. Das eine ist 22 Seiten stark und das andere 20 Seiten. Es ist immer so: Es ist zwar geheim, es ist nicht für die Öffentlichkeit bestimmt, aber ich glaube, Sie haben nichts dagegen und sind nicht böse, daß wir uns sehr eingehend damit beschäftigt haben. Es gibt immer wieder nette Leute, die einen an diesen Neuigkeiten auch teilhaben lassen. *(Abg. Dr. Staribacher: Im Gegenteil! Dazu machen wir es ja!)*

Sie haben dann bei der Pressekonferenz in der „Concordia" die näheren Ausführungen dazu gegeben. Ich möchte mich nunmehr ganz kurz mit diesen zwei Programmen beschäftigen — eigentlich ist es eines, aber es sind doch zwei. *(Heiterkeit. — Abg. Peter: Ich habe geglaubt, es steht das Budget zur Diskussion!)* Und ich möchte mich auch mit den Ausführungen in der „Concordia" befassen. Ganz besonders fällt mir nur auf, Herr Abgeordneter Staribacher: Wenn Sie die Seite 9 aufschlagen, dann finden Sie in dem einen Konzept folgenden Satz: „Die Sozialisten sind der Auffassung, daß die Nettodefizite während der letzten Jahre überhöht waren." Da finden Sie weiter auf Seite 9 in der zweiten Fassung *(Abg. Dr. Staribacher, in der ersten Bankreihe aufstehend: Dann muß ich mir es holen!)* — aha, jetzt schaut er nach, ob das stimmt. *(Abg. Dr. Staribacher: Ich glaube es Ihnen schon!)* Aber jetzt hören Sie zu! In der zweiten Fassung sagen Sie: „Die Sozialisten halten unter diesen Umständen, wenn man von konjunkturpolitischen Überlegungen absieht, höchstens eine Nettoverschuldung von durchschnittlich 4 Milliarden Schilling pro Jahr für vertretbar."

Meine Damen und Herren! Darf ich fragen: Wozu denn dieses Gezeter gegen den Finanzminister, wozu denn dieses Gezeter gegen die „Schuldenwirtschaft", wenn Sie, wie Sie selbst sagen, eine Nettoverschuldung von 4 Milliarden für vertretbar halten? Wissen Sie, wie hoch die Nettoverschuldung dieser Regierung in den letzten vier Jahren ist? 3,8 Milliarden und nicht 4, die Sie für vertretbar halten. *(Abg. Dr. Androsch: Herr Kollege Sandmeier! Mit der Staatsschuld haben Sie schon einmal Pech gehabt, jetzt fangen Sie schon wieder an!)* So frage ich mich: Warum immer diese Angriffe? *(Beifall bei der ÖVP.)*

Nun möchte ich ganz kurz weiter darauf eingehen und versuchen, einiges aus diesem Papier herauszuholen und auch Ihre Ausführungen zu beleuchten, die ich mit großem Interesse bei der Pressekonferenz in der „Concordia" verfolgt habe. Da sprechen Sie einmal von Umschichtungen und Einsparungen bei den Ausgaben. Sie vertreten die Devise: Mehr Investitionen, weniger Subventionen! Das hört sich bestimmt sehr gut an. Meine Damen und Herren! Jetzt müssen Sie schon konkreter werden. Wo wollen Sie nun kürzen? Wenn Sie davon sprechen, daß Sie die Förderungsausgaben kürzen wollen, da frage ich Sie: 5,6 Milliarden Schilling sind an Förderungsausgaben im Budget enthalten. Und nun bitte ich Sie um Antwort, Herr Dr. Staribacher. Land- und Forstwirtschaft: 1,1 Milliarden! Wollen Sie hier kürzen? — Keine Antwort! *(Abg. Staribacher: Die kriegen Sie!)* Förderung der gewerblichen Wirtschaft, Investitionsförderung: 0,8 Milliarden. Wollen Sie hier kürzen? — Keine Antwort. *(Abg. Dipl.-Ing. Dr. O. Weihs: Keine Antwort! — Allgemeine Heiterkeit. — Abg. Peter: Heute dürfen auch Finanzminister lachen! — Abg. Weikhart: Keine Antwort! — Der Präsident gibt das Glockenzeichen.)* Preisausgleich: 1,6 Milliarden Schilling. Wollen Sie hier kürzen, Herr Dr. Staribacher? — Eisiges Schweigen. *(Abg. Weikhart: Ganz so eisig ist das Schweigen nicht!)*

Präsident *(erneut das Glockenzeichen gebend):* Meine Damen und Herren, ich habe das Gefühl, es ist schon alles in Auflösungsstimmung. Vielleicht können wir uns noch etwas zurückhalten. Bitte jetzt einmal ein bißchen Ruhe.

Abgeordneter **Sandmeier** *(fortsetzend):* Herr Abgeordneter Staribacher, Sie haben davon

Sandmeier

gesprochen, daß Sie die Preisstützungen verringern wollen. Da müssen Sie jetzt aber *(Abg. Ing. Häuser: 1967!)* — das, glaube ich, können Sie schon beantworten — dazusagen: Wollen Sie das auf Kosten der Konsumenten oder der Bauern machen? Was wollen Sie? Aha, na er will wieder keine Antwort geben. *(Abg. Dr. Staribacher: Die kriegen Sie ja, nur Geduld, Herr Sandmeier!)* Das ist es ja: Nein, nein, Herr Abgeordneter!

Dann sprechen Sie, Herr Dr. Staribacher, von einer Umstrukturierung der Staatseinnahmen und sagen wörtlich in Ihrem Konzepterl, daß „historisch gewachsene und sachlich nicht mehr gerechtfertigte Steuerbegünstigungen oder Besteuerungslücken beziehungsweise die zahlreichen Steuerumgehungsmöglichkeiten beseitigt werden" sollen. Das ist praktisch ein Freibrief für alles, was Sie tun wollen. Damit können Sie anfangen, was Sie wollen. Sie meinen: Wir haben es ja eh der Bevölkerung gesagt. — Nichts haben Sie gesagt. Sie haben sich nur einen Freibrief verschaffen wollen!

Sie haben auch gesagt, daß Sie die Pauschalierungen abschaffen wollen, also die Steuerpauschalierungen für die kleinen Gewerbetreibenden und für die Landwirte. *(Abg. Dr. Staribacher: Wo steht das, daß wir die Pauschalierung abschaffen wollen?)* Das wollen wir heute hier in aller Öffentlichkeit festhalten. Ja, Herr Abgeordneter Staribacher, das kann ich Ihnen gleich sagen, wo das steht, Ihr Freund Dr. Veselsky schreibt unter „Probleme der österreichischen Politik" auf Seite 65: Es wäre deshalb zweckmäßig, vor allem ungerechtfertigte Privilegien, wie etwa Pauschalierungen, zu beseitigen. *(Abg. Doktor Staribacher: Das sagt der Veselsky; und Sie sagen, wir haben das im Finanzierungskonzept stehen!)* Vom Veselsky will er nichts hören. Herr Abgeordneter Staribacher, der Veselsky ist doch maßgeblich beteiligt an dem Finanzierungskonzept. Wozu schreibt Veselsky das? Herr Abgeordneter Staribacher, sehen Sie, das ist immer Ihre Taktik. *(Abg. Doktor Staribacher: Aber Sie müssen das Finanzierungskonzept lesen! Wo steht das im Finanzierungskonzept?)* Sie deuten etwas an, was Sie zu tun beabsichtigen, welche Belastungen Sie auferlegen möchten, und warten dann auf die Reaktion, und wenn Sie dann spüren, daß so etwas politisch gefährlich ist, dann ziehen Sie sofort wieder zurück und sagen: Nein, das wollen wir gar nicht, die Pauschalierungen wollen wir nicht abschaffen.

Herr Abgeordneter Staribacher, das beste Beispiel war doch folgendes: Als Sie bei der Pressekonferenz gefragt worden sind: Wollen Sie die Preise für Zigaretten und alkoholische Getränke erhöhen?, da haben Sie gesagt: Nein, nein, nur den Mißbrauch! Herr Dr. Staribacher, wie wollen Sie denn den Mißbrauch feststellen? Da gibt es Leute, die schon zwei Viertel Wein nicht vertragen, und es gibt Leute, die mit zehn Vierteln noch nicht singen. Wie wollen Sie den Mißbrauch feststellen? Den Mißbrauch von Zigaretten und Wein will er besteuern! Ich kann mir nicht vorstellen, daß das ernst zu nehmen ist. *(Abg. A. Schlager: Der Sandmeier deckt euch auf, heute! — Abg. Weikhart: Das war ja ein richtiger Schlager!)*

Herr Abgeordneter Staribacher, Sie haben auch von der Erhöhung der Vermögensteuer gesprochen. *(Abg. Weikhart: Wieder ein Fuchsbau! — Abg. Libal: Der Schlager ist der Aladin! — Der Präsident gibt das Glockenzeichen.)* Sie sagen, daß Sie die Vermögensteuer nur in Bereichen erhöhen wollen, wo große Grundstücke mit Einheitswerten von über etwa 500.000 S vorhanden sind. Auf der anderen Seite sagt aber eben dieser Dr. Veselsky wieder, daß er die Einheitswerte erhöhen will. Er will sie schon vorher erhöhen. Ja was heißt das? Es ist doch ganz gleich, ob ich die Bemessungsgrundlage erhöhe und den Steuersatz belasse oder ob ich die Bemessungsgrundlage gleichlasse und den Steuersatz erhöhe. Also hier auch wieder ein Widerspruch, den Sie nicht aufzuklären imstande sind.

Sie haben ebenfalls in der Pressekonferenz gemeint, daß Sie die Einkommensteuer erhöhen wollen, auch hier sagen Sie wieder, Sie wollen bei etwa 500.000 S Größenordnung nach oben hinauf 5 Prozent mehr in die Progression einbauen und erhoffen sich durch diese Maßnahme einen Betrag von 200 Millionen Schilling. Aber auch hier ist ein Trugschluß: Sie kriegen diese 200 Millionen doch gar nicht, denn Sie wissen genau, daß die Einkommensteuer eine geteilte Abgabe ist. Bestenfalls verbleiben Ihnen 40 Prozent, aber nicht mehr. Also wieder ein Kartenhaus, so wie Peter Klar einmal im „Volksblatt" gesagt hat: Das Kartenhaus stürzt halt Zug um Zug zusammen. *(Abg. Peter: Aber der Generalangriff vom Withalm auch!)*

Wenn Sie auch gemeint haben, daß Sie die Absetzbeträge für die Kinder ausräumen wollen, da muß ich aber doch sagen, meine Damen und Herren: das ist doch wieder eine Art größter Nivellierungstendenz. Sie wollen also demjenigen, der durch Fleiß seine Leistung erhöhen konnte und eine Stelle erreicht hat, wo er sich etwas mehr Einkommen erarbeiten kann, das vielleicht weiß Gott nicht wie groß ist, aber durch Ihre bewußte Handlung, die Sie

Sandmeier

setzen wollen oder möchten — Sie werden ja nicht dazu kommen —, etwas wegnehmen. Sie sprechen zwar davon, daß Sie die Familienbeihilfen erhöhen wollen. Aber Sie erwarten sich auch aus höheren Familienbeiträgen ja größere Einnahmen, also wollen Sie doch etwas wegnehmen. Jeden, der sein Leben nicht unbedingt als Hilfsarbeiter beenden will, wollen Sie treffen.

Ich möchte Ihnen noch sagen, daß Schlagworte über einfache, gerechte, wirtschaftlich zweckmäßige Besteuerung, so wie Sie sagen, zwar für den Unbefangenen sehr gut klingen mögen, aber letztlich noch gar nichts aussagen über die wirklichen Ziele und Maßnahmen Ihrer Steuerpolitik.

Nun zur Frage der Besteuerung der Güter des gehobenen Bedarfes. Dazu sagte Doktor Kreisky am 3. März 1968 wörtlich, ich darf zitieren: „Aber heute kann ich schon eines sagen: Wenn es notwendig ist, werden wir zum Beispiel Güter des gehobenen Bedarfs auch besteuern." Es ist natürlich interessant, was Sie unter „Gütern des gehobenen Bedarfs" verstehen. Und da kommt Ihnen Ihr Chefredakteur Paul Blau zur Hilfe. Er schreibt am 6. Dezember in der „Arbeiter-Zeitung" in seinem Leitartikel recht deutlich, was er unter den „Gütern des gehobenen Bedarfs", die Sie zusätzlich versteuern wollen, verstanden wissen will. Wörtlich sagt er: Artikel der Gesundheitspflege — man höre! —, Ausgaben für Bildung, Erholung und Unterricht. Also das stellt sich Paul Blau unter „Gütern des gehobenen Bedarfs" vor, von denen Sie sagen, daß Sie sie zusätzlich besteuern wollen.

Zu den Genußmitteln: Sie haben von Alkohol und Rauchwaren gesprochen; dazu gehören natürlich Tee, Kaffee und so weiter. Auch das wollen Sie zusätzlich besteuern. Ich will gar nicht vom Humanprogramm reden, bei dem Sie gemeint haben: Aus dem Budget nehmen wir da nicht viel, sondern wir werden uns die Gelder außerhalb des Budgets holen. — Also jeder einzelne Haushalt wird damit noch zusätzlich zur Kasse gebeten werden.

Wenn wir also auf das zurückblicken, was Sie uns bisher geboten haben, dann müssen Sie doch selbst zugeben, daß alles noch in Dunkel gehüllt ist.

Es ist Ihnen zumindest bisher nicht gelungen — vielleicht wird es Ihnen aber in den nächsten paar Stunden gelingen, ich weiß es nicht —, wenigstens andeutungsweise zu sagen, wie Sie Ihre Programme finanzieren könnten. Die Feststellung dieser fünf Leute, daß sie finanziert werden können, ist, wie ich glaube, doch zuwenig.

Ich kann mir vorstellen, daß Sie nunmehr nachher herauskommen und, wie Sie das üblicherweise tun, sagen: Das versteht ihr alle ja nicht. Wir haben uns ganz gewissenhaft damit befaßt. — Dann legen Sie doch, wie Vizekanzler Withalm gesagt hat, heute Ihre Karten auf den Tisch! Bringen Sie Zahlen und Beispiele, nennen Sie die Personenkreise, die Sie besonders erfassen wollen! Sagen Sie, wem Sie was wegnehmen wollen, und wieviel Sie ihnen wegnehmen wollen. Mit Eier- und Schleiertänzen, wie wir in der Zeitung gelesen haben, allein ist das Finanzierungsproblem nicht zu lösen.

Meine Damen und Herren! Heute haben Sie zum letzten Mal Gelegenheit. Der Vizekanzler hat gesagt, Sie sollen aus diesem Hause, aus dieser Debatte nicht fortgehen, ohne uns Ihr Konzept präsentiert zu haben. *(Abg. Sekanina: Haben Sie auch eine eigene Meinung oder zitieren Sie nur den Vizekanzler?)* Heute werden Sie, Herr Abgeordneter, nicht allein das Budget des Finanzministers kritisieren können. *(Abg. Sekanina: Natürlich!)* Heute müssen Sie Ihre konkreten Vorschläge auf den Tisch legen! *(Beifall bei der ÖVP. — Abg. Weikhart: Da irren Sie! Da gehen Sie in die Irre!)* Herr Abgeordneter Weikhart! Tun Sie das nicht, dann müssen Sie damit rechnen, daß Ihre Programme nicht ernst genommen werden können. *(Neuerlicher Beifall bei der ÖVP.)*

Meine Damen und Herren! Sie hätten bei dieser Budgetdebatte die große Gelegenheit gehabt, bei jedem einzelnen Kapitel aufzuzeigen, daß Sie die besseren Vorschläge hätten. Bis heute haben wir auf diese besseren Vorschläge vergeblich gewartet.

Und wenn die Beckmesser der Meistersinger von Nürnberg hier sitzen würden — damit möchte ich schließen —, würde es Ihnen gleich ergehen wie einstens Hans Sachs, das Urteil würde lauten: „Ganz versungen, ganz vertan!" *(Beifall bei der ÖVP. — Ruf bei der SPÖ: Was haben Sie zum Budget gesagt?)*

Präsident: Zum Wort gemeldet ist der Abgeordnete Dr. Oskar Weihs. Ich erteile es ihm.

Abgeordneter Dipl.-Ing. Dr. Oskar **Weihs** (SPÖ): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Die amüsante, heitere, allerdings aber nichtssagende Rede des Kollegen Sandmeier war nichts anderes als ein dürftiger Abklatsch der Rede seines Herrn und Meisters Withalm, die dieser vorgestern gehalten hat. Mit dieser Rede wollte der Herr Vizekanzler Dr. Withalm uns Sozialisten aus dem „Fuchsbau", in den wir uns angeblich seit 1966 zurückgezogen haben, wie er sagte, herausholen. *(Abg.*

Dipl.-Ing. Dr. Oskar Weihs

Dr. Withalm: Wieso „angeblich"?) Aber, Herr Dr. Withalm, ich hörte, daß Sie ein guter Jäger und ein guter Weidmann seien. Als solcher müßten Sie eigentlich wissen, daß man einen Fuchs nicht aus dem Bau herausrufen kann, dies vor allem dann nicht, wenn Sie rufen, Herr Vizekanzler *(Heiterkeit und Beifall bei der SPÖ)*, sondern daß dieser Fuchs nur dann herauskommt, wenn er will. *(Abg. Dr. Withalm: Herr Kollege Weihs, Weidmann sind Sie keiner! Man holt ihn schon heraus! — Weitere Zwischenrufe.)* Warten Sie ein bißchen, meine Herren! Sie lassen mich ja gar nicht zu Wort kommen.

Es gibt zwei Möglichkeiten, den Fuchs aus dem Bau herauszuholen. Ich würde sagen, die erste Möglichkeit wäre, ihm eine prächtige, fette Gans vor seinen Bau zu stellen. Sonst hätte ja das bekannte Lied keinen Sinn. *(Abg. Peter: Geschnattert hat der Sandmeier schon! — Heiterkeit. — Weitere Zwischenrufe.)*

Präsident: Also die Zwischenrufe jetzt in den Fuchsbau, damit wir den Redner hören! — Am Wort ist der Redner!

Abgeordneter Dipl.-Ing. Dr. Oskar **Weihs** *(fortsetzend):* Wenn ich das nun auf unsere Debatte projiziere, so würde das bedeuten, daß das keine prächtige Gans darstellt, sondern daß es eigentlich eine sehr dürftige, klapprige und zerbröckelnde Fassade für das Budget 1970 ist, bei der es bekanntlich aus allen Löchern pfeift und die nur durch eine komplizierte innere Konstruktion zusammengehalten wird. Und für diese Budgetfassade hat der Herr Vizekanzler Dr. Withalm von uns Alternativen verlangt. Herr Vizekanzler! Wir würden uns wirklich sehr schämen, wenn wir einer solchen Fassade Alternativen gegenüberstellen würden. *(Beifall bei der SPÖ. — Abg. Dr. Withalm: Wir leben in Österreich seit Jahren bei diesen Fassaden nicht schlecht!)* Herr Vizekanzler! Es ist ja die Frage, wie sich das alles in den nächsten Legislaturperioden auswirken wird. Das scheint man sich bei Ihnen noch nicht überlegt zu haben.

Wenn wir schon beim Fuchsbau sind, möchte ich sagen: Es gibt noch eine zweite Möglichkeit, den Fuchs aus seinem Bau herauszuholen, und zwar die Möglichkeit, daß man ihn durch eine Meute kläffender Hunde stellt. Wenn Sie, Herr Vizekanzler Dr. Withalm, uns mit dem Fuchs vergleichen, dann will ich Ihnen gar nicht unterstellen, daß Sie die Meute mit etwas anderem vergleichen. *(Beifall bei der SPÖ.)* Allerdings sind es, wie man hört, nur einige Wadelbeißer, und aus dem Kläffen wurde ein kleines Winseln. *(Neuerlicher Beifall bei der SPÖ. — Abg. Doktor Haider: Der hat Wunschträume! Wieder ein Wadelbeißer!)*

Auf Ihre übrigen Ausführungen, Herr Vizekanzler, darf ich im Laufe meiner Diskussion noch zurückkommen, vorerst hätte ich mich sehr gerne mit dem Herrn Finanzminister diesbezüglich unterhalten. *(Abg. Glaser: Man könnte aber auch meinen, daß dem Fuchs die Trauben zu hoch hängen!)* Durchaus nicht, man könnte eher singen: „Fuchs, du hast die Gans gestohlen." *(Beifall bei der SPÖ. — Abg. Anton Schlager: Die Trauben sind euch zu sauer!)* Von „sauer" kann gar keine Rede sein.

Präsident *(das Glockenzeichen gebend):* Meine Damen und Herren! Jetzt konzentrieren wir uns wieder ein bisserl mehr auf das Sachliche. *(Abg. Dr. Kranzlmayr: „Sachlich", sagt der Herr Präsident!)* Bitte keine einseitigen Interpretationen! *(Beifall bei Abgeordneten der SPÖ.)*

Abgeordneter Dipl.-Ing. Dr. Oskar **Weihs** *(fortsetzend):* Unser Parteivorsitzender Doktor Kreisky *(Abg. Dr. Kranzlmayr: Wo ist er?)* — dort sitzt er! — hat bei der ersten Lesung des Bundesfinanzgesetzes 1970 seiner Überzeugung Ausdruck verliehen, daß es einer wahrhaft demokratischen Grundhaltung angepaßter gewesen wäre, wenn sich die Bundesregierung zu dem Entschluß hätte durchringen können, den Weg des Budgetprovisoriums statt eines vollständigen Budgets zu wählen, um die kommende Bundesregierung, die ja schließlich und endlich im zweiten Vierteljahr 1970 gebildet werden muß, nicht zu präjudizieren.

Der Herr Bundesminister für Finanzen Dr. Koren hat sich allerdings veranlaßt gesehen, auf diese Äußerung zu replizieren. Und das war sein Pech! Ich darf aus seiner Replik nur einen einzigen Satz wörtlich zitieren, obwohl dieser — wie ich dann gleich nachweisen werde — keine intellektuelle Glanzleistung darstellt. Der Herr Bundesminister für Finanzen hat sich also bemüßigt gefühlt, dem Hohen Hause folgendes zu sagen:

„Ich will hier gar nicht auf die verfassungsrechtlichen Probleme, die damit verbunden sind, eingehen, aber ich darf wohl eines feststellen: daß die Überlegungen, die die Bundesregierung veranlaßt haben, ein Budget für 1970 vorzulegen, die waren, daß uns gerade in der heutigen Situation — und sie ist sicherlich ohne jeden Grund für eine Euphorie, wie Sie meinten, Herr Dr. Kreisky — eine Unterbrechung in der Kontinuität der Staatstätigkeit als unverantwortlich erschienen ist."

Von einer „Unterbrechung" — ich zitiere Sie, Herr Bundesminister, wieder wörtlich — „in

Dipl.-Ing. Dr. Oskar Weihs

der Kontinuität der Staatstätigkeit" könnte nicht die Rede sein. Bei dieser Behauptung ist Ihnen offenbar ein dazu noch etwas entstellter Ausdruck aus einem ganz anderen Wissenschaftsgebiet, nämlich der Staatsrechtslehre, in die falsche wissenschaftliche Kehle geraten.

Meine Damen und Herren! Denn ein Budgetvollzug auf Grund eines gesetzlichen Budgetprovisoriums, also eines in der Bundesverfassung vorgesehenen besonderen Gesetzes, durch die verfassungsgemäß zur Vollziehung berufenen Staatsorgane kann niemals eine „Unterbrechung in der Kontinuität der Staatstätigkeit" sein, sofern man nicht in unterschwelliger Manier so tut, als müsse man gesicherte wissenschaftliche Erkenntnisse, einschließlich des dem gesunden Menschenverstand eigenen logischen Denkvermögens, als politischen Ballast über Bord werfen.

Meine Damen und Herren! In der ÖVP wird der Finanzminister Dr. Koren als eine besondere politische Begabung angesehen, die nicht etwa als politischer Jungfunktionär, sondern im bereits etwas fortgeschrittenen Alter zufällig entdeckt worden ist. Jetzt ist der Herr Finanzminister auch endlich — nachdem eine Landesparteiorganisation der ÖVP der anderen jeweils großzügig den Vortritt gelassen hat — in die Reihen Dr. Georg Praders aufgenommen worden, wobei ich allerdings von der Erörterung der Frage der moralischen Ansteckungsgefahr hier vollkommen absehen möchte.

Auch ich will mich in diesem Zusammenhang auf keine näheren verfassungsrechtlichen Erörterungen einlassen und zu diesem Problem nur noch eines sagen: Sollte der Herr Finanzminister tatsächlich der Meinung sein, daß ein Budgetprovisorium in der gegebenen Situation verfassungsrechtlich problematisch ist, dann möge er seine Meinung klar und eindeutig und vor allem mit den notwendigen Beweisen darlegen. Ist der Herr Finanzminister aber in Wahrheit nicht der Meinung, die er subkutan dem Volk zu suggerieren versucht, dann möge er sogleich klarstellen, daß er ein gesetzliches Budgetprovisorium in der gegebenen Lage als an sich zulässig ansieht.

Eines möchte ich dem Herrn Finanzminister allerdings zu bedenken geben, bevor er antwortet: Sämtliche Regierungsvorlagen vergangener Gesetzgebungsperioden, die sich auf gesetzliche Budgetprovisorien bezogen, sind auf Antrag von ÖVP-Finanzministern in der Bundesregierung beschlossen worden. Wäre eine solche Vorgangsweise bedenklich, so müßte der Herr Finanzminister Dr. Koren einen derartigen Vorwurf seiner Partei und seinen Parteifreunden machen.

Wir Sozialisten stehen jedenfalls auf dem Standpunkt, daß ein gesetzliches Budgetprovisorium verfassungsrechtlich eindeutig zulässig und in der gegebenen politischen Lage sogar dringend geboten wäre. *(Abg. Doktor Withalm: Herr Kollege! Das ist vollkommen unbestritten!)* Der Herr Finanzminister hat es aber bestritten, Herr Vizekanzler! *(Abg. Dr. Withalm: Wo denn, wann denn?)* Lesen Sie seine Replik auf die Ausführungen meines Parteivorsitzenden Dr. Kreisky bei der ersten Lesung des Finanzgesetzes 1970 durch. Dort werden Sie die von mir zitierten wörtlichen Behauptungen des Herrn Finanzministers wiederfinden. *(Abg. Dr. Withalm: Verfassungsrechtlich vollkommen unbestritten!)* Er ist anderer Meinung. Herr Vizekanzler! Es wäre sehr gut, wenn Sie ihn ein bißchen aufklären würden. *(Abg. Doktor Withalm: Sie werden es dann von ihm erklärt bekommen! — Bundesminister Doktor Koren: Ich erkläre es Ihnen dann!)* Das ist sehr lieb von ihm. Uns braucht er nicht aufklären, denn wir wissen es. Wir haben uns nur verpflichtet gefühlt, ihn aufzuklären, weil er es anscheinend nicht gewußt hat. *(Bundesminister Dr. Koren: Es ist nicht notwendig!)* Das ist gut. Jedenfalls haben Sie, Herr Finanzminister, das bei der ersten Lesung behauptet. Vielleicht ist es Ihnen in der Zwischenzeit gelungen, sich selbst wieder weiterzubilden. *(Finanzminister Dr. Koren: Ja!)* Das ist fein.

Meine Damen und Herren! Wenn Sie das von der Bundesregierung vorgelegte Budget beschließen, so präjudizieren Sie nicht bloß die im zweiten Vierteljahr 1970 neu zu bildende Bundesregierung, sondern auch die Mitglieder des neugewählten Nationalrates. Es kommen aber noch andere sehr triftige Erwägungen hinzu, die für ein gesetzliches Budgetprovisorium gesprochen hätten.

Meine Damen und Herren von der rechten Seite dieses Hauses! Das Budget, das Sie beschließen wollen, ist ein Budget, das es mit dem vielgerühmten Grundsatz der Budgetwahrheit nicht so ernst meint. Ein Vollzug dieses Budgets — selbst wenn man die besonders weitgehenden Manipulationsermächtigungen des allgemeinen Teiles des Bundesfinanzgesetzes ausnützen wollte — wird in seiner vorliegenden Form und Fassung nicht möglich sein. Ihre unrichtigen Einnahmenschätzungen, Herr Finanzminister, werden eines Tages sehr wesentlich stärker in die roten Zahlen führen, als Sie es behaupten, und das wissen Sie heute in Wahrheit doch selbst.

Dipl.-Ing. Dr. Oskar Weihs

Der neugewählte Nationalrat — gleichgültig, wie er zusammengesetzt sein mag — wird sich daher der Mühe unterziehen müssen, dieses Budget der Unwahrheit durch Sondergesetze der notwendigen Korrektur, nämlich der Anpassung an die wirtschaftlichen Realitäten, zu unterziehen:

Lassen Sie mich jetzt noch einmal die Konturen des Budgets 1970 nachziehen. Das Budget 1970 ist für eine andere wirtschaftspolitische Konstellation erstellt worden, als sie im Zeitpunkt, in dem dieser Regierungsentwurf zum Gesetz erhoben werden soll, tatsächlich zu erwarten ist.

Der Budgetentwurf ist insbesondere vor der Beschlußfassung über die Aufwertung der Deutschen Mark erstellt worden. Das bedeutet, daß in diesem Budgetentwurf weder die direkten noch die indirekten Folgen dieser Entscheidung für Österreich mitberücksichtigt worden sind. Ebenso sind im Budget weder die auf Grund der eintretenden höheren Preise steigenden Abgaben noch die Einnahmenausfälle in Verbindung mit den sogenannten flankierenden Maßnahmen verarbeitet.

Der Budgetentwurf fußt in allen seinen Ansätzen auf der Ausgaben- wie auf der Einnahmenseite auf einer Erhöhung des Preisniveaus von 4 Prozent. Das hat der Herr Finanzminister in seiner Budgetrede selbst dargelegt. Nun rechnen aber die Wirtschaftsforscher und andere Wirtschaftsexperten für 1970 bereits mit einer Preiserhöhung von etwa 5 Prozent. Das jedoch bedeutet wiederum, daß sich für den Bundeshaushalt des Jahres 1970 eine völlig veränderte Situation ergibt.

Insbesondere in konjunkturpolitischer Hinsicht liegt der Entwurf des Bundeshaushaltes 1970 völlig daneben. Der Bundesminister für Finanzen ist mit seiner Meinung, das Budget 1970 wäre ein Budget der Stabilität, bereits völlig isoliert. Keine Rede von einer Konjunkturneutralität des Bundeshaushaltes für das Jahr 1970, wie es der Herr Bundeskanzler heute früh im Radio gesagt hat. Diese Rede hat er gestern vor der Industriellenvereinigung gehalten. Er sagte, daß die Budgetpolitik antizyklisch wäre. Ich glaube kaum, daß der Herr Finanzminister diese These aufrechterhalten kann, denn dieses Budget wirkt vielmehr prozyklisch, fördert die Auftriebstendenzen und beschleunigt den Preisauftrieb.

Meine Damen und Herren! Unsere Meinung wird so gut wie einhellig von der gesamten Fachpresse vertreten. So stellt zum Beispiel das Institut für Wirtschaftsforschung der Meinung des Finanzministers, dieses Budget wäre konjunkturneutral, eindeutig seine Meinung gegenüber, daß das Budget expansive Tendenzen fördere.

Der Finanzminister wird nicht umhin können, heute zu diesen Schwerpunkten des Budgets konkret Stellung zu beziehen. Bis heute hat er es allerdings verabsäumt, konkret der Öffentlichkeit das Budget 1970 unter den veränderten Bedingungen zu interpretieren. Ich verlange darum von Ihnen eine exakte Definition der Konjunkturneutralität und eine Begründung an Hand der Fakten dafür. Der Herr Vizekanzler Dr. Withalm hat letztlich vorgestern auch in diesem Sinne gesprochen, nur mit verkehrten Vorzeichen. Sie, Herr Finanzminister, selbst haben offenbar die Absicht, die Auftriebstendenzen des Budgets 1970 im Auge, bereits vor Verabschiedung des Bundesfinanzgesetzes eine Korrektur der Budgetausgaben durch die Verhängung von Bindungen, in Wirklichkeit von Ausgabenkürzungen, zu verfügen, wie man am Mittwoch, den 17. 12., bereits in der Zeitung lesen konnte. Das bedeutet, daß der Bundesminister für Finanzen in einem Stadium, in dem dieses Bundesfinanzgesetz nicht einmal noch verabschiedet ist, bereits selbst zugeben muß, daß der Bundeshaushalt 1970 der Konjunktursituation nicht gerecht werden kann. Warum, Herr Vizekanzler, muß ich Sie jetzt fragen — ich muß Sie leider in Ihrer Diskussion stören —, haben Sie vorgestern davon nicht gesprochen? Es hätte die Öffentlichkeit sehr interessiert, wenn Sie auch dazu einige Worte gesagt hätten.

Sollte nun die Regierungspartei die Absicht haben, das Budget in der nun vorliegenden, untauglichen Fassung zu verabschieden, dann beschließt sie keinen Bundeshaushalt im Sinne dieses Wortes, sondern lediglich eine Budgetfassade, bei der nicht nur der Bundesfinanzgesetzgeber, sondern auch andere Instanzen die Entscheidung darüber treffen, welche Ausgaben nun getätigt und welche zurückgestellt beziehungsweise nicht durchgeführt werden sollen.

Mit einer solchen Methode der Budgeterstellung befinden wir uns nun sogar im Bundeshaushalt selbst auf jenem Weg, den die Österreichische Volkspartei bei anderen gesetzlichen Maßnahmen in der laufenden Legislaturperiode bereits gegangen ist. Nun gliedert sich erstmals auch das Bundesfinanzgesetz in die Reihe der von dieser Regierungspartei in der laufenden Legislaturperiode verabschiedeten scheingesetzlichen Regelungen ein. Diese Methode muß von uns schärfstens mißbilligt werden und wird, wie wir heute sehen, ebenso von der interessierten Öffentlichkeit mißbilligt.

Dipl.-Ing. Dr. Oskar Weihs

Die Regierungsmehrheit, sollte sie diese Budgetfassade zum Bundesfinanzgesetz 1970 erheben wollen, wird aber auch wissen müssen, daß Einnahmepositionen in diesem Bundeshaushalt nicht den derzeitigen Berechnungen entsprechen können. *(Bundesminister Dr. Koren: Welche?)* Sie können nach mir reden und müssen mir nicht immer etwas von hinten ins Ohr einflüstern.

Die Einnahmeerwartungen bei den öffentlichen Abgaben fußen auf einem 4prozentigen Anstieg des Preisniveaus. *(Bundesminister Dr. Koren: Nein!)* Das haben Sie selbst in Ihrer Budgetrede gesagt. Wenn nun ein 5prozentiger Anstieg des Preisniveaus eintritt, wirkt das auf die meisten Einnahmeansätze bei den öffentlichen Abgaben, aber auch automatisch auf gewisse Ausgabenansätze, insbesondere soweit sie aus zweckgebundenen Einnahmen finanziert werden. Ebenso muß bedacht werden, daß im Zusammenhang mit den sogenannten flankierenden Maßnahmen Einnahmenausfälle bei den Zöllen und bei der Umsatzsteuer, nämlich in Form von Ausfällen bei der Ausgleichsteuer, auftreten, die ebenfalls bisher durch keinen Abänderungsantrag im Budget 1970 berücksichtigt worden sind.

Neuerlich muß auch darauf verwiesen werden, was Sprecher der sozialistischen Fraktion mit Nachdruck schon mehrmals, insbesondere auch während der Beratungen des Finanz- und Budgetausschusses taten, daß eine Reihe von Einnahmepositionen auf Grund der derzeit vorliegenden Berechnungen als überhöht veranschlagt worden sind.

In diesem Zusammenhang darf ich auf die Ausführungen in den Monatsberichten des Österreichischen Institutes für Wirtschaftsforschung vom November verweisen, die bei verschiedenen Einnahmeansätzen ebenfalls zu der Auffassung kommen, daß — wie sich dieses Forschungsinstitut ausdrückte — eine „eher optimistische" Schätzung durchgeführt worden sei.

Zu allen diesen schwerwiegenden Vorwürfen hat der Bundesminister für Finanzen bis heute so gut wie keine Stellungnahme bezogen. Die einzige Argumentation, die er bisher in diesem Zusammenhang zur Verteidigung dieser Regierungsvorlage ins Treffen geführt hat, war die, daß er erstens nicht sagen könne, wie sich die Dinge entwickeln würden, und zweitens sich Einnahmeausfälle auf Grund der flankierenden Maßnahmen in ihrer Höhe etwa die Waage mit den auf Grund der Preissteigerungen zu erwartenden Mehreinnahmen halten würden.

Eine Begründung dieser zahlenmäßig nicht näher definierten Argumentation ist uns der Bundesminister für Finanzen allerdings bisher schuldig geblieben. Er mußte jedoch zugeben, daß sogar er der Meinung ist, daß die Einnahmeansätze im Budget 1970 nicht mehr den derzeitigen Erwartungen entsprechen können und das Budget daher vor seiner Verabschiedung bereits renovierungsbedürftig ist.

Noch ein Wort zu den sogenannten flankierenden Maßnahmen. Auf diesem so stark in den Vordergrund getretenen Gebiet der Preispolitik und Preisauftriebsbekämpfung spielt die Regierung und insbesondere ihr Bundeskanzler ein doppeltes Spiel. In der Öffentlichkeit behaupten Bundeskanzler und Finanzminister unentwegt die Preiswirksamkeit dieser außenwirtschaftlichen Maßnahmen, behaupten, daß die durchgeführten Zoll- und Ausgleichsteuersenkungen in hohem Maße Preissenkungseffekte zeitigen werden. Hier in diesem Hause aber muß jetzt bei der Verabschiedung des Budgets 1970 zu unserem Erstaunen eine völlig andere Meinung dieser Regierungsmitglieder konstatiert werden. So hat der Finanzminister im Budgetausschuß wiederholt auf unsere Anfragen erklärt, die Regierung und er selbst wisse in keiner Weise über Umfang und Intensität der durchgeführten Maßnahmen und ihrer Auswirkungen Bescheid, und hat sich mit diesem Argument insbesondere auch gegen eine Änderung des Bundesfinanzgesetzentwurfes gewendet.

In diesem Zusammenhang auch noch ein offenes Wort an den Herrn Finanzminister und an den Herrn Bundeskanzler und seine doppelzüngige Haltung als Vorsitzender der Paritätischen Kommission. In der Paritätischen Kommission empfiehlt sich der Bundeskanzler dieser noch derzeit im Amte befindlichen Bundesregierung als Unternehmervertreter und handelt entsprechend. Als im Zuge der letzten Sitzungen der Paritätischen Kommission bei Sitzungsunterbrechungen fraktionelle Besprechungen der Unternehmerseite und der Arbeitnehmer- beziehungsweise Konsumentenseite stattgefunden haben, zeigte es sich mit aller Klarheit, welche Seite der Bundeskanzler in der Tat zu vertreten bereit ist. Während die Bundesminister Soronics und Rehor und der Abgeordnete Altenburger jeweils an den fraktionellen Besprechungen der Konsumentenvertreter teilgenommen haben, zog sich der Herr Bundeskanzler mit den Unternehmervertretern zur Abstimmung in Nebenräume zurück. *(Abg. Soronics: Das stimmt nicht ganz!)* Wie überrascht jedoch war die Öffentlichkeit und, wie ich weiß, auch die Mitglieder der Paritätischen Kommission, als sich der gleiche Bundeskanzler wenige Stunden später im Fernsehen und im Rundfunk nachdrücklich als Vertreter der Konsumenten empfohlen hat.

Dipl.-Ing. Dr. Oskar Weihs

Wir als Volksverterter werden uns jedoch ein solches Verhalten des Bundeskanzlers nicht bieten lassen. Wir fordern Bundeskanzler sowie Finanzminister auf, zu nachstehenden Widersprüchen in der Finanzpolitik der Bundesregierung Stellung zu nehmen. Auch zu diesem Thema hat der Herr Vizekanzler Doktor Withalm bei seiner vorgestrigen Rede nichts erwähnt.

Die Regierungserklärung vom 20. April 1966 stellte ausdrücklich die Notwendigkeit der Erstellung eines längerfristigen Budgetkonzeptes fest, da nur hiedurch — so heißt es wörtlich — eine „klare Rangordnung der Staatsausgaben" durchzuführen wäre.

Hiezu muß ich feststellen, daß es kein längerfristiges Budgetkonzept der Bundesregierung gibt, ja sogar die mehrmals vorgelegte Budgetvorschau des Finanzministers wurde im heurigen Jahr nur aus politischen Gründen nicht vorgelegt.

In der Budgetrede zum Budget 1966, meine Damen und Herren, stellt der Finanzminister fest: „Die Budgetpolitik des Bundes bedarf eines längerfristigen Konzepts." Ich stelle hiezu fest: Dem Nationalrat liegt kein längerfristiges Konzept der Budgetpolitik dieser Bundesregierung vor.

In der Budgetrede zum Budget 1967 erklärte der Finanzminister, daß nun der Zeitpunkt des Überganges von der Budgetvorschau auf die Erstellung und Durchführung eines längerfristigen Budgetkonzepts gekommen sei. Ich muß hiezu festhalten: Das Ende der Legislaturperiode ist nicht mehr weit, und bisher gibt es kein längerfristiges Budgetkonzept der Bundesregierung. Sowohl der Bundeskanzler als auch der Finanzminister haben es bisher verabsäumt, vor diesem Hause aus eigenem konkret auf die eklatanten Widersprüche zwischen den ständigen Versprechungen der Bundesregierung und der finanzpolitischen Wirklichkeit Stellung zu nehmen.

Schon in der Regierungserklärung vom 20. April 1966 erklärte der Bundeskanzler: „Mit besonderem Nachdruck bekennt sich die Bundesregierung zu unserer Verfassung und zu ihren tragenden Grundsätzen." Ich muß hiezu feststellen: Das bereits wenige Wochen später vorgelegte Bundesfinanzgesetz 1966 mußte vom Verfassungsgerichtshof wegen Verfassungswidrigkeit in wesentlichen Teilen aufgehoben werden.

Im sogenannten Koren-Plan, der das wirtschaftspolitische Konzept der Bundesregierung darstellen sollte, wird ganz konkret von einem mehrjährigen Investitionsprogramm des Bundes gesprochen und hiezu wörtlich festgestellt: „Das fünfjährige Investitionsprogramm des Bundes wird einen rationelleren Einsatz der öffentlichen Mittel durch sachliche, zeitliche und regionale Rangordnungen gewährleisten. Für die Bauwirtschaft und für die privaten und verstaatlichten Unternehmungen der Investitionsgüterindustrie wird es einen wichtigen Orientierungsbehelf darstellen." Auch hier muß ich ebenfalls feststellen: Es existiert kein mehrjähriges Investitionsprogramm des Bundes. Dadurch bietet der Bund auch keine Orientierungshilfen für die Privatindustrie.

Mit besonderem Nachdruck wurde in der Regierungserklärung vom Bundeskanzler darauf hingewiesen, daß die Regierung eine Erleichterung der Steuerlasten anstrebe. Immer wieder haben Mitglieder dieser Bundesregierung sowohl vor den Wahlen des Jahres 1966 als nach den Wahlen allgemeine Steuersenkungen in Aussicht gestellt, wie sie dies jetzt für die kommende Legislaturperiode neuerlich tun. Auch hier muß ich feststellen, daß es zu keiner versprochenen Senkung der Steuerlasten gekommen ist. Die Steuerbelastungsquote, die den Anteil der Steuern am Bruttonationalprodukt widerspiegelt, stieg von 1965 bis 1970 von 35,2 Prozent auf 38 Prozent.

In der Budgetrede 1967 brüstete sich der Finanzminister: „Die Regierung hat sich die Entscheidung nicht leicht gemacht. Andere Staaten suchen den Ausweg aus ähnlichen Schwierigkeiten in generellen Steuererhöhungen. Die österreichische Bundesregierung hat dagegen zur Finanzierung notwendiger Investitionen andere Wege eingeschlagen, nämlich den Abbau von weniger dringlichen Ausgaben und höhere Entgelte für die Benützung von staatlichen Einrichtungen." So in der Budgetrede.

Bereits ein Jahr nach dieser Erklärung der Bundesregierung ist es in Österreich ganz generell zu Steuererhöhungen gekommen. Die direkt auf Beschlüsse dieser Regierung und ihrer Regierungsmehrheit in diesem Hause zurückgehenden Erhöhungen von Steuern, Gebühren und Tarifen haben in der laufenden Legislaturperiode einen Betrag von rund 27 Milliarden Schilling erreicht.

In der Regierungserklärung stellte die Bundesregierung fest: „Der Umfang des Budgets muß sich nach der Entwicklung der laufenden Einnahmen richten." — Auch dieses Versprechen erfüllte die Regierung in keiner Weise.

In der Budgetrede zum Budget 1968 sagte der Finanzminister: „Das Budget 1968 ist so erstellt, daß damit auch eine reale Basis für die Budgets der nächsten Jahre gelegt wird." — Wie das aussieht, meine Damen und Herren, sehen Sie ja am Budget 1970.

Dipl.-Ing. Dr. Oskar Weihs

Wenige Monate später wurde dagegen in der revidierten Budgetvorschau des Finanzministers ganz offiziell festgestellt, daß für das darauffolgende Jahr ein Defizit von 16,2 Milliarden Schilling drohe. Für das Jahr 1971 wurde in der Budgetvorschau des Finanzministers mit einem Defizit von 18,2 Milliarden Schilling gerechnet.

Meine Damen und Herren! Vor dem Bundesparteirat der ÖVP im März 1969 erklärte der derzeitige Finanzminister Dr. Koren, man könne für das Budget 1970 mit Einnahmesteigerungen von 3, allerhöchstens 4 Milliarden Schilling rechnen. Nun liegt das Budget 1970 vor. Die Einnahmeschätzungen haben sich gegenüber der Darstellung des Finanzministers vor dem Bundesparteitag der ÖVP annähernd verdoppelt und erreichen fast 7 Milliarden Schilling.

Noch am 25. Juli 1969 erklärte der Finanzminister im Rundfunk ... Herr Finanzminister! Interessiert Sie das nicht, was ich erzähle? *(Abg. Dr. Mussil: Ist ja nicht so interessant!)* Für Sie vielleicht nicht, weil Ihnen das alles auf den Kopf fällt! Das glaube ich ohneweiters. *(Beifall bei der SPÖ.)* Nur was Sie sagen, glauben Sie, Herr Mussil, ist interessant. Da sind Sie ein bißchen auf dem Holzweg! *(Zwischenrufe des Abg. Guggenberger. — Abg. Preußler: Guggenberger kommt nicht mehr!)*

Präsident *(das Glockenzeichen gebend):* Am Wort ist der Redner!

Abgeordneter Dipl.-Ing. Dr. Oskar **Weihs** *(fortsetzend):* Herr Guggenberger! Von dieser Thematik verstehen Sie nichts. Deshalb würde ich auch empfehlen, nicht solche Zwischenrufe zu machen, die sehr einfach und primitiv sind! *(Abg. Guggenberger: Ich verstehe mehr, als Sie glauben!)* Das hat man jetzt gerade aus Ihrem Zwischenruf ersehen! *(Abg. Guggenberger: Ihre Prognosen waren noch immer falsch! — Abg. Weikhart: Lassen Sie sich dann ein Autogramm geben!)* Nein, das stimmt ja nicht! Die Prognosen sind alle richtig, es ist alles eingetroffen.

Am 25. Juli 1969 erklärte der Finanzminister Dr. Koren im Rundfunk: „Dem Defizit des Staatshaushaltes werden von zwei Seiten her Grenzen gesetzt. Einmal von der konjunkturpolitischen Aufgabe her, das heißt, das Budget 1970 darf nicht übermäßig expansiv sein, und ebenso sind ihm Grenzen gesetzt von der technischen Finanzierbarkeit her ... ja ich glaube, übermäßig expansiv wäre, wenn das nächste Defizit größer wäre als im vergangenen Jahr."

Demgegenüber muß ich festhalten: Das Defizit im „vergangenen Jahr" — also 1968 — betrug rund 8,5 Milliarden Schilling. Der Abgang des laufenden Jahres wird laut Budget 1969 und den inzwischen beschlossenen Korrekturen mit rund 8,4 Milliarden Schilling präliminiert.

Beide Abgänge werden also sogar laut präliminiertem Abgang im Budget 1970 ganz wesentlich überschritten werden. Jenes des Jahres 1968 um mindestens 500 Millionen Schilling und jenes des Jahres 1969 um mindestens 600 Millionen Schilling. Darüber hinaus sind wir — darauf habe ich schon hingewiesen — überzeugt, daß es außerdem eine Unterschätzung des Defizits im Budget 1970 gibt. Fazit aus dieser Aussage: Der Finanzminister selbst hat, obwohl er sich jetzt weigert, zugegeben, daß das Defizit des Jahres 1970 „übermäßig expansiv" ist.

Meine Damen und Herren! Nun geht die laufende Legislaturperiode ihrem Ende entgegen. Wieder zeigt sich das gleiche Bild. Die Österreichische Volkspartei, derzeit noch Regierungspartei, weigert sich, diese Realitäten zur Kenntnis zu nehmen und sie zuzugeben. Sie unterschätzt damit allerdings wieder einmal die Mündigkeit der österreichischen Wählerinnen und Wähler.

Diese von mir eben vorgebrachte Liste der Bilanz einer Gegenüberstellung der Versprechungen dieser Bundesregierung auf der einen Seite und den Realitäten auf der anderen Seite ließe sich beliebig fortsetzen. Wo, frage ich, ist zum Beispiel die versprochene Sanierung der Österreichischen Bundesbahnen geblieben? Wo ist ein der Öffentlichkeit vorgelegtes langfristiges Wehrkonzept? Ich frage: Wo sind nun am Ende der Legislaturperiode die Bekenntnisse der Regierung und des Finanzministers zu der von ihr am Beginn der Legislaturperiode in großen Worten angepriesenen sogenannten währungsneutralen Budgetpolitik?

Herr Vizekanzler Dr. Withalm! Zu all diesen Fragen haben Sie in Ihrer vorgestrigen Rede überhaupt nicht Stellung bezogen. Es wäre sicherlich nicht nur für die Mitglieder dieses Hohen Hauses, sondern auch für die Öffentlichkeit sehr ... *(Abg. Dr. Withalm: Vorgestern war die Gruppe Bauten!)* Ja, aber Sie haben sich sehr stark zur Gruppe Finanzen hinübergeturnt. *(Abg. Dr. Withalm: Ich habe nur 25 Minuten geredet!)* Davon haben Sie zwei Minuten zu Bauten und 23 Minuten zum Kapitel Finanzen gesprochen. *(Abg. Dr. Pittermann: Er hat was aufgebaut! — Abg. Dr. Withalm: Ich kann es nicht abmessen!)* Aber man kann das dann ja genau festhalten. *(Abg. Dr. Pittermann: Bitte, vom Fuchsbau hat er geredet!)* Ja sicherlich,

Dipl.-Ing. Dr. Oskar Weihs

und er steht heute noch mit der Flinte vor dem Bau und wartet, bis die Füchse aus dem Bau herauskommen. *(Zwischenrufe.)* Da kann man singen: „Fuchs, du hast die Gans gestohlen."

Meine Damen und Herren! Aus politischen Motiven heraus weigert sich auch die Bundesregierung und ihr Finanzminister, eine Aktualisierung des Dokumentes der Budgetvorschau des Finanzministeriums der Öffentlichkeit vorzulegen. Die Gründe für diese Weigerung liegen ja auf der Hand: Die Bundesregierung möchte nicht durch ein offizielles Regierungsdokument das Versagen ihrer Finanzpolitik und die daraus resultierenden Folgen für die kommenden Legislaturperioden am Ende der jetzigen Legislaturperiode der Öffentlichkeit formell bestätigen.

Aber noch viel schlimmer ist die Tatsache, daß neben dem Nichtvorhandensein einer Budgetvorschau weder die Regierung noch die Regierungspartei bisher Finanzierungsüberlegungen hinsichtlich der von ihr angestellten Versprechungen für die kommende Legislaturperiode und darüber hinaus für eine dauerhafte Sanierung der Budgets angestellt oder sie der Öffentlichkeit übergeben hat.

Ich behaupte auch, daß es gar kein Finanzierungskonzept und keine Finanzierungsüberlegungen der Bundesregierung und der Österreichischen Volkspartei für die kommende Legislaturperiode gibt. *(Abg. Doktor Mussil: Behaupten kann man viel!)* Mit Zwischenrufen werden Sie das nicht erhärten, Herr Doktor Mussil!

Trotzdem verspricht die Regierung neuerlich der Öffentlichkeit Steuersenkungen — vor der Wahl —, und darüber hinaus stellt sie eine ersatzlose Streichung der befristeten Sonderabgaben in Aussicht — auch vor der Wahl. Derartige finanzpolitische Illusionen bei der Bevölkerung zu wecken ist reinste Demagogie. Demagogie wäre es auch, wenn dieser Budgetfassade eine Alternative gegenübergestellt werden würde, wie sie der Herr Vizekanzler Withalm verlangt hat. Meine Damen und Herren! Die Sozialistische Partei kann ein solches Verhalten der derzeitigen Regierungspartei und ihrer Hauptexponenten nur schärfstens mißbilligen. Die Sozialistische Partei hat am Ende der Ausarbeitung der nun im Detail vorliegenden Programmalternativen exakte Überlegungen zur Finanzierung der in der kommenden Legislaturperiode zu ergreifenden Maßnahmen angestellt. Sie hat auf ihrem Parteirat der Öffentlichkeit ein Finanzierungsgutachten vorgelegt, das auf intensiven finanzpolitischen und budgetpolitischen Überlegungen beruht und von einem Team von Finanzfachleuten ausgearbeitet worden ist.

Mit diesen Finanzexperten, Herr Finanzminister Doktor Koren, können Sie diskutieren, wenn Sie wollen, denn diese Finanzexperten haben das Gutachten im Auftrage meines Parteivorsitzenden . . *(Abg. Doktor Withalm: Tragen die Experten auch die politische Verantwortung dafür, oder trägt der Dr. Kreisky die politische Verantwortung?)* Sie werden dann am 1. März oder am 2. März 1970 sehen, Herr Vizekanzler, wer die politische Verantwortung trägt. *(Beifall bei der SPÖ.)* Sie wahrscheinlich nicht mehr. *(Abg. Ing. Häuser zur ÖVP: Sie legen gar nichts da vor, damit Sie nicht zur Verantwortung gezogen werden können! — Abg. Doktor Withalm: Herr Kollege Weihs! Im Haus haben wir uns alle zu rechtfertigen!)* Vor wem denn? Vor Ihnen? Das ist doch ein Witz! Sie können doch uns nicht zwingen, daß da einer hergeht und Ihnen jetzt Vorträge hält. Wo sind wir denn eigentlich? *(Abg. Dr. Withalm: Nicht vor uns, sondern vor dem ganzen österreichischen Volk!)* Aber entschuldigen Sie! Hier ans Pult geht jeder her, wenn er will, aber nicht, wenn Sie wollen. Sie können Ihre Leute da herschicken, aber nicht uns! Merken Sie sich das ein für alle Male! *(Zustimmung bei der SPÖ. — Zwischenrufe bei der ÖVP. — Abg. Kern: Präpotent!)* Das ist doch ein Witz! *(Weitere Zwischenrufe.)* Wir reden, wann wir es für richtig erachten! *(Anhaltende Zwischenrufe.)*

Präsident *(das Glockenzeichen gebend):* Also, meine Damen und Herren, vielleicht tritt jetzt wieder eine kleine Beruhigung ein. *(Zwischenrufe bei der ÖVP. — Abg. Ing. Häuser, das ÖVP-Programm hochhaltend: Wo ist Ihr Finanzierungskonzept dazu? — Anhaltende Rufe und Gegenrufe.)* Meine Damen und Herren! Im Parlament kann jeder reden, aber nicht gleichzeitig. Es versteht doch einer den anderen nicht. *(Ruf bei der ÖVP: Wir debattieren doch heute über das Budget 1970! — Weitere Zwischenrufe bei der ÖVP.)*

Abgeordneter Dipl.-Ing. Dr. Oskar **Weihs** *(fortsetzend):* Ich habe ja festgestellt, daß keines vorhanden ist.

Unser Konzept wurde der Öffentlichkeit auf dem Parteirat selbst und in einer Pressekonferenz, bei der auch unser Parteivorsitzender Dr. Kreisky anwesend war, übergeben. Sie haben bisher noch nichts übergeben, Herr Withalm, und ich würde Ihnen sehr gut raten, genau die Kommentare der österreichischen Tagespresse und auch der Fachpresse zu jenen Finanzierungsüberlegungen zu verfolgen, die durch die Bank diesen Finanzierungsüber-

Dipl.-Ing. Dr. Oskar Weihs

legungen eine realistische Einschätzung der finanzpolitischen Situation zubilligen und darüber hinaus auch eine politische Durchsetzbarkeit zugestehen.

In dieser nicht nur für dieses Haus, sondern für die gesamte österreichische Bevölkerung wohl wichtigsten Frage in diesen Wochen frage ich hic et nunc — um mich der Diktion des Herrn Vizekanzlers zu bedienen *(Abg. Dr. Withalm: Da sind wir uns einig!)*, ja, das verstehen wir beide — die verantwortlichen Regierungsmitglieder ganz konkret:

Wo ist die Budgetvorschau des Bundesministers für Finanzen? — Sie fehlt. Wo ist ein mehrjähriges Budgetkonzept der Bundesregierung? — Nicht vorhanden. *(Abg. Doktor Pittermann: Top secret!)* Wo ist ein mehrjähriges Investitionsprogramm der Bundesregierung? — Nie dagewesen.

Und vor allem anderen fragen wir, Herr Finanzminister: Wie verantworten Sie Ihre Erklärungen hinsichtlich Steuersenkungen in der kommenden Legislaturperiode gegenüber den finanzpolitischen Realitäten und dem Debakel, das Sie heraufbeschworen haben? Halten Sie auf Grund der derzeit bestehenden rechtlichen Gegebenheiten — insbesondere des Auslaufens der befristeten Sanierungsmaßnahmen in Höhe von fünf Milliarden Schilling — die Bundeshaushalte der kommenden Legislaturperioden für saniert? Sind Sie wirklich so naiv, das zu glauben?

Durch welche ganz konkret und im Detail anzuführenden Maßnahmen gedenken Sie, Herr Finanzminister — eigentlich geht Sie das gar nichts an, das geht vielmehr den Herrn Vizekanzler als Generalsekretär etwas an —, die in dem am 12. Bundesparteitag vorliegenden Programmentwurf enthaltenen, allerdings nur in Stichworten angeführten Maßnahmen zu finanzieren? — Auch hier liegt nichts vor. *(Abg. Steiner: Das sind ja Sie gefragt! — Lebhafte Heiterkeit bei der SPÖ.)* Ich habe ja Ihr Programm nicht gemacht! *(Abg. Weikhart: Für Ihr Programm fragen Sie uns um die Finanzierung! — Gegenrufe bei der ÖVP.)* Herr Vizekanzler! Ich würde bitten, Ihren Fraktionskollegen aufzuklären, daß wir jetzt von Ihrem Programm gesprochen haben. *(Abg. Dr. Pittermann: Und so etwas läßt sich der Bacher entgehen! — Abg. Preußler: Steiner, du bist Gold wert!)* Er hat es anscheinend nicht mitbekommen, daß das am 12. Bundesparteitag der Volkspartei war.

Diese konkreten Fragen werden Sie, meine Damen und Herren, heute in dieser Sitzung vor dem österreichischen Nationalrat und vor der österreichischen Bevölkerung im Detail zu beantworten haben, und wenn wir Ihnen die von mir eben angeführten Fragen immer wieder vorlegen müssen.

Denn bisher hat es sowohl für die Regierung als auch für die Regierungspartei in dieser für Österreich so wichtigen Frage lediglich dazu gereicht, daß der Abgeordnete Kern bei der Beratung des Sozialkapitels von der Regierungspartei ans Rednerpult geschickt worden ist ... *(Abg. Kern: Was heißt: „geschickt worden ist"? Gegangen!)* Sie sind geschickt worden, und dann sind Sie gegangen. *(Abg. Kern: Sind Sie geschickt worden?)* Nein, ich gehe freiwillig; bei uns ist das eine andere Methode. Aber Sie sind geschickt worden. Wenn Sie zuhören, dann werden Sie gleich hören, warum. *(Abg. Weikhart: Kern, „Schluß der Debatte"! — Zwischenruf des Abg. Kern.)* Hören Sie mir doch erst zu, bevor Sie so nervös werden. Es besteht doch gar kein Grund, jetzt schon nervös zu werden. Sie werden schon nachher nervös werden.

Bisher hat es also lediglich dazu gereicht, daß der Abgeordnete Kern bei der Beratung des Sozialkapitels von der Regierungspartei ans Rednerpult geschickt worden ist *(Abg. Lola Solar: Bei uns wird niemand geschickt!)*, der der Sozialistischen Partei in schamloser Art und Weise unterstellt hat, sie würde im Falle einer Regierungsverantwortung ihr Programm durch ein „schnelleres Rotieren der Notenpresse und eine Abwertung des Schillings" finanzieren. *(Abg. Doktor Mussil: Wie sonst denn?)* Das überlassen Sie uns. Ihre Ezzes haben wir vier Jahre lang gemerkt, lieber Freund. Ein Defizit von 27 bis 28 Milliarden Schilling war das Ergebnis. *(Zwischenruf des Abg. Dr. Mussil. — Der Präsident gibt das Glockenzeichen.)* Kommen Sie nachher herunter und plaudern Sie dann. *(Neuerlicher Zwischenruf des Abg. Dr. Mussil.)* Was Sie da sagen, kann man doch nicht immer ernst nehmen. *(Abg. Doktor Withalm: Das Volk wird Ihnen das nicht überlassen!)* Aber Ihnen noch weniger, Herr Generalsekretär! *(Beifall bei der SPÖ.)* Auch das Volk wird Ihnen das nicht glauben, wie das damals mit dem zerbrochenen Schilling und ähnlichen Dingen war. *(Abg. Weikhart: Das hat das Volk schon bewiesen! — Abg. Dr. Withalm: Ja eben, vier Jahre nicht schlecht! — Abg. Weikhart: Durch mehrere Wahlen! — Abg. Dr. Pittermann: Wir sind zufrieden mit der Mehrheit im Bundesrat! — Abg. Dr. Withalm: Dann sind Sie ja sehr bescheiden! Dabei bleibt es dann!)* Am 1. März bekommen wir ja auch die im Nationalrat dazu! Sie haben ja den Kollegen Pittermann nicht ausreden lassen, denn Sie waren wieder einmal voreilig, Herr

Dipl.-Ing. Dr. Oskar Weihs

Vizekanzler! *(Zwischenruf des Abg. Doktor Withalm.)* Doch, denn er wollte sagen: Und am 1. März bekommen wir auch die im Nationalrat. Das haben Sie ihn nicht sagen lassen. *(Abg. Dr. Pittermann: Aber er hat es sich gedacht!)*

Meine Damen und Herren! In keiner Weise aber befaßte sich der Abgeordnete Kern mit den tatsächlichen Finanzierungsüberlegungen der Sozialistischen Partei, genausowenig war er in der Lage *(Ruf bei der SPÖ: Das kann man ja auch nicht erwarten!)*, zu Finanzierungsüberlegungen im Namen seiner Partei Stellung zu nehmen.

Ich fordere daher die Regierungspartei und die Mitglieder der Bundesregierung auf, sich entweder sofort öffentlich von diesen schamlosen Unterstellungen des Abgeordneten Kern zu distanzieren oder aber die Beweise für diese Behauptungen vorzulegen. Das wird Ihnen schwerfallen, Herr Vizekanzler! *(Beifall bei der SPÖ.)*

Lassen Sie mich, meine Damen und Herren, meine Ausführungen an dieser Stelle zunächst schließen. Ich möchte dem Herrn Bundeskanzler und dem Herrn Finanzminister den Rat geben, sich jetzt mit den von mir aufgeworfenen Fragen im Detail auseinanderzusetzen. Ausflüchte der Art ... *(Zwischenruf des Bundesministers Dr. Koren.)* Ich habe gehört, der Finanzminister stimmt mir ganz zu. Er schwätzt wieder von der Regierungsbank, obwohl er das gar nicht darf. *(Heiterkeit. — Abg. Dr. Mussil: Er darf, was er will!)* Das darf er nicht! *(Abg. Dr. Mussil: Er darf, was er will!)* Das glauben nur Sie! Das darf er nicht! Das ist Ihre demokratische Auffassung. *(Abg. Dr. Pittermann: Das hat die Bundeskammer erlaubt! — Abg. Guggenberger: Der Dr. Weihs darf alles! — Weitere Zwischenrufe. — Der Präsident gibt das Glockenzeichen.)* Ich sitze nicht da oben und darf von oben nichts reden.

Ausflüchte der Art, wie wir sie bei den Beratungen im Finanz- und Budgetausschuß immer wieder erleben mußten, werden von uns nicht mehr geduldet. Die österreichische Öffentlichkeit fordert von der Regierungspartei und der Bundesregierung dieselbe Klarheit hinsichtlich finanzpolitischer Absichten, wie sie sie von der sozialistischen Opposition bereits bekommen hat. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Nun sind Sie, Herr Finanzminister, und in Vertretung Sie, Herr Vizekanzler, weil der Herr Bundeskanzler leider nicht da ist, am Zug *(Abg. Dr. Withalm: Da müssen Sie selber lachen!)*: Legen Sie Ihre Karten offen auf den Tisch und beantworten Sie *(Abg. Dr. Withalm: Das ist ein Plagiat!)* — das waren sehr verdeckte Karten, das waren nie offene Karten — klar und eindeutig und detailliert die von meiner Fraktion an Sie gestellten Anfragen! *(Beifall bei der SPÖ.)*

Präsident: Zum Wort gemeldet ist der Abgeordnete Peter. Ich erteile es ihm. *(Abg. Peter begibt sich mit einem Papiersack in der Hand ans Rednerpult. — Rufe: Dr. Mussil!)* Entschuldigen Sie, Herr Abgeordneter Peter, die Reihenfolge war in der Liste falsch eingetragen. *(Zwischenrufe.)* Das Paket wird nicht so schwer sein, um es nicht ein zweites Mal zu tragen.

Abgeordneter Mussil ist am Wort. *(Abg. Dr. Pittermann: Schon wieder eine Protektion!)*

Abgeordneter Dr. **Mussil** (ÖVP): Herr Präsident! Hohes Haus! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich möchte zuerst auf einige Argumente des Abgeordneten Doktor Weihs zurückkommen. Zuerst im Zusammenhang mit dem „Fuchsbau", der Ihnen sehr stark unter die Haut gegangen zu sein scheint. *(Zwischenrufe. — Abg. Dr. Pittermann: Der geht unter die Erde, Herr Mussil!)* Meine sehr geehrten Damen und Herren! Mit Ihren billigen Winselargumenten werde ich mich nicht auseinandersetzen, auch nicht mit den Kinderliedern: „Fuchs, du hast die Gans gestohlen"; das gehört in eine Spielschule und nicht ins Parlament. *(Abg. Benya: Sagen Sie das dem Withalm! — Abg. Dr. Withalm: Ich habe davon nicht geredet! — Abg. Benya: Aber gedacht!)*

Über das Budgetprovisorium werde ich später sprechen. *(Abg. Peter: Aber den Kindergarten hat der Sandmeier eröffnet!)* Ein Wort zu den sogenannten flankierenden Maßnahmen, weil Sie gesagt haben, daß die Ansätze der flankierenden Maßnahmen im Budget nicht enthalten sind. *(Abg. Dr. Kleiner: Die Kinderlieder hat ja der Herr Sandmeier angestimmt!)* Ich darf Ihnen, Kollege Weihs, dazu eines sagen: Ich war im Finanz- und Budgetausschuß, und da haben Sie uns folgendes vorgerechnet: Sie haben gesagt, daß durch die Zollerhöhungen insbesondere die Zollwerte entsprechend höher werden, daß die Importe wesentlich steigen und wir eine wesentliche Erhöhung der Importumsätze haben werden und daher der Finanzminister keine Ausfälle haben wird. *(Abg. Dipl.-Ing. Dr. O. Weihs: Er selber hat 400 Millionen genannt!)* Es sind damals 300 Millionen oder eine ähnliche Ziffer genannt worden. Aber Sie haben behauptet, meine sehr geehrten Herren, daß der Finanzminister überhaupt keine Ausfälle haben wird. *(Abg. Dipl.-Ing.*

Dr. Mussil

Dr. O. Weihs: Sie träumen, Herr Mussil!) Jetzt wollen Sie diese Ausfälle wieder ins Budget hinein haben. Das ist Ihr Zickzackkurs, das ist Ihre Politik, meine Herren, die Ihnen niemand mehr abnimmt. *(Beifall bei der ÖVP. — Abg. Dipl.-Ing. Dr. O. Weihs: Sie träumen! Sie träumen immer noch!)*

Sie haben über das Preisniveau gesprochen. Das Wirtschaftsforschungsinstitut und auch wir haben für das nächste Jahr eine Steigerung des Index von etwa 4 Prozent vorausgesagt. *(Abg. Benya: Untere Grenze!)* Sie haben 5 Prozent genannt. Meine Damen und Herren! Wenn in der Weise wie bisher Lohnforderungen mit eingebauten Zeitzündern gerade zu Weihnachten oder vor den Wahlen auf uns zukommen, wie es bei den Nahrungs- und Genußmitteln der Fall war, dann können Sie unter Umständen recht haben. *(Abg. Ing. Häuser: 18 Monate nicht!)*

Zur Konjunktursituation darf ich sagen, daß selbstverständlich die Situation konjunkturpolitisch in eine kritische Phase eingetreten ist. Das wissen wir alle, das ist nicht zu leugnen. Es muß daher — und das hat der Herr Finanzminister ausdrücklich erwähnt — verhindert werden, daß im nächsten halben Jahr Auftragsballungen eintreten. Man wird zurückhaltend bei der Auftragsvergabe vorgehen. *(Abg. Dipl.-Ing. Dr. O. Weihs: Mehr habe ich nicht gesagt!)*

Ich muß Ihnen mit allem Ernst eines sagen: Wir wollen an den Vereinbarungen und den Gesetzen, die im Parlament beschlossen worden sind, selbstverständlich nichts ändern. Aber wenn Sie immer davon sprechen, daß das Budget konjunkturwidrig sei, dann muß ich Ihnen sagen, daß auch die Arbeitszeitverkürzung im gegenwärtigen Zeitpunkt *(Abg. Ing. Häuser: Für Sie zu jedem Zeitpunkt!)* durchaus nicht konjunkturgerecht ist. Meine Herren! Das steht in der mit Ihren Beiratsmitgliedern abgefaßten Studie. *(Abg. Ing. Häuser: Völlig falsch!)* Da heißt es ausdrücklich: Alle Zeitpunkte sind für derartige Maßnahmen mehr und minder geeignet, am allerwenigsten ein Zeitpunkt einer Konjunkturüberhitzung. *(Abg. Dr. Pittermann: Sie haben ja zugestimmt!)* Ich sage das nur deshalb, Herr Kollege Pittermann, weil im Zusammenhang mit dem Budget ununterbrochen von einer nicht konjunkturgerechten Maßnahme gegesprochen wird und die andere Maßnahme heimlich und leise verschwiegen wird. Das muß also schon gerecht gewertet werden.

Sie sagen nun, die Einnahmenauswertungen, die Einnahmenerwartungen werden im nächsten Jahr durch die Preissteigerungen anders sein. *(Abg. Dr. Androsch: Das sagt doch das Institut für Konjunkturforschung!)* Bitte, sicher. Aber ich glaube, daß sich beide Komponenten durch diese Preisentwicklung wahrscheinlich saldieren werden, Kollege Weihs, und daß dieses Argument nicht stichhältig ist. *(Abg. Dipl.-Ing. Dr. O. Weihs: Habe ich etwas anderes gesagt? Lesen Sie die Rede nach, Kollege Mussil!)*

Kollege Weihs, Sie behaupten immer, daß wir die Einnahmenseite zu optimistisch oder dann wieder zu pessimistisch einschätzten; dann wieder werfen Sie uns vor *(Abg. Dipl.-Ing. Dr. O. Weihs: Das Forschungsinstitut sagt das! Lesen Sie dort nach!)*, daß wir im Budget stille Reserven enthalten haben. Also wie man es macht — niemals ist es Ihnen recht! Das kenn' ich schon.

Dann möchte ich noch etwas sagen zu dem wirklich nicht geziemenden Ausdruck, den Sie im Zusammenhang mit dem Verhalten des Bundeskanzlers Klaus in der Paritätischen Kommission gebraucht haben. Sie haben behauptet, er hätte dort eine doppelzüngige Haltung eingenommen, er hätte sich mit der Unternehmerseite zurückgezogen, um dafür einzutreten, daß in der Paritätischen Kommission möglichst hohe Preise herauskommen. *(Abg. Dipl.-Ing. Dr. O. Weihs: Das haben Sie gesagt, Herr Mussil!)* Sie haben es in der Form angedeutet. *(Abg. Dr. Withalm: Es kam so heraus!)* Ich weiß schon, wie Sie unterschwellig diese Dinge meinen.

Herr Kollege Weihs, ich kann Ihnen nur sagen: Der Herr Bundeskanzler ist mit den Unternehmervertretern zusammengesessen, um uns mit sehr, sehr eingehenden Argumenten dazu zu bewegen, Preiserhöhungen, die wirklich auf Grund der Lohnerhöhungen gerechtfertigt gewesen wären, nicht in Anspruch zu nehmen. Das war das, was der Bundeskanzler gemacht hat! *(Abg. Ing. Häuser: Da habt ihr aber lange gebraucht dazu!)*

Wenn Sie in der Paritätischen Kommission sind — Dr. Staribacher, Sie sind ja immer dabei —, dann wissen Sie sehr genau, daß zwar eine Achse Klaus — Staribacher besteht *(Abg. Ing. Häuser: Stimmt nicht!)* aber nicht eine Achse Klaus — Sallinger. Bundeskanzler Klaus vertritt in der Paritätischen Kommission in erster Linie — ich gebe zu, manchmal auch zu unserem Unmut als Unternehmervertreter — ausgesprochen Konsumenteninteressen. *(Beifall bei der ÖVP.)* Wenn Sie das jetzt abzustreiten versuchen, Dr. Staribacher, dann kann man über diese Dinge nicht weiterreden. *(Abg. Ing. Häuser: Bei den Semmeln war es anders, Herr Dr. Mussil! Da hat sich der Herr Kanzler auf Ihre Seite gestellt!)* Die Semmelpreise haben Sie beantragt. Sie haben bean-

Dr. Mussil

tragt, daß die Semmeln und die Weichwaren freigegeben werden, weil Sie haben wollen, daß wir Preissteigerungen bekommen, um damit politisches Kapital zu schlagen. Sie sind also im Moment die Preistreiberpartei! Das kann ich Ihnen ausdrücklich sagen. *(Abg. Weikhart: Das ist der größte Schlager! — Abg. Dipl.-Ing. Dr. O. Weihs: Herr Dr. Mussil, haben Sie Grippe? Hohes Fieber?)* Herr Kollege! Ich darf Ihnen sagen: Ich habe bei Ihren Ausführungen den Eindruck gehabt, daß Sie im Oberstüberl nicht ganz ...

Präsident: Aber, meine Herren! *(Zwischenrufe bei der SPÖ.)*

Abgeordneter Dr. **Mussil** *(fortsetzend)*: Ich verstehe alles, aber wenn Sie mir so kommen, dann muß ich Ihnen sagen: Ich kann auch grob werden. *(Abg. Dipl.-Ing. Dr. O. Weihs: Ich kann noch gröber werden!)* Na, das werden wir ja erleben. Ich möchte Sie also bitten, derartige Ausdrücke nicht zu gebrauchen. Ich werde es auch nicht tun!

Präsident: Bitte, meine Damen und Herren! Ein Freistilringen, wer gröber sein könnte, das wollen wir doch vermeiden. *(Abg. Doktor Pittermann: Wir haben Vertrauen zur Bundeskammer, Herr Präsident!)*

Abgeordneter Dr. **Mussil** *(fortsetzend)*: Meine Damen und Herren! Ich habe darüber nachgedacht, warum Sie sich aus Ihrem Fuchsbau nicht heraustrauen und warum Sie sich richtigen Argumenten nicht stellen. Ich kann mir nur vorstellen, daß Sie Scheu haben, den Berg von sozialistischen Programmen in einer parlamentarischen Diskussion stärker zu erörtern, weil hier die Kritik zu stark ist. Man kann diese Serie von Programmen kiloweise außerhalb des Parlaments in der Öffentlichkeit wesentlich leichter verkaufen als im Parlament.

Ich habe versucht, diese 600 Seiten Programme durchzulesen. Es ist eine gewisse Zumutung für einen Parlamentarier, so viel bedrucktes Papier in die Hand zu nehmen. Ich habe den Eindruck gewonnen, daß nach Ihren Vorstellungen in Zukunft kein Bereich des menschlichen Lebens nicht vorgeplant oder programmiert werden sollte. Nach Ihren Vorstellungen soll in Zukunft jeder Österreicher, glaube ich, sozialistisch programmiert werden. Das scheint das zu sein, was Sie sich vorstellen. *(Abg. Dr. Hertha Firnberg: Das ist sehr billig! — Abg. Ing. Kunst: Sehr billige Argumente!)* Wenn Sie keine anderen Zwischenrufe haben als „billige Argumente", so zeigt das mit aller Deutlichkeit, daß Sie keine Argumente haben. Das möchte ich ausdrücklich feststellen. *(Abg. Dr. Hertha Firnberg: Ihr Programm ist das Programm der totalen Planlosigkeit!)*

Meine Damen und Herren! Ich habe vor kurzem ein Buch in der Hand gehabt mit dem Titel „Schneller lesen". Das ist ein sehr gutes Buch. Die Methode hat jeder, der viel bedrucktes Papier in die Hand bekommt, sich schon zu eigen machen müssen: Man hat das bisher als „Diagonal-Lesen" bezeichnet. Bitte, ich muß das auch tun. Ich bekomme ja ständig Berge von bedrucktem Papier. Aber ich möchte Sie, meine sehr geehrten Herren von der Sozialistischen Partei, fragen, ob Sie nicht auch in der Methode des „Diagonal-Lesens" geübt sind, ob nämlich wirklich einer unter Ihnen ist, der — Hand aufs Herz — jedes dieser Programme genau durchstudiert hat. *(Abg. Dr. Pittermann: Sogar diskutiert!)* Der soll aufstehen und sagen: Ich habe es durchstudiert. Ich glaube, es ist keiner unter Ihnen, am allerwenigsten Ihr Programmoberkoordinator, Ihr Parteiobmann Kreisky. Er hat es auch nicht nötig. Er hält es so ähnlich wie der alte Kaiser Franz Joseph, der für sich nachdenken ließ, wenn er irgendein Problem gehabt hat. Kreisky läßt also jetzt für sich lesen und bekommt dann Exzerpte vorgelegt, pro 100 Seiten eines, und ich glaube, daß er dabei kaum etwas einbüßt.

Aber man soll nicht undankbar sein, vor allem wir von der Wirtschaft nicht. Die Programmserie der Sozialistischen Partei hat sicher, das muß ich ausdrücklich feststellen und anerkennen, eine ausgesprochene Umsatzbelebung in der Papierindustrie gebracht. Dafür, meine sehr geehrten Herren, den herzlichsten Dank! *(Beifall bei der ÖVP.)*

Am schwersten, meine sehr geehrten Damen und Herren, haben Sie sich bei dem Finanzierungsprogramm getan. Mein Kollege hat schon darauf hingewiesen, daß in Journalistenkreisen die Pressekonferenz, wo Sie das vorgestellt haben, als Eiertanz- oder Schleiertanz-Konferenz bezeichnet worden ist, daß sich dann der Abgeordnete Kreisky von dem Finanzierungsprogramm — ich habe das gelesen — distanziert und erklärt hat, er hätte überhaupt keinen Auftrag zu einem solchen Programm gegeben. Da gibt es also ein dreiseitiges Programm, in dem überhaupt nichts drinnensteht, ein 19seitiges Programm, ein 22seitiges Programm, alles „streng vertraulich" — jeder, der sich dafür interessiert, hat es natürlich in der Hand.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Bei der Aufstellung von Programmen gibt es nur zwei Möglichkeiten: Erstens man stellt zuerst fest, wieviel Geld man zur Verfügung hat, und macht dann den Maßnahmenkatalog.

Dr. Mussil

Das ist sehr schwer, weil wir noch kein längerfristiges Budgetprogramm haben. Auf die Gründe, warum wir es nicht haben, komme ich später zu sprechen. Dann kann man zweitens den umgekehrten Weg gehen und kann bei jeder Maßnahme oder bei jedem Spezialprogramm zuerst die Maßnahmen festlegen, dann so als Überguß darüber die Finanzierungsmöglichkeiten überdenken und die Maßnahmen nach den Finanzierungsmöglichkeiten entsprechend einschränken.

Sie, meine Herren von der Sozialistischen Partei, sind wie immer mit traumwandlerischer Sicherheit den dritten Weg gegangen. Ihre Expertenteams sind bei den Spezialprogrammen an die Arbeit gegangen ohne Rücksicht auf Verluste in finanzieller Hinsicht. Sie haben frei drauflos gearbeitet, ohne sich im geringsten auf die sicher lästigen Kosten einzulassen und sich um diese lästigen Kosten zu kümmern. So ist Ihr Programmberg von Gaukelbildern entstanden. Und erst unter dem massivsten Druck der Öffentlichkeit haben Sie in einem Zeitpunkt, wo alle Spezialprogramme schon heraußen waren *(Abg. Dr. Kleiner: Aber es beschäftigt Sie dauernd!)*, ein Finanzierungsprogramm so quasi als Schlußstein einfügen wollen. *(Abg. Dr. Kleiner: Sie reden so viel davon, daß Sie offenbar eine Angst haben!)* Daß sich Ihr Parteiobmann Kreisky davon distanziert hat, habe ich schon erwähnt.

Dann sind Sie, meine sehr geehrten Damen und Herren, in der Öffentlichkeit mit einem geradezu okkultistischen Rechenkunststück dahergekommen und haben erklärt: Das Ganze kostet nicht mehr als 2,5 Milliarden Schilling jährlich. Zweifellos, die Ziffer hebt sich propagandistisch von der sogenannten „Budgethypothek" der Österreichischen Volkspartei recht gut ab, je nachdem wie man diese Budgethypothek rechnet. Sie haben eine Reihe Varianten bezüglich dieser Budgethypothek uns vorgelegt, aber immerhin, das ist propagandistisch ein Erfolg. *(Abg. Doktor Staribacher: Herr Kollege Mussil, stimmt nicht! Die Budgethypothek hat nur eine Variante!)* Nein, zwei Varianten, ich habe das gelesen. *(Abg. Dr. Staribacher: Dann haben Sie falsch gelesen!)* Nein, ich bitte, ich lese immer richtig. Ich lese diagonal, aber immer richtig. *(Abg. Dr. Pittermann: Diagonal falsch gelesen!)*

Und jetzt kommt Ihr dreifacher Rechensalto, wenn man das so nennen kann: „Der gesamte Programmaufwand soll ohne generelle Steuererhöhungen finanzierbar sein." *(Abg. Benya: Ohne „generelle"!)* Ich sage ausdrücklich „generelle", Herr Präsident. Ich verschweige und verdrehe nichts. Sie sagen „generelle".

Ich darf dazu folgendes sagen. Der Aufwand für Ihr Wirtschaftsprogramm, Schulprogramm und Humanprogramm ist vor kurzem mit einem jährlichen Mehrbetrag von zweistelligen Milliardenziffern geschätzt worden. Dazu kommen noch die Kosten Ihrer Initiativanträge, Abänderungsanträge und Entschließungsanträge während der letzten vier Jahre, die etwa den gleichen Aufwand ausmachen.

Dann haben Sie versucht, die großen Posten Ihrer Programme aus dem Budget einfach abzuschieben, aus dem Budget herauszubekommen. Ich darf Ihnen dazu eines sagen. Das ist entweder inkonsequent oder — ich möchte nicht den Ausdruck „naiv" gebrauchen — es ist nicht realisierbar.

Ich darf Ihnen nur drei Beispiele nennen:

Zuerst die Ausstattung der verstaatlichten Industrie mit Eigenkapital. Nach Ihrem angeblich so liberalen Wirtschaftsprogramm, Doktor Staribacher, ist das ausschließlich Aufgabe des Staates. *(Abg. Dr. Pittermann: Dem gehört sie doch!)* Wir reden nicht darüber, ob es sich gehört oder nicht *(Abg. Dr. Pittermann: Dem gehört sie!)*, sondern was das kostet. *(Abg. Dr. Pittermann: Der Staat ist doch Eigentümer!)* Ich rede nicht über die Frage, ob es sich gehört — ich möchte jetzt keine ÖIG-Debatte darüber entfachen, Herr Dr. Pittermann —, sondern was das kostet. Sie haben in dem Zusammenhang, nicht nur früher, sondern auch in der letzten Zeit, immer Milliardenbeträge genannt, und zwar jährliche Milliardenbeträge. *(Abg. Doktor Pittermann: Wann?)*

Man kann die Sanierung der Spitäler sicher auch mit kostendeckenden Verpflegssätzen durchführen; das steht im Humanprogramm mit einer leisen Andeutung drinnen. *(Abg. Benya: Das stimmt doch nicht!)* Aber wer die Situation der Krankenkassen kennt — und ich war selber lange Jahre Obmannstellvertreter in einer Krankenkassa —, weiß genau, daß das ohne massive Beitragserhöhungen nicht möglich ist. *(Abg. Dr. Pittermann: Nur die Lohnsteuerpflichtigen?)* Ob die Wirtschaft — und dazu zählen zweifellos auch die Arbeitnehmer — höhere Sozialversicherungsbeiträge oder höhere Steuern zahlen muß, das bleibt im Endeffekt gleich. *(Abg. Benya: Wir müssen das alles erarbeiten! Alle mitsammen!)* Ich sage ja, das gehört zur Wirtschaft, Herr Präsident. Wollen Sie also, daß kostendeckende Verpflegssätze gemacht werden? Ansonsten geht es ins Budget. Eine dritte Möglichkeit gibt es nicht.

Das Reinhalten von Wasser und Luft und die Lärmbekämpfung sind unbestritten dringende Anliegen der Bevölkerung, und es ist

Dr. Mussil

zweifellos notwendig, daß man diese Dinge regelt und in Ordnung bringt. Daß aber diese Anliegen nichts kosten sollen, wie im Humanprogramm gesagt wird *(Abg. Dr. Pittermann: Dem Budget!)*, meine sehr geehrten Damen und Herren, kann also nur bedeuten, daß das die Wirtschaft tragen soll. Wenn Sie das glauben, Herr Dr. Pittermann, dann sind Sie mit den Größenordnungen, die diese Anliegen kosten, überhaupt nicht vertraut. *(Abg. Dr. Androsch: Zitieren Sie! — Zwischenruf des Abg. Dr. Pittermann.)* Denn das ist vollkommen ausgeschlossen. *(Abg. Doktor Kreisky: Herr Dr. Mussil, Sie zitieren ja nicht das Humanprogramm, sondern den „ÖVP-Pressedienst"!)* Nein, ich zitiere Ihr Programm! Ich habe es gelesen und habe es auch für mich lesen lassen. *(Abg. Dr. Kohlmaier: Er zitiert Kreisky in Linz!)* Ich habe vielleicht auch diagonal gelesen, aber ich habe es gelesen. *(Abg. Dr. Kreisky: Herr Doktor Mussil, das ist vielleicht auf der anderen Seite der Diagonale gestanden!)*

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich wollte nur drei Punkte aus den fast 500 Seiten — aus dem Wirtschaftsprogramm und verschiedenen anderen Programmen — herausgreifen. *(Weitere Zwischenrufe. — Der Präsident gibt das Glockenzeichen.)* Wenn Sie behaupten, daß das alles nicht mehr als 2,5 Milliarden Schilling im Jahr kosten soll, so glaube ich, daß Sie in der Öffentlichkeit mit dieser Behauptung nicht ankommen können.

In Ihrem Finanzierungsprogramm weisen Sie außerdem darauf hin, daß Sie „nicht generelle" Steuererhöhungen durchführen wollen. — Der Herr Präsident Benya ist leider draußen. Ich komme jetzt auf den Begriff der generellen Steuererhöhungen zurück. Das ist ein sehr orakelhafter Ausdruck, kann ich nur sagen. Was heißt also: „nicht generelle" Steuererhöhungen? Ich kann das nach Ihren ganzen Programmen und dem Finanzierungsaufwand nur so auslegen, daß nicht alle Österreicher, wenn Sie nach dem 1. März zu entscheiden hätten, höhere Steuern zahlen müßten, sicher aber der überwiegende Teil der österreichischen Bevölkerung. Das ist der Begriff „nicht generelle" Steuererhöhungen. *(Abg. Dr. Staribacher: Wo lesen Sie den heraus, Kollege Mussil?)* Begrifflich, Doktor Staribacher. „Nicht generelle" Steuererhöhungen heißt, daß nicht jeder einzelne Österreicher mehr zahlen muß. Das ist der Begriff, den Sie in das Wort „nicht generell" hineinlegen.

Dann darf ich Ihnen folgendes sagen: Daß außer den 2,5 Milliarden Schilling, die Sie genannt haben, noch zusätzliche Maßnahmen notwendig sind, geht daraus hervor, daß Sie die befristeten Sondersteuern nicht verlängern wollen. Bitte, in der Frage der befristeten Sondersteuern haben Sie überhaupt eine ganz eigenartige Argumentation. *(Abg. Doktor Androsch: Mussil, was wollen Sie mit den Sondersteuern?)* Wir werden sie auslaufen lassen, Herr Kollega. Aber kümmern Sie sich nicht um unsere Sachen! *(Rufe bei der SPÖ: Um unsere kümmern Sie sich?! — Abg. Weikhart: Sie kümmern sich die ganze Zeit um unsere!)*

Ich darf Ihnen eines sagen, meine sehr geehrten Herren: Sie haben seit dem Jahre 1966 immer wieder den Standpunkt eingenommen, daß die Österreichische Volkspartei das österreichische Budget und den österreichischen Staat an den Bankrott führt. *(Rufe bei der SPÖ: Ja, das ist wahr!)* Sie haben ununterbrochen Unkenrufe ausgestoßen. Wir haben jedes Jahr ein Budget vorgelegt, das durchaus — auch mit dem Defizit, meine Damen und Herren, und auch mit der Schuldenpolitik *(Abg. Weikhart: Jedes Jahr höher!)*, darauf kommt ein Kollege von mir später zurück — gerechtfertigt erscheint.

Wenn man seriöse Stimmen von Ihnen liest — das ist allerdings sehr selten, muß ich sagen —, so wird das auch unterstrichen. *(Abg. Dr. Androsch: Warum legen Sie keine Budgetvorschau für die nächsten vier Jahre?)* Ich werde Ihnen einen Vorschlag machen, Kollege Androsch. *(Abg. Dr. Pittermann: Darüber reden wir nach den Wahlen!)* Wir ernennen Sie zum Starexperten oder vielleicht, wenn Sie wollen, zum Parlaments-James-Bond. *(Abg. Dr. Androsch: Nicht ausweichen!)* Und Sie reden weniger — wovon wir alle etwas haben, Sie und vor allem das Hohe Haus. *(Zustimmung bei der ÖVP.)* Den Vorschlag möchte ich Ihnen machen. *(Abg. Dr. Androsch: Wo ist die Vorschau? — Abg. Moser: Wo ist die Antwort auf die Frage, wo die Vorschau ist?)* Auf die Vorschau komme ich noch zurück, meine Damen und Herren. *(Abg. Dipl.-Ing. Dr. O. Weihs: Nach dem 1. März oder vorher noch kommen Sie darauf zurück? — Weitere Zwischenrufe. — Der Präsident gibt das Glockenzeichen.)* Seien Sie ein bisserl geduldig. Ich habe Sie auch nicht ununterbrochen unterbrochen. Wenn Sie mir fünf Minuten zuhören, werden Sie das erfahren.

In Ihren ganzen Programmen, meine sehr geehrten Damen und Herren, ist also nichts anderes drinnen als ein Widerspruch nach dem anderen. *(Abg. Dr. Hertha Firnberg: Wo ist ein Widerspruch? — Abg. Weikhart: Beispiele!)* Es sind das alles Vernebelungs-

Dr. Mussil

programme, die Sie hier aufgestellt haben, weil Sie der österreichischen Bevölkerung nicht sagen wollen — vor den Wahlen, meine sehr geehrten Herren —, welche Steuererhöhungen Sie durchführen wollen, wenn Sie ans Ruder kommen sollten, welche Einsparungen Sie durchführen wollen oder welche Demontagen à la Wilson und so weiter Sie im Auge haben, wenn Sie einmal in Österreich entscheiden können. *(Abg. Doktor Hertha Firnberg: Wer keine Argumente hat, schimpft!)*

Eine Möglichkeit haben Sie noch, den Steuererhöhungen und so weiter auszuweichen, nämlich dann, wenn Ihre radikalen Expansionisten ans Ruder kommen. Bei Ihnen ist es ja furchtbar schwierig. Wenn man jetzt die Experten in Ihrem Schattenkabinett entsprechend in den Vordergrund bringt, dann sind die nach Ihrer Auffassung wirklich bewährten Minister aus der Koalitionszeit wieder böse. *(Rufe bei der SPÖ: Ihre Sorgen möchte ich haben!)* Wen wollen Sie also zum Zug kommen lassen? *(Abg. Weikhart: Das ist ja Ihre Sorge, unsere Sorge aber gar nicht! Sie zerbrechen sich den Kopf!)*

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wenn Ihre radikalen Expansionisten sich durchsetzen würden ... *(Abg. Benya: Jetzt wird's schiach, jetzt kommt der Wauwau!)* Ja, das glaube ich. Es ist ein solcher ganz in Ihrer Nähe gesessen oder sitzt in Ihrer Nähe. *(Ruf bei der SPÖ: Wer?)* Ich möchte keinen Namen nennen. Ich höre da so expansionistische Urtöne. Ich bin auch ein gemäßigter Expansionist. Aber das sind ja radikale Expansionen, meine Herren! Wenn das kommen würde, dann können Sie sich die Steuern ersparen und die Einsparungen können Sie sich auch ersparen, aber auf Kosten einer radikalen Inflation in Österreich. Das ist vielleicht noch gefährlicher als das andere.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Es ist schon gesagt worden, daß die Steuerbelastung, der Steuergrad in Österreich in bezug auf das Sozialprodukt etwa 38 Prozent ausmacht und daß diese Ziffer kaum mehr überboten werden kann. Sie wissen selbst, meine Damen und Herren, daß sonst die Gefahr besteht, daß eine Kapitalflucht aus Österreich eintritt. Wir brauchen in Österreich ausländisches Kapital. Aber wenn Ihre Programmserie durchgeht, meine Verehrten, dann geht der Besteuerungsgrad ruckartig über die Schwelle der wirtschaftlichen Vernunft hinaus.

Nun zur sogenannten „Budgethypothek", die Sie uns immer vorwerfen: Wir haben nie geleugnet, meine Damen und Herren, daß wir budgetäre Schwierigkeiten haben *(Abg. Doktor Pittermann: Also doch!)*, daß wir budgetäre Sorgen haben *(Abg. Dr. Pittermann: Gewußt schon, aber genützt hat es nichts!)*, die wir aber aus der Koalitionszeit übernommen haben. *(Ironische Heiterkeit bei der SPÖ.)* 90 Prozent der „Budgethypothek", die Sie uns immer vorwerfen, bestehen aus gesetzlichen Verpflichtungen, die Sie, meine verehrten Kollegen, mitbeschlossen haben in der Koalitionszeit. *(Abg. Dr. Pittermann: Auch Sie!)* Heute erheben Sie zwar zu Unrecht, aber immerhin für einen Großteil oder für einen Teil derselben das Urheberrecht. Jetzt verleugnen Sie diese ganzen Dinge und wollen sich von diesen Dingen distanzieren. Wenn es also eine „Budgethypothek" gibt, so ist das eine Koalitionshypothek, aber auch mit der sind wir bisher fertig geworden und wir werden ohne Ihre Mithilfe auch in den siebziger Jahren damit fertig werden. *(Beifall bei der ÖVP. — Abg. Weikhart: Das waren ja Ihre Finanzminister! — Präsident Dipl.-Ing. Waldbrunner übernimmt den Vorsitz.)*

Beim niederösterreichischen Wahlkampf haben die Sozialisten die Steuererhöhungen zusammengerechnet, die während der ÖVP-Regierung beschlossen wurden *(Abg. Haas: 12.000 S! — Zwischenrufe)*, und haben sie durch die Bevölkerungszahl dividiert. Dann sind Sie mit riesigen Plakaten herausgekommen, Herr Kollege Kreisky, und haben der österreichischen Bevölkerung vorgerechnet: So viel kostet die ÖVP-Regierung der österreichischen Bevölkerung! *(Abg. Weikhart: Das stimmt nicht! — Abg. Moser: Wenn das Kern gesagt hätte, würde ich es Ihnen glauben! — Abg. Dr. Kreisky: Sie machen denselben Trick wie der Finanzminister! Durch die Einkommensbezieher ist dividiert worden! Das ist der berühmte Salzburger Trick des Herrn Finanzministers gewesen, durch 7 Millionen zu dividieren, während wir durch die Einkommensbezieher dividiert haben!)* Damit eine höhere Summe herauskommt! Das ist Ihr Trick gewesen *(Heiterkeit bei der ÖVP)*, sonst wäre ja weniger herausgekommen! Nein, nein, Kollege Kreisky, rechnen habe ich schon in der Mittelschule gelernt! *(Abg. Dr. Pittermann: Aber schlecht!)* Da haben Sie sich total verrechnet!

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich möchte noch einmal feststellen, daß mit diesen Steuererhöhungen ausschließlich erstens die Koalitionshypothek abgetragen worden ist, und zweitens, meine Damen und Herren, bitte ich nicht zu übersehen und nicht zu vergessen: Während der ÖVP-Regierung sind die Löhne nominell um 34 Prozent ge-

Dr. Mussil

stiegen, die Preise um 12 Prozent. *(Zwischenruf des Abg. Libal.)* Herr Abgeordneter Liball Diskutieren Sie irgendwelche andere Sachen im Parlament, aber diese Dinge lassen Sie lieber uns über! — Die Reallöhne sind unter Berücksichtigung der Steuererhöhungen um sage und schreibe 20 Prozent gestiegen. *(Abg. Dr. Pittermann: Hoch der Gewerkschaftsbund!)* Die ÖVP-Regierung hat daher während ihrer Regierungszeit eine Erhöhung des Lebensstandards von 20 Prozent gebracht. *(Abg. Dipl.-Ing. Dr. O. Weihs: Der Gewerkschaftsbund!)* Das ist die „Hypothek", die die ÖVP-Regierung der österreichischen Bevölkerung hinterläßt! *(Beifall bei der ÖVP. — Abg. Dr. Pittermann: Wenn wir schon bei der Erbschaft sind, Dr. Mussil . . .!)* Eine gleiche Wohlstandshypothek, Herr Dr. Pittermann, wird die ÖVP-Regierung auch in den siebziger Jahren der österreichischen Bevölkerung auferlegen. *(Abg. Probst: Er spricht schon von der Hinterlassenschaft!)* Solche Dinge hinterlassen wir gern, Kollege Probst! *(Abg. Dipl.-Ing. Dr. O. Weihs: Das macht der Notar!)* Wenn man am Ende einer Legislaturperiode steht und stolz sagen kann, man hat der Bevökerung 20 Prozent Wohlstandsvermehrung gebracht, so tut man das gern! Wenn Sie es nicht gern haben, so ist das Ihre Sache, Herr Kollege Probst! *(Abg. Probst: Das ist eine Grabrede! Ich habe schon so viele Grabreden gehört. Die waren alle ähnlich! — Abg. Weikhart: Da lügt man am meisten!)* Das hat mit Grabrede nichts zu tun! Nein, Herr Kollege Probst, das sind ausgesprochen stolze Resümee-Reden über die Leistungen der ÖVP-Regierung in den letzten vier Jahren! *(Neuerlicher Beifall bei der ÖVP. — Abg. Dr. Pittermann: Dank dem Gewerkschaftsbund! Da haben Sie recht! Die Lohnerhöhungen hat er gebracht! Und gerade vorhin haben Sie geweint über die Lohnerhöhungen!)*

Wir sehen es — ich habe schon darauf hingewiesen — als unsere Verpflichtung an, die im Parlament beschlossenen Sondersteuern auslaufen zu lassen. Unser „Starexperte" Doktor Androsch hat mich in dieser Richtung gefragt. Sie haben einen logisch sehr, sehr interessanten Standpunkt in bezug auf diese Steuern bezogen. Sie haben zuerst im Finanzausschuß und dann im Parlament gegen diese befristeten Sondersteuern gestimmt und haben damit zum Ausdruck gebracht, daß Sie sie nicht haben wollen, weder befristet noch unbefristet, und jetzt wollen Sie sie unbefristet in Geltung lassen. *(Abg. Dr. Staribacher: Nein, Sie müssen uns nur sagen, wie Sie das Defizit decken wollen, wenn Sie sie auslaufen lassen, sonst nichts!)* Ich darf Ihnen sagen, Dr. Staribacher: Über diese Dinge haben wir wiederholt gesprochen, und ich habe Ihnen das entsprechend dargelegt.

Nun möchte ich auf das zurückkommen, meine sehr geehrten Damen und Herren, was Sie ununterbrochen in den Vordergrund der Debatte stellen: die sogenannte längerfristige Budgetvorschau *(Zwischenruf des Abg. Doktor Androsch.)* Jetzt sind wir dabei, meine sehr geehrten Damen und Herren! — An dieser Budgetvorschau sind wir alle interessiert, in erster Linie der Finanzminister. *(Abg. Babanitz: Warum hat er sie dann nicht gemacht?)* Ja, das werde ich Ihnen jetzt sofort sagen.

Wir haben eine Arbeitsgruppe im Beirat, die Arbeitsgruppe „Mittelfristige Prognose". Die ist technisch und auch in der Methode noch nicht so weit, richtige wirtschaftliche Vorschauen erstellen zu können, und eine wirtschaftliche Vorausschau ist die Grundvoraussetzung für eine Budgetvorausschau, Der ehemalige Minister Schmitz hat eine derartige Budgetvorschau erstellt, und je näher der Termin der Beratungen über das Budget im Parlament gekommen ist, desto unrichtiger ist die Budgetvorschau geworden, mußte sie werden, weil ja die Unterlagen nicht da sind. Das ist eine Selbstverständlichkeit. Wenn Sie damals seriös vorgegangen wären, meine sehr geehrten Kollegen *(Abg. Dr. Pittermann: Wer? Der Schmitz?)* — Sie! —, und nicht politisches Kapital aus diesen Differenzen hätten schlagen wollen, hätte man über diese Dinge reden können. Aber was Sie machen wollen, das ist ja folgendes: Sie wissen ganz genau, daß diese Ziffern nicht stimmen können, und weil die dann mit dem endgültigen Budget nicht zusammenstimmen, gehen Sie in der Budgetdebatte her und machen dem Finanzminister Vorwürfe. Das ist ein billiges Vorgehen. Darum kann man das erst machen, wenn diese Unterlagen entsprechend vorhanden sind. *(Beifall bei der ÖVP. — Abg. Dr. Androsch: Wie war das voriges Jahr? — Abg. Dipl.-Ing. Dr. O. Weihs: Das ist auch billig!)*

In jeder Wirtschaftsprognose — es ist leider weder der Präsident Benya noch der Präsident Häuser da *(Abg. Dipl.-Ing. Dr. O. Weihs: Wir werden es ihnen sagen!)*, ich hätte nur gern die Reaktion hier gehört — spielt die Einkommensprognose eine außerordentlich starke Rolle, und da ist in erster Linie die Schwierigkeit, daß jede Einkommensprognose von politischen Entscheidungen abhängt. *(Abg. Dr. Pittermann: Von wem?)* Auch von den Sozialpartnern, Herr Dr. Pittermann! *(Abg. Dr. Pittermann: Von den Gewerkschaften! — Abg. Dr. Withalm: Auch!)* Ein bisserl lassen Sie uns doch mitreden, denn

Dr. Mussil

wir müssen es doch zahlen, Herr Dr. Pittermann! *(Beifall bei der ÖVP. — Abg. Doktor Withalm: Er ist ja kulant!)* Ich bin froh, wenn Sie uns etwas mitreden lassen. *(Zwischenruf des Abg. Dr. Pittermann.)* Ich danke Ihnen also herzlich für das Entgegenkommen, daß wir zahlen dürfen, Herr Doktor Pittermann!

Eine Einkommensprognose, meine sehr geehrten Damen und Herren, ist daher auch eine Lohnprognose, also auch, wenn man das so bezeichnen kann, eine Art Lohnleitlinie. Gegen Lohnleitlinien setzt sich aber der Gewerkschaftsbund, vielleicht mit Recht *(Abg. Dr. Pittermann: Wieso?)*, vehement zur Wehr. Wir haben wiederholt verhandelt, darum habe ich es ja bedauert, daß die Herren nicht im Saale sind. *(Zwischenruf des Abg. Dr. Staribacher.)* Wir haben wiederholt vorgeschlagen, daß wir nur Leitlinien machen, und Sie waren dagegen. Herr Dr. Staribacher! Ich weiß genau, was Sie meinen, in dieser Beziehung bin ich Hellseher. *(Heiterkeit.)*

Zweifellos setzt jede Budgetprognose eine Einkommensprognose, eine Lohnprognose und dann natürlich auch eine Gewinnprognose voraus. Eine Gewinnprognose geht nicht ab ohne ein Prognostizieren der Preise. Und da darf ich ein paar Worte zu den Preisen sagen, Herr Dr. Staribacher.

Wir sitzen wiederholt in verschiedenen Gremien zusammen. Ich habe den Eindruck, wenn Sie bestimmen könnten, dann würden Sie am liebsten in jeden Betrieb einen Preispolizisten mit aufgepflanztem Bajonett hinstellen, obwohl Sie genau wissen, daß mit Preispolizismus die Marktpreise nicht beeinflußt werden können, sondern daß man da andere Maßnahmen ergreifen muß. Ich habe auch den Eindruck, daß Ihnen jeder Gewinn — ich möchte das nicht verallgemeinern, sondern nur einen Teil von Ihnen damit identifizieren — in Ihrer tiefsten Seele, wenn Sie überhaupt eine haben, zuwider ist, meine sehr geehrten Damen und Herren. *(Heiterkeit bei der ÖVP. — Abg. Dipl.-Ing. Dr. O. Weihs: Jedenfalls keine schwarze!)* Ich komme sofort auf die Farbe zu sprechen, Herr Kollege Weihs. Jeder Betrieb mit einer guten Bilanz ist Ihnen ein Dorn im Auge, vor allem wenn er seine Preise den gestiegenen Lohnkosten anpassen will.

Ja, Herr Kollege Staribacher, ich habe das immer wieder miterlebt. Manchmal — und jetzt komme ich auf die Farben zu sprechen — hat man den Eindruck, daß Sie am liebsten die gesamte österreichische Wirtschaft in roten Ziffern sehen würden. *(Widerspruch bei der SPÖ.)* Trotz Ihres Wirtschaftsprogramms, meine sehr geehrten Damen und Herren, ist der Gewinn nach wie vor in Ihren Augen fast eine Schande und jeder Unternehmer nur ein notwendiges Übel für eine Übergangszeit bis zur Herbeiführung einer Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung, wie sie in Ihrem Parteiprogramm aus dem Jahre 1958 skizziert ist, das Sie bis heute — ich habe Sie viermal aufgefordert, es zu widerrufen, Sie haben es nicht getan — nicht widerrufen haben.

Und nun zurück zur Budgetvorausschau. Bei der Generaldebatte — Dr. Weihs hat heute auch darauf hingewiesen — haben Sie den untauglichen Versuch unternommen, den verfassungsrechtlichen Nonsens zu begründen, daß die ÖVP-Regierung nicht berufen sei, ein Budget für das Jahr 1970 zu erstellen, sondern sich mit einem Budgetprovisorium begnügen sollte. In einem Atemzug verlangen Sie ein längerfristiges Budgetkonzept. Über dieses längerfristige Budgetkonzept heißt es auf Seite 27 Ihres Wirtschaftsprogramms wörtlich:

„Da ein längerfristiges Budgetkonzept künftigen Entscheidungen vorgreift, ist es vom Nationalrat zu beschließen. Auf diese Weise wird der Inhalt des Budgetkonzeptes für die Regierung verbindlich, während er der Privatwirtschaft als Orientierungsbehelf dienen kann."

Meine Damen und Herren, denken Sie darüber nach! Ich hätte Sie hören wollen, wenn wir außer dem Budget 1970 jetzt noch ein längerfristiges Budgetkonzept nach diesen Ihren Vorstellungen beschließen würden — und das sicher mit Mehrheit beschlossen worden wäre —, das für die nach den Wahlen gebildete Regierung verbindlich sein soll. Das steht in Ihrem Konzept drinnen, und da sagen Sie, daß keine Widersprüche in Ihrem Konzept sind! Ich möchte noch einmal darauf hinweisen, ich habe es schon einmal getan, daß ein längerfristiges Budgetkonzept in der Vorstellung, die im Wirtschaftsprogramm enthalten ist, zum Prinzip der jährlichen Budgetierung in Widerspruch steht. Sie sind auch davon bis heute nicht abgerückt.

Und jetzt zu Ihren „nicht generellen" Steuererhöhungen: Bei einem Programmehraufwand in der Höhe von mindestens 2,5 Milliarden Schilling — das ist die Untergrenze, die Obergrenze ist plus minus unendlich, weil Sie ja keine Ziffern genannt haben — wollen Sie mit diesen nicht generellen Steuererhöhungen den Programmehraufwand abdecken. Die Steuererhöhungen sind, wie nicht anders zu erwarten war, ausgesprochen klassenkämpferisch orientiert. Sie werden unter dem Namen „Schließung von Steuerlücken und Beseitigung von Umgehungsmög-

lichkeiten" in Seidenpapier harmlos verpackt. *(Abg. Dipl.-Ing. Dr. O. Weihs: Das Goldbanderl haben Sie noch vergessen!)* Ja, mit Goldbanderl und vielleicht noch mit einem kleinen Weihnachtszweigerl darauf. *(Abg. Dipl.-Ing. Dr. O. Weihs: Mit einem Gruß von Ihnen!)*

Die wahren Absichten erfährt man aus Ihrem Wirtschaftsprogramm, ferner aus Ihrem vertraulichen Finanzierungsprogramm *(Abg. Doktor Withalm: Aus welchem?)* und aus Andeutungen, die Ihre Referenten in der ominösen „Schleiertanzkonferenz" gemacht haben. *(Ruf bei der SPÖ: „Eiertanz"!)*

Dieses Mal sollen nicht allein die Reichen zahlen, meine sehr geehrten Damen und Herren, weil man weiß, daß es nach internationalen Maßstäben das in Österreich überhaupt nicht gibt und daß der kleinkarierte Reichtum nach österreichischer Größenordnung budgetär überhaupt nichts einbringt. Trotzdem wollen Sie zur Abkühlung der Neidgefühle die Einkommensteuerprogression in den oberen Stufen anheben, obwohl Sie genau wissen, daß Österreich außer der Bundesrepublik das einzige Land mit dem Segen einer Gewerbesteuer ist. Mit der Gewerbesteuer und den Zuschlägen zur Einkommensteuer sind heute schon die hohen Gewinne in Österreich mit einer Steuer von fast 70 Prozent belastet. Diese Betriebe müssen im Export konkurrenzfähig bleiben mit Ländern, in denen es keine Gewerbesteuer gibt.

Und nun zur weiteren Schließung von Steuerlücken und Beseitigung von Umgehungsmöglichkeiten. Mein Fraktionskollege hat schon darauf hingewiesen, daß Ihnen in erster Linie die Steuerpauschalierung in Handel, Gewerbe und Industrie ein Dorn im Auge ist. Es ist wiederholt auch im Finanzausschuß darauf hingewiesen worden, daß von Ihrer Seite diese Pauschalierung keine Rechtfertigung mehr hätte, daß sie beseitigt werden sollte. Trotz des Zielprogramms des Freien Wirtschaftsverbandes sind Sie — und das war nie in Zweifel gestellt — zutiefst mittelstandsfeindlich. Am allerliebsten wäre es Ihnen, wenn es in Österreich in jeder Branche nur eine Handvoll von Großunternehmen geben würde, die Sie viel leichter dirigieren könnten und damit politisch in die Hand bekommen würden als die vielen Klein- und Mittelbetriebe. Dabei haben wir in Österreich keineswegs zu viele Klein- und Mittelbetriebe. Die Klein- und Mittelbetriebe müssen gestärkt werden, um sich an die technische und wirtschaftliche Entwicklung anpassen zu können. *(Abg. Dkfm. Dr. Androsch: Kollege Mussil, warum haben wir dann das Gewerbestrukturverbesserungsgesetz beschlossen?)* Das haben Sie aus rein opportunistischen Gründen mitbeschlossen. Das ist uns vollkommen klar, Herr Kollege! Daher das Gewerbestrukturverbesserungsgesetz und das Mittelstandsprogramm des Österreichischen Wirtschaftsbundes, das in den wesentlichsten Punkten Aufnahme in das Programm der Österreichischen Volkspartei für die siebziger Jahre gefunden hat.

Die nächste Steuerlücke, meine sehr geehrten Damen und Herren, ist nach Ihren Vorstellungen die Anhebung der Vermögensteuer auf 1 Prozent ohne Abzugsmöglichkeit von der Einkommensteuer. Dies soll Hand in Hand gehen mit einer starken Anhebung der Erbschafts- und Schenkungssteuer. Das, was hier geplant ist, meine sehr geehrten Damen und Herren, ist nichts anderes als eine kalte Sozialisierung. Wenn man diesen Weg gehen würde, würde das nichts anderes bedeuten als die Begründung eines staatlichen Heimfallsrechtes für jedes nennenswerte Vermögen. Und damit wollen Sie die zweite Industrialisierungswelle einleiten oder fortsetzen, die wir durch die Wachstumsgesetze bereits angekurbelt haben. *(Heiterkeit bei der SPÖ. — Abg. Robert Weisz: Er lacht selbst!)* Interessant ist, meine sehr geehrten Damen und Herren, daß der Abgeordnete Kostroun im Zielprogramm vollkommen zielunkonform mit Ihren Programmen und mit Ihren Zielsetzungen für eine Erleichterung der Schenkungs- und Erbschaftssteuer im Interesse einer reibungslosen Betriebsnachfolge eintritt. Ich möchte Sie doch bitten, innerhalb Ihrer Partei langsam — daß das nicht rasch geht, ist mir selbstverständlich klar — zu einer einheitlichen Sprachregelung zu finden.

Das nächste ist — auch darüber wurde schon gesprochen — die Einführung von Verbrauchersteuern nach der Dringlichkeit des Bedarfes. Also mit anderen Worten: Sondersteuern auf sogenannte Luxusgüter. Wo in der heutigen Wohlstandsgesellschaft der dringliche Bedarf anfängt und der Luxus aufhört, darüber wird uns Dr. Staribacher oder Doktor Androsch Auskunft geben können. *(Abg. Doktor Pittermann: Die Subventionierung der „Presse" ist offensichtlich ein Luxus!)* Herr Dr. Pittermann! Was Sie alles finanzieren, kann man nicht einmal mehr als Luxus bezeichnen. *(Zwischenruf bei der SPÖ.)* Ich möchte den Ausdruck nicht gebrauchen. Ich habe gelernt, direkte Ausdrücke bei einem derartigen Problem lieber zu vermeiden. Ein solches Verhalten wäre auch für Sie gut.

Ihr Finanzierungsprogramm schränkt die Sondersteuern auf zusätzliche Einnahmen aus der Besteuerung von Genußmitteln ein. Damit, so sagen Sie, soll das Erfordernis der

Dr. Mussil

modernen Gesundheitspolitik gedeckt werden, also Beträge, die hoch in die Milliarden gehen. Diese hohen Milliardenbeträge wollen Sie zusätzlich zur jetzigen Besteuerung von Alkohol und Nikotin aufbringen. Ich glaube, Dr. Staribacher hat in der „Eiertanzkonferenz" erwähnt, daß eine Besteuerung von Haschisch und ähnlichen Dingen nicht möglich wäre. Diese Beträge wollen Sie also sozusagen aus Alkohol und Nikotin herausholen, obwohl Sie wissen, daß diese Genußmittel schon heute mit über 5,7 Milliarden Schilling besteuert sind. *(Abg. Dr. Pittermann: Jetzt müssen sie bald subventioniert werden!)*

Daß Sie auch das Bausparen und seine Steuerbegünstigung angreifen, möchte ich nur mit einem Wort erwähnen; hauptsächlich wird mein Kollege Scherrer über diese Dinge sprechen. Es ist mir ganz klar, warum Sie das aus politischen Gründen tun, denn in Ihre Gesellschaftsordnung passen Eigenheime und Eigentumswohnungen überhaupt nicht hinein, in Ihre Gesellschaftsordnung passen nur Zinsburgen nach dem Emmentalerstil. Das ist der Grund, warum Sie die Bausparkassen aus den Angeln heben wollen! *(Lebhafte Zustimmung bei der ÖVP.)*

Nun zu den Wachstumsgesetzen. *(Abg. Doktor Pittermann: „-geschenke"!)* Diese Gesetze sind heute wieder erwähnt worden. Es wird ununterbrochen über die Wachstumsgesetze gesprochen. Im Wirtschaftsprogramm kommen die Wachstumsgesetze sehr schlecht weg. Wenn man aber das Finanzierungsprogramm durchliest, hat man den Eindruck, daß sie hier besser behandelt werden. Es wäre auch hoch an der Zeit, daß Sie sich von diesen dirigistischen Methoden endlich einmal loslösen, weil diese in allen anderen Ländern in die Sackgasse geführt haben. Heute steht eindeutig fest, daß es nur die Wachstumsgesetze ermöglicht haben, daß die Rezession, die in den Nachbarländern sehr stark war, von den österreichischen Grenzen im wesentlichen abgehalten werden konnte.

Die Industrieinvestitionen — unser Sorgenkind — sind als Folge der Wachstumsgesetze im Jahre 1969 um 28 Prozent gestiegen, und wir erwarten bei ihnen im nächsten Jahr weitere hohe Steigerungsraten. Die Formulierung Ihres Finanzierungskonzeptes ist auch auf diesem Gebiet ein delphisches Orakel. Man kann da herauslesen, was man will. Es heißt dort: „An Stelle der bisherigen Investitionsbegünstigungen werden nach der Bedeutung der Vorhaben für strukturelle Umstellungen und für das Wirtschaftswachstum differenzierte treten."

Ich darf dazu sagen: Dr. Staribacher war bei den Verhandlungen dabei, als wir von der Bundeskammer aus Ende 1967, Anfang 1968 im Rahmen von Verbändegesprächen den Vorschlag gemacht haben, die Wachstumsgesetze im Interesse einer beschleunigten Umstrukturierung und so weiter auszubauen. Damals haben wir ausdrücklich darauf hingewiesen, daß Sonderbegünstigungen für Forschungs-, Entwicklungs- und Umstellungsinvestitionen durchaus in Frage kommen sollen, und ebenso für den Übergang zur Fließbandarbeit oder zur Automation. Das kann man in Ihre orakelhafte Definition hineininterpretieren. Auch auf regionalpolitische Differenzierungen sind wir seit eh und je eingegangen und haben immer wieder den Standpunkt vertreten, daß diese entsprechend ausgebaut werden müssen, dies insbesondere im Interesse der Abwanderungsgebiete.

Ich fürchte nur: Die zitierte Formulierung in Ihrem Finanzierungsprogramm ist wieder nur ein Täuschungs- und Vernebelungsmanöver wie Ihr ganzer Programmberg, mit dem Sie jetzt der österreichischen Bevölkerung an Stelle des Gott sei Dank verschwundenen Butter- und Weizenberges aufwarten wollen. *(Abg. Dr. Staribacher: Der ist noch da! Ui, der ist hoch!)* Nein, der ist nicht da. Dank der zielführenden Politik unseres Herrn Ackerbauministers *(Heiterkeit)* ist er fast zur Gänze verschwunden. *(Beifall bei der ÖVP. — Abg. Dr. Staribacher: Essen Sie den ganzen Berg! Hunderttausende Tonnen sind noch da!)*

Wenn Sie, Dr. Staribacher, nach wie vor branchenweise Differenzierungen auf Grund eines Modernisierungskonzeptes meinen, das nach Ihrem Wirtschaftsprogramm von einem verfassungswidrigen Wirtschaftsminister auszuarbeiten wäre — wer der Wirtschaftsminister sein sollte, steht ja auch nicht fest, ob das ein Experte oder ein bewährter Minister aus der alten Koalitionsregierung sein soll, darum wird ein Kampf sein, den Sie in Ihrer Partei selbst austragen müssen, auf jeden Fall wäre dieser Minister ein verfassungswidriger Minister *(Abg. Dr. Androsch: Was ist ein verfassungswidriger Minister?)* —, wenn Sie also damit diese amtlichen Investitionslenkungen in nebulose Wachstumsindustrien meinen, die in jedem Land anders umrissen und anders bezeichnet werden, dann kann man Ihnen wirklich nicht helfen. Ihr Parteifreund in der Bundesrepublik Deutschland Professor Schiller lehnt diese amtliche Investitionslenkung ab. Auch konjunkturpolitische Variationen der Abschreibungssätze haben sich nicht bewährt, weil sie jede betriebliche Investitionsplanung unmöglich machen. *(Abg. Dr. Androsch: Warum hat man Ihrer Meinung nach in Deutschland ein diesbezügliches Gesetz ge-*

Dr. Mussil

macht? Noch unter Kiesinger!) Herr Kollega! Das Gesetz ist bisher noch nie gehandhabt worden, weil man eingesehen hat, daß es nicht zielführend ist. *(Abg. Dr. Androsch: Das stimmt ja nicht!)*

Wenn man die Investitionsentscheidung — das möchte ich mit aller Deutlichkeit sagen; denn das ist wieder ein tiefpolitisches Moment — vom Unternehmer auf eine zentrale Planungsstelle übertragen würde, dann würde das bedeuten, daß dieser Unternehmer nicht das Risiko und damit nicht die Verantwortung für die Unternehmerentscheidung übernimmt, sondern daß er staatliche Befehle ausführt, nicht direkte, sondern indirekte Befehle, weil er dann, wenn er die Befehle nicht ausführt, keine steuerlichen Begünstigungen und auch keine sonstigen Investitionsbegünstigungen bekommt. Man kann wohl sagen: Der Unternehmer bleibt theoretisch frei, er kann machen, was er will, er kann aber ... *(Abg. Dr. Staribacher: Ist der französische Unternehmer frei?)* Das hat sich in Frankreich nicht bewährt. — Er kann aber in seiner Freiheit zugrunde gehen. *(Abg. Dr. Staribacher: Ich frage, ob er frei ist!)* In Frankreich ist das nicht von einem zentralen Wirtschaftsministerium dirigiert worden, sondern dort machen das die Unternehmer selbst. *(Abg. Dr. Staribacher: Was ist die indikative Planung?)* Dort sind die Gewerkschaften nicht drin. Ich habe das genau studiert. *(Abg. Dr. Staribacher: Da irren Sie!)* Das dürfen Sie uns nicht vorhalten, sonst machen wir das im eigenen Haus, Herr Doktor Staribacher, obwohl wir das grundsätzlich für unrichtig ansehen würden.

Aber es geht noch weiter: Wenn man die Investitionsentscheidung, die das Um und Auf des freien Unternehmers ist, dem freien Unternehmer wegnimmt, dann ist er ein Vollzugsorgan staatlicher Investitionspläne, und dann kann man auf den Unternehmer verzichten und ihn durch einen Staatsbeamten ersetzen. Das scheint Ihnen auf gesellschaftspolitischer Ebene vorzuschweben. *(Abg. Dr. Pittermann: Dem CV höchstens, uns nicht!)*

Auf Seite 3 Ihres Finanzierungskonzeptes sagen Sie, daß in einem Fünfjahresplan eine Verdoppelung der Industrieinvestitionen auf 20 Milliarden Schilling erreicht werden kann.

Dazu möchte ich eines feststellen: Sicherlich wäre es möglich, auch wir würden noch eine größere Ausweitung der Industrieinvestitionen anstreben. Aber auf der einen Seite eine solche fünfjährige Verdoppelung der Investitionen in Aussicht zu stellen und auf der anderen Seite die Gewinne zu dezimieren, die Wachstumsgesetze aufzuheben, die Progression zu verschärfen, die Vermögensteuer anzuheben *(Abg. Dr. Androsch: Bitte, wo steht das?)*, meine sehr geehrten Herren, das ist eine Gleichung, die nie aufgehen kann.

Mit Ihren Steuererhöhungen, die ich skizziert habe, werden Sie wahrscheinlich erreichen, daß in den nächsten Jahren, hätten Sie zu entscheiden, ein neuerliches Absinken der Industrieinvestitionen eintreten würde. Ihr Ziel, eine Verdoppelung der Investitionen in den nächsten fünf Jahren vorzunehmen, ist nur unter einer Voraussetzung zu erreichen, wenn die ÖVP am 1. März wieder die absolute Mehrheit erzielt. *(Beifall bei der ÖVP. — Abg. Dr. Pittermann: Sie sind besser als der Farkas!)*

Zum Schluß einige Worte zu den immer wieder vom Abgeordneten Häuser — leider ist er nicht da — vorgebrachten Theorien, daß die Selbständigen im Vergleich zu den Unselbständigen zu Unrecht immer weniger Steuern zahlen. Die Steuerprogression ist für Selbständige und Unselbständige vollkommen gleich. *(Abg. Dr. Pittermann: Aber die Abschreibungsmöglichkeiten sind verschieden!)* Verehrtester Dr. Pittermann! Auf das komme ich später zu sprechen. Seien Sie nicht immer so ungeduldig!

Das geldwertbedingte Hineinwachsen in höhere Stufen der Progression trifft den Selbständigen genauso wie den Unselbständigen. *(Abg. Dr. Pittermann: Aber der Selbständige kann sich helfen!)* Hier entsteht eine Art Scheingewinn- oder auch Scheinlohnbesteuerung. Daher muß der Tarif von Zeit zu Zeit den geänderten Geldwertverhältnissen angepaßt werden. Eine derartige Anpassung hat der Herr Finanzminister dankenswerterweise in Aussicht gestellt. Darüber haben Sie, meine sehr geehrten Damen und Herren, geschimpft. *(Abg. Dr. Pittermann und Dr. Androsch: Wo?)*

Verehrtester Herr Dr. Pittermann! Nun zu den Abschreibungsmöglichkeiten. Die Abschreibungsmöglichkeiten sind keine Steuerschenkung — ich möchte das zum wiederholtesten Male betonen —, sondern eine Steuerstundung. Der gespaltene Körperschaftsteuersatz, der immer wieder in dem Zusammenhang hervorgehoben wird, mildert die Doppelbesteuerung. Er ist also keine Milderung von Steuern, sondern eine Senkung bestehender Steuernachteile. *(Abg. Dr. Pittermann: Genauso soll es bei den Lohnsteuerpflichtigen sein!)* Es ist eine Milderung von Nachteilen und keine Bevorzugung der Selbständigen. *(Abg. Dr. Pittermann: Warum dann nicht bei den Unselbständigen?)*

Ich darf aber auf Steuervorteile der Unselbständigen hinweisen und möchte voraus-

Dr. Mussil

schicken, daß wir nie daran denken, an diesen Dingen zu rütteln. Einer Ihrer Finanzexperten kann jedoch auf solche Ideen kommen. Ich meine den begünstigten Steuersatz für Sonderzahlungen und Abfertigungen und die Unmenge von begünstigten Zulagen und Zuschlägen, die zu der bekannten Verkomplizierung der Lohnverrechnung geführt haben. Hier liegt eine Unterscheidung zwischen den einzelnen Gruppen vor.

Die Anzahl der Selbständigen ist seit dem Jahre 1961 um 111.000 gesunken, die Anzahl der Unselbständigen während der gleichen Zeit um 87.000 gestiegen. Die Selbständigen-Einkommen sind seit dem Jahre 1961 global von 39 Prozent des Sozialproduktes auf 31,8 Prozent des Sozialproduktes gesunken. *(Abg. Dr. Androsch: Das stimmt nicht! — Abg. Dr. Staribacher: Herr Kollege Mussil!)* Die Unselbständigen-Einkommen sind während der gleichen Zeit global von 60,7 Prozent auf 68,6 Prozent gestiegen. *(Abg. Doktor Staribacher: Herr Kollege Mussil!)* Herr Dr. Staribacher! Das Pro-Kopf-Einkommen der Selbständigen ist in dieser Zeit um 47 Prozent gestiegen, das Pro-Kopf-Einkommen der Unselbständigen während der gleichen Zeit um 76 Prozent. Dadurch ist eine starke Verflachung der Einkommenspyramide eingetreten, was gesellschaftspolitisch durchaus richtig ist. Man ersieht daraus, daß die Österreichische Volkspartei nicht — wie Sie immer behaupten — eine Unternehmerpartei ist *(Abg. Dr. Pittermann: No na!)*, sondern eine Partei für alle. *(Beifall bei der ÖVP. — Abg. Dr. Pittermann: So ja: Die einen kriegen, die anderen zahlen, alle kommen dran! — Abg. Dr. Androsch: Das war jetzt Bilanzverschleierung! — Zwischenruf des Abg. Ing. Kunst.)* Herr Kunst, Sie sollten sich dazu nicht äußern. Das ist leichtsinnig, wenn Sie hier versuchen, dazu zu sprechen. Das würde ich an Ihrer Stelle nicht machen.

Das Institut für Finanzwissenschaft und Steuerrecht *(Abg. Dr. Pittermann: Des Finanzministeriums!)* — ich glaube, daß Sie dieses Institut auch für objektiv ansehen *(Abg. Dr. Pittermann: Nein!)* — hat in seiner Dezembernummer darüber eine Betrachtung veröffentlicht. Es beschäftigt sich zuerst mit der Globalentwicklung, die ich jetzt dargelegt habe, dann mit der Pro-Kopf-Belastung und kommt zu folgendem Ergebnis:

„Die relative Steuerbelastung eines Einkommensteuerpflichtigen ist daher infolge ... des Progressionseffektes 2,4mal so groß wie die eines Lohnsteuerpflichtigen. Interessanterweise ist diese Relation seit 20 Jahren konstant. Sie betrug in den fünfziger Jahren (1950/59) 2,3, 1960/64 stieg sie auf 2,5, und 1965/68 fällt sie wieder auf den langjährigen Durchschnitt von 2,4 zurück. Ein signifikanter Trend zugunsten oder zu Lasten einer Steuerart" — ob Lohn- oder Einkommensteuer — „ist nicht erkennbar." *(Abg. Dr. Pittermann: Sagt das Institut!)*

Das möchte ich hier eindeutig hervorheben. Ich brauche dem nichts hinzuzufügen. *(Abg. Dr. Kohlmaier: Der Häuser behauptete ...!)* Häuser ist leider nicht da. Seine ganze Zahlenakrobatik, mit der er uns in diesem Jahr manchmal in zweieinhalbstündigen Reden aufgehalten hat, bricht in nichts zusammen wie ein Kartenhaus, auch wenn er zu einem Hexen-Einmaleins greifen würde. *(Abg. Dr. Pittermann: Durch das Finanzministerium!)*

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich möchte abschließend sagen, daß das Budget 1970 unter den gegebenen Voraussetzungen ein optimales Budget ist. Wir werden ihm daher unsere Zustimmung geben. *(Anhaltender Beifall bei der ÖVP.)*

Präsident Dipl.-Ing. **Waldbrunner:** Als nächstem Redner erteile ich nun dem Herrn Abgeordneten Peter das Wort. *(Abg. Peter kommt wieder mit dem Papiersack zum Rednerpult. — Abg. Dipl.-Ing. Tschida: Der Weihnachtsmann kommt! — Abg. Hartl: Das hätten Sie bei der Südtiroldebatte nehmen sollen, ein Paket! — Abg. Dr. Pittermann: Machen Sie es auf! Er glaubt, es ist ein Sprengstoff drinnen! — Abg. Peter: Wenn in dem Paket für Südtirol auch das drinnen ist, werden die Südtiroler nicht zufrieden sein! Ich gehöre nicht der ÖVP an und rede nicht von Terroristen! Ich bin keiner!)*

Abgeordneter **Peter** (FPÖ): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Vorerst habe ich mich bei den Abgeordneten der Österreichischen Volkspartei sowie der Sozialistischen Partei Österreichs dafür zu bedanken, daß sie im Finanz- und Budgetausschuß zwei freiheitliche Anträge unterstützt und damit zum Beschluß erhoben haben. Es sind jene Anträge, die eine bessere Wahrnehmung der Rechte der Heimatvertriebenen in Österreich ermöglichen.

Bei dieser Gelegenheit darf ich einen Appell an die Abgeordneten der beiden anderen Fraktionen richten. Die Anliegen der Heimkehrer wurden in den abgelaufenen Jahren mehreren Regierungschefs vorgetragen. Die jeweiligen Bundeskanzler haben in den Gesprächen mit den Vertretern des Heimkehrerverbandes eine wohlwollende Haltung an den Tag gelegt und Unterstützung versprochen. Bis auf dieses Wohlwollen ist den Heimkehrern in Österreich von der Bundesregierung bis zur Stunde

Peter

noch nichts Konkretes zugestanden worden. Ich bitte um das Verständnis der Abgeordneten der Österreichischen Volkspartei sowie der Sozialistischen Partei für die Anliegen der Heimkehrer und appelliere an die Mitglieder des Nationalrates, in Zukunft auch der schwergeprüften Bevölkerungsgruppe der Heimkehrer besser Rechnung zu tragen, als es die jeweiligen österreichischen Bundesregierungen bisher getan haben.

Nun aber zum Bundesfinanzgesetz 1970. Sosehr die Abgeordneten der Regierungspartei dasselbe nicht nur über den grünen Klee, sondern — beinahe hätte ich gesagt — über den schwarzen Klee hinaus loben, haften diesem Bundesfinanzgesetz schwerwiegende Mängel an. Die Bundesregierung will nicht zur Kenntnis nehmen, daß der Wähler am 1. März 1970 nicht nur für das Budgetjahr 1970, sondern für eine vierjährige Gesetzgebungsperiode seine Entscheidung trifft. Dem Herrn Bundesminister für Finanzen ist in den letzten Tagen von verschiedenen Zeitungen der Vorwurf gemacht worden, daß er sich hinsichtlich seiner Budgetvorstellungen für die nächsten vier Jahre bis zur Stunde noch immer nicht geäußert hat.

Auch wir Freiheitlichen wiederholen heute mit allem Nachdruck unser Begehren nach der mittelfristigen Budgetvorschau, von der die ÖVP-Alleinregierung nun nichts mehr wissen will. Als diese monocolore Regierung ihre Funktion übernahm, hat sie sich zur mittelfristigen Budgetprognose bekannt, und unter Dr. Schmitz wurde sie dem Hohen Hause auch zur Verfügung gestellt.

Schmitzens Nachfolger, Herr Professor Koren, erklärte am 19. Jänner 1968: „Es wird härter!" Von der Erklärung an, daß die Budgetsituation härter würde, hat der Bundesfinanzminister einen anderen Weg eingeschlagen, als ihn bisher die ÖVP-Alleinregierung beschritten hat. Die Budgetsituation ist härter geworden, Herr Bundesminister für Finanzen. Die Teuerungen und die Preislawine der letzten Wochen unterstreichen dies und geben Ihnen in diesem Punkt vollinhaltlich recht.

Wir Freiheitlichen bedauern, daß Sie uns bis zum letzten Tag der Budgetberatungen die mittelfristige Budgetvorschau vorenthalten haben. Wir bedauern auch, daß verschiedene Versprechungen, die in diesem Zusammenhang sowohl vom Bundeskanzler als auch vom Vizekanzler wie auch vom Bundesminister für Finanzen gemacht worden sind, nicht eingehalten worden sind. Machen Sie den Abgeordneten der Oppositionsparteien weder von der Regierungsbank noch von der Regierungsmehrheit den Vorwurf, daß sie die eine oder andere Position des Bundesfinanzgesetzes falsch einschätzen würden, wenn Sie die Abgeordneten der Oppositionsparteien andererseits nicht in die Lage versetzen, Ihre Budgetvorstellungen für die nächsten drei bis vier Jahre zu kennen. Ohne mittelfristige Budgetvorschau ist die Budgetsituation und die Finanzpolitik der Bundesregierung nicht einschätzbar.

ÖGB-Präsident Benya hat als Sprecher der sozialistischen Opposition des öfteren in aller Öffentlichkeit darauf aufmerksam gemacht, daß die siebziger Jahre in budgetärer Hinsicht sehr schwer für Österreich sein werden. Dieser Behauptung ist die Regierungsmehrheit niemals entgegengetreten. Von Fachkreisen des Finanzwesens liegen Meinungsäußerungen zu den Defiziterwartungen der nächsten drei Jahre vor, die allerdings Sie, Herr Bundesminister für Finanzen, stark abgeschwächt haben. Die Defiziterwartungen lauten für 1971 etwa 16 bis 17 Milliarden und für 1972 rund 20 Milliarden Schilling. 1973 wird sich das Defizit des Staatshaushaltes nach diesen Annahmen der Fachleute zwischen 18 und 20 Milliarden Schilling bewegen. Es gibt also einen Kreis von Finanzexperten, der sich zur Budgetvorschau äußert und der bereit ist, seine Meinung zu diesem kritischen Problem — das räumen wir ohne weiteres ein — zu äußern. Aber Sie, Herr Bundesminister für Finanzen, sind nicht bereit, Farbe zu bekennen und die Karten auf den Tisch zu legen.

Seit drei Tagen läuft die Aktion „Fuchslöchl" des Herrn Generalsekretärs Dr. Withalm: Sozialisten, heraus aus dem Fuchsbau! Herr Professor Koren! Karten über die Finanzpolitik auf den Tisch! ist die Forderung, die wir Abgeordnete der Oppositionsparteien an Sie zu richten haben. *(Beifall bei der FPÖ. — Abg. Dr. Pittermann: Man muß den Koren an der Wurzel packen! — Abg. Dr. Withalm: Ich habe von beiden Oppositionsparteien gesprochen, die aus dem Fuchsbau herauskommen sollen! — Abg. Dr. van Tongel: Ich habe Ihnen schon vorgestern geantwortet! — Abg. Dr. Withalm: Ich hoffe, es kommt noch mehr! — Abg. Steiner: Sie sprechen da über ein offenes Buch, das Budget!)* Ich spreche wenigstens über das offene Haushaltsbuch des Bundes. Die Sprecher der Österreichischen Volkspartei sprachen bisher nur über die sozialistischen Programme, aber nicht über das Bundesfinanzgesetz 1970.

Die Aktion „Fuchslöchl" war also für beide Oppositionsparteien gedacht. Ich werde im dritten Teil meiner heutigen Rede von Ihrer Einladung, Herr Dr. Withalm, gern Gebrauch machen und auf die ÖVP-Aktion „Fuchslöchl" zurückkommen. *(Abg. Steiner: Sie werden bei einer Nebenröhre ausfahren! — Ein Fuchsbau hat ja viele Röhren!)* Schauen Sie zu, daß nicht Sie am 1. März „in die Röhre schauen", Herr Steiner.

Peter

Herr Bundesminister für Finanzen! Wann werden Sie sich endlich äußern? Heute ist die letzte Möglichkeit dazu. Das Stück „ÖVP-Alleinregierung" wird nicht mehr prolongiert, es wird am 1. März 1970 vom Spielplan abgesetzt. *(Widerspruch bei der ÖVP.)* Daher heute die Karten auf den Tisch!

Aber Sie betreiben ja eine Politik der Verwirrung, Herr Professor Koren! Sie wollen nicht, daß die Öffentlichkeit Klarheit über die Bundesfinanzen erhält. Sie weigern sich seit geraumer Zeit, der Öffentlichkeit reinen Wein einzuschenken. Ihre Finanzpolitik und Ihre Weigerung, die mittelfristige Budgetprognose vorzulegen, Herr Bundesminister für Finanzen, kommen mir vor wie ein Kraftfahrer, der bei Nacht die Scheinwerfer seines Kraftfahrzeuges ausschaltet und der mit den Insassen in der Dunkelheit weiterfährt. So lege ich Ihre Weigerung, die fällige mittelfristige Budgetvorschau dem Nationalrat vorzulegen, aus.

So kommt die ÖVP in den Bereich grober Fahrlässigkeit, die sie und nicht wir zu verantworten haben. *(Abg. Dr. Pittermann: Peter! Bei ihm ist es schon Vorsatz!)* Dann ist es noch ärger, das wirkt strafverschärfend. Was der Wähler dem Finanzminister am 1. März 1970 für eine „Strafe" zumessen wird, Herr Dr. Pittermann, müssen wir noch abwarten.

Diese Verweigerung der Budgetprognose ist eine Fahnenflucht vor der eigenen Politik, Herr Bundesminister für Finanzen, vor jener Politik, die die ÖVP-Alleinregierung bei Regierungsantritt postuliert hat.

Es ist ja eigenartig mit dem Herrn Professor Koren. Im Nationalrat gehört er eher zu den zurückhaltenden Ministern. Im Hause Prader gibt es die schweigenden und die redenden Generale. Es gibt eben im Nationalrat wenig redende, aber in der Öffentlichkeit auf Kosten des Steuerzahlers viel schreibende ÖVP-Minister. Dazu gehört Universitätsprofessor Doktor Koren.

Der ÖVP-Abgeordnete Dr. Mussil hat sich heute bei den Sozialisten dafür bedankt, daß sie mit ihren zahlreichen Programmen die Papierindustrie belebt haben. Diesen Dank kann er auch der ÖVP-Alleinregierung abstatten, denn sie hat auf Kosten und zum Nachteil des Steuerzahlers, um die ÖVP-Politik populärer zu machen, denselben Papierverschleiß aufzuweisen. *(Abg. Ing. Kunst: Einen größeren!)*

Die jüngste Broschüre heißt: „Mit den Augen des Finanzministers". Der Untertitel lautet: „Professor Koren plaudert aus der Schule". Immer plaudert Dr. Koren draußen, nie hier im Nationalrat. Da ist er äußerst zurückhaltend. Im Parlament, in der Schule der Demokratie, in der Schule der Republik, im Nationalrat ist Herr Professor Koren zurückhaltend und schweigsam. Draußen aber, wo es ihn nichts kostet, wo er es mit Hilfe der Steuerzahler bezahlen kann, haut er groß auf. Da produziert Herr Voska als Propagandist Doktor Korens die eingekleidete ÖVP-Politik auf Kosten des Steuerzahlers.

Schließlich geht der Generalsekretär der Österreichischen Volkspartei Dr. Withalm noch her und legt die „Aktion Fuchslöchl" zu dem Zweck an, die zwei Oppositionsfraktionen zu provozieren, um sie aus der Reserve zu locken und um sie zu bewegen, einen Tumult sondergleichen zu machen. *(Abg. Weikhart: Nicht gelungen! Die ist gescheitert!)* Die ÖVP-Aktion „Fuchslöchl" ist kläglich in sich zusammengebrochen, Herr Abgeordneter Weikhart. *(Beifall bei der FPÖ. — Abg. Weikhart: Das war die Marneschlacht!)*

Prüfen wir nur einen Satz, den Herr Voska in der Koren-Broschüre produziert hat. Es heißt auf Seite 21: „Wer würde denn die steigenden Schülerzahlen unterrichten, wer würde die wachsende Flut von Paketen und Briefen austragen, wer würde vor allem die Steuern einheben, wenn es nicht den Finanzminister geben würde ...?" — In Österreich werden nach Auffassung des Finanzministers nicht Schüler, sondern Schülerzahlen unterrichtet. In diesem fragwürdigen Stil ist die neue Wunderwaffe des Finanzministers abgefaßt.

Weiters heißt es darin: Beim Bund stehen bereits 87 Computer im Betrieb. *(Abg. Doktor Pittermann: Ich habe geglaubt, es sind 85!)* Nur ein Ministerium, Herr Bundesminister für Finanzen, hat noch keinen Computer: das Bautenministerium. Dort prüfen die Beamten die Abrechnung der Baufirmen noch mit den Handrechenmaschinen. Daher müssen die Baufirmen über Gebühr auf das Geld warten, das ihnen zusteht.

Bei der Diskussion in den Linzer Stickstoffwerken hat der Regierungschef unter anderem zum Thema der Modernisierung der Verwaltung Stellung genommen. Ich habe ihm damals gesagt, daß eine moderne Demokratie wie ein moderner Wirtschaftsbetrieb geführt werden müsse: Die Regierung ist mit dem Vorstand identisch, das Parlament mit dem Aufsichtsrat. Man müßte die Demokratie in ihrer Führung und Verwaltung so modern gestalten, wie es für einen kleinen Staat wie Österreich nur möglich ist. Dazu ist es notwendig, innerhalb der Bundesregierung eine Datenbank einzurichten, um die 87 Computer in ihrer Wirksamkeit zu koordinieren und um die Verwaltung zu straffen. Aber Bundeskanzler Doktor

Peter

Klaus sagt: Was glauben Sie denn? Eine derartige Datenbank kostet ein Vermögen. Österreich kann sich das nicht leisten. — Der Herr Bundeskanzler möge bei IBM oder anderswo nachfragen, was die Datenbank kostet und ob sie für Österreich realisierbar ist. Ich bin überzeugt, daß die Kosten so liegen, daß sie tragbar sind.

Als der Herr Bundeskanzler daran dachte, Herrn Professor Koren mit dem Amt des Bundesministers für Finanzen zu betrauen, hat er sicher in der Apostelgeschichte nachgelesen, was darin über den heiligen Stephanus enthalten ist. Es heißt dort: Er ist ein Mann des Glaubens und des Heiligen Geistes, voll Gnade und Kraft, tat große Wunder und Zeichen unter dem Volke. — Auf die Wunder, Herr Finanzminister, auf Ihre Wunder wartet das Volk noch. Bitte, lassen Sie das Volk nicht so lange warten, daß es sich eventuell hinreißen lassen könnte, mit Ihnen so zu verfahren, wie seinerzeit mit dem heiligen Stephanus verfahren wurde. Das möge Ihnen erspart bleiben. *(Abg. Dr. Withalm: Petrus, der Bibelforscher! — Bundesminister Dr. Koren: Das dauert zu lange!)* Die symbolische Steinigung könnte das Volk ohne persönlichen Schaden des Herrn Bundesfinanzministers am 1. März 1970 vornehmen. Der Wahltag bietet dazu Gelegenheit.

Der Broschüre war eine Fahne beigeheftet. Sie stellt eine Lobhudelei auf das Werk der monocoloren Regierung von A bis Z dar. *(Abg. Mitterer: Na, schimpfen werden wir!)* No na, Herr Minister Mitterer, schimpfen werden Sie! Wozu nehmen Sie denn dann 40 Millionen pro Jahr aus dem Steuertopf, um damit ÖVP-Propaganda zu machen? *(Zwischenruf des Abg. Dr. Bassetti.)* In erster Linie ÖVP-Propaganda und in zweiter Linie Regierungsarbeit, Herr Abgeordneter Dr. Bassetti!

Nun noch zu den versprochenen Einsparungen von 3,2 Milliarden Schilling, auf deren Nachweis das Parlament nach wie vor wartet. Die Garantie wurde sowohl vom Bundeskanzler als auch vom Vizekanzler und vom Ressortchef selbst dem Volke überantwortet; Herr Dr. Withalm „garantierte" am 15. Juli und Herr Klaus in anderen Zusammenhängen. Aber den „Offenbarungseid" will der Herr Bundesminister für Finanzen nicht ablegen. Er will den Nationalrat nicht in die Lage versetzen, das Budget mit Hilfe einer mittelfristigen Budgetvorschau besser einzuschätzen, als es ohne dieselbe möglich ist.

Und wie ominös die Einsparungspolitik letzten Endes gewesen ist, geht aus jenem Einsparungsplan hervor, den uns der Herr Bundesminister für Finanzen bezüglich der Ermessenskredite vorgelegt hat. Ich erinnere nur an den Inhalt des 2. und 3. Budgetüberschreitungsgesetzes, wo die Einsparungen in einem Ressort 10 Millionen, im anderen Ressort 8 Millionen Schilling ausgemacht haben, wo aber in der Endkonsequenz eine so bescheidene Einsparungssumme herausgekommen ist, daß es nicht der Rede wert war, von Einsparungen zu reden. Angesichts der fortgeschrittenen Zeit erspare ich es mir, die verfügbaren Ziffern in allen Einzelheiten aufzuführen.

Ich darf mit Nachdruck daran erinnern, daß zur Zeit der Einparteienregierung der ÖVP ein gerüttelt Maß von Steuer-, Abgaben- und Tariferhöhungen über die österreichische Öffentlichkeit hereingebrochen ist: von der Erhöhung der Mineralölsteuer über das 1. Abgabenänderungsgesetz, über die Erhöhung der Gerichts- und Justizverwaltungsgebühren, über die Erhöhung der Verwaltungsabgaben auf das Dreifache, über die Erhöhung des Kunstförderungsbeitrages von 7 auf 20 S, über jene Erhöhungen, die im 2. Abgabenänderungsgesetz enthalten sind, über die Erhöhung der Bundesbahntarife, über die Erhöhung der Inlandspostgebühren bis zur Erhöhung der Fernmeldegebühren. So läßt sich das Sündenregister der ÖVP-Alleinregierung beliebig fortsetzen.

Herr Professor Koren, Sie wollen das Versteckenspiel, das Sie monatelang mit dem Parlament gespielt haben, angesichts der letzten Budgetdebatte, die die ÖVP-Alleinregierung im Hohen Hause zu führen hat, nicht beenden. Sie sind nicht willens, Herr Bundesminister, wie die gesamte ÖVP-Alleinregierung nicht willens ist, Waffengleichheit zwischen Opposition und Regierung herzustellen. Zu dieser Ungleichheit der demokratischen Waffen und Ihrer Finanzpolitik sagen wir Freiheitlichen nein und nochmals nein.

Ich fasse die Kritik, die wir Freiheitlichen in den letzten Wochen zum Bundesfinanzgesetz 1970 vorzubringen hatten, abschließend noch einmal kurz zusammen:

Die Bundesregierung, deren Zeit bald um ist, hinterläßt ein Budget, für dessen Auswirkungen sie selbst nicht mehr geradezustehen haben wird.

Sie hinterläßt ein Budgetdefizit in der Rekordhöhe von rund 9 Milliarden und damit einen Staatshaushalt, der einer für die siebziger Jahre erwarteten Krise nichts entgegenstellt, was geeignet wäre, diese Entwicklung aufzufangen.

Die ÖVP-Alleinregierung hinterläßt Österreich eine Steuerlast, unter der die Wirtschaft stöhnt.

Sie hinterläßt befristete Sondersteuern, von denen wir befürchten müssen, daß sie sich

Peter

— natürlich erst nach der Nationalratswahl — als sehr langlebig erweisen werden, wie das bei Provisorien in Österreich so üblich ist.

Der Herr Finanzminister möge doch sagen, mit welchen Maßnahmen man nach seinen Vorstellungen der immer weiter auseinanderklaffenden Schere zwischen Einnahmen und Ausgaben begegnen wird. Ihm und der ÖVP-Regierung ist in diesem Zusammenhang noch nie etwas anderes eingefallen als Steuerbelastungen. Sie fordern immer die Alternative!

Die Alternative besteht in Reformen. Sie besteht unter anderem in der Reform der Budgetpolitik, die die ÖVP-Alleinregierung versprochen, aber nicht gehalten hat.

Die ÖVP-Alleinregierung hinterläßt der österreichischen Bevölkerung weiters eine öffentliche Verwaltung, die entgegen allen Ankündigungen nicht entscheidend modernisiert, rationalisiert und vereinfacht wurde.

Sie hinterläßt einen Verwaltungsapparat, der nach wie vor aufgebläht und schwerfällig ist.

Die ÖVP-Alleinregierung hinterläßt eine verstaatlichte Industrie, die nach wie vor der Tummelplatz parteipolitischer Machtinteressen ist und in der die Proporzversteinerung weiterhin üppige Blüten treibt.

Dazu kommt eine angespannte Schulsituation.

Sie hinterläßt eine Landwirtschaftspolitik, die im Zeichen von Traktorendemonstrationen steht.

Sie hinterläßt auch ein unbewältigtes Erbe auf dem Gebiet der Integrationspolitik.

Und sie hinterläßt eine soziale Lage, die dadurch gekennzeichnet ist, daß einigen Wahlzuckerln zum Trotz die Ärmsten unserer Armen weiterhin Lückenbüßer für die mangelnde Bereitschaft oder das Unvermögen der Bundesregierung sind, durch Umschichtungen und Einsparungen im Staatshaushalt ausreichende Mittel für soziale Maßnahmen zur Verfügung zu stellen.

Alles in allem: Um die Dinge in Österreich optimistisch zu sehen, müßte man Withalms und Pisas Propagandabrille aufsetzen. Doch das wäre genau jene gefährliche, von der ÖVP seit Monaten betriebene Täuschung und Selbsttäuschung, an der wir Freiheitlichen uns nicht mitschuldig machen wollen. *(Abg. Doktor Withalm: Herr Kollege Peter! Wir stehen nach dem, was Sie da sagen, in Österreich unmittelbar vor dem Zusammenbruch! Unmittelbar! — Zwischenruf des Abg. Lanc.)* Die ÖVP-Alleinregierung steht vor dem Konkurs, Herr Abgeordneter Dr. Withalm! Das ist meine Überzeugung! *(Abg. Dipl.-Ing. Tschida: Ihre Überzeugung!)* Nicht nur meine.

Nun, zurück zum Budget, Herr Tschida. „Die dunkle Zukunft des Budgets" schrieb Arnold Klima im „Kurier" am Samstag dem Herrn Professor Koren ins Stammbuch. *(Abg. Dipl.-Ing. Tschida: Der muß es wissen!)* Redakteur Klima schließt diesen Leitartikel, nachdem er ähnliche Fragen wie wir Freiheitlichen aufgeworfen und gestellt hat, mit der Frage an Bundesfinanzminister Dr. Koren: „Also: Wann wird geantwortet?" Herr Minister! Heute ist der letzte Tag, an dem Sie diese Antwort erteilen können.

Nun abschließend einige Worte zum Herrn Abgeordneten Dr. Withalm und seiner vorgestrigen Rede. Er forderte die Oppositionsparteien auf, Courage zu beweisen und — an die linke Seite des Hohen Hauses war das Wort gerichtet — aus dem „Fuchsbau" herauszutreten. Dr. Withalm provozierte — es ist sein gutes Recht, wir machen es ihm nicht streitig — beide Oppositionsfraktionen. Als man Dr. Withalm vorgestern so vom Leder ziehen hörte, wurde man an ein Wort des Psalmisten erinnert. Der 11. Psalm lautet: „Schwefel ließ er regnen auf die Sünder und glühende Kohlen". Abgeordneter Dr. Withalm ließ vorgestern Schwefel regnen, und der Herr Sandmeier begann heute namens der ÖVP-Abgeordneten mit dem Bierschwefel in Fortsetzung der Withalm-Aktion „Fuchslöchl". *(Abg. Dipl.-Ing. Tschida: Und Sie mit der Bibellesung!)* Bedenken Sie, Herr Abgeordneter Dr. Withalm, daß sich auch die Wähler am 1. März eines anderen Wortes des Psalmisten erinnern könnten, das zu Ihrer vorgestrigen Provokation paßt: „Vernichten möge der Herr die Lippen des Lügners, strafen die prahlerische Zunge." Warten wir also das Urteil des Wählers am 1. März 1970 ab. *(Abg. Robert Graf: Aufpassen auf den Psalm! Das kann gefährlich werden!)*

Die „prahlerische Zunge", Herr Graf, „die Lippen des Lügners", sie begegnen Ihnen Seite um Seite im Ringbuch für ÖVP-Funktionäre, das mir vorliegt. *(Abg. Steininger: Das ist eine Schande für diese Partei!)* Es kann, meine Herren der Regierungsmehrheit, in der Politik manchmal etwas passieren, das unter die „Gürtellinie" geht. Das räume ich ein. Politik ist so wie Boxen ein harter Kampfsport, wo man einmal unbeabsichtigt unter der „Gürtellinie" des Gegners ankommen kann. Auch mir ist das in dieser Woche dem Herrn Präsidenten gegenüber passiert. Ich habe daraus die Konsequenzen gezogen. Wenn aber mit den „Lippen des Lügners" Seite um Seite dieses ÖVP-Funktionärshandbuches aufrecht-

Peter

erhalten wird, wenn die ÖVP-Propaganda bewußt und gezielt Schlag auf Schlag unter die „Gürtellinie" des politischen Gegners ansetzt, Herr Abgeordneter Dr. Withalm ... *(Abg. Robert Graf: In der Frage Neutralität haben Sie halt einen weichen Bauch, Herr Peter! — Heiterkeit bei der ÖVP. — Gegenruf des Abg. Melter.)* Wir halten Ihnen in der Neutralitätsfrage nicht nur Bauch und Kopf, sondern die gesamte Verantwortung der freiheitlichen Abgeordneten entgegen. Wir halten uns in der Neutralitätsfrage strikt, vorbehaltlos und unabdingbar an das Gesetz, und wir stehen zur Neutralität Österreichs im Geiste Raabs, Figls, Schärfs und Helmers, aber nicht im Sinne jener weichen Haltung, die die ÖVP-Alleinregierung seit geraumer Zeit einnimmt. *(Abg. Dr. Withalm: Das ist immerhin interessant! In Krems hat es nicht so deutlich geheißen! Heute war es deutlicher!)* Diskutieren wir mitsammen im Fernsehen über Neutralität, Herr Dr. Withalm. Jederzeit, wenn Sie wollen! *(Abg. Dr. Withalm: In Krems war es ein bisserl anders, soweit ich mich erinnere! — Abg. Lanc: In Krems ist manches anders!)*

Nach dem ÖVP-Ablenkungsmanöver mit der Neutralität zurück zu dem, was ich hier weiter ausführen möchte: zu Ihrer ureigensten, von Ihnen tolerierten, von Ihnen, Herr Dr. Withalm, maßgeblich beeinflußten unfairen und unanständigen ÖVP-Politik, die bewußt unter die „Gürtellinie" des politischen Gegners gerichtet ist, zu jener unanständigen ÖVP-Politik, mit deren Hilfe Sie, Herr Dr. Withalm, versuchen, das österreichische Volk von jetzt bis zum 1. März 1970 in Angst und Schrecken zu versetzen.

Wie traurig und schlecht muß es um diese ÖVP-Alleinregierung bestellt sein, wenn ihr in einem Nationalratswahlkampf nichts anderes einfällt, als wieder so wie 1962 und 1966 mit der Angst des Volkes und des Staatsbürgers ein politisches Geschäft zu machen. *(Abg. Dr. Withalm: Die paar Minuten müssen Sie noch durchhalten und ernst schauen, zumindest solange Sie so ernst reden! — Abg. Libal: Das Ringbuch spricht doch Bände! Verleumdungen über Verleumdungen!)* Im Gegenteil, ich schließe diese Rede heiter, damit das gleich vorweggenommen wird. Wir Freiheitlichen dramatisieren die Situation nicht. Wir glauben auch, Herr Dr. Withalm ... *(Abg. Dr. Withalm: Was haben Sie denn jetzt anderes gemacht als dramatisiert? Für das Fernsehen dramatisieren Sie! Dann machen Sie gleich ein heiteres Gesicht! — Weitere Zwischenrufe.)* Herr Tschida, das Lächeln kommt noch am Ende meiner letzten Budgetrede. Ich verspreche Ihnen, daß ich Sie am Ende meiner Rede noch zum Lachen bringen werde! Sie werden mit dem Schluß einverstanden sein! *Abg. Libal: Am 1. März werden sie dann weinen!)*

Herr Dr. Withalm! Der Rufmord im ÖVP-Funktionärshandbuch ist und er bleibt unanständig, Sie können es drehen und wenden, wie Sie wollen. Natürlich muß Wahlkampfmunition darin enthalten sein. Dem widerspreche ich nicht. Das ist Ihr gutes Recht. Aber wenn Sie den Satz im ÖVP-Ringbuch dulden und tolerieren, daß die Freiheitliche Partei Österreichs „antiösterreichisch" ist, wenn Sie diesen Satz aufrechterhalten und wenn Sie diesen Satz nicht zurücknehmen, Herr Doktor Withalm, dann ist das eine ganz grobe Unanständigkeit. Dann ist das kein Dramatisieren von Seite der freiheitlichen Abgeordneten, sondern dann ist das, Herr Abgeordneter Tschida, ein Nur-zur-Wehr-Setzen gegen die übelste Verleumdung durch die ÖVP, die uns Freiheitlichen seit Bestand unserer Partei widerfahren ist.

Diesen Vorwurf der Verleumdung, Herr Abgeordneter Dr. Withalm, erhalte ich aufrecht. Warum? Weil Sie in den Parlamentsprotokollen der letzten zehn Jahre — und das meine ich jetzt ernst — nachlesen können, daß uns Freiheitlichen die Treue zur demokratischen Republik Österreich und die Treue zum Vaterland Österreich weder von Ihnen noch von der Sozialistischen Partei abgesprochen, sondern mehrere Male in diesem Hohen Haus von beiden anderen Parteien bestätigt wurde. Sie aber verlassen um eines erhofften Wahlerfolges willen die Linie des Gemeinsamen dort, wo es letzten Endes um das entscheidende Gemeinsame aller Parteien geht, Herr Dr. Withalm. Dagegen setzen wir uns mit allen Kräften zur Wehr! Und damit schließe ich dieses Thema ab. *(Abg. Doktor Withalm: Herr Kollege Peter, darf ich Ihnen etwas sagen; vielleicht beruhigt Sie das. Ich habe es Ihnen bereits privat gesagt, ich sage es auch hier: Wenn es Sie beruhigt, dann gebe ich Ihnen die Erklärung ab, daß ich veranlassen werde — ich bin nicht der verantwortliche Redakteur —, daß dieses Wort aus dieser Broschüre herauskommt!)* Danke sehr. *(Bravorufe und Beifall bei der ÖVP. — Abg. Hartl: Jetzt fehlt ihm der „Operationskalender"!)*

Mit dieser Überleitung des Herrn Abgeordneten Dr. Withalm darf ich zum letzten, heiteren Teil meiner Rede, Herr Abgeordneter Tschida, kommen.

Als vorgestern vom Abgeordneten Doktor Withalm die Aktion „Fuchsbau" gestartet wurde, dachte ich mir, es wäre am zweckmäßigsten, bei Herrn Professor König am Wilhelminenberg anzurufen, um eine rote

Peter

Katze für den ÖVP-Generalsekretär zu bekommen. Professor König teilte mir mit, daß er wohl eine rote Katze habe, daß diese sich aber wider Erwarten und ohne es von seinem Standpunkt als Fachmann erklären zu können, vorgestern in einem Fuchsbau verkrochen hat und nicht wieder herausgekommen ist.

In meiner Bestürzung bemühte ich mich um ein Ersatzexemplar. Es war in ganz Wien nicht möglich — und das ist bezeichnend für Wien —, eine rote Katze aufzutreiben. Ich habe nur eine weiße bekommen, die meine Fraktionskollegen und ich heute nacht rot bepinselt haben. *(Unter dem Gelächter der Abgeordneten nimmt der Redner eine rote Stoffkatze aus dem Papiersack und zeigt sie vor.)* Ich darf Ihnen, Herr Abgeordneter Dr. Withalm, zur Kenntnis bringen, daß der Kollege Zeillinger bei dieser Arbeit am fleißigsten war. *(Neuerliche Heiterkeit. — Abg. Dr. Withalm: Er hat auch alle Gebühr dazu!)*

Wenn Sie sich jetzt dieses rote Katzerl mit dem so sympathischen Pittermann-Goscherl anschauen *(neuerliche Heiterkeit — Abg. Dr. Pittermann: Die Verkleinerungsform ist kränkend!)* und wenn Sie noch diesen präkoalitionären Blick dieser Katze auf die Regierungsbank mit verfolgen, dann fragt man sich, was denn an der roten Katze so dramatisch sein soll.

Mir wurde ein Rat gegeben, Herr Dokor Withalm. *(Abg. Dr. Withalm: Ich halte das nicht für eine Katze, ich halte das für einen kleinen Pintscher!)* Nein, es ist eine Katze! Sie können sie wenden und drehen, wie Sie wollen. Sie können sie auch innen aufmachen: Es ist und bleibt eine Katze, und zwar eine rote Katze. Der Tierarzt hat mir gesagt, Sie sollen im Jänner und Februar sehr auf die Katze aufpassen. Das sind die krisenhaften Monate für die rote Katze. *(Heiterkeit.)* Sie ist sehr gefräßig; sie frißt in diesen zwei Monaten jeden Tag mindestens eine Million Schilling. Hoffentlich steht Ihnen diese Menge Geld zur Verfügung. *(Abg. Dr. Pittermann: Dafür sorgt der Mussil!)*

Ich bitte Sie auch, diese rote Katze gut zu betreuen. Sie schaut nämlich jünger aus, als sie wirklich ist. Sie schaut noch sehr rüstig aus. In Wirklichkeit ist sie genauso alt wie die Zweite Republik Österreich. Ich wünsche Ihnen dennoch, daß Ihnen die Katze bis zum 1. März 1970 erhalten bleibt! Herr Dr. Withalm! Bringt Ihnen die rote Katze Erfolg, so ist es mir natürlich nicht recht. Bringt Ihnen die rote Katze jedoch keinen Erfolg, Herr Abgeordneter Dr. Withalm, dann müssen Sie sich bei der übernächsten Nationalratswahl etwas anderes einfallen lassen. *(Unter dem Beifall der FPÖ, der SPÖ und von Abgeordneten der ÖVP übergibt Abg. Peter dem Abg. Dr. Withalm die rote Stoffkatze mit schwarzem Mascherl.)*

Präsident Dipl.-Ing. **Waldbrunner:** Zum Wort gemeldet hat sich der Herr Bundesminister für Finanzen Dr. Koren. Ich erteile es ihm.

Bundesminister für Finanzen Dr. **Koren:** Herr Präsident! Hohes Haus! Meine Damen und Herren! Herr Abgeordneter Peter, Sie haben mich eingangs Ihrer Rede als „schweigenden Minister" apostrophiert. *(Abg. Doktor Pittermann: Das war ungerecht!)* Obwohl es ein Sprichwort gibt, das das Schweigen als Gold und das Reden als Silber oder vielleicht manchmal auch nur als Blech bezeichnet, glaube ich doch, daß ich einer derjenigen bin, die am häufigsten von dieser Stelle aus in wesentlichen Debatten das Wort ergreifen. Vielleicht liegt es daran, Herr Abgeordneter, daß ich im letzten Finanzausschuß keine Gelegenheit mehr hatte, Ihre zahlreichen Fragen zu beantworten, weil Sie, als ich zur Beantwortung kam, im Ausschuß nicht mehr anwesend waren.

Für eines aber, Herr Abgeordneter, darf ich mich sehr herzlich bedanken: für die Lesung aus der Apostelgeschichte über meinen Namenspatron. Obwohl ich wenig persönliche Beziehungen zu ihm habe, fühle ich mich trotzdem dadurch sehr angesprochen. Eines würde ich nicht für ungünstig halten: wenn die Wunderkraft auch auf andere als auf den Namensparton übergegangen wäre. Dennoch glaube ich auch ohne Wunderkraft sagen zu können, daß die Bemängelungen, die Sie angeführt haben, daß die öffentliche Verwaltung, die verstaatlichte Industrie, die soziale Sicherheit im argen lägen und daß es einer Wunderkraft bedürfe, sie zu verbessern, doch wohl nicht zutreffen.

Vielleicht ist es ein Wunder, daß diese österreichische Wirtschaft sich heute in ihrer stärksten Wachstumsphase befindet, die sie seit Jahren zu verzeichnen hatte. Vielleicht ist es ein Wunder, daß wir in einer Vollbeschäftigung leben, die es bisher in diesem Land nicht gegeben hat. Vielleicht ist es ein Wunder, daß das Volkseinkommen, daß die persönlichen Einkommen, kurzum daß alle wirtschaftlichen Leistungsdaten dieses Landes eine Höhe erreicht haben wie in keinem Jahr je zuvor. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Ich darf aber, Hohes Haus, in der Beantwortung der Fragen versuchen, chronologisch vorzugehen und bei den Ausführungen zu beginnen, die der Herr Abgeordnete Wielandner gestern abend über den Finanzausgleich und

Bundesminister Dr. Koren

die Lage der kleineren Gebietskörperschaften machen konnte.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Der Finanzausgleich ist ein ungewöhnlich kompliziertes System von Teilungen von Abgaben. Es ist völlig ausgeschlossen, aus einzelnen Veränderungen, wie es gestern der Herr Abgeordnete Wielandner getan hat, feststellen zu wollen, daß der eine oder der andere Partner eines solchen Ausgleiches benachteiligt oder bevorzugt worden wäre. Messen kann man die Wirkungen des Finanzausgleiches nur an seinem Gesamtergebnis. Und dieses Gesamtergebnis zeigt in den letzten Jahren wohl eindeutig, daß die kleineren Gebietskörperschaften, also Länder und Gemeinden, keineswegs benachteiligt worden sind. Ich darf festhalten, daß nach den Jahresabschlüssen in den Jahren 1964 bis 1968 der Bundesanteil am gesamten Steueraufkommen des Bundes 69,8, 69,5, 69,5, 69,2 und 69,7 Prozent betragen hat, also sich nur in Größenordnungen von Zehntelprozent von Jahr zu Jahr verändert hat. Nach dem Voranschlag 1970 wird der Teilungsschlüssel 69,7 Prozent zugunsten des Bundes sein. Das heißt also, daß sich der Anteil an den wachsenden Steuereinnahmen der Gebietskörperschaften nicht geändert hat.

Anders, meine sehr geehrten Damen und Herren, sieht das Bild jedoch aus, wenn man in diesen Ausgleich außerdem die sonstigen Leistungen des Bundes einbezieht, also alle Leistungen, die der Bund in Form von Zweckzuschüssen, von anderen Leistungen für die Gebietskörperschaften erbringt. Legt man diese Zahlen zugrunde und vergleicht man sie mit dem gesamten Steueraufkommen des Bundes, der Länder und Gemeinden, dann ergibt sich, daß sich der Teilungsschlüssel in den letzten fünf oder sechs Jahren leicht zugunsten der Gebietskörperschaften geändert hat, daß der Anteil der Gebietskörperschaften von 37,5 Prozent im Jahr 1964 auf 38,6 im Jahr 1968 und nach den Voranschlägen auf 39 Prozent im Jahr 1969 und auf 40,5 Prozent im Jahr 1970 steigen wird.

Zu ähnlichen Ergebnissen kommt, Hohes Haus, auch eine Untersuchung des Wirtschaftsforschungsinstitutes, die ebenfalls zeigt, daß der Anteil von Ländern und Gemeinden am Finanzausgleich einschließlich der Sozialversicherungsträger eine stark steigende Tendenz, auf der anderen Seite der Anteil des Bundes eine leicht sinkende Tendenz aufweist.

Ich bin mir aber im klaren darüber, Hohes Haus, daß Fragen des Finanzausgleiches allein nicht ausreichen, um die ganze Problematik darzustellen. Ich sehe das große Problem der kleinen Gebietskörperschaften, also vor allem der Gemeinden, darin, daß die gegenwärtige Technik des Finanzausgleiches nicht ausreichend Rücksicht darauf nimmt, daß innerhalb der Gemeinden die Anforderungen und die Aufgaben sehr unterschiedlich sind. Wir haben auf der einen Seite kleine Gebietskörperschaften, deren Aufgaben zufolge einer starken Bevölkerungsdynamik, zufolge einer starken Ausweitung etwa der Siedlungsstruktur weit über ihre Leistungskraft hinausgehen, während in anderen Gemeinden, die eher stationäre Bevölkerungszahlen aufweisen, die gegenwärtige Finanzierungsstruktur durchaus befriedigend ist.

Diese Fragen können aber nicht im Lichte des jetzigen Finanzausgleichs gesehen werden. Die Spannung, die hier zwischen Anforderungen auf der einen Seite und den verfügbaren Mitteln auf der anderen Seite besteht, verleitet — das ist begreiflich — dazu, nur die große Gebietskörperschaft, nämlich den Bund, als den Schuldigen an einem Teilungsschlüssel hinzustellen.

Ich bin überzeugt, daß bei den nächsten Finanzausgleichsverhandlungen auf eine innere Änderung der verschiedenen Teilungsschlüssel zwischen den Gebietskörperschaften hingearbeitet werden wird müssen. Auf der anderen Seite darf ich noch einmal sagen, daß der Gesamtanteil des Bundes keineswegs einen relativ größeren, sondern einen sinkenden Anteil aufweist, obwohl der Bund ständig und ununterbrochen mit neuen Aufgaben konfrontiert wird, die er letzten Endes im Interesse der Gebietskörperschaften ausführt. Denn jede Investition, jede Aufgabe, die der Bund durchführt, kommt ja einer Gebietskörperschaft auf alle Fälle zugute.

Zur Frage des Familienlastenausgleiches, die der Herr Abgeordnete Wielandner ebenfalls gestern angeschnitten hat, indem er feststellte, daß es drei Jahre gedauert habe, bis dieser Wunsch nun tatsächlich vor kurzem in der Form eines Initiativantrages erfüllt worden sei, möchte ich sagen: Herr Abgeordneter! Ich freue mich selbst, daß es nun gelungen ist, diese Frage zu lösen. Ich weiß aber auch, daß die Meinungen hier quer durch die Fraktionen geteilt sind. Denn auf der einen Seite haben die familienpolitischen Organisationen, die es ja nicht nur auf der einen, sondern auf beiden Seiten des Hauses gibt, eindeutig gegen eine solche Änderung des bestehenden Familienlastenausgleiches demonstriert, während auf der anderen Seite, ebenfalls in beiden Lagern, durchaus begreiflich, die Vertreter der Gebietskörperschaften dafür eingetreten sind. Auch diese Lösung hat also, so wie jede Lösung in einer Demokratie, eine positive und eine negative Komponente.

Bundesminister Dr. Koren

Zu den Fragen des Herrn Abgeordneten Dr. Oskar Weihs darf ich nur ganz kurz folgendes ausführen. Ich habe schon in meiner Budgetrede ausführlich dazu Stellung genommen, warum sich die Bundesregierung zur Vorlage eines Bundeshaushaltes für das ganze Jahr 1970 entschlossen hat. Die Fragen des Budgetprovisoriums und überhaupt der Budgeterstellung sind im Artikel 51 der Bundesverfassung ja weitgehend und hinreichend geregelt.

Wenn aber der Abgeordnete Weihs wieder einmal zum Ausdruck gebracht hat, daß dieses Budget nicht dem Grundsatz der Budgetwahrheit entspreche, dann muß ich dagegen schärfste Verwahrung einlegen. Der Herr Abgeordnete Weihs hat zum Beweis seiner Behauptungen angeführt, daß die Einnahmenschätzung überhöht sei. Ich darf in diesem Zusammenhang noch einmal festhalten, wie ich es schon vor Wochen hier in diesem Hause und auch im Budgetausschuß tun konnte, daß diese Einnahmenschätzung — so wie jede Schätzung mit geringen Fehlergrenzen behaftet — eindeutig von allen Fachleuten akzeptiert und anerkannt worden ist und daß auch das Wirtschaftsforschungsinstitut in seinem sich mit dem Budget auseinandersetzenden Aufsatz feststellte, daß verglichen mit dem voraussichtlichen Erfolg 1969 die Einnahmen 1970 um 11 Prozent steigen müßten, damit der Schätzwert des Voranschlages erreicht wird. Diese Zuwachsrate, sagt das Institut, dürfte eine realistische Größe sein.

Ich glaube, daß die Arbeiten, die derzeit in der Prognosegruppe des Beirates für Wirtschafts- und Sozialfragen durchgeführt werden, nicht erleichtert werden, wenn aus leicht ersichtlichen Gründen immer wieder an der Einnahmenschätzung gezweifelt wird. Ich darf darauf hinweisen, daß das Jahr für Jahr geschehen ist und daß im heurigen Jahr die Einnahmenschätzung für 1969, dem Voranschlag entsprechend, erreicht wird.

Der Herr Abgeordnete Weihs hat weiter zu Fragen der Konjunkturpolitik Stellung genommen und festgehalten, daß dieser Haushalt mehr und mehr in die Kritik gerate, nicht konjunkturgerecht zu sein. Ich darf dazu grundsätzlich und im voraus etwas feststellen. Mit der Versachlichung der wirtschaftspolitischen Diskussion, die in den letzten Jahren mehr und mehr angestrebt worden ist, haben wir neue Wege beschritten. Wir sollten diese neuen Wege einer sachlicheren wirtschaftspolitischen Diskussion nicht dadurch verschütten, daß selbst Fachleute immer wieder die Dinge durcheinanderbringen. Budgetpolitische Aufgaben, Fragen der Budgetstruktur, sind in erster Linie mittel- und längerfristige Aufgaben. Konjunkturpolitik ist ihrer Natur nach etwas Kurzfristiges, eine Politik, die innerhalb von Wochen oder wenigen Monaten neue, veränderte Akzente bekommen muß. Was konjunkturpolitisch vor einem halben Jahr richtig war, kann heute völlig verkehrt und falsch sein, wenn sich inzwischen die Bedingungen, die Grundlagen oder die Voraussetzungen geändert haben.

Ich habe in meiner Budgetrede klargelegt, daß ich diesen Haushalt für neutral halte. Ich habe diese Auffassung begründet. Das Wirtschaftsforschungsinstitut hat diese Auffassung geteilt. Es hat dazu festgehalten, daß die veranschlagte Ausweitung des Nettodefizits um 1 Milliarde Schilling im Bereiche der üblichen Schätzfehler liege und daß auch zu berücksichtigen sei, daß die Ausgaben für Güter und Leistungen in diesem Haushalt schwächer steigen als Transfer- und Finanzzahlungen und die relevante Belastung der Privateinkommen mit Steuern und Abgaben unverändert bleibt. Damit schließt sich das Institut auch Auffassungen an, die der Sachverständigenrat in der Bundesrepublik Deutschland geäußert hat.

Hohes Haus! Ich darf aber weiter festhalten, daß sich im Verlauf der letzten Monate die Konjunkturentwicklung eindeutig geändert hat, daß es in den letzten Monaten zu stärkeren und schärferen Spannungen in der internationalen und nationalen Konjunktur gekommen ist, als man noch vor sehr kurzer Zeit voraussehen konnte. Ich darf auf die Unterschiede etwa der Berichte der Wirtschaftsforscher in der Herbstsitzung der Paritätischen Kommission hinweisen und der Berichte, die nun zur Verfügung stehen. Ich habe dennoch in meiner Budgetrede zum Ausdruck gebracht, daß im Falle der Verschärfung der Spannungen in der Konjunktur, die damals noch gar nicht voll absehbar war, selbstverständlich der Vollzug des Budgetgesetzes Spielraum bietet, um die entsprechenden Verlagerungen der Ausgabenströme zur Milderung der Nachfrage und zur Milderung der konjunkturellen Spannungen herbeizuführen.

Des weiteren hat in den letzten Wochen im Einvernehmen mit der Paritätischen Kommission die Bundesregierung eine Reihe von preispolitischen Maßnahmen gesetzt, die darauf abzielen, einen Teil der preispolitischen Spannungen zu beseitigen. Ich habe die Absicht, in den ersten Wochen des kommenden Jahres zusammen mit den Landesfinanzreferenten auch für die Gebietskörperschaften eine ähnliche Zurückhaltung in der Ausgabenpolitik abzusprechen. Es wird des weiteren eine Einladung an die Nationalbank und an den Kreditapparat ergehen, um über Fragen der

Bundesminister Dr. Koren

Kreditpolitik in der nächsten Zeit Besprechungen abzuhalten. Das heißt also, Hohes Haus, daß die Konjunkturpolitik selbstverständlich weiterhin ein vordringliches Anliegen der Bundesregierung sein wird.

Ich darf vielleicht festhalten, daß die konjunkturelle Entwicklung und die Preisentwicklung in unserem Lande bisher eindeutig weitaus günstiger abgelaufen ist als in fast allen westeuropäischen Industrieländern. Ich glaube, daß das beste Beispiel und der beste Beweis dafür, daß sich die österreichische Entwicklung sehr positiv von der in anderen Ländern unterscheidet, der ist, daß in diesem Jahr die Sparentwicklung in Österreich eine Rekordhöhe erreicht hat, die man vorher nicht für möglich gehalten hätte. Schon im Frühjahr 1969 ist die 100-Milliarden-Schilling-Grenze bei den Spareinlagen überschritten worden, und Ende Oktober hat der Stand 110 Milliarden Schilling erreicht. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Ich glaube, daß eine solche Entwicklung nicht möglich gewesen wäre, wenn nicht das Vertrauen in die Stabilität der Währung sowie in eine weitere positive Wirtschaftsentwicklung vorhanden gewesen wäre. *(Abg. Dr. Androsch: Das ist ein primitives Argument! — Abg. Robert Graf: Nein, das war das Vertrauen zum Androsch!)* Herr Dr. Androsch, warum ist das ein Primitiv-Argument? *(Abg. Dr. Androsch: Weil die Leute nicht für Sie gespart haben!)* Ich habe nicht behauptet, daß die Leute wegen mir gespart haben, mit keinem Wort, Herr Abgeordneter Dr. Androsch. Ich glaube aber noch immer, daß die Bevölkerung nur dann in entsprechendem Ausmaß spart, wenn sie von der Sicherheit und der Weiterentwicklung der Wirtschaft überzeugt ist. *(Lebhafte Zustimmung bei der ÖVP. — Zwischenruf des Abg. Dr. Androsch. — Abg. Hartl: Trotz der Verteufelung durch die SPÖ.)* Herr Dr. Androsch, ich bin Ihnen auch für diesen Zwischenruf sehr dankbar. *(Abg. Hartl: Er ist der „Experte"!)* Ich weiß nicht, aus welchen Überlegungen Sie vorerst einmal für das nächste Jahr eine 5prozentige Preissteigerung erwarten. Ich habe das betreffende Papier hier liegen, es liegt nur zu tief unten, ich will es nicht herausfischen. Ich habe es aber gelesen. In der Prognose-Sitzung, die bekanntlich gestern stattgefunden hat, wurde von den Experten ein Meinungsaustausch gepflogen, und die Meinungen über das Ausmaß der Preissteigerungen sind auseinandergegangen. Die 5-Prozent-Variante, Herr Dr. Androsch, war die Ihrer Fraktion. *(Zwischenrufe bei der SPÖ.)*

Außerdem aber, Herr Dr. Androsch, dürfen wir vorerst festhalten, daß sich die verfügbaren Preisindizes bis zur Stunde noch immer im Rahmen der bisherigen Entwicklung halten. *(Abg. Lanc: Ski-Index!)* Herr Abgeordneter Lanc, es gibt keinen Ski-Index, es gibt einen Verbraucherindex, und dieser Verbraucherindex hat nach den letztausgewiesenen Zahlen vorläufig noch immer eine Zuwachsrate, die unter 3 Prozent gegenüber dem Vorjahr liegt. *(Abg. Dr. Withalm: Also Vorsicht bei Zwischenrufen! Das gilt auch für Finanzminister-Aspiranten! — Zwischenrufe bei der SPÖ. — Abg. Dr. Staribacher: Warten Sie ab!)*

Herr Dr. Weihs! Sie haben mich angesprochen, Sie hatten in Ihrer Rede festgestellt ... *(Weitere Zwischenrufe bei der SPÖ. — Gegenrufe bei der ÖVP. — Abg. Dipl.-Ing. Dr. O. Weihs: Laßt ihn doch reden! — Abg. Dr. Withalm: Seid ihr Heilige? — Abg. Dipl.-Ing. Dr. O. Weihs: Ihr seid Scheinheilige!)* Herr Dr. Weihs, Sie hatten in Ihrer Rede erklärt, ich hätte im Finanz- und Budgetausschuß anläßlich einer Besprechung der preispolitischen Maßnahmen erklärt, ich wisse nicht Bescheid über deren Wirksamkeit und über deren allfällige Auswirkungen. Ich glaube, Sie haben die Dinge etwas verzerrt dargestellt. *(Zwischenrufe.)* Wir haben im Ausschuß darüber gesprochen, wie groß der unmittelbare Entfall von Zöllen oder Umsatzsteuern auf Grund dieser zoll- und ausgleichsteuerpolitischen Maßnahmen sein könne, und ich habe Ihnen, Herr Abgeordneter, dazu eine Auskunft gegeben und habe festgestellt, daß dieser rechnerische Entfall unter der Voraussetzung, daß die Einfuhren etwa den Erwartungen entsprechen werden, berechenbar ist.

Sie haben weiter die Frage gestellt, wie groß die Mehreinnahmen an Zöllen und Umsatzsteuern auf Grund der Preissteigerungen beziehungsweise der Auswirkungen der DM-Aufwertung sein werden. Dazu habe ich Ihnen gesagt, daß das gegenwärtig noch nicht abschätzbar sei, weil wir sowohl Beweise dafür haben, daß einzelne Lieferanten keine Preiserhöhungen vornehmen werden, andere wohl im Ausmaß der Aufwertung und Dritte vielleicht sogar darüber hinausgehend, daß man aber, bevor nicht preisstatistische Unterlagen vorliegen, die erkennen lassen, in welchem Ausmaß der Durchschnitt der Importpreise sich ändere, hier eine Einnahmenschätzung nicht machen könne. So sachlich begründet habe ich Ihnen erklärt, warum darüber im Augenblick keine Aussage gemacht werden könnte. Ich habe weiter hinzugefügt, ich könnte mir, ohne mich darauf festzulegen, global vorstellen, daß sich etwa die Ausfälle und die zusätzlichen Einnahmen annähernd die Waage halten können.

Herr Abgeordneter Weihs, Sie haben weiter festgehalten, daß keine Budgetprognose vor-

Bundesminister Dr. Koren

gelegt worden sei und daß Sie — das sagte auch der Abgeordnete Peter — völlig im dunkeln darüber tappen, wie die Entwicklung in der Zukunft sein könnte. Herr Abgeordneter, das ist nicht richtig; denn ich habe mich in meiner Budgetrede, wie ich glaube, sehr ausführlich mit den strukturellen Fragen der Budgetpolitik und den Grundlagen der künftigen Budgetentwicklung auseinandergesetzt. Ich habe auf den großen Umfang der gesetzlichen Bindungen, der gesetzlich festgelegten Automatisierungen hingewiesen. Ich habe darauf hingewiesen, wie relativ gering der Spielraum der Budgetpolitik in der Zukunft sein wird und auch in der Vergangenheit schon gewesen ist. Sie können also nicht behaupten, daß wir völlig im dunkeln tappen. *(Abg. Lanc: Sie haben viel geredet, aber wenig gesagt! — Abg. Robert Graf: Sie, Herr Lanc, reden viel und sagen nichts!)* Herr Abgeordneter Lanc! Ich komme ja gerade dazu, zur quantitativen Frage.

Sie wissen, daß seit der letzten Vorlage der Budgetvorschau — ich habe dazu hier im Hohen Hause schon oft Stellung genommen — sich einiges geändert hat, daß sich nämlich herausgestellt hat, daß die Vorschauen, die bisher vorgelegt wurden, die Entwicklungen aufzeigten — etwa für 1969 oder für 1970 —, die unvertretbar gewesen wären, dennoch in der Folge zu Haushalten geführt haben, die vertretbar und durchführbar gewesen sind. Mit anderen Worten: Die Vorschauen, die erstellt worden sind, haben sich in der Praxis als illusorisch, als nicht zutreffend herausgestellt. *(Zwischenrufe.)* Sie werden nicht bestreiten können, daß sich der tatsächliche Budgetsaldo, der sich aus dem Haushalt ergibt, zu dem prognostizierten wie 2 : 1 verhält.

Ich möchte noch einmal darauf hinweisen, Herr Abgeordneter — ich tat es schon oft —, daß die bisherigen Prognosen eines gezeigt haben: daß sie in ihren Mitteln, in ihren Methoden nicht ausreichend sind. Wir haben darüber schon oft gesprochen. Auch jetzt im Prognose-Ausschuß wird diese Frage behandelt. Wir sitzen ja beisammen, um eine neue Vorschau zu machen.

Sie können also nicht behaupten, daß wir uns weigern würden, an einer solchen Vorschau mitzuwirken. Denn würde ich mich weigern, dann wäre es für die Experten in diesem Beirat ausgeschlossen, überhaupt zu einer Prognose zu kommen, weil nur das Finanzministerium die notwendigen Unterlagen und Detailinformationen über die einzelnen steuerlichen oder Ausgabensektoren geben kann. Ich glaube nicht, daß Sie mir vorwerfen können, daß wir diese Arbeiten blockieren, verzögern oder unmöglich machen.

Herr Abgeordneter Weihs, Sie haben mich weiter apostrophiert, weil ich Steuersenkungen versprochen hätte. Ich darf hier noch einmal das wiederholen, was ich schon wiederholt zum Ausdruck gebracht habe: Ich bin überzeugt davon, daß im Laufe der nächsten Legislaturperiode im Bereich der Lohn- und Einkommensteuer eine Milderung der gegenwärtigen Progression vorgenommen werden muß *(Abg. Dipl.-Ing. Dr. O. Weihs: Wieder etwas Neues!)*, wenn nicht der Leistungsanreiz völlig verlorengehen soll. *(Abg. Doktor Kreisky: Das hat vor 1966 die ÖVP auch schon gesagt!)* Herr Dr. Kreisky *(Abg. Probst: Jetzt stehen wieder Wahlen vor der Tür!)*, ich darf Sie daran erinnern, daß es im Jahre 1967 dann auch eine Senkung gegeben hat. *(Abg. Dr. Kreisky: Was ist dann gekommen? — Abg. Dipl.-Ing. Doktor O. Weihs: Die Einkommenerhöhungen haben Sie kassiert! — Weitere Zwischenrufe.)* Herr Dr. Kreisky! Sie können sich die Zahlen anschauen: Die 10prozentige Erhöhung hat wesentlich weniger bedeutet als vorher die Milderung der Progression. *(Beifall bei der ÖVP. — Abg. Dr. Kreisky: Aber alle anderen Tariferhöhungen haben mehr gekostet!)*

Aber ich wollte Ihnen erklären, warum ich diese Aussage machen kann, ohne Steuergeschenke oder Steuersenkungen zu versprechen. Denn worum geht es in dieser Frage? Nennen Sie mir eine Periode seit 1945, in der es nicht in Abständen von drei oder vier Jahren zwingend notwendig gewesen wäre, Korrekturen am Tarif der direkten Steuern vorzunehmen, und zwar deshalb, weil dieser Tarif fix ist, die Progressionslinie festliegt, die Einkommen aber zufolge der nominellen Einkommensteigerung mehr und mehr in die höheren Stufen dieser Progression hineinwachsen. *(Abg. Dr. Androsch: Wieso ist dann die Steuerbelastung von 35 auf 38 Prozent angestiegen?)* Das sage ich Ihnen dann gleich, Herr Dr. Androsch.

Weil nun diese laufende Einkommensvermehrung eine immer größere und stärkere Belastung vor allem der Masseneinkommen bedeutet, ist es mir klar, daß man alle drei bis vier Jahre eine solche Korrektur vornehmen muß. Daher wird sie auch in der nächsten Legislaturperiode zwingend notwendig sein. Es würde nämlich sonst eines eintreten, Herr Dr. Androsch: Die Elastizität etwa zwischen der Lohnentwicklung und der Lohnsteuerbelastung, die wir vor mehreren Jahren mit 1 : 2 errechnet haben, würde in absehbarer Zeit auf 1 : 2,5 oder 1 : 2,8 steigen und würde damit in unvertretbare Größen gelangen.

Bundesminister Dr. Koren

Nun zu Ihrer Frage, Herr Abgeordneter Dr. Androsch, betreffend die Steuerbelastung, die von 35 Prozent auf 38 Prozent gestiegen ist. Ich darf darauf hinweisen, daß es sich hier doch nicht um die Steuerbelastung mit Bundesabgaben handelt. *(Abg. Doktor Androsch: Schon auch!)* Sie sind nicht an der Steigerung der durchschnittlichen Belastung beteiligt. *(Abg. Hartl: Das hat er nicht gewußt, Herr Professor!)* Diese Steigerung — schauen Sie bitte im Monatsbericht des Wirtschaftsforschungsinstituts nach, dort ist es enthalten — ist darauf zurückzuführen, daß die Sozialversicherungsbeiträge, die in dieser Gesamtbelastung mitenthalten sind, und die übrigen Gebühren und Abgaben überdurchschnittlich gestiegen sind, während der Anteil der Bundessteuern eher kleiner geworden ist. Wäre das nicht so, Dr. Androsch, dann könnte doch Ihr Dr. Veselsky nicht damit hausieren gehen *(Abg. Dipl.-Ing. Doktor O. Weihs: Was heißt „hausieren gehen"?)*, daß die Elastizität zwischen Wirtschaftswachstum und Einnahmen im Staatshaushalt unter 1 liege. Liegt sie unter 1, dann kann der Anteil nicht steigen. *(Beifall bei der ÖVP. — Abg. Probst: Der Finanzminister polemisiert! — Abg. Robert Graf: Seien Sie doch nicht so empfindlich; er polemisiert nicht! — Abg. Dr. Withalm: Sind wir in einem Kindergarten? — Abg. Probst: Er ist ja kein Abgeordneter!)* Herr Minister Probst, ich polemisiere nicht, ich habe hier Sachverhalte dargestellt. *(Anhaltende Zwischenrufe.)*

Präsident Dipl.-Ing. **Waldbrunner** *(das Glockenzeichen gebend):* Ich bitte sich zu beruhigen. Es kann nicht ein jeder für sich in Anspruch nehmen, so laut zu reden, daß der andere nicht reden kann. *(Neuerlicher Zwischenruf des Abg. Probst.)* Herr Abgeordneter Probst, ich bitte um Ruhe! *(Abg. Doktor Mussil: Abgeordneter Probst, die Hausierer sind ehrsame Handwerker!)* Auch den Herrn Abgeordneten Mussil bitte ich jetzt um Ruhe!

Bundesminister Dr. **Koren** *(fortsetzend):* Hohes Haus! In diesem Sinne — ich komme schon zum Schluß — wollte ich meine Ausführungen über die Frage betreffend Steuersenkungen verstanden wissen, daß es sich nämlich um Korrekturen in mehrjährigen Abständen am Progressionstarif zwangsläufig handeln muß, um wieder die ursprünglichen Verhältnisse herzustellen. Würde das nicht geschehen, so würde es zu einer Explosion in diesen Einkommensbereichen — und das sind vor allem Masseneinkommen — kommen. Ich danke schön. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Präsident Dipl.-Ing. **Waldbrunner:** Als nächstem Redner erteile ich dem Herrn Abgeordneten Dr. Haider das Wort. *(Abg. Probst: Haider redet zu Finanzen! Dann rede ich auch noch!)*

Abgeordneter Dr. **Haider** (ÖVP): Herr Präsident! Hohes Haus! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wenn man eben die Überreichung des sinnigen Geschenkes, das der Herr Abgeordnete Peter dem Herrn Vizekanzler Dr. Withalm gemacht hat, beobachten konnte, dann gewinnt man Eindrücke einer gewissen Parallelität. Verfolgt man nämlich die ganze Finanz- und Budgetdebatte, die heuer stattgefunden hat, und auch sonstige Äußerungen von Abgeordneten der Freiheitlichen Partei, so macht das ganz den Eindruck, als wären auch unsere freiheitlichen Abgeordneten genauso wie diese Katze eine ganze Nacht hindurch einer roten Bepinselung ausgesetzt gewesen. Ganz so benehmen sich hier in diesem Hause die freiheitlichen Abgeordneten, sie stimmen gemeinsam mit den Damen und Herren der sozialistischen Opposition gewissermaßen eine Koalition des Jammerns an, eine Koalition des Jammerns über unsere angeblich schlechte wirtschaftliche Position *(Zwischenruf des Abg. Libal)* und eine Koalition der Prognosen, von denen sie eine Freude hätten, wenn sie möglichst schlecht wären. *(Zustimmung bei der ÖVP.)*

Ich darf Ihnen aber versichern und auch noch zusätzlich an Hand konkreter Zahlen und Tatsachen unsere Situation vergegenwärtigen, daß unsere österreichische Bevölkerung, daß unsere österreichischen Staatsbürger froh und glücklich sind, in einer Zeit der wirtschaftlichen und sozialen Sicherheit und im Zeichen des wirtschaftlichen und sozialen Aufstiegs leben zu können! *(Beifall bei der ÖVP.)*

Ich darf zunächst einige Bemerkungen die Ausführungen meiner Vorredner betreffend machen, und zwar angefangen von gestern abend mit den Ausführungen des Kollegen Wielandner bis heute zu den Ausführungen der sozialistischen und freiheitlichen Redner. Ich kann wirklich nur sagen: Neu war es nicht, was sie gesagt haben, gescheit war es nicht, aber richtig war es auch nicht! *(Zwischenruf des Abg. Haas.)*

Der Herr Abgeordnete Wielandner hat hier eine große Schwarzmalerei betrieben und hat uns von den Geschenken an die Bundesforste zu Lasten der Gemeinden erzählt. Er dürfte aber anscheinend nicht wissen, daß wir das Bewertungsgesetz noch gar nicht beschlossen haben, und wir werden es in dieser Legislaturperiode auch gar nicht beschließen. Auch die in Betracht kommenden neuen Einheitswerte werden nicht vor dem 1. Jänner 1971 in Wirksamkeit treten. Sie werden sich daher

Dr. Haider

auch vor 1971 nicht auf die Finanzsituation unserer Gemeinden auswirken. *(Zwischenruf des Abg. H a a s. — Gegenruf des Abg. S t e i n e r.)*

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich darf vielleicht jetzt auch noch auf einige wirtschaftspolitische Umstände kurz hinweisen. Das Budget eines Staates und die Finanzverhandlungen stellen irgendwie ein Nervenzentrum dar, an dem man die ganze wirtschaftliche Situation und die Entwicklungstendenzen beobachten und verfolgen kann. Das Budget ist natürlich auch ein sehr wichtiges wirtschaftspolitisches Instrument. Ich darf Ihnen aufzeigen, daß dieses Instrumentarium in den vergangenen Jahren der ÖVP-Regierung sehr gut und sehr nützlich für die gesamte Volkswirtschaft und für alle Kreise unserer Bevölkerung angewendet worden ist. Wir ziehen daraus auch für die Zukunft die Gewähr, daß uns die Österreichische Volkspartei eine sehr gute und eine sehr aufstrebende Finanz- und Budgetpolitik zeigen wird.

Wenn nun in den vergangenen Budgettagen nur Kritik geübt worden ist, wenn nur schwarzgemalt und nur Schlechtes gesehen worden ist, dann darf ich Ihnen vielleicht einleitend an Hand des Berichtes einer sehr neutralen, einer auch von allen politischen Richtungen beeinflußten Stelle, an der alle politischen Richtungen mitwirken, einige ganz objektive Bemerkungen über die wirtschaftliche Situation mit Genehmigung des Herrn Präsidenten zur Vorlesung bringen. Es handelt sich um den Jahresbericht der Oesterreichischen Nationalbank über das Jahr 1968. Die legt eigentlich ein sehr schönes Zeugnis ab und trifft schöne Feststellungen. *(Abg. L i b a l: Hat daran der Schmitz mitgearbeitet?)* Sehr geehrter Herr Kollege Libal! Ich bitte bei dieser Gelegenheit Ihre Herren nicht zu vergessen, die auch in diesem sehr ehrenwerten, hochstehenden und objektiven Forum entsprechend vertreten sind und mitwirken können. Es heißt wörtlich in diesem Bericht über das Jahr 1968:

„Ungeachtet verschiedener politischer und wirtschaftlicher Schwierigkeiten einiger bedeutender Industrieländer konnte Österreich im Jahre 1968 eine bemerkenswerte Stabilität bewahren. Weltpolitische Krisen, die sich zum Teil in der unmittelbaren Nachbarschaft unseres Landes auswirkten, haben ebensowenig wie die Währungskrisen wichtiger Welthandelsländer die ruhige politische und wirtschaftliche Entwicklung unseres Landes zu stören vermocht."

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Das ist ein wunderbar treffender objektiver Querschnitt durch unsere wirtschaftliche und politische Situation. Ich darf Ihnen vielleicht aus diesem Jahresbericht der Nationalbank noch weiter vorlesen.

„Wertvolle Impulse hat die Wirtschaft vom Budget erhalten, das schon für 1967 in Erwartung einer schwächeren Wirtschaftsentwicklung einen erhöhten Ausgabenrahmen mit entsprechendem Defizit vorgesehen hatte. Die schon im letzten Quartal 1967 in Kraft gesetzte Einkommensteuerreform, die eine beträchtliche Tarifsenkung" — von der offenbar der Abgeordnete Dr. Kreisky nichts gemerkt hat, weil er erst das moniert hat — „zugunsten breiter Schichten von Einkommensbeziehern brachte, hat durch eine Stärkung der kaufkräftigen Nachfrage zur Belebung der Konjunktur beigetragen."

Es heißt abschließend: „Die überwiegend positive Bilanz des abgelaufenen Jahres bietet mit den erwähnten bereits eingeleiteten oder geplanten Maßnahmen ... die Grundlage für eine weitere gedeihliche Entwicklung."

Ich möchte gewissermaßen als Background für unsere derzeitige wirtschaftliche Situation den zuletzt zur Verfügung stehenden Jahresbericht der Oesterreichischen Nationalbank in wesentlichen Auszügen vorgetragen haben, um uns auch mit dieser echten Situation, über die wir uns alle, wie ich glaube, sehr freuen, vertraut zu machen.

Wir sind aber auch von Seite unserer österreichischen Bauernschaft — das darf ich auch feststellen — mit der wirtschaftspolitischen, auch mit der von der Budget- und Abgabenseite her beeinflußten wirtschaftspolitischen Seite unserer Entwicklung durchaus zufrieden, wir können auf sehr wesentliche Fortschritte im allgemeinen, aber auch im besonderen, was den Bereich unserer Land- und Forstwirtschaft betrifft, hinweisen. Ich darf Sie vielleicht durch einige dieser erzielten Erfolge führen.

Wesentlich war es zum Beispiel für uns in der Land- und Forstwirtschaft, die Pauschalierung der Umsatz- und Einkommensteuer weiterhin zu behaupten. Wir wissen ja, daß gerade diese für unsere Land- und Forstwirtschaft so sehr angepaßte Einrichtung den größten Anfeindungen ausgesetzt ist. Wir hören immer wieder, daß die Sozialistische Partei anstrebt, diese Pauschalierung in der Land- und Forstwirtschaft zu beseitigen. Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich darf Ihnen versichern: Solange es in diesem Staate eine starke Österreichische Volkspartei geben wird, wird an dem Grundsatz der Pauschalierung nicht gerüttelt werden! *(Beifall bei der ÖVP.)*

Dr. Haider

Wir müssen immerhin im Zuge verschiedener Pauschalierungsverordnungen auch manche schmerzhafte Steigerung in Kauf nehmen. Wir sind unserer Berufsvertretung, unserer Präsidentenkonferenz dankbar, daß sie immer mit großem Einsatz und großer Sachkenntnis die entsprechenden Verhandlungen führt. Aber am Prinzip der Pauschalierung, die nun einmal der Situation und den Verhältnissen in unseren landwirtschaftlichen Betrieben angepaßt ist, werden wir nichts ändern lassen!

Einen zweiten Erfolg, wenn ich das sagen darf, konnten wir in dieser nunmehr ablaufenden Legislaturperiode des Nationalrates auch auf dem Gebiete des Umsatzsteuerrechtes erzielen. Es ist zum Beispiel im Abgabenänderungsgesetz 1968 eine allgemeine Erhöhung der Umsatzsteuer erfolgt. Es ist uns aber, und zwar dank unserem Einsatz, dank unserer sachlichen Begründung, aber auch dank dem sachlichen Verständnis, das man uns seitens des Bundesministers für Finanzen und der Bundesregierung entgegengebracht hat, gelungen, den Umsatzsteuersatz für die Lieferung und den Eigenverbrauch von land- und forstwirtschaftlichen Erzeugnissen land- und forstwirtschaftlicher Betriebe trotz dieser erfolgten anderen Erhöhungen unverändert mit 1,7 Prozent zu erhalten.

Außerdem haben wir einen kleinen Fortschritt in Richtung auf Bestrebungen erzielt, die wir schon ziemlich lange Zeit verfolgen, als nämlich im Abgabenänderungsgesetz 1968 bei dieser Umsatzsteueränderung vom begünstigten, vom ermäßigten Steuersatz Speiseöle, Margarine und sonstige Kunstspeisefette ausgenommen worden sind. Ich möchte darauf hinweisen, daß auch im Zusammenhang mit anderen wichtigen Aspekten, etwa im Zusammenhang mit dem neutralitätspolitischen Aspekt einer gewissen Selbstversorgung mit den wichtigsten Grundnahrungsmitteln, sicherlich auch auf diesem Sachgebiet unsere Bemühungen fortgesetzt werden sollen, um eine echte Sicherung der Fettversorgung Österreichs in der Zukunft gewährleisten zu können. *(Präsident Wallner übernimmt den Vorsitz.)*

Es ist uns ferner gelungen, bei der Umsatzsteuer die Frage der steuerlichen Behandlung der Tierhaltung nach vieljährigen Bemühungen endlich einer Lösung zuzuführen, die allerdings noch der notwendigen Parallelregelungen im Bereiche des Bewertungsrechtes bedarf. Aber wir freuen uns sehr und danken dafür, daß es auch dabei unserer sachlichen Argumentation gelungen ist, beim Bundesministerium für Finanzen einen entsprechenden, dem Gesetze gemäßen Erlaß zu erreichen, in welchem die Frage der steuerlichen Behandlung der Tierhaltung doch — wie ich anerkennen muß — in einer sachlich gerechtfertigten und befriedigenden Weise gelöst werden konnte. Ich darf vielleicht den Kernsatz dieses Erlasses wiedergeben. Es heißt hier:

„Ein landwirtschaftlicher Nebenbetrieb ist ohne weitere Nachprüfung bei intensiver Tierhaltung noch anzunehmen, wenn für die ersten 5 ha nicht mehr als 8, für die nächsten 5 ha nicht mehr als 6, für die nächsten 10 ha nicht mehr als 3, für die nächsten 20 ha nicht mehr als 2 und für die weitere Fläche nicht mehr als 1 Vieheinheit nach Futterbedarf je Hektar der selbstbewirtschafteten landwirtschaftlichen Fläche gehalten werden."

Wir wissen, daß bei Schaffung unserer Steuergesetze vor mehreren Jahrzehnten, den damaligen betriebswirtschaftlichen Verhältnissen entsprechend, die Tierhaltung nur dann zur Landwirtschaft zählte, wenn wertmäßig überwiegend eigene, also selbsterzeugte Futtermittel verwendet wurden. Die technische und wirtschaftliche Entwicklung hat aber diese Bestimmung überrollt. Begonnen hat sie in der Geflügelwirtschaft, da ja eine rationelle Geflügelhaltung schon seit vielen Jahren nur mehr mit fertiggemischtem zugekauftem Futter möglich ist. Wir freuen uns, daß es nach jahrelangen intensiven Vorarbeiten gelungen ist, ab Beginn des Jahres 1967 eine Regelung zu bekommen, die einerseits nicht zur Selbstproduktion und zur tatsächlichen Verfütterung dieses Futters zwingt, was betriebswirtschaftlich vielfach falsch sein könnte, andererseits aber einen Zusammenhang mit der Landwirtschaft herstellt. Damit soll — das darf ich hier vielleicht auch erwähnen — vermieden werden, daß jede „industrielle" Tierproduktion in den Genuß des ermäßigten Steuersatzes kommt und damit den Bauern eine natürliche Einnahmsquelle aus der tierischen Veredelungsproduktion entzogen werden könnte.

An weiteren Fortschritten und Erfolgen, welche wir dieser ÖVP-Regierung zu danken haben, liegen auf dem abgabenrechtlichen Sektor die Maßnahmen zur Verbesserung unserer Agrarstruktur. Wir wissen, daß die Verbesserung unserer Agrarstruktur eine sehr wesentliche Zielsetzung unserer gesamten Agrarpolitik ist und daß wir diese nicht nur mit rein agrarpolitischen Instrumenten verfolgen können, sondern uns selbstverständlich des gesamten Instrumentariums, das die Wirtschaftspolitik besitzt, und daher auch des steuerpolitischen Instrumentariums bedienen müssen. Unsere Landwirtschaft ist in ihrer modernen Denkungsweise und in ihrer Aufgeschlossenheit diesen Strukturanforderungen, diesen notwendigen Änderungen der Struk-

Dr. Haider

turen sehr bereitwillig gefolgt, sowohl was die äußere Struktur als auch die innerbetriebliche Struktur anlangt.

Ich darf Ihnen vielleicht auch gerade im Sinne der heute so modernen rationellen Arbeitsteilung in den Bereichen der gesamten Wirtschaft nur an zwei Ziffern zeigen, wie sehr sich dieser Prozeß auch im Bereiche unserer modernen, aufgeschlossenen Land- und Forstwirtschaft vollzieht. So ist zum Beispiel in den acht Jahren von 1961 bis 1968 die Zahl der rinderhaltenden Betriebe von 306.000 auf 261.000 zurückgegangen. Das ist ein sehr großer Rückgang. In der gleichen Weise ist die Anzahl der schweinehaltenden Betriebe von 381.000 auf 313.000 zurückgegangen. Wir sehen — wenn ich hier nur im Rahmen der Gruppe Finanzen auf diese kurzen Indizes hinweisen darf — sehr wesentliche Zeichen, wie sehr auch diese innerbetriebliche Strukturänderung in der Land- und Forstwirtschaft einer großen Aufgeschlossenheit unserer Bauernschaft begegnet.

Sehr wichtig auf diesem Sektor ist natürlich die Besitzaufstockung, die Verbesserung der Betriebsstruktur durch Vergrößerung der landwirtschaftlichen Betriebe. Wir wissen, daß wir im Jahre 1967 die entsprechenden agrarpolitischen Gesetze geschaffen haben — sei es das Landwirtschaftliche Siedlungs-Grundsatzgesetz oder die Flurverfassungsgesetznovelle — und daß dann bald darauf im Jahre 1968 in den Vorbereitungen und dann heuer die entsprechenden abgabenrechtlichen Bestimmungen, die dazu gehören, geschaffen werden konnten, die sicher auch diese Strukturentwicklung in der Land- und Forstwirtschaft sehr positiv beeinflussen werden.

Ich darf zunächst von der Novelle zum Grunderwerbsteuergesetz sprechen, welche die entsprechenden Abgabenbefreiungen für den Erwerb von land- und forstwirtschaftlichen Grundstücken enthält, sei es durch Einzellandwirte, sei es aber auch durch Siedlungsträger, denen in Zukunft wahrscheinlich eine immer größere Aufgabe und Bedeutung zukommen wird. Der Siedlungsträger, der in den Landesausführungsgesetzen zum Siedlungs-Grundsatzgesetz zu verankern ist, soll ohne Abgabenbelastung auf Vorrat freiwerdenden Boden aufkaufen können, um ihn dann in einem Verfahren an einen Kaufwerber mit dem Ziel einer Besitzstrukturverbesserung weiterzugeben. Wesentlich hiebei ist auch die Neuerung, daß die Finanzbehörden nunmehr an den Bescheid der Agrarbehörde gebunden sind. Dies ist also ein sehr wesentliches Gesetz, das gerade in dieser Legislaturperiode mit einen Grundstein für eine weitere gute, positive Entwicklung unserer Strukturfragen in der Land- und Forstwirtschaft bedeutet.

Als weitere gesetzliche Maßnahme darf ich das Bundesgesetz über abgabenrechtliche Maßnahmen zur Verbesserung der Agrarstruktur anführen. Dieses Gesetz sieht die Befreiung der Siedlungsträger von der Körperschaftsteuer und von der Gewerbesteuer vor. Dies ist selbstverständlich auch deswegen erforderlich, weil ja Grund und Boden, auch wenn er zum Anlagevermögen gehört, bei Körperschaften nicht außer Ansatz bleibt. Ferner werden sich beim Siedlungsträger zahlreiche Abwicklungsvorgänge über Kalenderjahre und damit über Gewinnermittlungszeiträume hinziehen, sodaß es ohne Befreiungsbestimmung zu einer Besteuerung kommen müßte.

Ich darf noch hinzufügen, daß auch die Vermögensteuerbefreiung für diese Siedlungsträger von großer Bedeutung ist. Weiterhin wurde die Befreiung von den Stempel- und Rechtsgebühren sowie von den Eintragungsgebühren zum Grundbuch bewirkt.

Wir dürfen also feststellen, daß auch auf dem Sektor des Steuer- und Abgabenwesens eine sehr wesentliche Förderung beziehungsweise Erleichterung der großen und tiefgreifenden Strukturänderungen in der Land- und Forstwirtschaft betrieben werden kann, was sich letzten Endes auf das Staatsganze und die gesamte Wirtschaft zweckmäßig auswirken wird.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich möchte in der — wenn ich sie so nennen darf — Erfolgsliste in diesem Sinne noch weiter fortfahren und darf hier das Besitzstrukturgesetz erwähnen, das wir auch erst vor kurzem in diesem Hohen Hause beschlossen haben und das auch sehr spürbare finanzielle Mittel einsetzen wird, um einerseits Zweckzuschüsse an Siedlungsträger zu gewähren und andererseits Ausfallsbürgschaften für einen Kreditrahmen bis zu 500 Millionen Schilling zu erreichen, ein Gesetz, das in der gleichen Linie liegt wie die vorgenannten Gesetze, welche gerade die landwirtschaftliche Struktur mitverbessern helfen sollen.

Eine weitere Maßnahme, die auch für unsere Land- und Forstwirtschaft interessant ist, war das Strukturverbesserungsgesetz vom Jänner heurigen Jahres, mit dem es gelungen ist, die Verschmelzung unter Ausschluß der Liquidation auch für Genossenschaften zu erreichen, und welches für die Jahre 1969, 1970 und 1971 gilt. Es unterbleibt somit auch bei Genossenschaften die Annahme von Buchgewinnen (Scheingewinnen) durch Auflösung von stillen Reserven.

Dr. Haider

Ich will aber nun darauf zurückkommen, was ich eingangs schon erwähnen durfte, daß auch auf dem Gebiete des Einkommensteuerrechtes in dieser Gesetzgebungsperiode wesentliche Änderungen erfolgen konnten, die sich zum Teil unmittelbar zum Nutzen unserer Staatsbürger auswirken, zum Teil, soweit sie Abgabenerhöhungen gebracht haben, zur Festigung unseres Staatshaushaltes und damit ja auch einer gesunden allgemeinen Wirtschaft beigetragen haben.

Zunächst darf ich noch auf die im Rahmen der Wachstumsgesetze beschlossene Einkommensteuernovelle 1966 verweisen und Sie noch kurz erinnern, daß auf diesem Gebiete in dieser Gesetzgebungsperiode wirklich sehr fruchtbar gearbeitet worden ist. Deshalb hat mich die Frage Ihres Parteivorsitzenden Doktor Kreisky sehr gewundert, der gefragt hat, was denn auf dem Sektor der Einkommensteuer in dieser Gesetzgebungsperiode geschehen sei. Ich möchte ihm empfehlen, sich ein bißchen mehr mit der Wirklichkeit und mit den Geschehnissen zu befassen und nicht nur mit Programmen hier aufzuwarten, die auch von meinen Vorrednern schon reichlich gewürdigt worden sind.

Die Sozialistische Partei hat bekanntlich für alles ein Programm entworfen. Sie hat eine ganze Menge von Programmen. Das Ganze kommt mir ungefähr so vor wie Liebigs Fleischextrakt: Man kann es nicht essen, kann aber viele Suppen damit würzen. Und das tun Sie mit Ihren Programmen, aber mehr liegt offenbar nicht drin. Dabei verschlafen Sie die Wirklichkeit! *(Beifall bei der ÖVP.)*

Wir sehen, daß in dieser nunmehr ablaufenden Gesetzgebungsperiode wirklich sehr viel geschehen ist.

Ich habe von der 1. Einkommensteuernovelle des Jahres 1966 gesprochen. Nur einige Schlagworte: Kernstücke waren die Bestimmungen über die vorzeitige Abschreibung, über die Investitionsrücklage und den nichtentnommenen Gewinn. Bestimmungen über die vorzeitige Abschreibung waren mit Wirkung bis einschließlich der Veranlagung für das Kalenderjahr 1966 noch im Bewertungsfreiheitsgesetz 1963 enthalten. Wie Sie wissen, war das immer befristet. Und gerade Sie, meine Herren von der SPÖ, haben immer hohe Prämien dafür verlangt, wenn es darum ging, diese Bewertungsfreiheitsvorschriften wieder einmal zu verlängern. Wir konnten vor allen Dingen die Beseitigung der bisherigen Befristungen im Bewertungsfreiheitsgesetz erreichen. Das ist ein sehr wesentlicher Fortschritt.

Als Waldviertler Abgeordneter darf ich erwähnen, daß die erhöhten Abschreibungssätze für die begünstigten Gebiete nach politischen Bezirken, Gerichtsbezirken und sonstigen Landesteilen, und zwar in den Bundesländern Burgenland, Kärnten, Niederösterreich, Oberösterreich und Steiermark, eingeführt worden sind.

Ich möchte mich nur einmal direkt an den Herrn Bundesminister für Finanzen wenden, der leider momentan nicht da ist. Ich habe ihm jedoch schon bei vielen Gelegenheiten gesagt, daß gerade die Abgeordneten aus den genannten Bundesländern Burgenland, Kärnten, Niederösterreich, Oberösterreich und Steiermark immer die Tatsache sehr bedrückt, daß im Bundeshaushalt leider nicht die erforderlichen Mittel für die österreichischen Entwicklungsgebiete vorhanden sind. Wir konnten für die österreichischen Entwicklungsgebiete in den vergangenen vielen Jahren, in denen ein entsprechender Budgetansatz vorhanden gewesen ist, wirklich viel Positives leisten. Ich möchte nicht versäumen, gerade dieses Anliegen wieder den zuständigen Herren des Finanzministeriums und dem Herrn Finanzminister besonders ans Herz zu legen.

Im Jahre 1966 haben wir aber auch eine 2. Einkommensteuernovelle beschlossen. *(Abg. Moser: Na geh!)* In dieser wurde — lieber Herr Abgeordneter Moser, das wissen Sie offenbar nicht — auch das Sonderausgabenpauschale neu eingeführt. Es waren 2028 S pro Jahr; diesen Betrag konnten wir in der Zwischenzeit ebenfalls wesentlich erhöhen. Das ist auch für die Land- und Forstwirte, auch für nichtbuchführende Landwirte von positiver Bedeutung. Ferner sind durch diese Novelle die Höchstbeträge für Familienangehörige für bestimmte Sonderausgaben erhöht worden. — Es ist den Herren Sozialisten immer unangenehm, wenn man ihnen in Erinnerung ruft, wieviel Positives, auch in kleineren Dingen, den kleinen Menschen zugute kommt. Viel Positives wurde in den letzten Jahren geleistet. — Die Höchstbeträge wurden für die Ehefrau von 1000 S auf 7000 S und für jedes Kind von 1000 S auf 3000 S angehoben. — Das alles war offenbar nutzlos, weil Sie auf einmal so tun, als wüßten Sie nichts davon und als wäre das alles nichts. Das bedeutete für Tausende von Familien einen Fortschritt! *(Beifall bei der ÖVP. — Abg. Dr. Staribacher: Herr Kollege Haider! Sie verwechseln allerdings zwei Sachen!)* Sehr geehrter Herr Abgeordneter, Sie wissen immer alles besser. Bitte dann hieherzukommen — das werden Sie sicher tun, wie ich Sie kenne — und wieder die entsprechenden Tröpfchen Galle dreinzumischen, was Sie gut können und was Sie wahrscheinlich immer mit Absicht tun. *(Abg. Weikhart: Er wird es dann tun!)* Ja, ich

Dr. Haider

weiß, er hat eine ganze Tasse Galle mit, die er bei jeder Gelegenheit dreinmischen will. *(Abg. Haberl: Er wird es wieder ins Lot bringen!)*

Es handelt sich bei Hinaufsetzung dieser Höchstbeträge um die Sonderausgaben für die Schaffung von Wohnraum. Schließlich wurde noch die Altersgrenze für die Gewährung der Kinderermäßigung wegen Berufsausbildung vom vollendeten 25. auf das vollendete 27. Lebensjahr erhöht. Auch der Absetzbetrag aus Anlaß der Neugründung eines Hausstandes für Ehepaare wurde von rund 2500 S auf 12.000 S jährlich für fünf Jahre ab Hausstandsgründung angehoben.

Im Rahmen der Wachstumsgesetze darf ich noch das neue Körperschaftsteuergesetz 1966 erwähnen. Wesentliche Fortschritte sind die Valorisierung der Einkommensstufen des Körperschaftsteuertarifes und der Wegfall der Mindestbesteuerung. Beide Bestimmungen gelten natürlich auch für unsere landwirtschaftlichen Genossenschaften.

Ich darf in diesem Zusammenhang auch noch die Verbesserungen, die durch das neue Einkommensteuergesetz 1967 eingeführt worden sind, erwähnen. *(Abg. Moser: Lauter Sondersteuern!)* Auf diese komme ich noch — zu Ihrem Vergnügen, Herr Abgeordneter Moser — zu sprechen. *(Ruf bei der SPÖ: Vergnügen?)* Durch dieses Einkommensteuergesetz 1967 wurde insbesondere die Steuerfreiheit der sogenannten Subventionen geregelt. Weiters wurde der Absetzbetrag für die mittätige Ehegattin wesentlich verbessert; die Untergrenze wurde von 8000 S auf 10.000 S, die Obergrenze von 14.000 auf 15.000 S erhöht. Weiter ist, wie ich bereits erwähnt habe, das ab der 2. Einkommensteuernovelle 1966 geltende Sonderpauschale sehr wesentlich erhöht worden.

Überhaupt war der Kernpunkt der Einkommensteuerreform die Neugestaltung des Steuertarifes. Das erklärte Ziel des neuen Einkommensteuergesetzes war die Milderung der Progression, die Einführung eines Alleinverdienerfreibetrages, die steuerliche Entlastung der Familienerhalter und die Vermeidung jeglicher Mehrbelastung durch diese Reform.

Ich möchte darauf hinweisen, daß es noch ein sehr wesentlicher Stein im Gebäude unseres Steuersystems ist, bei dem wir in der ablaufenden Gesetzgebungsperiode wesentliche Verbesserungen vornehmen konnten. Das ist Ihnen immer ein besonderer Dorn im Auge. Bei der Erbschaftssteuer ist es uns durch die Erbschafts- und Schenkungssteuergesetz-Novelle 1967 gelungen, wesentliche Härten zu beseitigen, den konfiskatorischen Charakter der Erbschafts- und Schenkungssteuer wesentlich zu mildern, dies vor allen Dingen durch die Ermäßigung des durch die Wertentwicklung weit überholten Steuertarifes. Ferner sind die Steuerfreibeträge durch die Entwicklung der Werte ebenfalls unzulänglich geworden. Sie wurden in den Steuerklassen I und II von 10.000 S auf 30.000 S erhöht, in den anderen Klassen in einem entsprechend geringeren Ausmaß, aber doch sehr merkbar. Auch der für den Erwerb von Hausrat vorgesehene Freibetrag wurde von bisher 10.000 S auf 20.000 S erhöht. Schenkungen unter Lebenden zwischen Ehegatten bleiben in Zukunft steuerfrei, sofern der Wert 100.000 S nicht übersteigt.

Wir konnten hier auch für den Bereich unserer Land- und Forstwirtschaft insofern einen wesentlichen Fortschritt erzielen, als die auf forstwirtschaftliches Vermögen entfallende Steuer über Antrag statt in einem Betrag in zehn Jahresbeträgen festgesetzt werden kann. Mit dieser Neuregelung erfolgte eine beachtliche Milderung der Erbschaftssteuerbelastung des forstwirtschaftlichen Vermögens, welche früher besonders oft zu tiefen Eingriffen in die Waldsubstanz gezwungen hat, was auch volkswirtschaftlich sehr schädlich war.

Und nun zu dem vom Abgeordneten Moser und von seinen Fraktionskollegen so sehr geliebten Abgabenänderungsgesetz vom 27. Juni 1968. Das war ein sehr großer „Erfolg" für die Sozialistische Partei: Ihre Propagandanahrung schöpft sehr stark aus diesem Abgabenänderungsgesetz 1968. Ich darf auch hiezu einige Worte verlieren.

Der Inhalt dieses Gesetzes ist Ihnen ja bekannt. Die damalige wirtschaftliche und budgetmäßige Situation ist Ihnen auch bekannt. Es mußte eine Sonderabgabe vom Einkommen in der Höhe von 10 Prozent der Einkommensteuer und Körperschaftsteuer erhoben werden. Weiters — ebenfalls für die Jahre 1969 und 1970 — eine Sonderabgabe vom Vermögen in der Höhe von 50 Prozent der Vermögensteuer. Hier konnte erfreulicherweise ein gewisser Ausgleich durch die Erhöhung der Freibeträge bei natürlichen Personen von 60.000 auf 80.000 S geschaffen werden. Hiezu kommt noch die zehnprozentige Steuer bei erstmaliger Zulassung von bestimmten Kraftwagen. Schließlich die Sonderabgabe auf alkoholische Getränke. Darüber darf ich deshalb sprechen, weil ich im Finanz- und Budgetausschuß die Ehre gehabt habe, die Begünstigungen, die noch erreicht werden konnten, insbesondere die Befristung mit 31. Dezember 1971, an der die sozialistischen

Dr. Haider

Kollegen schon sehr nagen *(Abg. Weikhart: Ich habe mir gedacht, das registiert er, weil das Viertel teurer geworden ist!)* oder mit einer Säge sägen *(Abg. Weikhart: Das kann einem Fachmann nicht entgehen!)*, zu beantragen; außerdem kommt die Steuerfreiheit des Eigenverbrauches hinzu. Wir konnten hier durchwegs durch unser parlamentarisches System im Zuge der Ausschußberatungen noch manche Entlastung erreichen. *(Abg. Weikhart: Werden wir halt „zu Hause" mehr trinken!)*

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich möchte aber darauf hinweisen — und das ist auch schon mehrmals von berufenen Leuten gesagt worden —, daß die Steuerbelastung des Weines gerade in Österreich gegenüber den anderen europäischen Staaten sehr hoch ist. *(Abg. Weikhart: Den Eigenbedarf erhöhen!)* Hier ist wahrlich die Grenze des Erträglichen schon überschritten. *(Abg. Weikhart: Das ist nicht möglich, daß das überschritten ist!)*

Wir hoffen, daß die Befristung mit 31. Dezember 1971 eingehalten wird und diese Alkoholsteuer dann ausläuft. Weil aber die Herren der Sozialistischen Partei so neugierig sind und offenbar die wirtschaftlichen Zusammenhänge nicht kennen oder nicht sehen oder nicht hören wollen, möchte ich das alte Sprichwort anbringen: Niemand ist so schwerhörig wie einer, der nichts hören will.

Zu den nun getroffenen Feststellungen möchte ich Ihnen den Jahresbericht der Oesterreichischen Nationalbank — eines objektiven Forums, in dem auch Ihre Vertrauensleute sehr gehobene und maßgebliche Positionen haben — vortragen. Ich möchte auch dem Herrn Abgeordneten Dr. Kleiner diese Lektüre empfehlen *(Abg. Weikhart: Da gibt es eine offizielle Aussendung, Herr Kollege!)*, weil er dadurch ein objektives und ungeschminktes und nicht durch eine rote Parteibrille gefärbtes Bild der österreichischen Wirtschaft und der fortschrittlichen Entwicklung bekommt. *(Abg. Weikhart: Auf dem Blatt, aus dem Sie vorlesen, sind mir zuviel Annoncen darauf!)* Dieser Artikel zeigt das wirklich hohe Verantwortungsbewußtsein unserer Regierung auf, welche dafür gesorgt hat, die wirtschaftlichen Dinge von der Budgetseite her weiterhin in Ordnung zu halten und ihnen eine positive Entwicklung angedeihen zu lassen. Es heißt hier wörtlich:

„Die Budgeterstellung für 1969 war durch besondere Schwierigkeiten gekennzeichnet." *(Der Redner trinkt Wasser. — Abg. Weikhart: Soviel Wasser hat der Haider schon lange nicht getrunken wie heute! — Heiterkeit.)* Ich bin ein regelmäßiger, aber sehr mäßiger Weintrinker.

Was der Herr Abgeordnete Tongel hier vor einigen Tagen gesagt hat, war eine ganz gewöhnliche, persönliche Verunglimpfung, ohne jeden sachlichen Gehalt. Mit solchen Methoden werden wir uns nie auseinandersetzen. *(Beifall bei der ÖVP.)* Das sind gewisse Methoden, Herr Kollege Tongel! Wenn die Argumente ausgehen, dann wendet man sich der persönlichen Verunglimpfung zu. Ich muß dies schärfstens zurückweisen. Ich glaube, kein Angehöriger dieses Hauses hat mich jemals in einem Zustand gesehen, den Sie hier beschreiben wollten. *(Abg. Weikhart: Mäßig regelmäßig!)* Solche Dopversuche hat vielleicht einmal ein Reichsredner gebraucht, aber bei uns ist das nicht der Fall. *(Abg. Dr. van Tongel: Sagen Sie das im Wahlkampf!)*

Ich möchte nun weiter den Bericht der Nationalbank vortragen und Ihnen diese objektive und die Dinge klar beleuchtende Stellungnahme zur Kenntnis bringen:

„Die Budgeterstellung für 1969 war durch besondere Schwierigkeiten gekennzeichnet. Zahlreiche Verpflichtungen der Bundesregierung — jede für sich ein dringendes Anliegen der begünstigten Interessengruppen — haben eine progressive Steigerungsdynamik mit sich gebracht, die in der Einnahmenentwicklung keine Bedeckung findet. So mußten schon 1968 bzw. mit Beginn 1969 Mehreinnahmen erschlossen werden, die, wie vor allem zeitlich befristete und unbefristete Sonderabgaben, Belastungen auf breitester Basis bedeuten. Die damit eingeleitete Sanierung des Staatshaushaltes muß konsequent weitergeführt werden, damit die Regierung wieder den notwendigen budgetpolitischen Spielraum gewinnt." *(Abg. Moser: Wie hoch ist das Defizit 1970?)*

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Das war eine einwandfreie Stellungnahme, aus der Sie ersehen können, daß es in Österreich zu Ihrem Mißmut Leute gibt *(Abg. Weikhart: Auf diesem Blattel sind zuviel Annoncen drin, das ist nicht offiziell!)*, die die Situation doch wirtschaftlich real betrachten.

Nun vielleicht noch einen Satz zu den kommenden Fragen der Mehrwertsteuer. Von seiten der Landwirtschaft darf ich hier, weil die großen Umstellungen auch in der Vermarktungsstruktur unserer land- und forstwirtschaftlichen Betriebe und die Einrichtung moderner Vertriebsformen in Zukunft immer mehr Bedeutung gewinnen werden, den Wunsch anmelden, dafür Sorge zu tragen, daß diese gerade durch die Einführung der Mehrwertsteuer nicht behindert werden sollen.

Dr. Haider

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Abschließend darf ich Ihnen — gerade auch von seiten unserer land- und forstwirtschaftlichen Bevölkerung — sagen, daß wir auf Grund der vielen konkreten Fortschritte, die auch im Bereich der Land- und Forstwirtschaft in den dreieinhalb Jahren ÖVP-Alleinregierung verzeichnet werden konnten, volles Vertrauen zu dieser Regierung haben. *(Abg. Weikhart: Na net werden Sie es haben!)* Wenn von der linken Seite immer nur vom Abbau der Subventionen, von Steuererhöhungen gesprochen wird, dann wissen wir ganz genau *(Abg. Weikhart: Das zweifelt niemand an! Wenn Sie kein Vertrauen haben, wer soll es haben?)*, wen Sie damit meinen und im Auge haben.

Ich darf Ihnen versichern, daß die bäuerliche Bevölkerung die Gewißheit hat, daß hier eine solide Wirtschaftspolitik betrieben wird *(Abg. Weikhart: Die ab 1. März abdankt!)*, die es den fleißigen, vernünftigen, modernen und aufgeschlossenen Menschen in der Land- und Forstwirtschaft ermöglichen wird, auch in ihrem schweren Berufe die gesunde wirtschaftliche Aufwärtsentwicklung mitmachen zu können. Nachdem auch dieses Budget eine Gewähr dafür ist, geben wir ihm sehr gerne unsere Zustimmung. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Präsident **Wallner:** Zum Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Dr. Staribacher. Ich erteile es ihm.

Abgeordneter Dr. **Staribacher** (SPÖ): Herr Präsident! Hohes Haus! Einleitend möchte ich folgendes feststellen: Herr Minister! Man kann nicht von einer sachlich und wirtschaftspolitisch fairen Diskussion sprechen, wenn man dann in einem Atemzug von der Regierungsbank aus den Sozialisten unterschiebt, daß sie es seien, die hier — zum Beispiel in einem sehr sachlichen Forum, wie es das Institut für Wirtschaftsforschung ist — Parteipolitik dahin gehend betreiben, daß sie bestrebt sind, die Preise hinaufzusetzen, indem sie den Preisindex hoch ansetzen wollen, daß sie — wie Kollege Mussil hier sagte — eine Preispolitik betreiben, die nur darauf ausgerichtet ist, daß wir Freude daran haben, wenn die Preise steigen. Sie wissen ganz genau, daß diese Information, sollten Sie eine solche bekommen haben, falsch sein muß.

Der Kollege Mussil weiß ganz genau, daß wir äußerst bestrebt sind, die Preiserhöhungen zu verhindern. Unterschieben Sie uns jetzt nicht, daß wir daran Interesse hätten, daß der Preisindex steigt.

Ich möchte jetzt gleich auf Ihren berühmten Ausspruch zurückkommen, in dem Sie sagen, daß es in der Paritätischen Kommission die Achse Klaus — Staribacher gebe; dort würde gegen die Preiserhöhungen Sturm gelaufen, und Sie wären so schwach, daß Sie das kaum noch abwehren können. *(Abg. Dr. Mussil: Leider, es ist wirklich so!)* Dann frage ich mich nur, wieso der Preisindex ununterbrochen steigt. *(Zustimmung bei der SPÖ.)*

Ihre Argumentation, daß die Lohnerhöhungen ausschließlich schuld sind, die hält nicht einmal mehr in Unternehmerkreisen.

Bekanntlich hat ein sehr bedeutender Unternehmer aus der Fleischwarenbranche im Fernsehen mitgeteilt, daß die Lohnerhöhungen bei den Fleischern *(Abg. Dr. Mussil: Die sind von Ihnen unterwandert! — Heiterkeit)*, daß die Lohnerhöhungen bei den Fleischhauern auf die Preiserhöhungen gar keinen Einfluß gehabt haben oder auf alle Fälle nur einen unbedeutenden Einfluß ausgeübt haben, sondern daß es ganz andere Grundsätze gewesen sind. Sie waren leider nicht imstande, diese Preiserhöhung zu verhindern. Nicht nur das, sondern auch die Bundesregierung setzt mehr oder minder keine Maßnahmen, um gegen diese Preiserhöhungen wirklich einschreiten zu können.

Sie behaupten immer, daß die Gewerkschaft der Lebensmittelarbeiter ein, wie Sie es genannt haben, politisches Timing gemacht hat, um dann die Lohnerhöhungen zu verlangen, daß dann die Preiserhöhungen kommen müssen und die Wahlen vor der Tür stehen *(Abg. Dr. Mussil: Weihnachten!)* und Weihnachten auch vor der Tür steht.

Herr Generalsekretär! Ich finde das eigentlich, ich möchte nicht sagen, infam, sonst sind Sie vielleicht beleidigt, aber ich finde das nicht für richtig, nennen wir es so.

Sie wissen ganz genau — ich nenne jetzt nur die wichtigsten Zahlen —, daß die Molkereien am 1. 6. 1968 die letzte Lohnbewegung gehabt haben, daß die Mühlen am 22. 4. 1968 die letzte Lohnbewegung gehabt haben, daß die Bäcker am 22. 4. 1968 die letzte Lohnbewegung gehabt haben und daß die Fleischhauer am 8. 5. 1968 die letzte Lohnbewegung gehabt haben. *(Abg. Dr. Mussil: Die hätten auch wie die anderen im Juli eine Lohnerhöhung mitmachen sollen, nicht vor Weihnachten, früher hätten sie es kriegen sollen!)*

Herr Generalsekretär! Dieser Zwischenruf ist der Lebensmittelarbeitergewerkschaft unendlich viel wert. Aber kommen Sie dann ja nicht, wenn wir in kürzeren Abständen kommen, um Lohnbewegungen zu machen, und sagen Sie dann nicht in der Paritätischen Kommission, wie Sie es die ganze Zeit getan haben, nein. Sie können nicht auf der einen Seite hier im Hohen Hause sagen, wir sollen

Dr. Staribacher

früher Lohnbewegungen machen, und auf der anderen Seite in der Paritätischen Kommission nein sagen. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Herr Generalsekretär Mussil! Ein solches Spiel können Sie mit der Gewerkschaft der Lebens- und Genußmittelarbeiter nicht machen. Aber auch nicht mit dem Österreichischen Gewerkschaftsbund. *(Abg. Dr. Mussil: Wir waren immer bei dem Ziel etwa 16monatiger Intervalle, und ausnahmsweise, weil es sich um Grundnahrungsmittel handelt, sind wir auf 19 Monate hinaufgegangen!)*

Herr Generalsekretär! Sie wissen ganz genau, welchen Widerstand die Bäckerinnung, welchen Widerstand die Bäckerindustrie leistete, und welchen Widerstand wir gegen die landwirtschaftlichen Genossenschaften bezüglich der Molkereiarbeiter zu überwinden gehabt haben. *(Zwischenruf des Abg. Doktor Mussil.)* Ja, natürlich sind wir stark. Aber dann kommen Sie daher und sagen: Aber Kampfmaßnahmen dürfen Sie nicht einsetzen; wir werden uns schon einigen, wir werden schon zu einer Lösung kommen!

Nein, Herr Generalsekretär! Diese Politik dürfen Sie hier nicht ankreiden, wenn Sie sie nicht zerstören wollen. Und da Sie sie nicht zerstören wollen, würde ich Ihnen empfehlen, von diesem Ausrutscher mit dem politischen Timing in Zukunft nicht mehr zu reden. Das ist zweifelsohne etwas, was in der Bevölkerung nur Mißverständnisse auslösen kann. Nach Ihrer Theorie wären Sie glücklich, wenn die Gewerkschaften alle Jahre eine Lohnerhöhung machen würden. *(Abg. Dr. Pittermann: Alle halben Jahre!)* Oder jedes halbe Jahr.

Ich sage Ihnen, Herr Generalsekretär: Der Österreichische Gewerkschaftsbund hat eine derartige Verantwortung an den Tag gelegt, daß es der österreichischen Bundesregierung überhaupt möglich war, über die Runden zu kommen. *(Beifall bei der SPÖ. — Zwischenruf des Abg. Dr. Mussil.)* Herr Generalsekretär, auf den Index komme ich noch zu reden. *(Neuerlicher Zwischenruf des Abg. Dr. Mussil.)* Das ist doch lächerlich. Sie kennen doch die Zustände in dieser Branche. Was Sie behaupten, ist doch vollkommen falsch. Unser Präsidium und unser Vorstand hat diese Unterschiebung einstimmig, auch mit den Stimmen des ÖAAB, zurückgewiesen.

Jetzt kommt das entscheidende: Ich kann Ihnen beweisen — ich könnte Ihnen vorlesen, aber ich brauche das gar nicht zu tun, Sie wissen das selber sehr genau —, daß die einzige antizyklische Wirtschaftspolitik der Österreichische Gewerkschaftsbund mit seiner Lohnpolitik gemacht hat. Als 1967 die Konjunktur in Österreich abgeflacht ist, hat der Österreichische Gewerkschaftsbund eine Lohnrunde gestartet. Ich kann mich noch sehr gut daran erinnern und höre es noch in meinen Ohren, wie Sie und Ihre Herren gesagt haben: Jetzt, wo die Rezession ist, jetzt, wo es so schwer geht, wollt ihr Lohnbewegungen machen? Das ist unmöglich, das wird nicht der Fall sein!

Der Österreichische Gewerkschaftsbund hat das Gott sei Dank durchgesetzt. Dadurch ist die Nachfrage angekurbelt worden, überhaupt wurde dadurch das ganze Wirtschaftswachstum angekurbelt. *(Abg. Dr. Mussil: Darüber kann man streiten!)* Darüber kann man gar nicht streiten, das können Sie in jedem Bericht nachlesen, im Bericht des Wirtschaftsforschungsinstituts, in dem berühmten Bericht der Nationalbank, den der Herr Kollege gerade zitiert hat, und in vielen anderen Berichten auch. Das ist eindeutig nachgewiesen.

Und jetzt hat der Österreichische Gewerkschaftsbund wieder eine genauso verantwortungsvolle Politik gemacht. Bevor die Hochkonjunktur auf die Höhe gekommen ist, hat er seine Lohnrunden abgeschlossen. Er hat kein politisches Timing darin gesehen und macht auch gar kein politisches Timing. Er ging ausschließlich nach wirtschaftlichen Erwägungen vor und schafft daher die Voraussetzungen dafür, um in der Hochkonjunktur, die jetzt zweifelsohne anbricht und die sich im nächsten Frühjahr zweifelsohne noch fortsetzen wird, nicht neuerliche Lohnbewegungen zu machen.

Aber das setzt natürlich voraus, daß die Bundesregierung entsprechende Maßnahmen trifft. Es geht nicht an, daß die Bundesregierung sozusagen nichts anderes macht, als daß der Herr Bundeskanzler so wie gestern in der Industriellenvereinigung davon spricht, daß in der Opposition nur eine Zersetzung der Wirtschaftsgesinnung Platz greift, daß es gilt, das Schlinggewächs der Koalition zu zerstören, daß die Wirtschaft von der Parteienherrschaft freigehalten werden muß und daß man sie freimachen muß. Das ist meiner Meinung nicht die notwendige oder richtige Art, um Ihrerseits endlich einmal eine wirklich positive Politik hervorzubringen.

Ich kann Ihnen ganz eindeutig folgendes sagen: Wenn die österreichische Bundesregierung Maßnahmen gegen Preiserhöhungen setzt, aber nicht bereit oder willens ist oder diese Maßnahmen nicht durchsetzen kann, und es zu Preissteigerungen kommt — Sie wissen sehr genau, Herr Minister, daß nicht wir in diesen Institutsbesprechungen gesagt haben, daß wir für 5 Prozent sind, sondern es ver-

Dr. Staribacher

schiedene Auffassungen gegeben hat; man hat gesagt: 4,5 Prozent garantiert, aber es können sogar 5 Prozent werden —, wenn es also zu diesen Preissteigerungen kommt, dann zwingen Sie ja den Österreichischen Gewerkschaftsbund, Lohnbewegungen zu machen. Deshalb müßte es in unserem eigenen Interesse und auch in Ihrem Interesse sein, alle Maßnahmen zu setzen, damit es zu diesen Preiserhöhungen nicht kommt.

Sie können dann nicht herkommen und sagen: Es gibt die Achse Klaus — Staribacher, und der Bundeskanzler macht alles! Er hat leider nicht alles gemacht. Wenn er sich nach unseren Vorschlägen gehalten hätte oder halten würde, hätten wir andere Möglichkeiten, um aus dieser Schlamastik herauszukommen. Er macht es aber nicht. Er geht nur überall hin und redet davon, daß wir eine Wirtschaftsgesinnung an den Tag legen, die nur zerstören will.

Wir wollen nicht zerstören, denn diese Wirtschaft ist genauso unsere Wirtschaft, in der wir arbeiten müssen, so wie Sie als Unternehmer Ihren Beitrag dazu zu leisten haben. Wir haben ein gemeinsames Interesse daran, über die Runden zu kommen. Aber die Regierung muß regieren, sie muß Maßnahmen setzen und soll sich nicht so sehr — da stimme ich ausnahmsweise mit einigen Herren in unserer Partei überein — auf die Wirtschaftspartner verlassen, wie das bei den flankierenden Maßnahmen und sonst noch der Fall gewesen ist. Ich glaube daher — und darauf kommt es an —, daß hier Maßnahmen gesetzt werden müssen. Daß diese Maßnahmen nicht gesetzt wurden, auch nicht in diesem Budget, muß man leider feststellen.

Herr Finanzminister! Sie haben das vorgetragen und haben aus dem Monatsbericht 11 richtig zitiert, Sie haben zitiert: „Die veranschlagte Ausweitung des Nettodefizits um 1 Milliarde Schilling liegt jedoch im Bereich der üblichen Schätzfehler". Den vorhergehenden Satz haben Sie nicht zitiert, der folgendermaßen lautet: „Wählt man nicht die absolute Höhe, sondern die Veränderung des Budgetsaldos als Kriterium — die herkömmliche Konjunkturerklärung betont die unmittelbaren Einkommens- und Nachfrageeffekte stärker als Liquiditätseffekte —, dann wirkt das Budget 1970 geringfügig expansiv."

Um dieses Problem der expansiven Wirkung dieses Budgets geht es in Wirklichkeit.

Kommen Sie doch jetzt nicht daher, meine Herren von der Österreichischen Volkspartei, und sagen Sie nicht: Da gibt es den Veselsky, den Androsch oder irgend jemand, die sollen alle Finanzminister werden, und die haben andere Auffassungen.

Selbstverständlich gibt es in unserer Partei, bevor wir uns zu einem Entschluß durchringen, verschiedene Meinungen und gerade in den wirtschaftspolitischen Fragen eine sehr lebhafte und sehr interessante Diskussion. *(Abg. Steiner: Über den Finanzminister?)* Nein, Herr Kollege Steiner, ich kann Ihnen versichern, das ist unsere geringste Sorge. Zuerst haben Sie gesagt, wir haben gar keinen, und jetzt sind Sie draufgekommen, daß wir gleich vier haben. Ich muß sagen, das ist unsere geringste Sorge. Dieses Problem werden wir nach dem 1. März lösen, wenn uns die Bevölkerung entsprechend mehr Stimmen gibt. Dann werden wir Ihnen sicherlich jemanden präsentieren, mit dem Sie zumindest so zufrieden sind wie mit dem Koren. *(Abg. Guggenberger: Sie sind ja nicht daran interessiert, jemals einen Finanzminister zu stellen!)* Da müssen Sie auch wieder sehr vorsichtig sein! Diesen Vorschlag hat schon einmal der Raab bei Koalitionsverhandlungen gemacht. *(Abg. Weikhart: Da hat er nicht so geschwind schauen können, wie wir ihm einen genannt haben! — Weitere Zwischenrufe.)*

Der damalige Bundeskanzler Raab hat das ganz ernst gemeint, und als die Sozialistische Partei dann einen Vorschlag gemacht hat und das dann in der Industriellenvereinigung bekanntgeworden ist, sind die Telephone heißgelaufen. Er hat das dann sofort wieder zurückgezogen. Da müssen Sie also sehr, sehr vorsichtig sein. *(Abg. Weikhart: Da ist den Industriellen schwummerlich geworden! — Weitere Zwischenrufe.)* Nein, da brauchen wir gar keinen Euler und gar keine fünfte Kolonne. Sie können sicher sein, das haben wir so auch erfahren. *(Abg. Grundemann-Falkenberg: Werden wir sehen, Herr Landwirtschaftsminister!)* Da wissen Sie auch mehr als ich. *(Abg. Dr. Pittermann: Wenn schon, dann Ackerbauminister!)*

Dieses Budget ist unserer Meinung expansiv, und damit ist so wie immer die Budgetpolitik antizyklisch. *(Bundesminister Dr. Koren: Prozyklisch!)* Nicht antizyklisch, in Wirklichkeit prozyklisch. Leider nicht zyklisch, sondern sogar prozyklisch. Wir werden versuchen, das noch zu beweisen.

Was die Wachstumsgesetze betrifft, wollen wir sie umwandeln. *(Abg. Dr. Mussil: „Umwandlungsgesetze!")* Das haben wir hundertmal gesagt. Sie sind nur jetzt keine Wachstumsgesetze, sie wurden als Kapitalmarktgesetze, als wir sie beraten haben, ganz anders konzipiert, im Beirat wurden sie als Kapitalmarktgesetze behandelt. Sie wurden nur dann

Dr. Staribacher

auf Wachstumsgesetze umgetauft, weil die Public-relation-Leute gesagt haben: Das geht besser hinein! So wurde der Titel des Gesetzes neu geboren; im Inhalt wurde dann auch sehr viel geändert, aber leider in einem ganz anderen Sinn. Nun haben diese Gesetze genauso eine prozyklische Wirkung, aber da wird Ihnen der Kollege Androsch noch einiges sagen.

Wir glauben daher, daß dieses Budget expansiv ist. Und nun kommen Sie und sagen, wir sollen unsere Vorschläge vorlegen. Sie werden sich wundern: Wir haben sie sogar vorgelegt. Wir haben diese Vorschläge des Kollegen Androsch im Parteirat erörtert, in einer Pressekonferenz ziffernmäßig — und das ist für mich immer das entscheidende — auf den Tisch gelegt. *(Abg. Dr. Mussil: 2,5 Milliarden!)* In diesem Finanzierungskonzept haben Sie alles drinnen, Herr Generalsekretär. *(Abg. Dr. Mussil: Lauter Hausnummern!)* Ah, sehr gut! Wenn Sie sagen, daß das Hausnummern sind, dann gibt es eine einzige Möglichkeit: die anderen Ziffern dagegen setzen! *(Beifall bei der SPÖ.)* Genau das haben wir vom Herrn Finanzminister verlangt, im Finanzausschuß, hier im Hohen Hause. *(Abg. Dr. Mussil: Ich habe es schon gemacht!)*

Herr Kollege Mussil, ich habe aufgepaßt wie ein Haftlmacher auf Ziffern von Ihnen. Sie sind nicht gekommen. Es hat der Herr Finanzminister keine Ziffern gebracht, es haben Sie keine Ziffern gebracht, es hat der Kollege Haider keine Ziffern gebracht, es hat der Kollege Sandmeier keine Ziffern gebracht. Aber ich verstehe auch, warum Sie keine Ziffern bringen. *(Abg. Grundemann-Falkenberg: Weil wir sie im Budget drinnen haben!)* Nein, meine Herren! Im Budget sind die Ziffern für 1970, wie Sie sie sich vorstellen. Ob sie eintreffen, werden wir erst sehen.

Was im Jahr 1971, 1972 und 1973 sein wird, da schweigen Sie sich beharrlich aus. Da gibt es nur „Orientierungsgrößen", „Marksteine", aber sagen tut es der Herr Finanzminister auf gar keinen Fall.

Jetzt reden wir momentan vom Budget und von den Ziffern — wir haben sie genau berechnet —, die in der Pressekonferenz bekanntgegeben wurden. Auch der Text ist ja hinlänglich bekannt. Fast würde ich sagen, es muß ein geschickter Public-relation-Mann gewesen sein, der sich gesagt hat: Wir werden das nicht direkt überall austeilen, wir werden das nur in kleineren Exemplaren kursieren lassen, denn dann wird es viel eher von Ihnen in der ÖVP berücksichtigt werden — was sich auch tatsächlich bewahrheitet hat. *(Bundesminister Dr. Koren: „Geheim" darauf schreiben!)* „Geheim" steht nirgends drauf! Das wäre noch besser, wenn wir „geheim" darauf geschrieben hätten. „Geheim" hätte auf dem Koren-Bericht stehen müssen, denn der war auch nicht dafür bestimmt, daß wir ihn bekommen, und wir haben ihn bekanntlicherweise auch sehr bald bekommen.

Darin finden Sie alle Ziffern, und mit diesen Ziffern, meine Herren von der Österreichischen Volkspartei, müssen Sie sich auseinandersetzen, hier, oder wo Sie wollen, in jeder Versammlung, in jedem Pressegespräch, wo immer Sie wollen. Wir stehen zu Ihrer Verfügung.

Ich wiederhole daher das Angebot an den Herrn Finanzminister, an den Kollegen Machunze, weil er in meinem Wahlkreis ist, an alle Damen und Herren der Österreichischen Volkspartei: Zu jedem Zeitpunkt, an jedem österreichischen Punkt, wo Sie bestimmen, werden wir uns mit Ihnen über diese Ziffern unterhalten. Sie werden uns beweisen, daß sie falsch sind, und Sie werden dann die richtigeren Ziffern vorlegen, und dann wird die österreichische Bevölkerung wissen, woran sie ist. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Aber so geht es nicht, meine Damen und Herren von der Österreichischen Volkspartei, daß Sie einen Programmentwurf machen, daß Sie dann das Programm beschließen und man dann dort verzweifelt sucht, wie die Steuer-, Budget- und Finanzpolitik weitergeht. *(Abg. Grundemann-Falkenberg: Vorläufig klingt es gut, wir sind ganz zufrieden!)* Klingen tut es ganz hervorragend, es steht nur nichts drinnen; das ist das entscheidende. Deshalb müssen Sie zuerst einmal Ihr Finanzierungskonzept vorlegen, bevor Sie sagen, daß unseres falsch ist. Wenn Sie Ziffern vorlegen, können wir sie dann gemeinsam vergleichen.

Es gibt ja einige Ziffern, es hat ja der Herr Finanzminister in liebenswerter Weise einiges gesagt *(der Redner weist eine Broschüre vor)*: „Mit den Augen des Finanzministers". Aber mit dieser Broschüre ist es ähnlich wie bei der gewesen, die die konjunkturfördernden Maßnahmen der Jahre 1966 bis 1969 gebracht hat, die „Dokumentation der österreichischen Bundesregierung", wo wieder genau dasselbe passiert ist.

Ich habe nicht sehr viel Zeit, aber ich werde nicht umhin können, ein paar Fehler herauszulesen.

Auf Seite 2 wird gesagt: „Bis zum Jahr 1969 ist diese Belastung auf 37,9 gestiegen" — nämlich die Gesamtsteuerbelastung des Güter- und Leistungsvolumens. Das stimmt natürlich

Dr. Staribacher

wieder einmal nicht. Es sind nicht 37,9, sondern 37,4, nachzulesen im Arbeitsbehelf, Seite 297. Da wird ein jeder sagen: Das halbe Prozent! Ich mache Sie aufmerksam: Das halbe Prozent ist 1,6 Milliarden Schilling! *(Abg. Haberl: „Was ist das schon!")*

Auf Seite 10 steht: „Solange aber der Staatsschuldenstand mit dem Bruttosozialprodukt mitwächst, ohne darüber hinauszugehen, ist volkswirtschaftlich daran nichts auszusetzen. Und so ist es in Österreich."

Herr Finanzminister! Wer hat das gerechnet? Staatsschulden 1965: 28,3 Milliarden — das steht nicht drinnen, das habe ich mir jetzt ausgerechnet —, damaliges Bruttonationalprodukt 241,2 Milliarden. 1969: Staatsschuld 43,4 Milliarden — Bruttonationalprodukt 321 Milliarden. Daher beträgt die Steigerung der Staatsschuld 54 Prozent, des Bruttonationalprodukts 33 Prozent. Wo hier eine gleichlaufende Größe zu verzeichnen ist, ist mir ein Rätsel. Das haben Ihre Herren schlecht gerechnet, Herr Finanzminister. *(Bundesminister Dr. Koren: Sie haben überhaupt nicht gerechnet!)* Ach, sie haben überhaupt nicht gerechnet? Dann ist es ja noch schlimmer! Dann darf man nicht hineinschreiben, daß das so ist. *(Zwischenrufe bei der ÖVP.)*

Wir haben dann natürlich noch einige Fehler; fast auf jeder Seite ein Fehler. Das sind aber schon fast Kleinigkeiten.

Auf Seite 16: Mineralölsteuer 4.965,000.000 S. Das stimmt nicht ganz, es sind 4.921,600.000.

Dann kommt eine ganz eigenartige Gruppierung der Einnahmen und der Ausgaben. Aber bitte, darüber könnte man streiten. Man hat oft das Gefühl, es soll dazu dienen, um diese Zahlen kaum nachrechnen zu können.

Dann die internationalen Vergleiche, die ja bekanntlicherweise — siehe Staatsverschuldung und so weiter — hinten und vorne nicht stimmen. Aber darüber wird mein Kollege noch einiges zu sagen haben.

Bezüglich der Dienstposten schreiben Sie auf Seite 21, daß diese „um rund 5200 verringert" worden sind. Ob man das nur mit der Hoheitsverwaltung ohne die Landeslehrer und die Religionslehrer rechnet oder anders, es kommen nie mehr als 3600 heraus. Wenn man die Hoheitsverwaltung allein rechnet, wie ich annehme, sind es 3051.

Dann ist von den 87 Computern zu lesen. Der Kollege hat schon etwas darüber gesagt. Computer sind schon gut. Ich hoffe nur, daß die Bundesregierung jetzt endlich dazu übergeht, bei all den 87 Computern — sie kann es ja bekanntlich gar nicht, da hätte man zuerst den Plan haben müssen — endlich einmal die gleiche Computersprache einzuführen, damit die Verschlüsselungen stimmen; nicht daß wir jetzt nur die 87 Computer haben.

Ich bin ja schon neugierig, wie der Herr Bundeskanzler die Datenbank machen wird, wo er ununterbrochen mit verschiedenen Maschinensprachen arbeiten muß. Das wird ein Heidengeld kosten, bis er das alles wieder auf die IBM 360, die im Statistischen Zentralamt steht, umgespult haben wird, denn das muß er ja, weil sonst die ganze Hin- und Herrechnerei überhaupt keinen Sinn hat.

Und weil ich schon beim Wort bin und über Statistiken rede — ich konnte nicht, weil der Herr Präsident, insbesondere der Präsident Waldbrunner, normalerweise sehr dagegen schimpft —, möchte ich jetzt noch auf einen Fehler aufmerksam machen, der vorgestern vom Kollegen Gruber gemacht worden ist. Er hat dem Kollegen Weikhart gesagt, ein pensionierter Hofrat habe erklärt, diese Substandard-Wohnungen seien jetzt weg — auch nach Auffassung der Österreichischen Volkspartei —, und das gehe doch ganz klar aus dem Mikrozensus hervor. Ich habe den Zwischenruf gemacht: Herr Kollege, Sie kennen doch die Differenzen zwischen der Wohnungszählung und dem Mikrozensus! Ja, ja, hat er gesagt, aber dann hat er nach wie vor dasselbe weiter behauptet. — Bitte sagen Sie dem Kollegen Gruber folgendes: Bei der Mikrozählung 1968 wurden gegenüber der Wohnungszählung 1961 zwei Kriterien geändert. Der Standard war damals, 1961, wo eine Badegelegenheit plus Vorzimmer war. Und beim Mikrozensus hat man nur gefragt, ob eine Badegelegenheit da ist. Und dadurch sind — was man normalerweise gar nicht dürfte — zwei verschiedene Merkmale in einer Erhebung zustande gekommen, und dadurch ergibt sich, daß wir jetzt momentan eine so riesige Verbesserung der Wohnungen haben. Ich bitte daher, das das nächste Mal wirklich zu berücksichtigen.

Nebenbei bemerkt ist bei der Wohnungszählung der Hausbesitzer gefragt worden, der sich wahrscheinlich über die Einzelheiten, ob der eine Dusche hat und so weiter, gar nicht so informiert hat, währenddem beim Mikrozensus der Mieter gefragt wird, sodaß sich auch daraus eine ganz große Differenz ergeben kann; diese hat zweifelsohne mit dazu geführt, daß es jetzt zu dieser differenten Auffassung gekommen ist. Es ist schon das leider wahr, was der Kollege Weikhart hier gesagt hat.

Was die Fragen des Kollegen Sandmeier betrifft, was jetzt alles abgeschafft werden soll, so hat der Kollege Androsch auf unserem

Dr. Staribacher

Parteirat ganz genau gesagt, daß wir das durch Umschichtung lösen wollen und daß wir nur dann, wenn es nicht gelingen sollte, die Vermögensteuer erhöhen — das ist auch schon einige Male hier gesagt worden —, die oberen Einkommen entsprechend stärker belasten wollen — und zwar solche über 500.000 S — und daß wir bezüglich der Alkoholsteuer nicht an eine Änderung denken können werden. Nicht wir sind daran schuld, sondern bekanntlicherweise hat ja der Herr Finanzminister, als er beim „Paukenschlag" die 16 Milliarden wegbringen mußte, diese Erhöhungen eingeführt, und das ist das entscheidende.

Es ist Ihrerseits gesagt worden — ich glaube, der Kollege Sandmeier war es —, was bei der Einkommensteuer und bei der Kinderermäßigung geschehen sollte. Wir haben schon erklärt, daß wir hier zweifelsohne neue Überlegungen anstellen müßten.

Im Familienbericht steht geschrieben — da wird ein Loblied auf die Schmitzsche Steuersenkungsaktion gesungen —: „Der neue Steuertarif ging von diesem Grundsatz gleicher Kosten pro Kind ab und lehnt sich an das Prinzip des ‚schichtenspezifischen Einkommensausgleiches' an."

Diesen schichtenspezifischen Einkommensausgleich lehnen wir Sozialisten ab. Den haben wir immer abgelehnt, und darum haben wir Ihnen auch damals bei den Auseinandersetzungen gesagt, daß wir das nicht sehr sozial finden. Denn auf der nächsten Seite haben Sie ja gleich die Tabellen; weil Sie gesagt haben, es ist Giftmischerei, was der Kollege Häuser hier immer macht. Sie haben ja die Tabellen, die zeigen, wie das schichtenspezifisch ausschaut. Ein Einkommensempfänger mit 4000 S hat sich nach dieser Regelung an Steuern erspart: bei einem Kind 201 S, bei zwei Kindern 205, bei drei Kindern 167 und bei vier Kindern 58 S. Nebenbei bemerkt: Durch die dann vorgenommenen Erhöhungen wurde das ja wieder weitgehend ausgeglichen. Aber der Einkommensbezieher mit 20.000 S, der hat sich bei einem Kind 761 S erspart, bei zwei Kindern 1015 S, bei drei Kindern 1292 S und bei vier Kindern 1565 S.

Wir Sozialisten sind immer noch der Meinung, daß wir bei den Kindern eben nicht schichtenspezifisch ausgleichen sollen, sondern daß man den Kindern mit Hilfe der Kinderbeihilfe und mit anderen Maßnahmen die gleichen Startmöglichkeiten geben sollte. Und deshalb haben wir das abgelehnt und werden es auch in Zukunft tun. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Was nun die Frage bezüglich der Auseinandersetzung mit der Budgethypothek betrifft, hat Kollege Mussil gemeint, es gebe keine Budgethypothek. Herr Kollege Mussil, dann haben Sie also ... *(Abg. Dr. Mussil: Ich habe das nicht gesagt!)* Gibt es doch eine? Dann sind wir ja wieder einig. *(Abg. Dr. Mussil: Sie hätten aufpassen sollen, Dr. Staribacher, was ich gesagt habe!)* Wenn Sie hier gesagt haben, es gibt eine Budgethypothek, dann sind wir einig.

Ich muß mich korrigieren, entschuldigen Sie, Sie haben gesagt, es gebe eine Budgethypothek — jawohl —, aber die sei aus der Koalitionszeit, und dem gegenüber stellten wir nur Programme.

Nun haben wir das natürlich in unserem Finanzierungskonzept ganz genau festgelegt, soweit man das machen kann; denn da stimme ich mit dem Herrn Finanzminister überein, daß man in einer Budgetprognose nicht das Budget für das Jahr 1973 — so weit geht unsere Vorschau — machen kann. Der Grund, warum ich mich gemeldet habe, ist ja auch, um Ihnen zu sagen, daß die Maßnahmen natürlich dann die Regierung setzen muß.

Es mußte ja sogar auch die ÖVP-Regierung Maßnahmen setzen, als Sie beim „Paukenschlag" erklärt haben: 16 Milliarden sind nicht drinnen, die kann man nicht finanzieren, es muß etwas geschehen!

Dann stimmen natürlich diese Prognosen nicht mehr. Aber die Prognosen dienen eben dazu, um zu erkennen, was an die österreichische Bevölkerung oder an den Staat oder an die Bundesregierung herankommt. Und das finden Sie eben in unserem Finanzierungskonzept ganz, ganz genau, nicht nur — was Sie so hart trifft — die Budgetprognosen bezüglich — ich weiß es auswendig — der 16,5 Milliarden für das Jahr 1971, der 20 Milliarden für das Jahr 1972 und der 18 Milliarden für das Jahr 1973. *(Abg. Dr. Mussil: Und was ist mit dem verbindlichen Budgetkonzept, das in Ihrem Wirtschaftskonzept drinnensteht? Stehen Sie dazu noch?)* Absolut, absolut. *(Abg. Dr. Mussil: Aha!)* Was im Wirtschaftsprogramm drinnensteht, ist auch wieder kein verbindliches Budgetkonzept ... *(Abg. Doktor Mussil: Ja! Da steht: ein verbindliches!)* Nein, nein, Herr Kollege Mussil, leider doch nicht genau gelesen. *(Zwischenruf des Abg. Dr. Mussil.)* Ja, ja, ich komme dann gleich darauf zurück.

In dem Wirtschaftsprogramm der Sozialistischen Partei steht genauso: Gesamtübersicht über den Bedarf an Infrastrukturinvestitionen bezüglich des Aufwandes, und da sind die Gliederungen, die eben größtenteils dann in

Dr. Staribacher

die einzelnen Konzepte übergegangen sind, wie zum Beispiel die Wohnbauaufwendungen in das Wohnbaukonzept, wie zum Beispiel die für Wasserwirtschaft, Erholungseinrichtungen, Gesundheitswesen, Grundlagenforschung und so weiter in das Humanprogrogramm und wie natürlich alle Programme letzten Endes gemeinsam in das Finanzierungskonzept. *(Abg. Dr. Mussil: Es steht auf Seite 27, Punkt 34! Wenn Sie den zitieren wollen! Da ist es genau drinnen!)* Jawohl. *(Der Redner blättert im SPÖ-Wirtschaftsprogramm.)* Seite 27? Jawohl! Welchen Punkt wollen Sie? *(Abg. Dr. Mussil: Ich habe Ihnen die Seitenzahl genau genannt!)* Nein, auf Seite 27 ist kein Punkt 34. *(Weitere Zwischenrufe. — Abg. Moser: Sie haben das ÖVP-Konzept!)* Ich kann natürlich nur von dem ausgehen, was der Parteirat beschlossen hat. *(Abg. Dr. Mussil: Schon wieder ein antizyklisches Programm! — Heiterkeit bei der ÖVP.)* Nein, nein.

Vielleicht haben Sie den Entwurf gehabt, Herr Dr. Mussil. Ich werde Ihnen dann das Original zur Verfügung stellen — wir haben noch einige Exemplare —, sodaß Sie entsprechend zitieren können. Nun die Frage ... *(Bundesminister Dr. Koren: Seite 32!)* Seite 32, bitte, Herr Finanzminister. Welchen Punkt? *(Bundesminister Dr. Koren: 34!)* Punkt 34.

Das ist Punkt 34; der ist auf der Seite 32.

„Da ein längerfristiges Budgetkonzept künftigen Budgetentscheidungen vorgreift, ist es vom Nationalrat zu beschließen. Auf diese Weise wird der Inhalt des Budgetkonzepts für die Regierung verbindlich, während er der Privatwirtschaft als Orientierungsbehelf dienen kann." *(Abg. Dr. Mussil: Stehen Sie dazu?)*

„Das Budgetkonzept hat alle jene Maßnahmen vorzusehen, die für das Wirtschaftswachstum strategische Bedeutung haben. Es kommt also darauf an, ein langfristiges Investitionsprogramm der öffentlichen Hand zu erstellen und mit einem langfristigen Programm zur Förderung privater Investitionen sowie einem Programm zur Förderung des technischen Fortschritts zu verbinden."

Und das geht so weiter. — Na selbstverständlich stehen wir dazu, warum sollen wir nicht dazu stehen?

Als die österreichische Bundesregierung das langfristige Investitionskonzept, vom Jahr 1953 bis zum Jahr 1963, beschlossen hat, dieses berühmte 10-Milliarden-Konzept *(Abg. Doktor Mussil: Das war nicht verbindlich!)*, hat es ja auch bekanntlicherweise Diskussionen gegeben, daß man das nicht kann, daß das nicht durchgeführt wird und so weiter. Und es ist letzten Endes dann doch durchgeführt worden, und ich glaube, zum Wohle der österreichischen Wirtschaft und des österreichischen Staates insgesamt.

Ich glaube daher, daß wir mit ruhigem Gewissen sagen können, daß wir unser Finanzierungskonzept, unser Wirtschaftsprogramm in aller Öffentlichkeit mit Ihnen diskutieren wollen und unserer Meinung nach jederzeit auch bereit sein können, das in aller Öffentlichkeit zu vertreten. *(Abg. Doktor Mussil: In Ihrem eigenen Interesse möchte ich Ihnen raten, das zurückzuziehen!)*

Nein, nein, Herr Generalsekretär. Erstens einmal kann ich überhaupt nichts zurückziehen, denn das ist ein Beschluß unseres Parteitages und das ist ein Beschluß unseres Parteirates. Das geht leider nicht so wie bei Ihnen, daß der Minister Koren einen Bericht macht, dann paßt er Ihnen nicht, dann zieht er ihn schnell zurück und macht einen Plan daraus.

Das alles ist bei uns nicht möglich. Bei uns wird das in einem größeren Forum diskutiert, wird lang und reiflich überlegt und dann beschlossen. Dann gibt es kein Zurückziehen mehr, weder von der einen noch von der anderen Seite, dann ist es Aufgabe der Sozialistischen Partei, wenn sie am 1. März die entsprechende Unterstützung von der österreichischen Bevölkerung bekommt, diese Programme inklusive des Finanzierungskonzeptes durchzuziehen im Interesse der österreichischen Wirtschaft, im Interesse der österreichischen Bevölkerung! *(Beifall bei der SPÖ.)*

Präsident **Wallner:** Zum Wort gemeldet ist der Herr Bundesminister Dr. Koren. Ich erteile es ihm.

Bundesminister Dr. **Koren:** Herr Präsident! Hohes Haus! Herr Abgeordneter Dr. Staribacher, ich habe in meiner ersten Wortmeldung, als wir über preispolitische Fragen gesprochen haben, eine Äußerung getan, die ich zurücknehmen möchte, weil sie sich inzwischen als falsch herausgestellt hat. Ich bin falsch informiert worden beziehungsweise habe ich eine Information falsch aufgefaßt, als über die gestrige Sitzung des Beirates beziehungsweise des Prognosenausschusses berichtet wurde. Es ist mir in diesem Zusammenhang keineswegs darauf angekommen, darstellen zu wollen, daß bei den Sozialpartnern verschiedene Interessen bezüglich einer Darstellung der künftigen Preisentwicklung bestünden. Worauf ich aber hinweisen möchte, ist, daß die Auffassungen über die Preisentwicklung in der Zukunft, wie eben

Bundesminister Dr. Koren

bei allen Prognoseüberlegungen, relativ weit auseinandergehen, und darin zeigt sich schon, wie problematisch es ist, in einer so rasch wechselnden Situation wie der jetzigen zu wirtschaftlichen Prognosen auf diesem Gebiete zu kommen, weil das Eintreffen dieser Prognosen entscheiden davon abhängt, welche wirtschaftspolitischen Maßnahmen vorher zwischenzeitig gesetzt werden.

Dazu darf ich nur ein paar Worte sagen: Sie haben erklärt, Herr Abgeordneter, die Bundesregierung habe keinerlei Maßnahmen preispolitischer Art getroffen. Ich glaube, da Sie selber am Zustandekommen solcher Maßnahmen mitgewirkt haben, daß Ihnen wohlbekannt ist, von wem die Initiative zu den jüngst beschlossenen preispolitischen Maßnahmen ausging und wer sie vorgeschlagen hat. Daß sich dann die Sozialpartner untereinander in einigen Fragen — Zollsenkungen, Ausgleichsteuersenkungen und ähnlichen Fragen — koordiniert haben, war, glaube ich, der übliche Vorgang in unseren wirtschaftspolitischen Vorberatungen. Daß aber die Initiative zu diesen Maßnahmen von der Bundesregierung ausgegangen ist, daß ich an diesen Besprechungen teilgenommen und mich wesentlich eingeschaltet habe, Herr Abgeordneter, werden Sie wahrscheinlich kaum bestreiten wollen. Und ebenso nicht, daß die Bundesregierung diese Maßnahmen dann durchgeführt hat. *(Abg. Dr. Staribacher: Das haben schon die Wirtschaftspartner!)* „Durchgeführt", Herr Abgeordneter! *(Abg. Dr. Staribacher: Durchgeführt hat es die Bundesregierung natürlich! Das ist ja klar!)* Okay, Herr Abgeordneter!

Ich habe des weiteren, beginnend in meiner Budgetrede und in meiner heutigen ersten Wortmeldung, darauf hingewiesen, daß selbstverständlich die Bundesregierung weitere preispolitische Maßnahmen, wenn es sich als notwendig erweist, durchführen und durchsetzen wird.

Ich habe die Zielrichtung in meiner ersten Wortmeldung angedeutet, nämlich den budgetpolitischen Spielraum auszunützen, der gegeben ist, darüber hinaus die Finanzausgleichspartner, also die Länder und die Gemeinden, zu einer entsprechenden gleichen Verhaltensweise aufzufordern, was in den ersten Jännerwochen geschehen wird. Schließlich werden mit den Verantwortlichen für die Kredit- und Währungspolitik ebenfalls Besprechungen geführt werden, welche Maßnahmen gesetzt werden können.

Ich habe, Herr Abgeordneter, schon wiederholt darauf hingewiesen, daß die Abwicklung, die Vollziehung des Budgets einen sehr bemerkenswerten zeitlichen Spielraum gibt. Ich darf Ihnen heute sagen, daß in den Jahren 1968 und 1969 im Vollzug des Budgetgesetzes durch die Vorziehung von Aufträgen, die ansonsten über das ganze Jahr zu verteilen wären, immerhin etwa eineinhalb Milliarden Schilling zusätzliche Aufträge in die ersten Monate des Jahres gezogen worden sind und hier nachfrageverstärkend gewirkt haben. Der umgekehrte Prozeß ist zweifellos ebenso möglich wie der, welcher vor zwei Jahren und im heurigen Jahr möglich war. *(Abg. Doktor Staribacher: Die Verwaltungsschulden werden ja anwachsen!)* Nein, Herr Abgeordneter, das bedeutet keine Verwaltungsschulden. Aber darüber werden wir heute sicher noch sprechen, ich bin überzeugt davon.

Grundsätzlich allerdings — und da habe ich aus Ihrer Wortmeldung, Herr Abgeordneter, keine Klarheit gewonnen — scheint es mir, als ob sehr wohl eine gewisse Differenz in den Auffassungen zwischen uns bestünde. Sie meinten, die Regierung bemühe sich nicht, Preiskontrollen durchzusetzen. Wenn Sie darunter preisdirigistische Maßnahmen, das heißt Maßnahmen einer effektiven Preiskontrolle, verstehen und ein Anbinden der Preise, dann muß ich Ihnen sagen, daß die Bundesregierung eine solche Vorgangsweise zweifellos nicht ins Auge fassen wird. Daß sie aber im Rahmen einer marktwirtschaftlichen Wirtschaftspolitik das Ihre dazutun wird, um den Preisauftriebstendenzen entgegenzuwirken, dessen können Sie versichert sein.

Herr Abgeordneter! Sie haben sich ferner mit einem weiteren Absatz der Monatsberichte des Wirtschaftsforschungsinstitutes auseinandergesetzt, in dem zum Ausdruck gebracht wurde, daß der Voranschlag geringfügig expansiv sei. Ich darf noch einmal, Herr Abgeordneter, auf meine Budgetrede verweisen, in der ich — und letzten Endes folgt das Wirtschaftsforschungsinstitut dieser Argumentation — darauf hingewiesen habe, daß die Beurteilung über expansiv und restriktiv eines Haushaltes nicht nur an den Salden abgelesen werden kann, nicht nur an den Bruttodefiziten, nicht nur an den Nettodefiziten, sondern ebenso abgelesen werden muß an den Steigerungsraten der Einnahmen- und Ausgabenseite und schließlich auch abgelesen werden muß an der Ausgabenstruktur; das heißt, in welchen Bereichen die Mehrausgaben jeweils erfolgen. Ich glaube, daß wir hier sehr weitgehend bei den Größenordnungen, um die es geht, Herr Abgeordneter, um des Kaisers Bart streiten. Daß sich derzeit, in diesem Augenblick, in dem es zur Endberatung über das Budget kommt, die wirtschaftspoli-

Bundesminister Dr. Koren

tische Situation gegenüber dem heurigen Sommer geändert hat, das bestreite ich nicht. Sie wissen aber ebensogut wie ich, daß sich wirtschaftspolitische Situationen oft noch in einer sehr viel kürzeren Zeit ändern können und daß es dann nicht Aufgabe der Wirtschaftspolitik ist, darüber zu urteilen, ob etwas, das vor einem halben Jahr getan wurde, richtig, weniger richtig oder gar nicht richtig gewesen ist, sondern darauf ankommt, was nun der gegebenen Situation angemessen und angepaßt ist. Ich glaube schon hinlänglich dargestellt zu haben, Herr Abgeordneter, daß die Bundesregierung bereit ist, der wirtschaftspolitischen Entwicklung Rechnung zu tragen.

Herr Abgeordneter! Soweit es diese kleine Broschüre betrifft, darf ich nur ganz kurz festhalten, daß der erste Punkt, den Sie moniert haben, die 37,9 Prozent, auf neueren Berechnungen fußen als die Darstellungen, die noch im Arbeitsbehelf zum Bundesfinanzgesetz enthalten sind. Sie wissen, daß Neudurchrechnungen immer Korrekturen um einige Zehntelprozent ergeben, und das ist hier der Fall.

Soweit Sie sich auf die Entwicklung der Staatsschuld bezogen haben — auch darüber wird ja heute vermutlich noch des längeren gesprochen werden —, darf ich Sie darauf hinweisen, Herr Abgeordneter, daß der gegenwärtige Anteil der Staatsschuld am Bruttonationalprodukt nicht höher ist als in ähnlichen und vergleichbaren Konjunktursituationen in der Vergangenheit, und ich darf Sie in diesem Zusammenhang auf die Seite 330 des Arbeitsbehelfes verweisen. *(Abg. Doktor Staribacher: Aber stimmen tut's trotzdem nicht!)* Warum stimmt es nicht, Herr Abgeordneter? *(Abg. Dr. Staribacher: Weil da drinnensteht, daß in Österreich das Bruttonationalprodukt und der Staatsschuldenstand gleichmäßig wächst. Der wächst aber nicht gleichmäßig!)*

Herr Abgeordneter! Er hat heute keinen höheren Anteil als ... *(Abg. Dr. Staribacher: Das steht nicht drinnen auf Seite 330! — Abg. Dr. Kreisky: Es steht drinnen, daß er gleichmäßig wächst!)* Wachsen, Herr Abgeordneter Dr. Kreisky, bedeutet, einen Trend aufzuzeigen. Daß die tatsächliche Entwicklung von Jahr zu Jahr ... *(Abg. Doktor Kreisky: Wachsen bedeutet wachsen!)* Herr Abgeordneter! Nicht ganz. Wir können das nicht aus der Biologie übertragen. Menschen wachsen, sie werden immer größer, kleiner werden sie zwischendurch nicht, während ökonomische Größen zwischenzeitig steigen können, wieder zurückgehen, dann wieder steigen. Der Trend zeigt nach aufwärts. Das bedeutet in der Wirtschaftspolitik wachsen. Wenn eine Wirtschaft wächst, schließt das nicht aus, daß zwischenzeitig Schwankungen im Wachstumstempo eintreten können. *(Abg. Dr. Staribacher: Es stimmt trotzdem nicht!)* Herr Dr. Staribacher! Wegen dieser biologisch-ökonomischen Differenz werde ich keine neue Auflage machen. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Aber ich darf, Herr Abgeordneter, zu einer anderen Frage kommen, zu der Sie mich aufgefordert haben, Stellung zu nehmen, und das betrifft Ihr Finanzierungskonzept *(Abg. Dr. Staribacher: Jetzt wird's interessant!)*, in dem Sie Zahlen über ein Bruttodefizit für die Jahre 1970, 1971, 1972 und 1973 angeben. Ich kann nicht beurteilen, Herr Abgeordneter, aus welchen Unterlagen diese Zahlen gewonnen sein könnten. Denn die bisherigen Schätzungen, die der Beirat, die das Bundesministerium für Finanzen gemacht haben, gingen nur bis zum Jahre 1971. Diese Zahlen haben Sie offensichtlich nicht übernommen. *(Zwischenruf des Abg. Dr. Staribacher.)* Tut mir leid. Denn Sie weisen aus: Für 1970 einen Abgang von 10,5 Milliarden; er beträgt im Bundeshaushalt 9 Milliarden. *(Abg. Dr. Staribacher: Das wird sich herausstellen!)* Darüber werden wir auch vielleicht heute noch diskutieren. Ich habe schon in der ersten Lesung des Haushaltes, Herr Abgeordneter Staribacher, gebeten, daß Sie mir sagen, worauf Sie diese 1,5 Milliarden begründen. Wir haben heute auch schon wieder über die Frage einer Überschätzung der Einnahmen gesprochen. Ich nehme nicht an, Herr Dr. Staribacher, daß Sie im Ernst die Meinung von Dr. Weihs teilen, daß die Einnahmenschätzung im Bundesvoranschlag nicht stimmt. *(Abg. Dr. Staribacher: Die 500 Millionen sind nicht so entscheidend, sondern die Ausgabenerhöhung, die Sie erwarten!)* Verzeihen Sie! Abgeordneter Dr. Weihs hat heute nur von einer maßlosen Überschätzung der Einnahmen gesprochen. *(Abg. Dipl.-Ing. Dr. O. Weihs: „Maßlos" hat er auch nicht gesagt! Jetzt übertreiben Sie maßlos!)* Wovon haben Sie gesprochen, wenn ich fragen darf, Herr Doktor? *(Abg. Dipl.-Ing. Doktor O. Weihs: Lesen Sie in meiner Rede nach! Dann werden Sie es sehen!)* Ich kann das jetzt im Moment nicht. *(Abg. Dipl.-Ing. Dr. O. Weihs: Dann können Sie nicht reden, wenn Sie nicht wissen, was ich gesagt habe!)* Herr Dr. Weihs! Sie haben von einer Überschätzung der Einnahmen gesprochen. *(Abg. Dipl.-Ing. Dr. O. Weihs: Lesen Sie nach, was im Konjunkturforschungsheft steht!)* Was steht dort drin? Eine „realistische Einnahmenschätzung" steht drin. *(Abg. Dr. Staribacher: Herr Minister! Die 10,5 Milliarden! Bleiben Sie bei den Ziffern!)* Gut, bleiben wir dabei. *(Weitere Zwischenrufe bei der SPÖ.)*

Bundesminister Dr. Koren

Ich darf nur fürs erste festhalten, Dr. Staribacher: Sie gehen für 1970 nicht vom Voranschlag aus, sondern Sie haben einen eigenen gemacht, mit 10,5 Milliarden Abgang. Sie nehmen für 1971 nicht die Zahl, die in der letzten veröffentlichten und tatsächlich vom Beirat produzierten Vorschau enthalten ist — das waren 15 Milliarden —, sondern Sie gehen auf 16,5 Milliarden. *(Abg. Dr. Androsch: In Ihrer eigenen Vorschau vom Vorjahr, in den Erläuternden Bemerkungen steht es drin! Lesen Sie die Erläuternden Bemerkungen nach!)* 16,5 steht bei Ihnen! Darf ich das festhalten. *(Weitere Zwischenrufe bei der SPÖ.)*

Präsident **Wallner:** Ich bitte! Eine Debatte kann nicht darin enden, daß alle zur gleichen Zeit sprechen. Es hat jeder die Möglichkeit, sich zum Wort zu melden. Es spricht jetzt der Herr Finanzminister.

Bundesminister Dr. **Koren** *(fortsetzend)*: Statt 15,0 haben Sie für 1971 16,5 Milliarden genommen. Sie hatten in Ihrer ersten Variante, die ich hier liegen habe, sogar 17,5 Milliarden stehen. *(Abg. Dr. Staribacher: Nein, nein!)* Ich zeige sie Ihnen dann, Herr Doktor. Ich habe die erste Variante hier.

Sie haben für 1972 — und dafür gibt es vorläufig überhaupt keine Unterlagen — 20 Milliarden angenommen, in Ihrer ersten Schätzung 21 Milliarden. Sie haben für 1973 18 Milliarden angenommen, in Ihrer ersten Schätzung 19 Milliarden Schilling. Sie haben also in Ihrem Status nascendi korrigiert, weil Sie natürlich unten die Salden entsprechend haben wollten. *(Abg. Dr. Staribacher: Nein, da irren Sie sich! Wir haben mit dem Kollegen Kausel, den Sie genausogut kennen wie ich, gesprochen und haben uns die Ziffern erarbeitet! Und wir werden es im Beirat ja bestätigt finden! — Gegenrufe bei der ÖVP.)*

Herr Abgeordneter! Ich werde selbstverständlich zu den Ausarbeitungen, die im Beirat erarbeitet werden, stehen. Ich glaube aber, daß man nicht über eine hingeworfene Zeile diskutieren kann, die weder mit den bisher erarbeiteten Zahlen im Zusammenhang steht, noch mit denen, die zu erwarten sind. Danke. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Präsident **Wallner:** Zum Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Scherrer. Ich erteile es ihm. *(Zwischenrufe.)* Ich bitte um Ruhe!

Abgeordneter **Scherrer** (ÖVP): Hohes Haus! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Da die Probleme der Finanz- und Wirtschaftspolitik unseres Landes jetzt in den letzten Stunden mit einer selten dagewesenen Genauigkeit ausdiskutiert worden sind, kann ich mich gleich jenen Spezialproblemen zuwenden, derentwegen ich mich heute gemeldet habe.

Ich hätte aber gerne diese Gelegenheit benützt, dem Herrn Abgeordneten Horr — leider ist er im Hause nicht anwesend —, der sich vorgestern abend hier noch mit Problemen meines Wahlkreises beschäftigt hat, zu antworten. Er hat nämlich auf die Großbaustellen im Lande Niederösterreich hingewiesen und erklärt, daß beispielsweise die Baustelle an der Donaubrücke in Melk nur von 25 Arbeitern betreut würde. Ich möchte ihm sagen, daß ich persönlich gerade kurz vor diesen Budgetdebatten diese Baustellen besichtigt und festgestellt habe, daß mit einer unglaublichen Schnelligkeit in Niederösterreich diese zwei großen Donaubrücken meines Wahlkreises in Krems und in Melk an der Donau in ihrem Baugeschehen vorwärtsschreiten. Ich mußte aber auch von der verantwortlichen Baufirma hören, daß sie sehr dankbar wäre, wenn wir ihr Facharbeiter zur Verfügung stellen könnten, da sie diese dringend notwendig brauchte. Wenn wir also wirklich die Baustellen so gering besetzt haben, dann kann ich mir nicht vorstellen, daß in so wenigen Wochen seit dem Herbst dieses Jahres ein so großes Baugeschehen vollzogen werden konnte. Das war möglich, weil der Niedrigwasserstand der Donau, wie wir ihn noch nie hatten, selbstverständlich die Baufirmen antreibt, in dieser Situation möglichst schnell ihre Brückenpfeiler in der Donau selbst fertigzubringen. Derzeit kann man bald zu Fuß die Donau überqueren, so niedrig ist der Wasserstand.

Nun aber zu den Problemen, die ich hier behandeln möchte. Da komme ich in erster Linie auf meine Ausführungen zurück, die ich vor zwei Jahren hier im Hohen Hause hinsichtlich des Prämiensparerfolges in Österreich gehalten habe.

Ich habe mir vom Ministerium abermals einen Auszug über das Prämiensparen in Österreich geben lassen und möchte nur einleitend darauf hinweisen, daß mit diesem Gesetz im Jahre 1962 versucht wurde, die Sparer unseres Landes zu langfristigem Sparen zu veranlassen und ihnen dafür einen Anreiz durch Prämienzahlung zu geben. Jeder Sparer bekommt, wenn er sich durch einen Vertrag verpflichtet, bei einem Geldinstitut mindestens 150 und höchstens 3000 S im Vierteljahr zu sparen, eine doppelte Verzinsung seiner Einlagen, wobei die eine Hälfte von diesem Plus die Geldinstitute selbst zu tragen haben und die andere Hälfte in Form einer Prämie seitens des Bundes an die Geldinstitute rückvergütet wird. Im Anschluß an dieses

Scherrer

Prämiensparen kann dann jeder auch ein billigeres Darlehen durch diese gleiche Anstalt bekommen, für das der Bund die Ausfallbürgschaft übernimmt.

Nun möchte ich in Ansehung dieses seinerzeitigen Gesetzesbeschlusses denn doch einen Bericht darüber geben, wie nun der Erfolg dieser Maßnahmen auszusehen hat. Wir haben bisher in Österreich insgesamt 115.961 Prämiensparverträge bei den österreichischen Geldinstituten abschließen können, die eine Höchstsparsumme von 941 Millionen Schilling erreicht haben; ich betone deswegen „Höchstsparsumme", weil die Entwicklung nunmehr wieder rückläufig ist, da die Verträge der ersten Fünfjahrsparer bereits ausgelaufen sind, was zu einem Rückgang in der Zahl der Sparer und selbstverständlich auch zu einem Rückgang ihrer Sparguthaben geführt hat. Es sind per 31. Dezember 1968 noch 61.534 solche Verträge gültig, und es ist für das Jahr 1969 kaum eine Steigerung dieses Standes zu erwarten. Wir haben aber Ende 1968 an Sparguthaben immerhin noch 679 Millionen Schilling bei den Instituten auf Prämiensparkonten liegen, das ist etwas mehr als ein halbes Prozent des derzeitigen gesamtösterreichischen Spareinlagenstandes, also sicherlich verhältnismäßig sehr wenig.

Auch die Anschlußbürgschaft des Bundes für bereits bewilligte Darlehen für solche ausgelaufene Sparer beträgt mit Jahresende 1968 lediglich 9,6 Millionen Schilling, ist daher als außerordentlich gering zu bezeichnen. Es wäre begrüßenswert, wenn die Sparer diese außerordentlich günstige Verzinsung mehr und besser in Anspruch nehmen würden.

Nun, meine sehr geehrten Damen und Herren des Hohen Hauses, hat heute bereits der Herr Finanzminister auf die Situation der Geldwirtschaft unseres Landes kurz hingewiesen. Ich selbst verfüge ebenfalls über einen Auszug per 31. Oktober dieses Jahres, der auch die Ergebnisse des wohl erfolgreichsten Weltspartages, den wir je gehabt haben, beinhaltet, der nunmehr mit einem Spareinlagenendstand per 31. Oktober dieses Jahres von 109.391 Millionen schließt und damit einen Spareinlagenzuwachs auch in diesem Jahr in der Höhe von 11.241 Millionen bereits in den ersten zehn Monaten dieses Jahres aufweisen kann. Die gesamten Einlagen sind aber per 31. Oktober bereits auf 154.783 Millionen Schilling angestiegen und liegen damit um 14,5 Milliarden höher als am 1. Jänner dieses Jahres.

Ich möchte aber in diesem Zusammenhang bewußt und mit Nachdruck darauf hinweisen, daß in Ansehung der großen Expansion unserer Wirtschaft und in Ansehung der wirklich ausgezeichneten wirtschaftlichen Entwicklung der ersten drei Vierteljahre dieses Jahres auch die Kredite bei den österreichischen Geldinstituten in einem Ausmaß gestiegen sind, wie wir es vordem niemals kannten. Die Inanspruchnahme unseres Geldmarktes allein ohne die Emissionen in der Höhe von nahezu 10 Milliarden Schilling lag damit um 17.218 Millionen höher.

Der Herr Bundesminister hat darauf hingewiesen, daß dies sicherlich nicht sein Erfolg ist; er hat dies getan auf einen Zuruf, der aus den Reihen der Opposition gekommen ist. Ich möchte hier nur die Feststellung der Oesterreichischen Nationalbank, die sie im Oktoberheft ihres Berichtes zu dieser Einnahmenentwicklung Österreichs getroffen hat, zur Kenntnis bringen.

Die Nationalbank sagt dazu: „Die beachtenswerte Steigerung der Spartätigkeit dürfte nicht zuletzt dafür ausschlaggebend sein, daß trotz der dem Höhepunkt zustrebenden konjunkturellen Entwicklung der private Konsum nur schwach expandiert, sodaß noch keine das Gleichgewicht störende Nachfrageüberhitzung zu beobachten ist und sich der Aufschwung der österreichischen Wirtschaft in einem relativ gemäßigten Preisklima abspielt."

Das ist die sachliche Feststellung der Nationalbank. Ich möchte, als immerhin 45 Jahre in der Geldwirtschaft dieses Landes tätig, dazu feststellen, daß meine persönliche Meinung die ist, daß nicht nur der starke konjunkturelle Aufschwung uns eine wesentliche Steigerung dieser Sparraten im Lande gebracht hat, sondern darüber hinaus das Vertrauen von Millionen Sparern in die konsequente Wirtschafts- und Finanzpolitik unserer Regierung und hier im besonderen auch unseres Herrn Finanzministers, der zweifellos in so hohem Ansehen in unserem Lande steht, daß auch die kleinsten Sparer nunmehr vertrauensvoll ihre Schillinge sogar unter Einschränkung des Konsums zurücklegen, weil sie wissen, daß sie mit diesen Schillingen einer weiteren Expansion unserer Wirtschaft und damit einem aufsteigenden Wohlstand unseres Volkes dienen. *(Beifall bei der ÖVP.)*

In diesem Zusammenhang möchte ich ein besonderes Problem anschneiden, zu dem ich durch zweimalige Reden des Herrn Abgeordneten Androsch in diesem Hause angeregt wurde, in denen er immer wieder darauf hingewiesen hat, daß die Sozialistische Partei daran denke, die Steuerbegünstigungen, die den Bausparern in unserem Lande eingeräumt

Scherrer

sind, einer Änderung zu unterziehen. Konkrete Aussagen in dieser Richtung — das gebe ich zu — wurden nie gemacht. Wir haben aber nunmehr das Programm „Mehr, besser und schneller bauen", und in diesem Programm finden wir auf Seite 13 unter „Eigenmittel" folgende Ausführungen:

„Zur Sicherung der Eigenmittelleistung wie zur Erleichterung der Bereitstellung von Kapitalmarktdarlehen kann vor allem auch ein Umbau des gegenwärtig gehandhabten Bausparens beitragen. Dabei wird auch daran gedacht, das System der Steuerbegünstigung durch die Gewährung von Prämien zu ergänzen. Weiters ist zu verlangen, daß die angesparten Mittel zweckgebunden verwendet werden, also der Errichtung von Wohnraum dienen. In jenen Fällen, in denen der einzelne Sparer nicht beabsichtigt, seine Ersparnisse selbst dem Wohnbau zuzuführen, soll nach der bisher üblichen Ansparzeit von fünf Jahren die Bindung der Einlage für einen weiteren Zeitraum von fünf Jahren vorgesehen beziehungsweise bei vorzeitiger Inanspruchnahme die Rückerstattung der Sparprämie oder der Steuerersparnis bedungen werden."

In einer Zeitungsabhandlung, die ich einer oberösterreichischen Zeitung entnehme und in der ebenfalls über Wohnbaufinanzierung beziehungsweise über das Wohnbaufinanzierungsprogramm der Sozialistischen Partei in einer fünffachen Fortsetzungsfolge berichtet wird, steht ebenfalls:

„Neben der Finanzierungsstruktur müßte nach Ansicht der Experten, die den Entwurf zum sozialistischen Wohnbaukonzept erstellten, das gegenwärtige System des Bausparens geändert werden. Dies sowohl, um die Bereitstellung von Kapitalmarktdarlehen zu erleichtern, als auch um die Beiträge aus Eigenmitteln zu erhöhen."

Weiter heißt es: „Steuerbegünstigungen für Bausparer, wie wir sie jetzt haben, sind zwar ein Anreiz, schaffen jedoch unsoziale Differenzierung. Wer reich ist und mehr sparen kann, wird sich auch mehr Steuern ersparen. Statt Steuerbegünstigungen sollten vielmehr Prämien gewährt werden, die nach Einkommenshöhe und Familienstand gestaffelt sind und daher die wirtschaftlich schwächer Gestellten stärker fördern."

Das ist der Inhalt dieser Aussendung. *(Abg. Dr. Staribacher: Das hat der Österreichische Gewerkschaftsbund einstimmig am 20. 12. 1966 beschlossen!)* Einverstanden. Ich danke für die Bestätigung; ich möchte aber in diesem Zusammenhang folgendes ausführen, denn darum geht es meiner Meinung nach.

Sie wissen, daß in Österreich derzeit vier Bausparkassen bestehen. Von diesen vier Bausparkassen sind zwei schon vor dem letzten großen Krieg, nämlich in den Jahren 1925 und 1927 gegründet worden, weitere zwei Bausparkassen sind nach diesem Krieg dazugekommen. Aus einer Mitteilung dieser Bausparkassen vom 28. Oktober an die Europäische Bausparvereinigung in Bonn entnehme ich folgende Ziffern über den Stand dieser Bausparkassen per 30. September dieses Jahres: Es sind in Österreich derzeit 471.264 Sparer bei den Bausparkassen, die Vertragssummen in einer Gesamthöhe von 64.567,447.000 S abgeschlossen haben.

Seit 1948, als wir in Österreich mit dem Wiederaufbau und mit der Förderung des Wohnungswesens durch den Bund im Wohnhaus-Wiederaufbaufonds und im Bundes-Wohn- und Siedlungsfonds und so weiter begonnen haben — darüber wurde vorgestern in diesem Hohen Haus debattiert —, sind durch diese Fonds insgesamt 678.285 Wohnungen mit einer Gesamtsumme von 44,6 Milliarden Schilling gefördert worden.

Wir haben derzeit um fast 50 Prozent höhere Bausparvertragssummen, nämlich eine Vertragssumme von 64,5 Milliarden, auf die am 30. September 8642 Millionen an Spargeldern eingezahlt waren, wobei man sicher damit rechnet, daß mit Ende dieses Jahres die 9-Milliarden-Schilling-Grenze bei den Spargutheben überschritten werden wird. Im Jahre 1968 wurden 91.748 Verträge mit über 13,3 Milliarden Schilling abgeschlossen. Für heuer rechnet man mit einem Erfolg, der an das Jahr 1967 herankommen dürfte, nämlich mit über 100.000 Verträgen mit einer Gesamtvertragssumme von über 15 Milliarden Schilling.

1968 sind 30.711 Zuteilungen mit einer Gesamtquotensumme von 4.417,310.000 S erfolgt. Seit der Gründung der Bausparkassen sind insgesamt rund 200.000 Bausparverträge mit einer Gesamtsumme von rund 28 Milliarden Schilling zugeteilt worden. Für das Jahr 1969 sind Wohnbaugeldzuteilungen in der Höhe von über 5 Milliarden Schilling als sicher anzunehmen. Derzeit haften rund 130.000 Darlehen bei Bausparern mit einer Gesamtsumme von etwa 10,5 Milliarden Schilling aus. Die österreichischen Bausparkassen betreuen daher derzeit über 600.000 Sparer unseres Landes, von denen bereits rund 130.000 Darlehensnehmer und etwa 470.000 noch Sparer sind.

Nun, Hohes Haus, hat das Bausparen eine Eigenheit: Es ist an sich in diesem Umfang nur möglich gewesen, weil die Steuerbegün-

Scherrer

stigungsmaßnahmen beschlossen worden sind. Es wäre unmöglich gewesen, mit einem Prämiensparsystem diese Erfolge zu erzielen, und es wäre unmöglich gewesen — da ja hier nicht die Sparer betreut werden durch die Steuerbegünstigung, sondern der Wohnungsbau gefördert wird —, diese Leistungen zu erbringen, wenn es nicht Zehntausende von Sparern geben würde, die diese Ersparnisse in einem Bausparvertrag deswegen veranlagen, weil sie eine Steuerbegünstigung bekommen.

Mit diesen in den Bausparkassen veranlagten Beträgen wurden voriges Jahr mindestens 20.000 bis 25.000 neue Häuser und Wohnungen gebaut. Es ist unbestritten, daß das gesamte private Bauvolumen im Hochbau voriges Jahr zu 38 Prozent von Bausparkassen und mit Bausparergeldern finanziert wurde. Das wäre aber unmöglich mit den Sparergeldern der sogenannten echten Bausparer, die an ihren Vertragsabschluß auch die feste Absicht der Errichtung einer Eigentumswohnung oder eines Eigenheimes binden. Mit diesen Spargeldern allein wären diese Leistungen nie erzielbar, sondern der Anreiz der Steuerbegünstigung durch die Anrechnung bei den sogenannten Sonderausgaben machte es möglich, daß so ungeheure Erfolge erzielt werden konnten.

Sie wissen, meine Damen und Herren — ich glaube, ich brauche es gar nicht besonders anzuführen —, daß wir auf Grund der Sonderausgaben die Möglichkeit haben, für jeden Ehegatten je 7000 S und für jedes familienzugehörige Kind 3000 S pro Jahr in Bausparverträgen oder in Versicherungsprämienzahlungen in Anrechnung zu bringen und dadurch eine gewisse steuerliche Begünstigung zu bekommen. Hat man das 50. Lebensjahr überschritten, kann man einen weiteren Betrag von 7000 S — allerdings nur für Versicherungsprämien, nicht aber für Bauspargelder — in Anwendung bringen.

Die gleichen Voraussetzungen haben wir in der Bundesrepublik Deutschland. Dort sind diese Steuerfreibeträge in D-Mark sogar noch etwas höher als bei uns. Darüber hinaus bekommt man in Deutschland zu diesen Steuerfreibeträgen auch tatsächlich noch Sparerprämien. Das gilt in erster Linie für Sparer auf Grund ihrer eigenen Einzahlung und auf Grund ihres größeren Familienstandes. Bei mehr Kindern setzt ja die Steuerleistung viel später ein; bei einem geringeren Einkommen ist genau dasselbe.

Ich muß aber ausdrücklich feststellen: Die Steuerbegünstigung des Bausparens ist jedenfalls auch sozial gerecht; nicht nur die Reichen können sich hier einen Steuervorteil schaffen. Auch der Reiche, und wenn er 100.000 S im Monat verdient und einen Bausparvertrag abschließt, kann für sich nur 7000 S Steuerfreibetrag im Jahr in Anspruch nehmen. Genauso wie jeder andere Bürger dieses Landes. Es gibt nur welche, die nicht in der Lage sind, 7000 S jährlich zu sparen, sondern die vielleicht nur 3000 oder 4000 S im Jahr sparen können. Sie können also die steuerliche Begünstigung nicht im vollen Umfang ausnützen. Daher ist hier einmal ausdrücklich festzustellen, daß die Steuerbegünstigung des Bausparens kein Vorteil für den Reichen ist, sondern ein steuerlicher Vorteil für alle!

Ich möchte aber nun nachdrücklichst betonen: Wenn wir diese vielen zusätzlichen Sparer in den Bausparkassen, die auf Grund des Steuervorteiles diese Verträge schließen, nicht hätten, dann würden Tausende Wohnungen und Eigenheime im Jahr weniger gebaut werden! *(Beifall bei der ÖVP.)*

Daher wäre eine Hintanhaltung oder eine Änderung dieser Begünstigung eine ungeheure Gefahr für die Zukunft der Bausparkassen und des Bausparwesens. Ich darf darauf hinweisen, daß bei uns in Österreich jeder Bausparer schon mit 30 Prozent Eigeneinzahlung zu seiner Zuteilung kommen kann, während er in Deutschland immerhin 40 bis 50 Prozent einzahlen muß, um überhaupt eine Zuteilung zu erlangen.

Die Bausparkassen fühlen sich mehr als enttäuscht, daß im Programm der Sozialistischen Partei für den Eigenheim- und Eigentumswohnbau höhere Eigenmitteleinsätze verlangt werden als für den Mietwohnbau. Damit werden die direkten braven Sparer benachteiligt. Denn derjenige, der mit eigenen Mitteln trachtet, selbst zu Besitz und Eigentum zu kommen, wird gegenüber einem, der auf Kosten des sozialen Wohnungsbaues die Wohnung erhält, benachteiligt. Diese Benachteiligung ist völlig ausgeschlossen. *(Abg. Weikhart: Das stimmt ja nicht, Kollege, was Sie da reden!)* Selbstverständlich! Sie haben für den Eigentumswohnbau und für den Eigenheimbau verlangt: 20 Prozent Eigenmittel, 40 Prozent Kapitalmarkt, 40 Prozent sozialer Wohnungsbau. Für den Mietwohnungsbau haben Sie: 10 Prozent Eigenkapital, 45 Prozent Ersthypothek und 40 Prozent Förderung. *(Abg. Weikhart: Dafür gehört ihm auch die Wohnung!)* Sie fördern die Wohnung einer Genossenschaft oder einer Gemeinde, aber niemals die Wohnung eines eigenen Darlehenswerbers, der eine Eigentumswohnung, ein Eigenheim errichtet.

Das ist sicherlich ein Unterschied, über den gesprochen werden muß. Ich sage Ihnen

Scherrer

das hier, meine Damen und Herren, weil ich weiß, daß in die Kreise der Bausparkasse — aber nicht nur der Kassen, sondern vor allem der Bausparer — durch dieses Wohnbauprogramm der SPÖ eine Unruhe hineingetragen worden ist, die sich derzeit nachteilig für den Abschluß von Bausparverträgen auszuwirken beginnt. Wenn diese Auswirkungen eintreten, würden für die nächsten Jahre die Möglichkeiten der Zuteilung dieser Bausparkassen wesentlich schlechter werden, und es würden sich für das Bausparen in unserem Land Schwierigkeiten ergeben.

Ich sage Ihnen das deshalb, weil hier Klarheit geschaffen werden muß. Ich persönlich weiß, daß dieses Programm ja nie wirksam wird, denn, meine lieben Freunde, in diesem Land wird auch nach dem 1. März jene Partei die Mehrheit haben, die bisher so erfolgreich den Interessen aller Sparer dieses Landes gedient hat und die durch das Vertrauen, das sie diesen Sparern gegeben hat, auch diesen starken wirtschaftlichen Aufschwung sicherte.

Es gibt aber Kreise, die doch mit solchen angekündigten Programmen irgendwie in Angst und in Schwierigkeiten kommen. Um hier vorzubeugen, daß nichts passiert, daß unsere Bausparbewegung so wie in der Vergangenheit, insbesondere jetzt im Monat Dezember und auch in den kommenden Monaten bis nach den Wahlen, den gleichen starken Aufschwung nehmen kann — nur aus diesem Grunde —, appelliere ich von dieser Stelle aus und versichere unseren über 600.000 Bausparern in diesem Lande, daß die ihnen eingeräumten Begünstigungen auch weiterhin gewährt werden. *(Beifall bei der ÖVP. — Abg. Weikhart: Es denkt doch niemand daran, das zu nehmen!)*

Ich kann mich nur an das halten, was in Ihrem Programm steht und was in den Aussendungen steht, die ich wörtlich vorgelesen habe, und was der Herr Kollege Dr. Staribacher als richtige Entscheidung des Gewerkschaftsbundes bestätigt hat. Darüber sind wir in Sorge, und das beunruhigt uns. Ich bin nun einmal einer derjenigen, die vor 42 Jahren eine Bausparkasse gegründet haben. Ich habe in den ersten Jahren nach der Gründung um das Vertrauen der Sparer in diesem Lande gerungen. Unter den schwierigsten Verhältnissen haben die treuen Österreicher, die nach einem Eigenheim strebten, die eine Wohnung wollten, uns ihr Vertrauen geben. Dieses Vertrauen müssen alle, alle in diesem Lande rechtfertigen. Denn 600.000 Menschen kann man und darf man nicht übersehen! *(Beifall bei der ÖVP.)*

Aus diesem Grunde möchte ich auch bei dieser Gelegenheit an den Herrn Finanzminister eine Bitte richten. Ich habe darüber noch nie gesprochen, aber ich denke mir folgendes: Wenn wir mit dem Sparförderungsgesetz allen jenen Sparern, die bereit sind, einen fünfjährigen Vertrag zu schließen, eine Garantie der doppelten Verzinsung geben, dann müßten meiner Meinung nach auch allen Bausparern, die nicht in den Genuß der Steuerbegünstigung kommen können, weil sie ein zu geringes Sparguthaben oder eine zu große Familie haben und somit nicht einkommensteuerpflichtig sind, die aber einen Vertrag auf mindestens fünf Jahre schließen, die gleichen Sparprämienerfolge zugewiesen werden, wie wir sie im Sparförderungsgesetz vorgesehen haben. Ich bin überzeugt, daß es uns nach den Wahlen des 1. März gelingen müßte, mit diesem unseren Wunsch zur weiteren und stärkeren Förderung des Wohnungsbaues beizutragen. Man sollte für die Bausparer, die der Steuerbegünstigung bei den Sonderausgaben nicht teilhaftig werden, die Prämien gewähren, die üblicherweise als Prämien auf Grund des Sparförderungsgesetzes sowieso gegeben werden. Es braucht nur dieser Teil der Bausparer in den Kreis derer, die auf Grund des Sparförderungsgesetzes bei unseren Geldanstalten sparen, eingeschlossen werden, und damit wäre ein weiterer starker und beachtlicher Erfolg und ein weiterer kräftiger Impuls für eine noch stärkere Entwicklung des Bausparwesens in unserem Lande gegeben. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Zum Abschluß, Hohes Haus, habe ich mich bei jeder Rede in diesem Hause immer wieder auch mit den Problemen unserer Staatsverschuldung beschäftigt. Es ist heute darüber schon sehr viel diskutiert worden, und der Herr Finanzminister erwartet genauso wie ich, daß heute darüber sicherlich noch weiter diskutiert werden wird. Ich habe immer wieder nachgewiesen, daß die Verschuldung unseres Staates, daß die Verpflichtungen, die in den vergangenen Jahren zur Hintanhaltung der Rezession, zu einer stärkeren Förderung des Wachstums kreditmäßig eingegangen werden mußten, daß diese Maßnahmen notwendig gewesen sind und den Staatshaushalt kaum ernsthaft belasten.

Ich habe schon in einer meiner letzten Reden darauf hingewiesen, daß in den Jahren von 1961 bis 1970 in der Hoheitsverwaltung allein Investitionen von 126,4 Milliarden Schilling durchgeführt wurden und daß allein in den letzten drei Jahren, von 1968 bis 1970, doch 90,7 Milliarden für Investitionen aufgewendet werden. Demgegenüber beträgt die Verschuldung unseres Staates am 31. Dezember dieses Jahres 43,4 Milliarden Schilling. Sie hat im vergangenen Jahr 39,8 Milliarden betragen.

Scherrer

Wir haben heuer einen Budgetabgang von 8,097 Milliarden. Davon entfallen allein 4,094 Milliarden auf Schuldentilgungen, sodaß also nach Abzug aller anderen noch abzuziehenden Posten ein Nettodefizit von 2,9 Milliarden Schilling verbleibt, also die weitere Verschuldung für das kommende Jahr von 43,4 Milliarden auf rund 46 Milliarden Schilling ansteigen und so für jeden Österreicher rund 6500 S pro Kopf an Staatsverschuldung entstehen wird.

Ich möchte noch einmal mit Nachdruck darauf hinweisen, daß diese Verschuldung Österreichs im Vergleich zu den anderen europäischen Ländern nicht schlimm ist, daß sie deshalb nicht schlimm ist, weil nur die Schweiz mit 7,2 Prozent, die Bundesrepublik Deutschland mit 8,9 Prozent und Dänemark mit 9,8 Prozent des Bruttonationalproduktes verschuldet sind, während die österreichische Staatsverschuldung — das ist ja unbestritten — 13,5 Prozent des Bruttonationalproduktes am 31. Dezember des Vorjahres beträgt. Alle anderen westeuropäischen Staaten haben wesentlich höhere Verschuldungen, an der Spitze Großbritannien, das 93,6 Prozent des Bruttonationalproduktes an Schulden aufweist.

Meine Damen und Herren des Hohen Hauses! Nun lasse ich zum Abschluß Horst Knapp sprechen, der in seinem Kommentar in den „Finanznachrichten" beachtliche Feststellungen trifft. Er weist darauf hin, daß in den kommenden Jahren weitere budgetäre Maßnahmen über den Rahmen der möglichen Steuereinnahmen hinaus werden getroffen werden müssen, da ja ungeheure Aufgaben — von der Reinhaltung des Wassers und der Luft weit hinaus über die Schulbauten und die Hochschulbauten — zu bewältigen sein werden, die es nun einmal erforderlich machen, da aus den derzeitigen Steuerleistungen die erforderlichen Beträge nicht bedeckt werden können, auch weiterhin Schulden zu machen. Er sagt dazu abschließend: Bis es aber so weit ist, daß wir keine Schulden mehr machen werden müssen — vielleicht irgendwann in den achtziger Jahren —, stehen uns Steuerzahlern noch harte Zeiten bevor. Trotzdem wird auch die Staatsschuld weiter wachsen. Insofern gilt ein Ausspruch des bekannten Finanzwissenschaftlers Lorenz von Stein auch noch für die Gegenwart: „Ein Staat ohne Staatsschuld tut entweder zuwenig für seine Zukunft, oder er fordert zuviel von seiner Gegenwart."

Die Budgetpolitik in den nächsten anderthalb Jahrzehnten des österreichischen Finanzministers, welcher Partei immer er angehören mag, wird unweigerlich jene sein, die moderne Lehrbücher mit dem Ausdruck umschreiben: Man wird in Jahren guten Wirtschaftswachstums heilfroh sein, wenn die Einnahmen an die Ausgaben knapp heranreichen, und wann immer das Wachstum etwas nachläßt, wird es staatliche Budgetdefizite geben. Der Schuldenstand des Staates Ende 1969 wird ja 46 Prozent der Budgetsumme erreichen, was aber im internationalen Vergleich noch immer bescheiden ist, wird auf längere Sicht wachsen, und nur vereinzelt wird es Jahre geben, in denen die Staatsschuld nicht oder nur wenig zunimmt.

Meine Damen und Herren des Hohen Hauses! Ich glaube damit, wie jedesmal, wenn ich hier am Pulte stehe, wiederum gesagt zu haben, daß die Verpflichtungen, die der Staat zur Förderung der Wirtschaft, zur Hebung des Wohlstandes, vor allem aber zur Hebung des sozialen Standards und der Bildung in diesem Lande einzugehen gezwungen ist, notwendig sind, weil wir von der derzeit arbeitenden Bevölkerung dieses Landes die Alleintragung dieser Lasten nicht fordern können, und auch in Zukunft bestimmt leicht erfüllt werden können.

Ich bitte Sie daher, diesem Budgetkapitel heute ebenso wie bisher die Zustimmung zu geben. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Präsident **Wallner:** Zum Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Dr. Androsch. Ich erteile es ihm.

Abgeordneter Dr. **Androsch** (SPÖ): Herr Präsident! Hohes Haus! Es ist dies die letzte Debatte über ein Budget dieser Regierung und daher Zeit, Bilanz zu ziehen. Vorweg möchte ich an die Adresse des Kollegen Dr. Mussil sagen: Wenn man fünf Budgets allein beschließt und als Erfolg darstellt, dann muß man dafür auch die alleinige Verantwortung tragen *(Abg. Dr. Withalm: Selbstverständlich!)* und darf sich nicht nach fünf Budgets auf die Zeit vor 1965 ausreden. *(Zwischenruf des Abg. Dr. Haider.)* Das Ergebnis, Kollege Haider *(Abg. Dr. Bassetti: Ist sehr gut! Noch nie ist es den Österreichern so gut gegangen!)* läßt sich in einem klassischen Zitat — nicht in dem, an das Sie vielleicht denken — zusammenfassen: Viel Steine gab's und wenig Brot — und selbst das ist teurer geworden! *(Abg. Dr. Withalm: Wohlstand in Österreich!)* Die Steine liegen unübersehbar am Weg.

Die Steuerbelastungsquote ist von 35,2 im Jahre 1965 auf 38,0 gestiegen. Die Budgetstruktur hat sich in der Weise verändert, daß der Anteil des Personalaufwandes von 34,8 auf 36,2 Prozent gestiegen ist. *(Abg. Glaser: Sollten sie weniger Geld bekommen? — Abg. Kern: Was sagt der Weisz dazu?)* Kollege

Dr. Androsch

Glaser! Von der Personaleinsparung haben ja Sie gesprochen, nicht wir! Ich wollte Ihnen nur das Ergebnis dieser Einsparungen sagen. Infolgedessen ist auch die Starrheit des Bundeshaushaltes von 84,6 auf 86,1 Prozent gestiegen. *(Zwischenrufe des Abg. Altenburger. — Ruf bei der SPÖ: Warum sind Sie so nervös?)* Die Investitionen, Kollege Altenburger, sind aber anteilsmäßig in dieser Zeit von 21,3 auf 18,1 Prozent zurückgegangen, und wenn man die vom Herrn Finanzminister verfügten Bindungen, die ja vornehmlich die Investitionen betreffen, in Rechnung stellt, so wäre das darüber hinaus ein Rückgang auf 16,2 Prozent. *(Zwischenruf des Abg. Glaser.)* Dafür, Kollege Glaser, ist aber das Defizit von 3,7 Milliarden auf 9 Milliarden Schilling gestiegen, und es wird noch festzuhalten sein, daß 9 Milliarden sicherlich eine nicht ganz realistische Zahl ist. Gleichzeitig ist die Staatsschuld in diesen Jahren von 28,3 auf 49 Milliarden Schilling gestiegen. Die Auslandsschuld allein hat sich in dieser Zeit von 4,4 auf 12,4 Milliarden mit Ende 1969 erhöht und wird 14 Milliarden im nächsten Jahr betragen.

Kollege Altenburger! Die Behauptung von den großartigen Einsparungen am Personalsektor ist nicht von uns gebracht worden, sondern von der Bundesregierung. Das haben Sie als Erfolg dargestellt. Ich wollte Ihnen nur mit Zahlen den „Erfolg" vor Augen führen, nichts anderes war meine Absicht.

Das sind die nackten Zahlen, wenn man einen Bilanzvergleich zieht. Ich kann eigentlich gar nicht verstehen, daß Sie, wenn das ein so großartiger Erfolg ist, schon bei Nennung der nüchternen Zahlen in eine solche Unruhe verfallen. Aber vielleicht hat das doch tiefere Ursachen.

Der Herr Finanzminister hat, wie gesagt, in einer Broschüre behauptet, daß sich Bruttonationalprodukt und Staatsschuld gleich entwickelt haben. Mein Parteifreund Dr. Staribacher hat Ihnen schon gesagt, daß das nicht richtig ist, sondern daß die eine Größe, nämlich die des Bruttonationalproduktes, um 33 Prozent und die der Staatsschuld um 54 Prozent gestiegen ist. Wenn das eine gleichläufige Entwicklung ist, weiß ich nicht, was eine ungleichläufige wäre.

Ich stelle hier einen internationalen Vergleich an. Ich kann mich hier folgender Publikation der deutschen Bundesregierung bedienen, die sich „Aktuelle Beiträge zur Wirschafts- und Finanzpolitik" nennt, in der ein internationaler Vergleich der öffentlichen Verschuldung für den Zeitraum der letzten zehn Jahre dargestellt wird. Dieser Gegenüberstellung zufolge gibt es zwei Länder, nämlich Luxemburg und Österreich, deren Staatsschuld rascher gewachsen ist, als sich das Bruttonationalprodukt erhöht hat. Und in diesen zehn Jahren schauen die Zahlen für Österreich ... *(Abg. Dr. Bassetti: Es gab eine Rezession! — Anhaltende Zwischenrufe.)* Dr. Bassetti! Wie kann dann der Herr Finanzminister in einer Broschüre behaupten, daß das anders ist? *(Abg. Dipl.-Ing. Dr. Zittmayr: Nennen Sie absolute Zahlen! — Ruf bei der SPÖ: Hat er eh gebracht!)* Bitte, die absoluten Zahlen: 28,3 Milliarden für 1965 und 49 Milliarden per Ende 1970. Entnehmen Sie das selbst den Erläuternden Bemerkungen! *(Abg. Dr. Bassetti: In zehn Jahren 100 Prozent Steigerung!)*

In diesen zehn Jahren steigt das Bruttonationalprodukt. Kollege Bassetti, ich verstehe nicht, daß Sie die Zahlen so nervös machen! — Das Bruttonationalprodukt erhöhte sich in den zehn Jahren um 133,8 Prozent, die Bundesverschuldung erhöhte sich um 155,1.

Der Herr Finanzminister hat definitiv erklärt, daß er nicht bereit ist, seine Broschüre zu ändern, hat uns aber vorher von der Regierungsbank aus Belehrungen hinsichtlich Sachlichkeit in der Wirtschaftspolitik erteilt. *(Abg. Dr. Haider: Die brauchen Sie!)* Ich überlasse es Ihrer Beurteilung, wo die Sachlichkeit ist und wo sie nicht ist. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Hohes Haus! Meine Damen und Herren! Der Herr Abgeordete Dr. Withalm hat am 24. Oktober bei der ersten Lesung über den Entwurf des Bundesfinanzgesetzes erklärt:

„Damit ordnet sich dieses Budget für 1970 der ergiebigen Arbeit dieses Parlamentes in der laufenden XI. Gesetzgebungsperiode ein. Ich möchte sogar sagen, daß dieses Budget die Krönung der Arbeit in dieser Gesetzgebungsperiode ist." *(Abg. Dr. Haider: Bravo! Sehr richtig!)*

Ja, Kollege Haider, bravo! Halten Sie vielleicht das Bravo noch ein bisserl zurück! Ich darf Ihnen die Nummer 1215 der „Berichte und Informationen" zur Kenntnis bringen, wo sich ein Artikel über die Budgetpolitik befindet, der folgende Überschrift trägt: „Die Konjunkturwidrigkeit des Bundesbudgets 1970 — *(Abg. Dr. Haider: Eine unrichtige Meinung ist das!)* Leider keine Umkehr in der unheilvollen Haushaltspolitik." Und dieser Beitrag schließt: „Er" — nämlich Finanzminister Dr. Koren — „hat ein politisches Budget, ein Wahlbudget zustandegebracht. Es ist sehr fraglich, ob es Koren und seiner Partei politisch einbringen wird, was man von ihm erwartet. Wirtschaftlich wird sich der Erfolg nicht einstellen."

Wollen Sie jetzt auch noch „bravo" sagen oder nicht? *(Abg. Dr. Haider: Das ist eine*

Dr. Androsch

Meinung, und zwar eine unrichtige Meinung! Das wird in Kürze durch die Tatsachen widerlegt werden!) Einverstanden.

Es war in der Budgetrede des Herrn Finanzministers die Rede davon, daß das Budget konjunkturneutral sei. Herr Finanzminister! An zwei Stellen der Nr. 11 der „Monatsberichte" findet sich der Hinweis, daß es expansiv ist, zugegebenerweise mit der Einschränkung: leicht expansiv. Es wurde darüber hinaus auf Seite 443 in diesem Heft der „Monatsberichte" die Feststellung getroffen:

„Nach den gegenwärtig überschaubaren Entwicklungstendenzen läßt die Gesamtheit der wirtschaftspolitischen Weichen der Konjunktur etwas zuviel Fahrt."

Das ist die Feststellung des unabhängigen Instituts, und ich darf sagen, sie deckt sich mit unseren Bemerkungen zum Budget, wie wir sie von allem Anfang an getroffen haben.

Aber darüber hinaus, Herr Bundesminister, müssen wir feststellen, daß das Budget unvollständig ist. Ich will mich jetzt gar nicht auf die Diskussion um die Einnahmenschätzungen einlassen, obwohl in dem schon zitierten Artikel auf Seite 448 — Sie kennen das ja, ich brauche es Ihnen daher nicht vorzulesen — doch kritische Bemerkungen zumindest hinsichtlich einzelner Teile der Einnahmenschätzungen gemacht werden. Aber gehen wir davon aus, daß nicht zuletzt infolge der höheren Inflationsrate, die wir leider für nächstes Jahr zu erwarten haben, doch die Einnahmenschätzung erreicht wird.

Aber zweifelsohne und, wie ich meine, unbestrittenermaßen ist das Budget doch unvollständig auf der Ausgabenseite, und man wird das, in welcher Form immer, zu korrigieren haben.

Ich führe nur die folgenden drei Beispiele an: Es ist nichts für die zusätzliche Lehrerverpflichtung im Budget enthalten, es ist der U-Bahn-Zuschuß mit 1000 S — in Worten: „eintausend Schilling"! — enthalten, und es ist das Problem der 40-Stunden-Woche nicht berücksichtigt. Das ist aber nicht nur eine Feststellung, die wir treffen, sondern das können Sie auf Seite 444 der „Monatsberichte" ... *(Abg. Dipl.-Ing. Dr. Zittmayr: Das muß aufgefangen werden!)* Wir werden sehen, ob das überall möglich ist, das wird sich ja erst herausstellen. *(Abg. Dipl.-Ing. Dr. Zittmayr: Bei uns muß das durch Rationalisierung aufgefangen werden!)* Einverstanden, Sie sind also der Meinung, daß das vollkommen aufgefangen wird.

Meine Damen und Herren! Man kann also feststellen, daß das Budget 1970 erstens einmal nicht konjunkturgerecht ist und zweitens, Kollege Zittmayr, in der vorliegenden Form wahrscheinlich gar nicht finanzierbar ist. Warum hat Ihrer Ansicht nach der Herr Finanzminister bereits Bindungen etwa in der Größenordnung von 2 Milliarden Schilling vorgenommen? *(Abg. Dipl.-Ing. Dr. Zittmayr: Wegen der gleichen expansiven Wirkung!)* Also damit geben Sie zu, daß die Kritik berechtigt war. Bisher haben Sie das ja bestritten. Bisher haben Sie ja behauptet, es wäre konjunkturneutral gewesen. Aber nein, Kollege Zittmayr, da sind Sie schlecht informiert. Wissen Sie, warum er wirklich die Kürzungen verfügt? Weil die 9 Milliarden, die er ausweist, 10 Milliarden infolge der zusätzlichen nicht enthaltenen Ausgaben ausmachen werden, weil die nicht finanzierbar sind. Er kriegt vom Kreditapparat das Geld nicht, und aus diesen Gründen, weil das Budget in dieser Form technisch nicht finanzierbar ist, hat der Herr Finanzminister die Kürzung vorgenommen. *(Abg. Dr. Bassetti: Woher nehmen Sie das Geld für Ihre Programme? — Abg. Grundemann-Falkenberg: Sie wollen noch 2½ Milliarden mehr ausgeben! Absolut hoffnungslos!)*

Meine Damen und Herren! Darf ich die Bilanz noch etwas fortsetzen: Es wurde uns in der Regierungserklärung vom 20. April 1966 ein längerfristiges Budgetkonzept versprochen. Es wurde — und das wäre dazu erforderlich — eine Budgetvorschau früher versprochen. Bei dieser Budgetvorschau gibt es momentan angeblich folgende Schwierigkeiten: Es gibt keine Wirtschaftsprognose, es haben sich methodische Schwierigkeiten eingestellt, jetzt kann man es nicht machen. Vor einem Jahr, als es darum ging, an Hand einer solchen Budgetvorschau mit dem berühmten Paukenschlag zusätzliche Belastungen von 5 Milliarden Schilling einzuführen, waren die methodischen Schwierigkeiten merkwürdigerweise nicht vorhanden. *(Abg. Dipl.-Ing. Dr. Zittmayr: War es Ihrer Meinung nach falsch?)* War die Budgetvorschau falsch? Also damals war eine Budgetvorschau möglich, und jetzt ist sie merkwürdigerweise nicht möglich. *(Abg. Dipl.-Ing. Dr. Zittmayr: Waren diese Maßnahmen falsch?)*

Kollege Zittmayr! Es ist heute zumindest in der Finanzwissenschaft unbestritten — das darf ich auch an die Adresse des Kollegen Mussil richten —, daß es nicht mehr möglich ist, ein Budget isoliert zu betrachten, wenngleich natürlich das Budgetbewilligungsrecht ein perennierendes jährliches Recht des Parlaments ist.

Darf ich Sie aber zu Ihrer wirtschaftspolitischen Information darauf hinweisen, daß etwa im § 9 des Gesetzes zur Förderung der Stabili-

tät und des Wachstums der Wirtschaft eine Bestimmung aufgenommen ist, die die deutsche Bundesregierung zu einer mehrjährigen Finanzplanung verpflichtet, aus der finanzwissenschaftlichen Erkenntnis heraus, daß man nicht mehr nur ganz einfach mit einem Zeithorizont von einem Jahr arbeiten kann.

Darf ich Ihnen die Feststellung eines sehr, sehr prominenten Wirtschaftswissenschaftlers der Vereinigten Staaten zitieren. Er hat schon während des Krieges in den Vereinigten Staaten erklärt, daß wir nicht die Wahl zwischen Plan und keinem Plan haben, sondern nur die Wahl zwischen demokratischer Planung und totalitärer Reglementierung. *(Beifall bei der SPÖ. — Der Präsident übernimmt den Vorsitz.)*

Das ist die Problemstellung, eine Problemstellung, die Sie in der Regierungserklärung ja noch akzeptiert haben; nur haben Sie es in den vier Jahren nicht durchgeführt. *(Abg. Dr. Mussil: Kollege Dr. Androsch! Verdrehen Sie die Dinge nicht! Wir sind nicht grundsätzlich gegen eine Budgetvorschau! Wir sagen nur: Wir brauchen zuerst die richtige Methode! — Abg. Probst: Nur jetzt!)* Das verstehe ich. Ich komme ja noch darauf zurück. Ich verstehe ja schon, warum Sie gerade jetzt nicht dafür sind. Damit werden wir uns ja noch ein bißchen beschäftigen können.

Wenn man also der Meinung ist, daß man ein längerfristiges Budgetkonzept braucht, das fehlt, wenn man meint, daß man eine Budgetvorschau braucht, die wir nicht haben, wenn man meint, daß es erforderlich ist, eine mehrjährige Finanzplanung durchzuführen, so ergibt sich zwingend die Notwendigkeit eines mehrjährigen Investitionsprogramms. Auch in dem § 10 des bereits zitierten Gesetzes findet sich die Verpflichtung, ein solches zu erstellen. Das ist uns ja versprochen worden, aber nicht nur einmal, sondern in der Regierungserklärung, in den Budgetreden des Herrn Amtsvorgängers des gegenwärtigen Finanzministers, im Koren-Plan. Es ist auf Wochenfrist hin versprochen worden. Bis heute liegt aber ein solches Gesetz noch nicht vor.

Wenn ich die Liste der Dinge fortsetzen darf, die nicht mehr unmittelbar das Budget betreffen, so möchte ich sagen: Wenn man Bilanz zieht, muß man darauf hinweisen, daß uns ein modernes Kreditwesengesetz und ein Sparkassengesetz in Aussicht gestellt wurden, daß es aber ein solches Gesetz in dieser Legislaturperiode nicht geben wird.

Auf dem Gebiete der Steuerpolitik wurde uns jede Menge von Reformen versprochen. Gestatten Sie mir, etwas später noch auf einzelne Bestimmungen einzugehen. Aber folgende Tatsache urteilt am besten über diese Reformmaßnahmen: Am Ende der Legislaturperiode, also zu einem Zeitpunkt, wo alle diese „großen Reformen" durchgeführt wurden, setzt man — was an sich sehr vernünftig ist — eine Kommission beim Finanzministerium ein, die die Reform der Steuergesetze beraten soll. Ich glaube, keine andere Tatsache könnte besser beurteilen, was man von den bisherigen Reformen halten kann — ganz abgesehen davon, daß für das Problem der Mehrwertsteuer auch ganz kurzfristige Termine angekündigt wurden. Zuerst war die Rede vom 1. Jänner 1969, dann vom 1. Jänner 1970, und jetzt schwirrt so das definitive Datum 1. Jänner 1972 im Raum. Ich werde mir gestatten, auch dazu noch einige Feststellungen zu treffen.

Das ist die Bilanz. Ich überlasse es Ihnen zu urteilen, ob das als eine positive oder eine negative Bilanz angesehen werden kann.

Viel wichtiger scheint mir aber die Überlegung zu sein, wie das, was in den abgelaufenen dreieinhalb oder fast vier Jahren geschehen ist, in die Zukunft wirkt, welche Auswirkungen das auf die nächste Legislaturperiode hat und mit welchen Problemen wir dann in den nächsten vier Jahren konfrontiert sein werden.

Ich möchte diese Überlegungen mit der Feststellung einleiten, die das „Institut für Wirtschaftsforschung" in seinem Monatsbericht trifft, wo es heißt:

„Neben den kurzfristigen konjunkturpolitischen Aspekten verdienen längerfristige Überlegungen" — Kollege Mussil! — „Beachtung."

Und dann heißt es, daß die vorjährigen Maßnahmen — nämlich die im Zusammenhang mit dem Paukenschlag — das Budget um etwa 5 Milliarden Schilling jährlich entlasten. Schließlich heißt es weiter wörtlich:

„Diese Maßnahmen sind jedoch bis Ende 1970 befristet. Die Erstellung des Budgets 1971 ist daher eine schwierige Aufgabe der neuen Bundesregierung nach den Nationalratswahlen im Frühjahr 1970."

Verständlicherweise wollen Sie von allen diesen Dingen nichts hören, weil damit die Legende von der eingeleiteten und durchgeführten Budgetsanierung natürlich zerstört würde.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! In Ermangelung einer Budgetvorschau des Herrn Finanzministers mußten wir uns bei unseren Finanzierungsüberlegungen selbst derartige Zahlen erarbeiten.

Nun darf ich noch etwas vorwegnehmen: Der Herr Finanzminister hat in seinem zweiten Debattenbeitrag davon gesprochen, daß sich

Dr. Androsch

hinsichtlich des Jahres 1971 eine Diskrepanz ergibt. Wir prognostizieren für dieses Jahr unter Berücksichtigung der geltenden Rechtslage eine Deckungslücke oder, wenn Sie wollen, ein Budgetdefizit von 16,5 Milliarden Schilling, und er hat uns mit einer Zahl in der Größenordnung von 15 Milliarden Schilling konfrontiert.

Offenbar, Herr Finanzminister, wollen Sie nichts mehr von Ihrer eigenen Budgetvorschau wissen, die sich im Arbeitsbehelf zum Bundesfinanzgesetz 1969 auf Seite 43 unter dem Titel „Budgetvorschau 1969 bis 1971" befindet, wo Sie selbst ein Defizit von 16,4 Milliarden Schilling ausgewiesen haben. Ich meine, wir befinden uns hinsichtlich dieses Jahres in allerbester Gesellschaft.

Nun ist es aber nicht damit getan, dieses eine Jahr den Überlegungen zugrunde zu legen, sondern wir haben die gesamte Legislaturperiode in die Betrachtungen mit einbezogen, und dabei ergibt sich eben dieses Resultat.

In einer weiteren Wortmeldung — ich möchte das nicht allzusehr in Anspruch nehmen — könnte ich Ihnen im einzelnen ausführen, wo überall diese Mehrbelastungen auftreten. Es ergibt sich also für 1972 eine Deckungslücke in der Größenordnung von 20 Milliarden Schilling und für 1973 eine solche von 18 Milliarden Schilling. Mein Freund Dr. Staribacher hat Ihnen ja diese Zahl schon genannt.

Ich möchte in diesem Zusammenhang in Erinnerung rufen, daß in dem nicht veröffentlichten Koren-Bericht davon die Rede ist, daß Defizite dieser Größenordnung unter keinen Umständen mehrere Jahre hindurch finanziert werden können: „Sie machen jede konjunkturpolitische Aktivität unmöglich. Sie würden die Kreditversorgung der Wirtschaft lähmen. Sie müßten alsbald starke Inflationswirkungen auslösen."

Herr Finanzminister! Wir stimmen darin völlig mit Ihnen überein. Auch wir sind der Meinung, daß die auf uns zukommenden Budgetdefizite in der Größenordnung, wie wir sie uns errechnet haben, nicht finanzierbar sind — ganz abgesehen von den ökonomischen Auswirkungen.

Daher ergibt sich eben der Sanierungsbedarf in der Größenordnung von etwa 7 Milliarden Schilling. Es handelt sich bei den Vorschauen ja nur um Größenordnungen. Natürlich kann man bei jedem einzelnen Budget, wenn mehr Zahlen zur Verfügung stehen, sozusagen die Feinabstimmung vornehmen. Es ist ja gerade das Typische solcher Budgetvorschauen, daß das, was prognostiziert wird, nicht eintritt, weil es eben politische Entscheidungen notwendig macht. Aber auf diese Notwendigeit der politischen Entscheidungen wollen wir schon heute hingewiesen haben.

Der Sanierungsbedarf beträgt 7 Milliarden Schilling pro Jahr, das ist die Budgethypothek, die von dieser Regierung auf die nächste Legislaturperiode übergeht. In diesem Zusammenhang darf ich vielleicht doch noch einmal auf den Artikel des Herrn Redakteurs Klima im „Kurier" hinweisen, der von der dunklen Zukunft des Budgets spricht. Ich erspare mir eine Zitierung mit Rücksicht auf die doch knappe Zeit.

Und nun zum Herrn Finanzminister: Der Herr Finanzminister erklärt, aus methodischen Schwierigkeiten, weil er keine Prognosen hat — darf ich darauf hinweisen, er hat ja auch keine verlangt, er hat keine bestellt —, keine Budgetvorschau geben zu können. Aber immerhin hat der Herr Finanzminister in einem Wochenpresse-Interview vom 19. November erklärt, daß er das heurige Budget an Orientierungsgrößen der nächsten Jahre, die er hat, ausgerichtet hat. Der Herr Finanzminister hat also Orientierungsgrößen für die nächsten Jahre. Er nennt sie auch Marksteine und Wegsteine, nur bekanntgeben will er sie nicht. Offenbar handelt es sich um Mühlsteine, die ihm milliardenschwer am Halse hängen. Dadurch scheint dem Finanzminister für die Bekanntgabe der Orientierungsgrößen die Luft weggeblieben zu sein. Aber, Herr Finanzminister, so geht es doch nicht, wie Sie das bei einer Anfragebeantwortung gemacht haben, daß Sie, der Sie verpflichtet sind, über Angelegenheiten der Vollziehung Auskunft zu geben, der Opposition erklären: Wenn Sie mir Ihre Zahlen geben, werde ich Ihnen meine geben! Wie es sich heute herausgestellt hat, haben Sie unsere Zahlen, nur haben Sie es bis zur Stunde verabsäumt, auch die Ihren vorzulegen. *(Beifall bei der SPÖ.)* Ich darf Sie also sehr dringend bitten, Ihr Versprechen von der Fragestunde der vergangenen Woche jetzt, heute, hier noch einzulösen.

Meine Damen und Herren von der Volkspartei! Das ist die budgetäre Situation, mit der sich das nächste Parlament und mit der man sich in der nächsten Legislaturperiode auseinandersetzen wird müssen. *(Abg. W e i k h a r t: Das ist, wenn man etwas verspricht, Herr Finanzminister!)*

Angesichts dieser Situation erscheint es doch äußerst merkwürdig, wenn zweierlei behauptet wird. Das ist mit aller wünschenswerten Deutlichkeit vom Herrn Finanzminister und vom Herrn Generalsekretär Dr. Mussil heute hier getan worden. Es wird das ersatzlose Auslaufen der Sondermaßnahmen ver-

Dr. Androsch

sprochen, und darüber hinaus wird versprochen, zusätzliche Steuersenkungen vornehmen zu wollen.

Ich glaube, hier scheint bei den Überlegungen der Regierungspartei Goethe Pate gestanden zu haben, der in einem Epigramm gesagt hat: „Darf man das Volk betrügen? Ich sage nein! Doch willst du sie belügen, so mach' es nur nicht fein." Das ist die einzige Erklärung, die Sie sich jetzt bei dieser budgetären Situation vorstellen können, die Sondermaßnahmen ersatzlos auslaufen zu lassen, beziehungsweise darüber hinaus Steuersenkungen zu versprechen, gleichzeitig aber nicht den Mut zu haben, Ihre Orientierungsgrößen hier im Parlament bekanntzugeben.

Herr Generalsekretär Dr. Withalm hat ebenfalls bei der ersten Lesung im Zusammenhang mit Programmen folgendes erklärt: „Es ist ein alter Vorzug jeder Opposition — das wissen wir ganz genau —, jeweils mehr fordern zu können, als ein Staat zu leisten imstande ist. Sie wissen von Haus aus, wenn Sie einen Vorschlag machen, daß Sie ja nicht in die unangenehme Situation kommen, das auch wirklich einhalten zu müssen, was Sie versprechen." Offenbar agiert die Regierungspartei schon so, wie der Herr Generalsekretär Dr. Withalm das Verhalten der Opposition beschreibt.

Meine Damen und Herren, es ist richtig, wir haben eine Fülle von Programmen erarbeitet und diese Programme in einer umfassenden Alternative für ein modernes Österreich zusammengefaßt. Damit haben wir für einen Zeitraum von etwa zehn Jahren — wenn Sie überlegen — das Wohnbauprogramm erstellt und genau auf zehn Jahre auch unsere Sachziele festgelegt. Nun war es unsere Aufgabe, nach Fertigstellung der Programme für die nächste Legislaturperiode — und über diese soll ja am 1. März entschieden werden — den Rahmen abzustecken und die Rangordnung festzulegen — und in diesem Zusammenhang dann eben auch entsprechende Finanzierungsüberlegungen anzustellen. Selbstverständlich haben wir unsere Finanzierungsmöglichkeiten auf diesen Rahmen hin abgesteckt und haben als ein zusätzliches Bedürfnis einen Betrag von 2,5 Milliarden Schilling pro Jahr errechnet, aber nicht weil, wie Dr. Mussil das erklärt hat, sich das so besonders attraktiv ausmacht, daß der Sanierungsbedarf zum zusätzlichen Finanzierungsbedarf in einem Verhältnis von 3 : 1 steht. Das ist eben leider ein Faktum. Es wäre uns viel angenehmer, wenn der Sanierungsbedarf kleiner wäre und wir größere Möglichkeiten hätten, unsere Programme zu finanzieren. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich brauche die sieben Finanzierungsstufen, also den Katalog von Maßnahmen, den wir für ungünstige Fälle in Aussicht genommen haben, in der berechtigten Hoffnung, daß manches gar nicht notwendig wird, nicht im einzelnen zu erläutern, aber auf einige Punkte, die heute hier angeschnitten wurden, möchte ich doch eingehen.

Eine umfassende Stellungnahme zu den sehr langen Ausführungen des Herrn Generalsekretärs Dr. Mussil zu den verschiedenen Steuergesetzen will ich mir heute ersparen.

Das eine Problem ist die Steuerpauschalierung. Es ist unrichtig und stimmt nicht, daß wir die Steuerpauschalierung beseitigen wollen. Wenn das Herr Kollege Sandmeier behauptet, so unterliegt er bestenfalls einem Mißverständnis. *(Abg. Staudinger: Was war dann damit gemeint, Herr Dr. Androsch?)* Herr Kollege Staudinger, es ist nun einmal so, daß in einer Partei von 700.000 Mitgliedern jeder einzelne die Freiheit hat, seine Meinung zu äußern. Von diesem Recht, von dieser Freiheit, hat unser Freund Dr. Veselsky Gebrauch gemacht. Aber so ist es auch wieder nicht, daß die Meinungsäußerung eines einzelnen bereits die gesamte Partei bindet. *(Beifall bei der SPÖ.)* Das Programm haben mehrere konzipiert, und, wie Sie sehen, ist er mit seinen Vorstellungen nicht durchgedrungen. Sie können also zufrieden sein, was wollen Sie denn noch? *(Andauernde Zwischenrufe. — Der Präsident gibt das Glockenzeichen.)*

Wenn ich zu den Ausführungen des Kollegen Mussil doch noch eines sagen darf, dann ist es folgendes: Wenn er immer wieder davon spricht, daß dirigistische Maßnahmen, daß ordnungspolitische Probleme auftauchen, so möchte ich doch einmal wirklich klarstellen: Bei der ordnungspolitischen Vorstellung, die immer mitklingt, daß die Gewinne privatisiert, aber die Verluste sozialisiert werden sollen, darf er nicht rechnen, daß wir mitgehen werden. *(Beifall bei der SPÖ.)*

An die Adresse des Kollegen Scherrer, der eine Stellungnahme zu dem Problem der Bausparkassen abgegeben hat: Darf ich Sie vorweg beruhigen. Wir haben unter dem Vorsitz unseres Parteivorsitzenden diese Woche eine Aussprache mit Direktoren aller vier Bausparkassen gehabt und haben weitestgehende Übereinstimmung erzielt. Sie werden Gelegenheit haben, nach der Lektüre der Jännerhefte dieser vier Bausparkassen Ihre inzwischen aufgestaute Unruhe wieder wegzubekommen.

Zum Problem der Bausparkassen möchte ich noch folgendes sagen: Kollege Scherrer, das gegenwärtige System ist erstens einmal un-

gerecht und zweitens verwaltungstechnisch schwerfällig. Ungerecht ist es deswegen, weil es an den progressiven Einkommensteuertarif gebunden ist. Die logische Konsequenz daraus ist, daß mit höheren Einkommen ein höherer Grenzsteuersatz zur Anwendung kommt und damit absolut die Ersparnis steigt.

Die Begünstigung, der Anreiz, ist aber noch durch eine Maßnahme, die verwaltungstechnisch sicherlich ihre Berechtigung hat, kleiner geworden, nämlich durch die Einführung des Sonderausgabenpauschales, das im Jahre 1966 eingeführt wurde und jetzt 3276 S beträgt. Das heißt: Ein Bausparer, der nicht verheiratet ist — also ein junger Mensch, der sinnvollerweise zu sparen beginnt —, hat zwar einen Rahmen von 7000 S, er muß 7000 S sparen, bekommt aber nur einen Betrag von 3724 S begünstigt. Auf den gesamten Sparbetrag bezogen, bedeutet das bei einem Bezieher eines Einkommens von monatlich 4500 S brutto eine Steuerersparnis von 1400 S pro Jahr und entspricht ungefähr 20 Prozent des angesparten Betrages von 7000 S.

Bei einem Ehepaar mit zwei Kindern, ohne Alleinverdiener-Freibetrag, mit einem Bruttoeinkommen von 6500 S liegen die Probleme ähnlich. Je höher dann das Einkommen ist umso größer die Begünstigung, also bis etwa 50 Prozent. Ich glaube, daß wir darin übereinstimmen.

Daher meinen wir, daß es zweckmäßig wäre, das durch ein Prämiensystem zu erhöhen, weil es gerechter wird und darüber hinaus das Volumen, das den Bausparkassen zur Verfügung steht, größer wird. Wenn Sie mit den Bausparkassen zu tun haben — wie Sie berichtet haben —, wissen Sie, daß die Einführung des Sonderausgabenpauschales dazu geführt hat, daß gerade bei den unteren Einkommenschichten das Interesse bauzusparen nachgelassen hat. Unser Vorschlag würde dieses Interesse wieder wecken.

Nun zur Vereinfachung. Kollege Scherrer, entschuldigen Sie, wenn ich das mit mehr Ausführlichkeit darlege. Wie spielt sich das ab? Wenn jemand bausparen will, schließt er einen Bausparvertrag ab, dann bekommt er die Verpflichtungserklärung, die er unterschreibt; dann geht er ins Lohnbüro und holt sich seine Lohnsteuerkarte; dann geht er zum Finanzamt und holt sich ein Formular. Hat er diese drei Formulare, füllt er sie aus.

Nun geht er zum Finanzamt oder schickt die Formulare hin. Geht er zum Finanzamt, dann brauche ich Ihnen nichts darüber erzählen, was sich in den Wochen vor Weihnachten und vor allem in den Wochen nach Weihnachten bei den Lohnsteuerstellen der Finanzämter abspielt. Dann wird es auf die Lohnsteuerkarte eingetragen, dann bekommt er sie wieder, dann geht er zurück zum Lohnbüro: Das Lohnbüro muß das berücksichtigen. Da es in der Regel nicht per 1. Jänner eingetragen wird, muß er neuerlich etwas unternehmen, und zwar sich ein Formular beschaffen, um einen Jahresausgleich beantragen zu können. Er muß die Frist vom 31. März beachten. Dann stellt er den Antrag auf Durchführung eines Jahresausgleiches; das Lohnbüro muß wieder tätig werden. *(Abg. Dr. Kreisky: Überschrift: Verwaltungsreform!)* Hinterher kommt wieder das Finanzamt und verlangt von ihm die Zahlungsbestätigungen, daß er seiner Verpflichtung tatsächlich nachgekommen ist.

Kollege Scherrer! Wie verhält sich das? Auf der einen Seite spricht man seitens der Bundesregierung großartig von Verwaltungsvereinfachung und ruft das Volk auf, Vorschläge zu machen, und auf der anderen Seite, wenn solche Vorschläge seitens einer Partei gemacht werden, nämlich dieses merkwürdige System durch ein vernünftiges Prämiensystem zu ersetzen, sagt man: Das beunruhigt ungemein.

Ich hoffe, Sie mit meinen Ausführungen beruhigt zu haben. Ganz sicher werden die rund 550.000 Bausparer, von denen, wie wir wissen, 80 Prozent Arbeitnehmer sind, beruhigt sein, wenn sie dann in den Jännerheften die Präzisierungen, die wir gemeinsam mit den Vertretern der vier großen Bausparkassen erarbeitet haben, lesen können.

Herr Generalsekretär Withalm! Die Rechnung, in den nächsten sechs Wochen durch Propaganda Unruhe in die Bausparer hineinzutragen, wird nicht aufgehen. Ich muß Sie leider enttäuschen. *(Abg. Libal: Das ist ein Pech!)*

Nun zur Mehrwertsteuer folgende Bemerkungen: Hohes Haus! Meine Damen und Herren! Gestatten Sie mir nur noch einige Feststellungen zum Problem der Mehrwertsteuer. Dieses Problem ergibt sich daraus, weil wir der Meinung sind, daß das heutige Steuersystem, im ganzen gesehen, den Anforderungen nicht mehr entspricht. Außerdem müssen wir aus internationalen Gründen in absehbarer Zeit damit rechnen, auf das System der sogenannten Mehrwertsteuer übergehen zu müssen. Wir sind daher der Meinung, daß man diese große Steuerreform, die damit verbunden wäre, zum Anlaß nehmen sollte, vereinfachend zu wirken, indem man eine Reihe von Steuern vielleicht in diese Mehrwertsteuer einfließen läßt. Darüber hinaus müßte man weitere größere Steuerreformen an-

Dr. Androsch

knüpfen. Ich erwähne nur das Problem des Haushaltstarifes bei der Einkommensteuer.

Ich habe schon vorhin festgestellt, daß mehrmals fixe, definitive Termine für diese Einführung genannt wurden. Das war sicherlich nicht sehr glücklich gewählt und ist sicherlich auch auf die Passivseite der Bilanz Ihrer Regierung, Herr Vizekanzler, zu setzen. Damit hat man falsche Hoffnungen erweckt und bringt wirklich Unruhe in manche Bereiche der Wirtschaft.

Ich glaube daher, daß man solche Dinge gründlich vorbereiten sollte. Bis heute gibt es noch nicht einmal einen Entwurf. Das behauptet jedenfalls der Herr Finanzminister, und wir haben es ihm geglaubt. Der Herr Handelsminister hat seinerseits im Ausschuß erklärt, daß er schon einen fertigen Entwurf hätte. Aber wenn der Herr Finanzminister sagt, daß es einen Entwurf nicht gibt, so haben wir das in der Form zur Kenntnis genommen. *(Abg. Dr. Staribacher: Er ist ja auch kompetent!)* Eben.

Es gibt auch keine Untersuchungen über die volkswirtschaftlichen Auswirkungen der Mehrwertsteuer. Nun ist zweifellos die Einführung der Mehrwertsteuer ein schwerwiegender Eingriff in das ganze System. Es wäre unbedingt notwendig, diese Auswirkungen zu untersuchen.

Von den verschiedenen Problemen, die dabei zu beachten wären, will ich nur einen Gesichtspunkt herausgreifen. Die Mehrwertsteuer wird man sicherlich nicht zu jedem beliebigen Zeitpunkt einführen können, weil man auf die konjunkturpolitische Situation wird Rücksicht nehmen müssen. Daher halten wir es für falsch, wenn man heute einen definitiven Termin, nämlich den 1. Jänner 1972, nennt. Wir sind der Meinung, daß man alle Vorbereitungen treffen, daß man sich aber nicht auf einen Termin festlegen soll, weil sich der nur aus der jeweiligen konjunkturpolitischen Situation ergeben kann.

Meine Damen und Herren! Damit möchte ich diese steuerpolitischen Überlegungen abschließen und zusammenfassend sagen, daß wir uns — was die Programme betrifft — Alternativen geschaffen haben, daß wir uns über die finanziellen Auswirkungen Klarheit verschafft haben und daß wir für die nächste Periode eine entsprechende Finanzierungsüberlegung angestellt haben.

Ich darf zitieren, was man von unabhängiger Seite dazu erklärt hat. So hat die „Wochenpresse" geschrieben — und ich darf das mit Zustimmung des Herrn Präsidenten wörtlich zitieren —: „Unabhängige Experten finden außerdem den von der SPÖ angegebenen Finanzbedarf des Bundes von jährlich 2,5 Milliarden Schilling für ihr Konzept interessant: er entspricht nämlich ziemlich genau jener Summe, die die ÖVP-Regierung durch die diversen Steuerzuschläge den Bundesbürgern abknöpft." Das ist eine leichte Untertreibung. Und er schließt: „Also eine realistische Ziffer."

Und der Herr Redakteur Lenhardt erklärt im „Kurier" vom 2. Dezember 1969 unter dem Titel „Verkehrte Welt" — ich zitiere auch nur ganz kurz —:

„Was an dieser Stelle vor bereits vier Monaten vorausgesagt wurde, verwirklicht sich: Die SPÖ geht mit Maßhalteparolen und Warnungen in einen Wahlkampf, der — wenn es nach sozialistischem Wunsch ginge — betont ruhig ablaufen sollte.

Die ÖVP hingegen peilt einen Entscheidungswahlkampf mit Parolen an, die auch den politisch unwilligsten Staatsbürger aufrütteln sollen, mit Versprechungen, die in wichtigen Punkten (Steuern!) weit über das hinausgehen, was die SPÖ bei einer sozialistischen Regierung in Aussicht zu stellen wagt."

Meine Damen und Herren! Das war das Urteil von unabhängiger Seite.

Ich darf noch einmal auf das zurückkommen, was der Herr Generalsekretär Dr. Withalm am 24. Oktober im Zusammenhang mit der Finanzierung gesagt hat. Er hat gemeint: „Die Finanzierung dieser Programme ist heute das bestgehütete Geheimnis in ganz Österreich." Und weiter: „Offenbar will die Sozialistische Partei, daß die Österreicher am 1. März 1970 die Katze im Sack kaufen sollen."

Nun habe ich mich bemüht, das Finanzierungskonzept der ÖVP zu finden, denn das scheint nunmehr offenbar das bestgehütete Geheimnis in Österreich zu sein. Vielleicht habe ich Glück gehabt, vielleicht kann mir der Herr Vizekanzler bestätigen, daß ich bei meiner Suche Glück gehabt habe. Ich habe den Programmentwurf des 12. Bundesparteitages sehr ausführlich von vorn nach hinten und wieder zurück gelesen und studiert und finde zwei Seiten, die offenbar das Finanzierungskonzept sein sollen *(der Redner zeigt zwei große leere Seiten vor)*, nämlich zwei leere Seiten, Herr Vizekanzler. Das scheint Ihr Finanzierungskonzept zu sein. *(Beifall und Heiterkeit bei der SPÖ.)*

Ich gestehe offen, daß es nicht oft vorkommt, daß wir mit dem Herrn Vizekanzler einer Meinung sind. Diesmal darf ich Ihnen, meine Damen und Herren von der Österreichischen Volkspartei, seinen leidenschaftlichen Aufruf vom vorigen Mittwoch wörtlich ins Stammbuch schreiben. Ich zitiere:

Dr. Androsch

„Legen Sie endlich die Karten Ihrer Politik offen und ehrlich auf den Tisch. Das österreichische Volk soll wissen, woran es ist. Das österreichische Volk hat ein Recht darauf zu erfahren, daß alle politischen Parteien ihre Auffassungen klar und unmißverständlich darlegen. Dadurch, aber auch nur dadurch wird es möglich sein, daß das österreichische Volk am 1. März 1970 eine klare und unmißverständliche Entscheidung trifft."

Herr Vizekanzler, ich stimme dieser Auffassung völlig zu. Ich frage daher:

Wo ist das Wirtschaftskonzept der Volkspartei? — Wir haben eines.

Wo ist das Bildungskonzept der Volkspartei? — Wir haben unseres vorgelegt.

Wo ist das Wohnbaukonzept der Volkspartei? — Wir haben es vorgelegt.

Wo ist ein Humanprogramm? — Sie haben uns noch immer keines vorgelegt.

Und wo ist das Finanzierungskonzept der Österreichischen Volkspartei? — Wir Sozialisten haben es schon längst der Öffentlichkeit vorgestellt.

Meine Damen und Herren von der Österreichischen Volkspartei, glauben Sie nicht, daß Sie vor dem österreichischen Wähler Ihre Programm- und Finanzierungsblößen mit billiger Propagandatusche überpinseln können. Der 1. März 1970 ist kein Datum für ein Kostümfest, sondern für eine Wahlentscheidung.

Eine Regierungspartei, die sich weigert, eine Budgetvorschau vorzulegen — also die materiellen Folgen ihrer Politik aufzuzeigen —, eine Partei, deren Finanzminister bei einer Interpellation die Opposition um Zahlenmaterial ersucht, eine solche Partei hat als Trägerin der Regierungsverantwortung praktisch bereits abgedankt.

Dem Volke wird es daher am 1. März 1970 obliegen, diese Abdankung zu ratifizieren. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Präsident: Zum Wort gemeldet hat sich der Herr Finanzminister. Ich erteile es ihm.

Bundesminister für Finanzen Dr. **Koren:** Herr Präsident! Hohes Haus! Herr Abgeordneter Dr. Androsch, ich habe Sie in der letzten Fragestunde, auf die Sie sich jetzt eben bezogen haben, nicht gebeten, mir Ihre Zahlen vorzulegen, sondern Sie haben Ihre Frage mit der Frage eingeleitet, was ich zu diesen Zahlen, die ich inzwischen besitze, sage. Ich bitte Sie das nachzulesen. Sie haben Ihre Frage so eingeleitet, und daraufhin antwortete ich: Wenn Sie mir diese Zahlen zur Verfügung stellen, bin ich gern bereit, mit Ihnen darüber zu sprechen. *(Abg. Dr. Androsch: Ich habe Sie nach Ihren Zahlen gefragt!)* Sie fragten mich danach. Ich habe diese Zahlen inzwischen.

Auch Ihre erste Feststellung am Beginn Ihrer Ausführungen zeigt wieder, wieviel Durcheinander auf den Gebieten von Vorschauen und Prognosen herrscht. Ich habe vorhin dem Abgeordneten Staribacher aufgezeigt, welche Differenzen zwischen Prognosedaten, die in Ihrem Finanzierungsgutachten enthalten sind, aufscheinen und welche als letztverfügbare irgendwann einmal publiziert worden sind. Wir kamen damals auf eine Differenz von 15 Milliarden Schilling. In Ihrem Papier waren für das Jahr 1971 16,5 Milliarden genannt. Daraufhin korrigierten Sie mich auf 16,4, Dr. Staribacher, und Dr. Androsch hat dies wiederholt.

Das waren aber nicht die letztverfügbaren Zahlen, denn der Beirat hat noch einmal anschließend — das ist aber nicht mehr im Arbeitsbehelf publiziert — im Verlaufe des späteren Sommers oder Frühherbstes des vorigen Jahres eine neue Korrektur vorgenommen und hat damals 15 Milliarden prognostiziert. *(Abg. Dr. Androsch: Warum haben Sie das nicht hineingenommen?)*

Warum ich das jetzt auseinandersetze, meine Herren? Nicht um jetzt endgültige Verwirrung zu stiften, sondern um noch einmal klarzulegen, daß man mit diesem Instrument der Prognose doch sehr vorsichtig umgehen muß. *(Abg. Dr. Staribacher: Sicher!)* Denn dann passieren diese Dinge, mit denen wir uns nun seit zwei Stunden beschäftigen *(Abg. Dr. Staribacher: Auch vorsichtige Zahlen muß man sagen!)*, daß man Zahlen verwendet, die längst illusorisch sind, so wie der Wetterbericht von vor drei Jahren für das Wetter von morgen uninteressant ist. *(Beifall bei der ÖVP. — Abg. Lanc: Sagen Sie das Wetter von heute! Sagen Sie die aktuellsten Zahlen! — Abg. Dr. Staribacher: Sagen Sie Ihre Orientierungsgrößen! — Abg. Lanc: Sagen Sie, wann es schneit!)*

Herr Dr. Staribacher! Sie wissen ganz genau, daß wir jetzt beisammensitzen, um die Unterlagen für eine fundierte, für eine ordentliche Prognose auszuarbeiten, die aber dann wieder überholt sein wird, wenn neue Entscheidungen getroffen worden sind. Aber es hat wenig Sinn, jetzt ohne diese Unterlagen in die Luft zu prognostizieren. *(Abg. Dr. Staribacher: Da liegt nur der 1. März dazwischen und gar nichts anderes!)*

Herr Dr. Staribacher! Ich habe in meiner Budgetrede volle Klarheit darüber geschaffen, wie die Entwicklungstendenzen gehen. Aber es hat hier keinen Sinn, mit einzelnen Mil-

Bundesminister Dr. Koren

liarden herumzurechnen. Zu welchem Ergebnis führt das, Herr Dr. Staribacher? *(Abg. Lanc: Sie reden von der vollen Klarheit im Budget! Ich habe Sie vorher gebeten, sie zu qualifizieren! Sie haben gesagt, Sie werden es tun! Ich habe mich entschuldigt, aber Sie haben es nicht getan!)*

Sie haben mir auch vorgehalten, daß der Sanierungsbedarf, wie Sie es nennen, zwei Drittel ausmacht und nur ein Drittel Ihr Programm. Wie errechnen Sie diese Zahlen? Indem Sie von prognostizierten Zahlen, die Sie vorangestellt haben, einfach ... *(Abg. Doktor Androsch: In der Zukunft gibt es nur prognostizierte Zahlen!)* Ja, aber Prognosezahlen, Herr Dr. Androsch, die eindeutig nicht mehr richtig sein können, weil sie inzwischen überholt worden sind. *(Abg. Dr. Androsch: Geben Sie Ihre bekannt!)* Wenn ich Ihre Prognosezahlen nur um eine oder zwei Milliarden Schilling ändere, fällt dieses ganze Intrument zusammen. *(Abg. Dr. Androsch: Dann haben wir einen größeren Spielraum!)*

Und so war es auch, denn in der ersten Stufe Ihrer Überlegungen hatten Sie ja auch andere Zahlen eingesetzt. Warum operieren Sie mit solchen Kunststücken? *(Abg. Dr. Androsch: Sie haben beim „Paukenschlag" auch mit so einem Kunststück gearbeitet!)* Entschuldigen Sie, damals habe ich mit einer Vorausschätzung für das nächste Jahr operiert. *(Abg. Dr. Androsch: Nein! Für 1969/70!)* Das war die Vorschau. Aber wir wissen doch alle, daß jede Zahl, die dahintersteht, obsolet geworden ist, wenn die erste Maßnahme gesetzt ist. Sie operieren heute noch mit diesen Prognosezahlen von damals, die nicht mehr zutreffen. Ich glaube, das steht eindeutig fest.

Herr Dr. Androsch! Sie haben dann die Steuerbelastungsquote angeschnitten. Ich darf noch einmal feststellen: Bei den ausgewiesenen Zahlen handelt es sich um die Gesamtbelastung aus Steuern, Beiträgen, Sozialversicherungsbeiträgen, kurzum alles in allem. Ich darf noch einmal festhalten, daß der Anteil der Bundessteuern daran relativ zurückgeht.

Herr Abgeordneter! Sie haben weiter festgehalten, daß das vorliegende Budget ein Wahlbudget sei. Sie haben mir leider nicht gesagt, an welchen Kritierien Sie ... *(Abg. Dr. Androsch: Das haben die „Berichte und Informationen" gesagt! Ich habe nur zitiert!)* Sie haben zitiert, Herr Dr. Androsch, ja, aber sicher nicht, um sich von dieser Meinung zu distanzieren, nehme ich an. — Sie haben nicht hinzugefügt, Herr Dr. Androsch, an welchen Elementen dieses Staatshaushaltes Sie dieses Urteil messen, denn ich kann mir nicht vorstellen, daß die großen Brocken dieses Haushaltes — das sind der Personalaufwand, der Sozialaufwand und der Investitionsaufwand —, daß diese drei großen Bereiche Ihr Mißfallen erregt haben könnten. Und gerade diese drei Bereiche — es kommt noch der Schulbereich dazu — sind im Haushalt 1970 überdurchschnittlich dotiert. Wenn Sie das als Wahlbudget bezeichnen, kann ich Ihrer Meinung kaum mehr entgegentreten.

Sie sind, Herr Abgeordneter, noch einmal auf die Frage Bruttonationalprodukt und Staatsschuld eingegangen. Ich darf Sie noch einmal auf die Aufstellung auf Seite 330 des Arbeitsbehelfes verweisen. Wenn Sie, Herr Abgeordneter, noch ein Fünkchen Glauben an eine konjunkturelle Beweglichkeit eines Haushalts oder an eine antizyklische Budgetpolitik haben, dann werden Sie zugeben müssen, daß diese Relationszahlen schwanken können. Ich darf festhalten, daß in den hier ausgewiesenen Jahren 1958 bis 1969 der Anteil der Staatsschuld am Bruttonationalprodukt schwankt, zwischen 11,2 Prozent im Minimum und 13,8 Prozent im Maximum. Zwischen diesen Prozentzahlen, das sind also knappe 2 Prozent Schwankungsbreite in zwölf Jahren, bewegt sich der Prozentsatz des Anteils der Staatsschuld am Bruttonationalprodukt. Ich darf Sie, Herr Abgeordneter, in einem weiteren Zusammenhang auf eine Abbildung im Bericht der Nationalbank hinweisen, aus der eindeutig hervorgeht, daß Österreich — es ist in dieser Darstellung das dritte Land von links — unter jenen Ländern rangiert, in denen dieser Prozentsatz der niedrigste ist, den es überhaupt in Europa gibt.

Herr Abgeordneter! Sie haben weiter darauf hingewiesen — im Gegensatz zum Abgeordneten Dr. Weihs —, daß die Einnahmenseite des Haushalts zwar stimmen könnte, daß es aber in erster Linie auf der Ausgabenseite nicht stimme. Wenn ich mir vor Augen halte, Herr Abgeordneter, daß der Ausgabenrahmen des Haushalts über 100 Milliarden Schilling ausmacht, dann sind die Punkte, die Sie angeführt haben, nämlich die Lehrerbesoldung, die U-Bahn und die 43-Stunden-Woche, wohl keine Größenordnungen, die relevante Veränderungen bewirken können.

Ich möchte nur der Ordnung halber, weil Sie hier zum Ausdruck brachten, der Finanzminister habe bereits Bindungen vorgenommen, festhalten: Ich habe selbstverständlich noch keine Bindung vorgenommen, da ich zu einem Finanzgesetz, das nicht existiert, weil es noch nicht beschlossen worden ist, keine Bindungen aussprechen kann. *(Abg. Dr. Pittermann: Aber den Vollzug!)* Ich habe zum Ausdruck gebracht, daß im Vollzug des Finanzgesetzes durch eine Verlagerung der Ausgaben auf den späteren Ablauf des Jahres

Bundesminister Dr. Koren

eine gegenteilige Politik gegenüber den letzten zwei Jahren, eine entsprechende Nachfrageentlastung erfolgen soll.

Investitionsprogramm! Herr Abgeordneter, ich darf darauf hinweisen, daß ungefähr drei Viertel der gesamten Investitionsausgaben des Bundes programmäßig festgelegt sind. Das trifft zu, soweit es sich um gesetzliche Einnahmen für den gesamten Straßenbau handelt. Das trifft zu für die Beschaffungsprogramme der Österreichischen Bundesbahnen. Das trifft zu für den Fernsprechsektor durch das Fernsprechbetriebs-Investitionsgesetz. Das trifft zu für den Schulbau. Es sind also drei Viertel des gesamten Investitionsvolumens planmäßig oder programmäßig festgelegt. Daß ein Minimum an Beweglichkeit in einem Investitionshaushalt noch bestehen muß, wenn er überhaupt konjunkturpolitisch reagibel sein soll, glaube ich, steht außer Zweifel. *(Abg. Doktor Haider: Wertvolle Nachhilfestunde für Dr. Androsch! — Gegenrufe bei der SPÖ.)*

Herr Abgeordneter! Eine kleine Berichtigung darf ich noch einmal anbringen. Sie haben heute hier am Pult so wie schon vor einigen Wochen festgestellt, die Bundesregierung oder der Finanzminister hätten es bisher unterlassen, ein Kreditwesengesetz und ein Sparkassengesetz vorzulegen. Ich darf noch einmal sagen, Herr Abgeordneter: Das Paket der Kreditwesengesetze, also der vier Gesetze: Notenbankgesetz, Postsparkassengesetz, Kreditwesengesetz und Sparkassengesetz, wurde von der Bundesregierung im heurigen Frühjahr im Entwurf beschlossen und dem Hohen Hause zugeleitet. Ich bedaure es sehr, daß von diesen vier Gesetzen bisher nur zwei im Hohen Hause erledigt werden konnten und daß wahrscheinlich keine Aussicht mehr besteht, die beiden übrigen Vorlagen, die seit einem dreiviertel Jahr im Parlament sind, zu verabschieden. Das Bundesministerium für Finanzen und auch ich haben die Aufgaben erfüllt, denn ich habe ein knappes Jahr nach meinem Amtsantritt dieses Paket, bei dem es sich immerhin um vier sehr wesentliche Materien handelt, dem Hohen Hause vorgelegt. *(Abg. Dr. Androsch: Habe ich gar nicht behauptet, daß Sie es nicht vorgelegt haben!)* Doch, Sie sagen: die Regierung hat auf diesem Gebiet nichts getan. *(Abg. Doktor Androsch: In dieser Legislaturperiode nicht verabschiedet!)* Das haben Sie aber nicht gesagt, Herr Doktor! *(Zwischenrufe des Abg. Dr. Staribacher.)* Dr. Staribacher! Darüber können wir uns ein anderes Mal unterhalten. Ich bin nur nicht Ihrer Meinung, daß es möglich gewesen wäre.

Herr Dr. Androsch! Sie haben die Mehrwertsteuer angezogen. Sie wissen selbst, daß das Komitee sehr intensiv arbeitet. Ich habe bisher als frühesten Termin den 1. 1. 1972 genannt, aus rein technischen Gründen, und zwar deshalb, weil ich glaube, daß wir mindestens ein Jahr nach Beschlußfassung über das Gesetz benötigen, um alle Betroffenen in entsprechender Weise aufzuklären und mit dieser sehr tiefgreifenden Steuerreform vertraut zu machen. Nach rückwärts allerdings wird dieser Termin wieder dadurch begrenzt, daß, soweit ich informiert bin, handelspolitische Rücksichten einen möglichst frühen Termin nahelegen. Daß daneben die jeweilige konjunkturpolitische Situation zur Zeit der Einführung des Mehrwertsteuergesetzes eine erhebliche Rolle spielen wird, Herr Abgeordneter, darüber habe ich mich schon wiederholt geäußert, und das ist mir auch klar. Sie können versichert sein, daß darauf entsprechend Rücksicht genommen wird. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Präsident: Zum Wort gemeldet ist der Abgeordnete Dr. Bassetti. Ich erteile es ihm.

Abgeordneter Dr. **Bassetti** (ÖVP): Sehr geehrter Herr Präsident! Hohes Haus! Es ist natürlich schwer, wenn hinter einem Profi ein Amateur zu Wort kommt. Aber ich glaube, es schadet diesem Parlament nicht, wenn es auch noch ein paar Amateure gibt. Der Unterschied ist allerdings der, daß ich nicht als ... *(Zwischenrufe bei der SPÖ.)* Sie glauben es nicht ganz. Na ja, bitte. Trotz alledem, Herr Vizekanzler Dr. Pittermann, insofern bin ich noch Amateur, daß ich von diesem Job allein nicht zu leben vermag. Aber ich glaube, ein kleiner Unterschied zwischen Amateur und Profi liegt doch darin, daß die Amateure nicht so prognosegläubig, sondern mehr Praktiker sind, und das ist auch nicht unbedingt von Übel.

Da ich schon als Homo practicus dastehe, möchte ich, weil es in das Kapitel Finanzen gehört, ein Thema anrühren, das allerdings auch Kollege Androsch schon behandelt hat, nämlich das Thema der Mehrwertsteuer, das gerade in der Wirtschaft außerordentlich brennend geworden ist.

Das derzeitige Umsatzsteuersystem, die sogenannte Kaskadensteuer, ist praktisch nicht mehr haltbar. Aus mehrfachen Gründen: erstens einmal allein schon deswegen, weil es die so notwendige Kooperation absolut und damit auch die Strukturverbesserung praktisch verhindert, was für die Mittel- und Kleinbetriebe von besonderem Nachteil ist.

Zweitens, weil es bekanntlich eine Wettbewerbsverzerrung im Handel gibt. Sie wissen, daß unter der umsatzsteuerlichen Benachteiligung insbesondere der Einzelhandel gegenüber den in sich vertikal gegliederten Be-

Dr. Bassetti

trieben schwer leidet. Bei den vertikal gegliederten Betrieben wird vom Gesetz ein echtes Umsatzsteuergeschenk an große Betriebe gegeben. Die Konzentration, die aus diesem Grunde bei diesen Firmen auftritt, ist oft unecht und geschieht mehr aus rein steuerlichen Gründen. Die Mehrwertsteuer erst wird hier klare Verhältnisse schaffen. Sie wird Konzentrationen aus rein wirtschaftlichen Gründen fördern, sie wird vor allen Dingen auch im Handel einen echten Leistungswettbewerb fördern und mit sich bringen, ohne steuerliche Protektion oder Verzerrung.

Ein anderer Grund liegt auch darin, daß, wie wir ja wissen, die internationalen Demarchen gegen unser Ausfuhrvergütungssystem immer aggressiver werden und daß man ad calendas graecas die Dinge nicht verschieben kann, sodaß es allein aus diesem Grunde geboten erscheint, daß die Mehrwertsteuer so bald als möglich kommt. Denn ich glaube, daß hier auch mit gewissen Repressalien im Außenhandel zu rechnen sein müßte, wenn es zu lang dauert.

Ein weiterer Grund sollte auch in den Integrationsverhandlungen liegen, die ja jetzt anscheinend günstig anlaufen. Ich bin überzeugt, daß sich die EWG mit uns viel leichter tun wird, wenn wir in der Umsatzbesteuerung dasselbe System haben wie sie, also die Mehrwertsteuer, ein gleichartiges Umsatzsteuersystem, und die Exportvergütungen abgebaut haben.

So möchte ich mir die Frage an den Herrn Finanzminister erlauben — er ist leider nicht da —, ob es nicht möglich wäre, doch mit einer entsprechenden Forcierung die Vorbereitung so voranzutreiben, daß die Mehrwertsteuer vielleicht doch etwas früher in Kraft treten kann, zumal es ja doch in den verschiedenen Ländern bereits Vorbilder gibt, von denen man nach meiner Ansicht bereits profitieren könnte.

Auch der Nebeneffekt dieser Mehrwertsteuer ist uns ja nicht ganz unangenehm: Es gibt eine viel billigere Vorratshaltung; auch die Investitionen werden umsatzsteuerlich entlastet, sodaß gewisse Kapitalien — ich glaube, ich bin immer noch theoriekonform, Doktor Androsch — frei sind für eine verstärkte Investitionstätigkeit, womit auch eine verbesserte Konkurrenzfähigkeit gegeben wäre.

Hinsichtlich der Steuersätze kann ich mir vorstellen, daß jetzt im Laufe der Zeit verschiedene Wünsche geltend gemacht werden. Ich glaube aber, daß es zweckmäßig wäre, möglichst wenig unterschiedliche Steuersätze zu haben. Wahrscheinlich wäre der Idealfall, überhaupt nur zwei zu haben, denn es würde sonst doch eine etwas zu starke Komplikation für die Buchhaltung der einzelnen Firmen bedeuten; auch die Kontrollmöglichkeiten für die Finanzämter wären ungleich schwieriger.

Hinsichtlich des ermäßigten Steuersatzes könnten wir ohne weiteres auch von der Wirtschaft her — wenngleich natürlich auch verschiedentlich Gegenstimmen von Interessengruppen laut werden — doch den Wunsch äußern, daß man primär die Massenkonsumgüter, die dem täglichen Lebensbedarf dienen, steuerlich ermäßigen soll und dann in zweiter Linie noch die direkten Dienstleistungen, die unmittelbar am Endverbraucher erbracht werden, also insbesondere im Sektor Fremdenverkehr. Darüber hinaus, glaube ich, kann man mit Ermäßigungen außerordentlich sparsam sein. Hinsichtlich von echten Befreiungen von der Mehrwertsteuer wird man überhaupt besonders vorsichtig sein müssen.

Nur ein einziges Anliegen haben wir in dieser Angelegenheit, das uns sehr am Herzen liegt — es tut mir leid, daß der Herr Finanzminister nicht da ist, aber wir werden ja noch öfter Gelegenheit haben, es zu sagen: das ist die Frage der Steuerpauschalierung. Wir möchten unbedingt haben, daß diese Steuerpauschalierung auch bei Einführung des Mehrwertsteuersystems belassen wird, daß eine positive Lösung gefunden wird. Ich hatte allerdings immer geglaubt, daß wir da im Gegensatz zur SPÖ stehen, aber ich höre jetzt aus den Ausführungen des Kollegen Androsch, daß dem nicht so sei. Ich freue mich darüber, wir werden hier eine Schützenhilfe finden. Es müßte also ein Weg gefunden werden, der dem einzelnen nicht unzumutbare Abrechnungsbelastungen bringt, dem Finanzamt relativ einfache Kontrollmöglichkeiten schafft und auch dem Fiskus durch eine Besteuerungsgrundlage gerecht wird, die im Durchschnitt — im ganzen gesehen — richtig normiert wird. Das wäre unsere Bitte hinsichtlich der Mehrwertsteuer.

Und nun zu einem anderen Thema, das zwar nicht hier, aber im Finanz- und Budgetausschuß insbesondere von meinem verehrten Kollegen Dr. Tull angeschnitten worden ist: die sogenannten Überschreitungsermächtigungen im Finanzgesetz. Es ist das ein Kapitel, das dem Kollegen Tull besonders weh getan hat und wo er des öfteren eine Attacke gegen den Finanzminister geritten hat.

Im Bundesfinanzgesetz 1970 haben wir ja eine präzise Formulierung gefunden. In dem berühmten Artikel III Abs. 5 lit. b wird der Finanzminister vom Bundesfinanzgesetzgeber ermächtigt, einzelne Ausgabenansätze bis zu 25 Prozent zu erhöhen und bei kleinen An-

Dr. Bassetti

sätzen unter vier Millionen Schilling bis zu einer Million zu überschreiten.

Kollege Tull — und ich glaube, mit ihm wahrscheinlich die SPÖ — war immer anderer Meinung. Er glaubt, daß eine Million insgesamt die numerische Obergrenze für solche Überschreitungen sein soll. Das würde in der Praxis bedeuten, daß Bagatellpositionen zwar um 25 Prozent überschritten werden können, aber daß alle anderen Ansätze — egal, ob sie jetzt auf 5 Millionen, 50 Millionen oder 500 Millionen lauten — nur bis zu einer Million überschritten werden dürften, was natürlich praktisch eine Knebelung, eine totale Fesselung des Finanzministers bedeuten würde. Von einem Finanzminister verlangt man doch immerhin, daß er auch das Budget in einem gewissen Ausmaß zumindest flexibel handhaben kann, da ja bekanntlich dem Budget auch gewisse konjunkturpolitische Aufgaben gestellt sind.

Nun, Kollege Tull, hat der Verfassungsgerichtshof in seinen Budgeterkenntnissen an sich ja festgestellt, daß der Bundesfinanzgeber ohne weiteres solche Überschreitungsermächtigungen geben kann — natürlich jährlich, in jedem einzelnen Finanzgesetz —, nur muß das ziffernmäßig genau bestimmbar sein. Ich glaube, daß wir uns jetzt einig sind, daß mit dieser Formulierung zumindest dem Erkenntnis des Verfassungsgerichtshofes Rechnung getragen worden ist.

Es kommt — ich glaube, darin liegt ja die Verwechslung — nämlich dieser Betrag von einer Million einmal in der Bundesverfassung vor. Im Artikel 51 Abs. 2 steht, daß der Finanzminister ohne Ermächtigung im Einvernehmen mit dem Hauptausschuß bis zu einer Million Ausgaben tätigen kann; allerdings gegen nachträgliche Genehmigung des Nationalrates. Ich glaube nun, daß hier auch eine gewisse Verwechslung zwischen der einen und der anderen Million entstanden ist, denn bei uns handelt es sich ja nicht um Ausgaben, die der Finanzminister ohne Ermächtigung tätigt, sondern die sind ihm ja durch das Finanzgesetz gestattet worden.

Natürlich wird die Opposition immer Interesse haben, den Finanzminister möglichst zu binden, damit er sich möglichst wenig rühren kann; die Regierungspartei hat genau das gegenteilige Interesse. Wir sind interessiert, daß der Finanzminister auch ein verantwortlicher Chef seines Ressorts sein kann und nicht einfach bloß so ein besserer Staatsbuchhalter.

Die Sorge, die Sie geäußert haben, daß der Nationalrat dabei seine Budgethoheit einbüßen oder verlieren könnte, ist auch nicht so groß, denn der Finanzminister ist ja bei diesen Überschreitungsermächtigungen verhalten, die Bedeckung sofort zu finden, und auch bei der Bedeckung sind ihm, wenn Sie im Bundesfinanzgesetz nachsehen, weitgehende Bindungen auferlegt; er kann nicht irgendwo x-beliebig etwas streichen, sondern es ist ihm genau vorgeschrieben, in welchem Ausmaß und wo er Streichungen vornehmen kann. Daher glaube ich, daß diese ganze Aufregung doch mehr ein Sturm im Wasserglas ist; es wachsen dem Finanzminister keine Bäume in den Himmel. Und wenn Sie wissen, daß im heurigen Jahr von diesen Budgetüberschreitungsermächtigungen im Ausmaß von ganzen 7 Millionen Schilling Gebrauch gemacht worden ist, so, glaube ich, war diese Attacke wirklich ein Kampf gegen Windmühlen. Im übrigen, bei einem 100-Milliarden-Budget eine Ermächtigung von nur einer Million zu geben, wäre ja wirklich ein Witz.

Aber ich bin überzeugt, Kollege Tull, wenn die SPÖ dann nach dem 1. März 1970 wirklich an der Macht sein sollte, dann wird diese Frage bestimmt nicht mehr aktuell sein, dann sind Sie sicher für noch größere Ermächtigungen, für noch größere Flexibilität. Allerdings glaube ich, daß dem Finanzminister damit allein dann nicht mehr geholfen sein wird. Er wird wahrscheinlich nicht nur mehr Flexibilität brauchen, sondern, um alle diese Programme, die Sie jetzt so urfröhlich produziert haben, erfüllen zu können, unter Umständen auch etwas mehr Geld. Und da kommt nun jetzt die Gretchenfrage: Woher dieses Geld nehmen?

Ich habe mir sagen lassen, Herr Dr. Staribacher, daß Sie eine Pressekonferenz in der „Concordia" abgehalten haben und bei dieser Pressekonferenz hochnotpeinlich von den Journalisten gefragt wurden, woher dieses Geld käme; es sei nicht sehr viel herausgekommen. Mir wurde berichtet, wie das verlaufen ist.

Ich habe dann versucht, Kollege Staribacher, in einer einsamen Abendstunde — das gibt es bei mir, wenn ich in Wien bin — das Ergebnis dieser Pressekonferenz in einem Kurzzeiler etwas aus der Prosa doch ins Dichterische zu übertragen, und das würde so ungefähr wie folgt klingen. *(Abg. Dr. Staribacher: Ich habe geglaubt, Sie haben unsere Ziffern nachgerechnet!)* Die waren ja nicht zu kriegen! *(Abg. Dr. Staribacher: O ja, die haben wir ausgeteilt!)* Ja, aber das waren nur Andeutungen, das war nur ein Gutachten, aber keine Ziffern. Aber bleiben wir jetzt dabei. Ich habe also versucht, das Ergebnis Ihrer Pressekonferenz *(Abg. Lanc: Einen Dichter stört man nicht!)* aus der Prosa

Dr. Bassetti

ins Dichterische zu übertragen. Es ist nicht sehr viel daraus geworden, es war nämlich schon zu vorgeschrittener Abendzeit. *(Abg. Dr. Tull: Es bleibt einem nichts erspart! Erst der Kulhanek, dann Sie!)* Es ist nicht ganz versrein, aber irgendwie metrisch habe ich das versucht. Das hat dann ungefähr so geklungen. *(Zwischenrufe bei der SPÖ.)*

Präsident *(das Glockenzeichen gebend):* Also, wenn diese gelöste Stimmung nicht verlängernd wirkt, dann habe ich nichts einzuwenden! *(Heiterkeit.)*

Abgeordneter Dr. **Bassetti** *(fortsetzend)*: Das hört sich so an:

Bruno, Josef und der Hans
führten einen Eiertanz
um die Frage schicksalschwer:
Wo nehmt ihr das Geld bloß her?
„Um die Sach' zu finanzieren,
müssen wir — umstrukturieren!"
Doch den Reportern reicht's nicht ganz,
sie nannten's einen Schleiertanz.

(Beifall bei der ÖVP. — Abg. Dr. Staribacher: Ich habe geglaubt, Sie kritisieren unsere Ziffern!) Das kommt erst!

Jedenfalls wurde das Zauberwort „umstrukturieren" dort erfunden. In meinen Augen ist es eine Zauberformel, die alles und nichts sagt, unter der man sich zumindest nichts Konkretes vorstellen kann, das jede Deutung offenläßt. Umstrukturieren, so habe ich das Gefühl — schade, daß Dr. Staribacher schon weggegangen ist —, ist der neue Terminus technicus der sozialistischen Technokraten, um die alte marxistische Primitivformel „Den Reichen nehmen — den Armen geben" nun in ein anderes Kleid zu bringen.

„Umstrukturiert" wird nämlich laut Gutachten — ein Konzept ist ja nicht vorgelegt worden — bei den Staatsausgaben genauso wie bei den Staatseinnahmen. Wer nun wirklich wissen will, was „Umstrukturieren" bedeutet, dem muß es gelingen, einen Blick in das geheimnisvolle verborgene Finanzkonzept zu tun, das 22 Seiten stark ist, aber der Öffentlichkeit nicht geboten wird. Wenn man wirklich Gelegenheit hat, in dieses geheimnisvolle Finanzierungskonzept Einblick zu nehmen, dann erfährt man tatsächlich etwas Näheres über den Begriff der Umstrukturierung. Da heißt es nämlich zum Beispiel: Umstrukturierung der Staatseinnahmen durch Erhöhung der Vermögensteuer und der Steuerprogression für höhere Einkommen. Hier kommt also schon die alte, immer noch bestehende marxistische Eigentums- und Gewinnfeindlichkeit zur praktischen Anwendung.

Aber ich hatte mich damit nicht begnügt und habe versucht, in dem Heft, das Dr. Staribacher — er ist wieder nicht da, schade — nicht ganz unbekannt ist und das zu bekommen mir auch gelungen ist, genannt „Materialien zur künftigen Tätigkeit der Arbeiterkammern", nachzublättern, um vielleicht doch über den neuen Terminus technicus Näheres zu erfahren. Ich nehme an, daß das dieselben Autoren sind, die auch das sozialistische Wirtschaftsprogramm konzipiert haben. Da bin ich dann auf einen neuen Terminus technicus gestoßen, und zwar gleich unter Punkt 1, Wirtschaftsordnung. Da steht nämlich das neue Postulat einer „gleichmäßigen Einkommensverteilung". Dieser Begriff wird geprägt als eines der obersten wirtschaftspolitischen Ziele, die anzustreben sind.

Bislang hat man immer nur von drei solchen Zielen gesprochen. Diese hatten dann das sogenannte magische Dreieck gebildet, nämlich Vollbeschäftigung, Wirtschaftswachstum, Währungsstabilität. Das waren bislang sozusagen die drei Pole, die es gegolten hat, durch entsprechende wirtschaftspolitische Maßnahmen einigermaßen im Gleichgewicht zu halten. In Rezessionszeiten mußte man das Wirtschaftswachstum anheben, und in Zeiten der Konjunktur mußte man schauen, daß die Währungsstabilität preisdämpfend wirkt.

Und nun kommt hier in diesem sozialistischen Programm zu diesen drei Polen des magischen Dreiecks ein vierter dazu, und der heißt: „gleichmäßige Einkommensverteilung". Also ist es kein magisches Dreieck mehr, es wird jetzt ein magisches Viereck.

Ich nehme an, daß dieses Programm, das zwar unter dem Titel „Materialien zur künftigen Tätigkeit der Arbeiterkammern" läuft, letztlich auch ein sozialistisches Programm ist, daß die Maximen, die hier enthalten sind hinsichtlich „Wirtschaftsordnung" und so weiter, letztlich eine sozialistische Wirtschaftsordnung meinen.

Ich habe dann versucht herauszubekommen, was die Autoren unter diesem neuen Begriff „gleichmäßige Einkommensverteilung", was sogar als oberstes Ziel der „Wirtschaftsordnung" rangiert, verstehen. Das ist nämlich in dem Punkt 1 nicht genau erläutert.

Ich habe dann weitergeblättert, und eine Erklärung findet sich vermutlich unter Punkt 10, „Steuerpolitik". Da steht nämlich folgendes: „Reform der Steuerstruktur, durch die eine gleichmäßigere" — heißt es allerdings da — „Einkommensverteilung erreicht werden soll." Also, eine gleichmäßige oder — ich begrüße Sie, Dr. Staribacher — ... *(Abg. Doktor Staribacher: „gleichmäßigere" heißt*

Dr. Bassetti

es!) Ja, eben. Mir ist aufgefallen, daß es unter Punkt 1 „gleichmäßige Einkommensverteilung" heißt. Aber hier steht es so. Es muß also von Ihnen verschrieben worden sein. Ich würde Sie bitten, das noch zu korrigieren.

Also eine „gleichmäßige" oder, wie im Punkt 10, „gleichmäßigere Einkommensverteilung" scheint ein oberstes Ziel der Wirtschaftsordnung geworden zu sein und soll durch entsprechende Steuerreformen erreicht werden. Wenn man dann weiß, daß dazu noch eine Erhöhung der Vermögen-, Erbschafts- und Schenkungssteuer kommt, dann hat man eigentlich das sozialistische oder marxistische Gesellschaftskonzept praktisch ohnedies schon beisammen.

Früher eimal hat man zu all diesen Dingen „Expropriation der Expropriateure" gesagt. Das ist nimmer in Mode. Heute sagt man das nicht mehr. Man expropriiert nicht mehr, sondern, man tut jetzt „umstrukturieren", oder man sorgt für „gleichmäßige Einkommensverteilung". Man spricht ab heute nicht mehr schlechthin von arm und reich. Diese Begriffe haben sich schon innerhalb der Genossen etwas verändert. Statt „reich" sagt man heute „Besitzmillionäre". Die Besitzmillionäre sind nämlich die Betriebsinhaber, deren Gewerbebetriebe natürlich bald eine Million wert sind. Und denen verpaßt man dann die höhere Vermögensteuer.

Damit die armen Genossen Direktoren und so weiter bei einer schärferen Einkommensversteuerung nicht zum Handkuß kommen, beginnt man mit der Verschärfung der Progression bei 500.000 S Jahreseinkommen. Da erwischt man dann nämlich nicht die armen Genossen Direktoren, sondern man erwischt die Unternehmer, die ja bekanntlich auf Betriebsgewinn versteuert werden, wobei Betriebsgewinn ja nicht unbedingt gleichbedeutend ist mit persönlichem Einkommen. *(Abg. Dr. Staribacher: Herr Kollege Bassetti! Das gibt es in der ganzen westlichen Welt! Sie erzählen doch Märchen!)* Dr. Staribacher! Wenn das in der westlichen Welt so wäre, dann würde das wirklich harmloser sein, als wenn es in Wien oder Österreich wäre, wo der Austromarxismus immerhin noch ganz kräftige Wurzeln hat. *(Abg. Weikhart: Ordnungsruf!)*

Aber auch auf der Ausgabenseite des Budgets soll „umstrukturiert" werden. Besondere Zielscheibe sind da die sogenannten Preisstützungen. Allerdings wird in diesem Gutachten nicht gesagt, in welcher konkreten Form, in welcher konkreten Höhe diese Preisstützungen abgebaut werden sollen, wo der Abbau erfolgen soll. Und vor allen Dingen wird ganz schamhaft verschwiegen, wer die Folgen tragen soll. Soll sie nun der Konsument tragen in Form von höheren Preisen, soll sie der Landwirt tragen, indem er niedrigere Erzeugungspreise beziehungsweise höhere Betriebskosten hat? Das alles bleibt unausgesprochen.

Aber, meine Herren von der SPÖ, falls Sie planen sollten, mit Hilfe des Budgets die Landwirtschaft einzuschrumpfen oder, wie die Wiener sagen, ihr „die Gas odrahn", dann sagen Sie das doch lieber ganz offen und ehrlich. Dann wissen wir wenigstens alle mitsammen, wie wir daran sind. Und warum, meine Damen und Herren, verstecken Sie so schamhaft das Finanzierungskonzept? Warum winken Sie nur mit einem drei Seiten langen verschwommenen und nicht ganz klaren, verwaschenen und verschleierten Finanzierungsgutachten? Ich glaube immer, Sie halten hier etwas im Sack verborgen. Es tut mir leid, daß der Kollege Peter nicht da ist. Ich müßte ihm nämlich sagen: Kollege Peter, ich habe immer das Gefühl, in dem Sack, in dem die Sozialisten etwas verborgen haben, ist doch noch eine „rote Katze" drinnen. *(Zustimmung bei der ÖVP. — Abg. Melter: Er hat sie vorhin ausgepackt, und der Herr Vizekanzler hat sie übernommen!)*

Was mir beim Studium all dieser Sachen aufgefallen ist, war, daß Sie sehr nebulose Ausdrücke wie „Umstrukturieren", „gleichmäßige Einkommensverteilung" und so weiter gebrauchen, ohne eigentlich offen zu bekennen, was Sie damit meinen. Oder glauben Sie wirklich, daß die Leute, vor allem diejenigen, welche von der „Umstrukturierung" und von der „gleichmäßigen Einkommensverteilung" betroffen sind, erst nach dem 1. März dann aufgeklärt werden sollen? Ich glaube, wir riechen da etwas den Braten, meine Herren, oder wie die Berliner sagen: Nachtigall, ick hör dir trapsen! Wir glauben, daß hier ein sozialistisches Wirtschafts- und Finanzierungskonzept entstanden ist mit einem gezielten Schlag gegen Besitz und Gewinn, mit einem gezielten Schlag gegen die Selbständigen sowohl in der gewerblichen Wirtschaft wie auch in der Landwirtschaft.

Hinter diesen harmlosen Begriffen „Umstrukturieren" und „gleichmäßige Einkommensverteilung" steht praktisch nichts anderes als der alte Versuch der Verwirklichung einer marxistisch-sozialistischen Gesellschaftsordnung durch die Eliminierung der Selbständigen in der Wirtschaft und des Besitzes an den Produktionsmitteln. *(Abg. Müller: Der Fasching kommt erst!)* Dieser Fasching kann noch bitterer Ernst werden, falls Sie wirklich die Mehrheit bekommen.

Dr. Bassetti

Natürlich geschieht es heute unblutig auf kaltem Weg, es werden heute keine heißen Kampfparolen mehr geschmiedet, es wird alles harmlos mit technischen Ausdrücken besorgt. Die Revolution in Ihrem Sinne vollzieht sich also so. Wir haben auch den Verdacht, daß Sie nach wie vor von dem Vorbild oder von dem Idealbild der Titoistischen Staatswirtschaft durchdrungen sind *(Ruf bei der SPÖ: Sie lernen aber auch nichts dazu!)*, der Konkurrenzwirtschaft von Staatsbetrieben in Jugoslawien. Die „gleichmäßige Einkommensverteilung", meine Herren, die Ihnen da vorschwebt, wird in der Praxis einen völlig anderen Verlauf nehmen. Es wird nämlich nicht das stattfinden, was Sie sich erhoffen, nämlich eine Umverteilung von den Reichen zu den Armen, sondern es wird viel eher eine Umverteilung von den Fleißigen zu den Faulen stattfinden. Damit aber führen Sie das Ende der Leistungsgemeinschaft herbei. Damit untergraben Sie das Fundament des Wohlstandes.

Mit Ihren sieben sozialistischen Programmen wird nämlich dem Volk das alte, schon von Karl Marx geträumte Trugbild einer utopischen Versorgungsgesellschaft vorgegaukelt. *(Abg. Weikhart: Der hört nicht auf!)* Wie dann ein solches Sozialparadies ausschaut, kann man ja taxfrei dort sehen, wo der Sozialismus schon länger am Werk ist. *(Abg. Weikhart: Bassetti! Weihnachtsfriede! Nicht provozieren!)*

Aber, meine sehr geehrten Damen und Herren der sozialistischen Fraktion, das österreichische Volk ist nicht neugierig auf ein anderes Wirtschaftssystem, und schon gar nicht auf eines à la Tito. *(Abg. Weikhart: Oktroyieren Sie uns jetzt nicht den Tito auf!)* Das österreichische Volk ist, glaube ich, sehr zufrieden mit unserem Wirtschaftssystem der sozialen Marktwirtschaft; das hat uns immerhin Wohlstand und soziale Sicherheit gebracht.

Und nun etwas noch, meine Damen und Herren: Bei Übernahme der Regierungsverantwortung durch die Österreichische Volkspartei haben Sie sehr, sehr düstere Prophezeiungen über das Schicksal des Volkes in den nächsten vier Jahren von sich gegeben. Eingetreten ist, wie Sie alle wissen und zugeben müssen, das Gegenteil. Und nunmehr versprechen Sie mit einem Bukett von Programmen dem Volk das Blaue vom Himmel: Bei der Machtübernahme der SPÖ wird also die ewige Sonne scheinen. Aber auch das wird nicht in Erfüllung gehen.

Um das Zitat eines deutschen Politikers, auf österreichische Verhältnisse abgewandelt, zu gebrauchen, möchte ich sagen: Sie sitzen auf einem Friedhof falscher Prophezeiungen und verkünden neue Wahrheiten. Oder so, wie ich es unlängst in der „Wochenpresse" gelesen habe, auch etwas abgewandelt auf unsere Verhältnisse: Falsche Propheten brauchen eine laute Stimme und ein Volk mit einem kurzen Gedächtnis. *(Beifall bei der ÖVP. — Abg. Dipl.-Ing. Dr. Oskar Weihs: Das merkt man bei Ihnen!)*

Präsident: Zum Wort gemeldet ist der Abgeordnete Lanc. Ich erteile es ihm.

Abgeordneter **Lanc** (SPÖ): Herr Präsident! Hohes Haus! Meine Damen und Herren! Der Herr Kollege Bassetti hat sich jetzt als Schleiertänzer betätigt. Ich habe seinem Verslein zugehört. Ich möchte mir über die dichterischen Qualitäten kein Urteil anmaßen, ich bin kein Rezensent für Heimatdichter. Aber ich muß sagen, seine Schlußfolgerung, daß das ein Schleiertanz gewesen ist, ist gar nicht so etwas Abwertendes für uns, denn am Schluß eines Schleiertanzes, meine Damen und Herren, kommt die nackte und schöne Wahrheit zutage *(Heiterkeit)*, und insofern sind wir also durchaus mit seinem Verslein einer Meinung. Ich sage das nicht nur aus Vorweihnachtsstimmung heraus. Ich will es mir in Anbetracht der Vorweihnachtsstimmung aber ersparen, mich noch näher mit seinen Wertungen der Unterlagen, die die Arbeiterkammer erarbeitet hat, auseinanderzusetzen. Ich möchte nur soviel sagen, nachdem heute kein Redner des ÖAAB mehr zum Wort kommt: Die Unterlagen, die die Arbeiterkammern erarbeiten, sind nicht von den Sozialisten erarbeitet, sondern es sind die Unterlagen der Arbeiterkammern, der gesetzlichen Standesvertretung aller Arbeiter und Angestellten, unabhängig von ihrer politischen Zugehörigkeit. Das möge bitte auch der Kollege Doktor Bassetti zur Kenntnis nehmen.

Und nun, meine Damen und Herren, noch ein Wort zu der Erwiderung des Finanzministers auf die Erwähnung meines Kollegen Androsch, daß der Finanzminister in der Fragestunde als Voraussetzung dafür, daß er Androsch Auskünfte gibt, Zahlen von Androsch verlangt hat. Ich habe leider, nachdem es noch nicht gedruckt erschienen ist, das stenographische Protokoll nicht zur Verfügung, jedoch die „Parlamentskorrespondenz", die uns allen für das rasche Erfassen von Sachverhalten bekannt ist. Diese „Parlamentskorrespondenz" schildert das Frage- und Antwortspiel zwischen Androsch und dem Finanzminister in der zweiten Sitzung vom 11. Dezember 1969 folgendermaßen:

Lanc

Frage Androsch: „Berechnungen haben ergeben, daß für 1971 ein Budgetdefizit von 16,5 Milliarden Schilling, für 1972 von 20 Milliarden Schilling und für 1973 von 18 Milliarden Schilling zu erwarten wäre. Sind Sie, Herr Finanzminister, zur Überprüfung dieser Zahlen bereit, Ihre Orientierungsgrößen oder Weg- oder Marksteine — so haben Sie das genannt — bekanntzugeben?"

Daraufhin antwortete der Finanzminister: „Falls Sie bereit sind, mir die von Ihnen genannten Berechnungen samt Unterlagen zur Verfügung zu stellen, bin ich gerne bereit, mich darüber mit Ihnen auseinanderzusetzen." Also der Finanzminister hat nicht einmal unter der Voraussetzung der Bekanntgabe der Zahlen Androschs sich verbindlich bereit erklärt, seine Zahlen bekanntzugeben. So ist in Wirklichkeit der Sachverhalt! Es ist also noch wesentlich weiter von dem entfernt, was der Finanzminister hier vertreten hat.

Meine Damen und Herren! Das Defizit des Staatshaushaltes ist in der Zeit der ÖVP-Alleinregierung — ziffernmäßig wurde das heute bereits von uns belegt und ist unwidersprochen geblieben — erheblich angestiegen, und zwar von 3,7 Milliarden im Jahre 1966 auf unserer Berechnung nach mehr als 10 Milliarden Schilling, nach Auffassung des Finanzministers auf 9 Milliarden Schilling im Jahre 1970. Die Staatsschuld ist von 28,3 Milliarden Schilling Ende 1965 auf 43,4 Milliarden Schilling Ende 1969 angestiegen und wird sich im Laufe des Jahres 1970 auf 48 bis 49 Milliarden Schilling erhöhen. Das ist die Bilanz der Finanzpolitik der ÖVP-Bundesregierung!

Man kann nun über die Interpretation dieser Bilanz verschiedener Auffassung sein, aber die Tatsachen bleiben bestehen.

Ich habe in der vorjährigen Generaldebatte versucht, das Thema der Budgetstruktur nicht nur eines Jahres, sondern mehrerer Jahre anzuschneiden. Es ist in der Budgetdebatte des Vorjahres niemand auf dieses Problem eingegangen, was nicht nur ich bedauert habe, sondern was auch unabhängige Beobachter in Fachkreisen, wie etwa der heute von Kollegen Scherrer zitierte Journalist Professor Knapp, bedauert haben. Leider ist es — diese Bilanz kann man heute ziehen — auch heuer von seiten der Regierungsfraktion zu keiner ernsthaften Debatte über die Budgetstruktur gekommen.

Wie wichtig gerade die Diskussion dieses Problems wäre, möchte ich nur an einem Beispiel illustrieren. Der Verwaltungsaufwand (Personal- und Sachaufwand) für die Bundesverwaltung betrug im Jahre 1965 23 Milliarden Schilling, im Jahre 1970 wird er sich auf 37 Milliarden Schilling belaufen. Der Verwaltungsaufwand auf dem Personal- und Sachaufwandsektor ist also in der Zeit der ÖVP-Regierung um 14 Milliarden Schilling oder 60 Prozent gestiegen. Im gleichen Zeitraum hat sich das Budget um 34,5 Milliarden Schilling oder um 52 Prozent ausgeweitet. Der Verwaltungsaufwand ist somit um 8 Prozent stärker gestiegen, als sich das Budget ausgeweitet hat. Das heißt, daß die Regierung, die glaubte, einen eigenen Staatssekretär für Verwaltungsreform und Verwaltungseinsparung einstellen zu müssen, also nicht imstande war, auch nur jene Quote des Verwaltungsaufwandes zu halten, die in der vorangegangenen letzten Koalitionslegislaturperiode üblich war.

Meine Damen und Herren! Der Herr Bundeskanzler hat selber bei seiner Regierungsumbildung in der „Halbzeit" dieser Legislaturperiode davon gesprochen — Sie können das in seiner Regierungserklärung vom 23. Jänner 1968 nachlesen —, daß man bisher zu gebefreudig gewesen sei, wobei er vorsichtshalber — er kann sich ja nicht selber in seinen ersten zwei Amtsjahren kritisieren — eine Zehnjahresperiode herangezogen hatte. Aber ich glaube, daß die heutigen Erörterungen der Entwicklung der Staatsausgaben und Staatseinnahmen in den letzten vier Jahren deutlich unter Beweis gestellt haben, daß es gerade diese wenigen Jahre der ÖVP-Alleinregierung gewesen sind, die zu einer derartigen Disparität zwischen Ausgaben und Einnahmen und letzten Endes auch dazu geführt haben, daß wir heute mit größter Sorge darüber erfüllt sind, wie wir in der nächsten Legislaturperiode — und davor ist keine Fraktion dieses Hauses gefeit, weil es nicht feststeht, wer das nächste Mal in Opposition sein und wer in den Regierungsbänken sitzen wird — aus dieser Situation herauskommen sollen. *(Zustimmung bei der SPÖ.)*

Noch einmal zurück zu dieser deprimierenden Budgetsituation. Nach der jetzigen Rechtslage, so meinen wir, ergeben sich Defizitprognosen für die Jahre 1971 bis 1974 in der Größenordnung zwischen 16 Milliarden und 20 Milliarden Schilling, was jahresweise schwankt. Jeder weiß, daß das nicht finanzierbar ist. Aber, meine Damen und Herren, das hat den Herrn Vizekanzler Dr. Withalm bei seiner vorgestrigen Wortmeldung nicht gehindert zu erklären, er könne nicht verstehen, wieso wir Sozialisten an diesem Defizit etwas auszusetzen hätten. *(Abg. Dr. Withalm: Das habe ich nicht gesagt!)* Ich werde Sie noch genau zitieren, Herr Vizekanzler! *(Abg. Dr. Withalm: Das wird in dem Fall notwendig sein!)*

Lanc

Man kann natürlich die Schuldendienstprognosen als überholt betrachten, indem man sagt, man schiebt Schulden hinaus, so wie man das auch im heurigen Jahr tat und im nächsten Jahr tun wird, gegenüber den ursprünglich bei Aufnahme der Schulden festgesetzten Rückzahlungs-, also Tilgungsquoten. Aber man darf doch eines nicht vergessen: Jede dieser Schuldverschiebungen bringt wieder eine neue Belastung des Budgets. Eine Milliarde Schilling Schulden, die in einem Jahr fällig gewesen wären, um ein einziges Jahr hinauszuschieben bedeutet einen Zinsenverlust in der Größenordnung zwischen 80 Millionen und 100 Millionen Schilling. Wenn ich noch einmal auf meinen Kollegen Wielandner, den Bürgermeister von Bischofshofen, zurückkommen darf, dann möchte ich nur sagen, daß den Gemeinden beispielsweise bei der Bewältigung des ungeheuren Finanzbedarfes für die Schulraumbeschaffung mit einem solchen Betrag sehr wohl und sehr wesentlich geholfen wäre. Man kann daher diese Art der Politik, diese Art des Verschiebens von Schulden nicht so ohneweiters hinnehmen, ohne auf die Folgen aufmerksam zu machen.

Meine Damen und Herren! Wir haben heute die ÖVP und den Finanzminister gefragt, wie es weitergehen soll. Wir haben darauf, so wie auch in der Ausschußdebatte, in Wirklichkeit keine konkrete Antwort erhalten. Wir haben nur von Herrn Kollegen Mussil eine Antwort erhalten, der davon gesprochen hat, er habe so das Gefühl, daß wir politisches Kapital aus der jetzigen Situation schlagen wollen. Herr Kollege Mussil, das liegt uns fern. Aber wir wollen die Dinge, die für die Zukunft Österreichs entscheidend sind, ordentlich erörtert und diskutiert wissen, und wir wollten heute und in den vergangenen Tagen der Regierungsfraktion noch einmal Gelegenheit geben, zu sagen, was sie sich vorstellt, was sie tun will.

Der Finanzminister hat sich heute beharrlich geweigert, auf konkrete Größen in der Debatte über die Budgetprognosen für die nächsten Jahre einzugehen. Er hat gesagt, die Prognosetechnik reicht dazu nicht aus.

Nehmen wir an, diese Ansicht stimmt, meine Damen und Herren. Wenn sie aber stimmt, dann muß ich fragen: Wieso ist der Herr Finanzminister in der Lage, Steuersenkungen für die nächste Legislaturperiode zu versprechen, wenn die Prognosetechnik nicht ausreicht und wenn es also angeblich nicht möglich ist, die Entwicklung der Budgets in den nächsten Jahren abzuschätzen? In einem solchen Falle läßt sich doch nur der Schluß daraus ziehen, daß aus rein politisch-opportunistischen Gründen auf diese Dinge nicht vom Finanzminister, nicht von der Regierungsfraktion eingegangen werden soll.

Vorgestern hat Herr Vizekanzler Withalm sozusagen die Schlußphase der Budgetdebatte mit der Aufforderung vor allem an die sozialistische Opposition eingeleitet, der Fuchs solle doch endlich aus seinem Bau herauskommen. Meine Damen und Herren, Sie wissen: Wenn der Fuchs im Bau sitzt, gehören zur Fuchsjagd Dachshunde, die ihn heraustreiben. Die ÖVP hat heute, wenn ich beim Bild des Herrn Vizekanzlers bleibe, einige Dachse in unseren Bau zu senden versucht: Herrn Sandmeier, Herrn Dr. Mussil, Herrn Scherrer und zuletzt Herrn Dr. Bassetti. Sie wurden zwar in die Fuchsröhre geschickt, sie sind aber, ohne den Fuchs getroffen zu haben, auf der anderen Seite wieder herausgesaust. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Präsident: Zum Wort gemeldet hat sich der Herr Finanzminister. Ich erteile es ihm.

Bundesminister für Finanzen Dr. **Koren:** Herr Präsident! Hohes Haus! Ich glaube, daß die bisherige Budgetdebatte, die sich allmählich ihrem Ende zu nähern scheint, gezeigt hat, daß ein Wort von Anthony Eden zutrifft, der einmal sagte: „Von einem Finanzminister verlangt man äußerste Sparsamkeit im allgemeinen und größte Freizügigkeit im besonderen." *(Abg. Robert Weisz: Und dann hat er gehen müssen!)*

In diesem Wort ist die ganze Widersprüchlichkeit der gesellschaftlichen Auseinandersetzung zu finden, die Tatsache, daß es keine Politik aus dem Computer geben kann, daß es den Ausgleich zwischen den vielfältigen Interessen unserer Gesellschaft nicht rechnerisch zu ermitteln gilt, sondern im Widerstreit und im Ausgleich der Meinungen der Vertreter der einzelnen sozialen Gruppen. Ich glaube, daß bei aller Härte und Angeregtheit, in der hier die Meinungen aufeinanderprallten, eines doch über all dem gestanden ist: die Sorge aller, die hier für die österreichische Bevölkerung sprechen, die Sorge um die Zukunft.

Diese Zukunft, die es zu bewältigen gilt, haben wir, glaube ich, im Laufe dieser Debatte ein Stück dadurch weiter gesichert, daß nun ein Haushalt verabschiedet wird, der eine Fortführung der Staatstätigkeit, der wirtschaftlichen Aufgaben des Staates ununterbrochen ermöglicht. Ich bin mir bewußt, daß mit diesem Haushalt nicht alle Probleme gelöst sind, die es zu lösen gilt, weil das Leben täglich neue Probleme stellt. Diese Probleme werden wir auch in kommenden Jahren zu lösen haben,

Bundesminister Dr. Koren

wenn wir für die Menschen unseres Landes eine glückliche und gesicherte Zukunft schaffen wollen. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Präsident: Zum Wort ist niemand mehr gemeldet. Die Debatte ist geschlossen.

Der Herr Generalberichterstatter bittet um das Schlußwort. Ich erteile es ihm.

Generalberichterstatter **Tödling** *(Schlußwort)*: Hohes Haus! Meine Damen und Herren! Einer alten Übung entsprechend, möchte ich Ihnen die Bilanz über die Haushaltsdebatte, soweit sie die Redner und die Redezeiten betrifft, zur Kenntnis bringen.

Mit den Debatten wurde am 1. Dezember begonnen, sie enden heute am 19. Dezember. Klammert man die Wochenenden und die normalen Haussitzungen aus, ergeben sich für das Budget 12 Verhandlungstage.

172 Redner haben im Plenum zum Haushaltsvoranschlag 1970 99 Stunden 35 Minuten gesprochen; es fehlen also nur 25 Minuten auf 100 Stunden.

Ich möchte bemerken, daß es sich um Nettosprechzeiten handelt.

Nach Fraktionen gliedern sich die Redner zahlenmäßig wie folgt auf: 56 der ÖVP, 91 der SPÖ, 25 der FPÖ.

Regierungsmitglieder haben im Zuge der Aussprache 24mal das Wort ergriffen.

Die längste Redezeit hatte der Abgeordnete Ulbrich mit 1 Stunde 33 Minuten aufzuweisen. Am längsten dauerte die Debatte über die Gruppe I, Oberste Organe, mit 12 Stunden 24 Minuten.

Meine Damen und Herren! In meinem vorjährigen Abschlußbericht zum Budget 1969 habe ich berichtet, daß die damalige Debatte hinsichtlich der Dauer und der Rednerzahl einen absoluten Rekord darstellte. Die diesjährige Debatte um das Bundesfinanzgesetz 1970 darf, verglichen mit weiter zurückliegenden Jahren, als üblich bezeichnet werden.

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Angesichts des Endes dieser Legislaturperiode gestatten Sie abschließend dem Generalberichterstatter ein persönliches Wort. Meine Schlußbemerkung begründet sich auf die als Generalberichterstatter gemachten Erfahrungen.

Sollte das Hohe Haus eine Reform der künftigen Budgetdebatten anstreben, so wird man vielleicht auf die Funktion des Generalberichterstatters nicht verzichten können. Ersuchen möchte ich Sie, meine Damen und Herren, darum, daß Sie den Abgeordneten, den Sie mit dieser Funktion betrauen, nicht auf diesem Sessel hier isolieren. Ich meine damit, daß auch der Generalberichterstatter die Möglichkeit bekommen müßte, sich als Redner zu Worte zu melden.

Zum Schluß, meine Damen und Herren, möchte ich mich bei allen Fraktionen für das Wohlwollen bedanken, das Sie dem Generalberichterstatter sowohl im Finanzausschuß als auch hier im Plenum bekundet haben. *(Beifall bei der ÖVP und bei Abgeordneten der SPÖ.)*

Präsident: Wir gelangen nunmehr zunächst zur Abstimmung über die Beratungsgruppe XI. Diese umfaßt Kapitel 50: Finanzverwaltung, Kapitel 51: Kassenverwaltung, Kapitel 52: Öffentliche Abgaben, Kapitel 53: Finanzausgleich, Kapitel 54: Bundesvermögen, Kapitel 55: Pensionen (Hoheitsverwaltung), Kapitel 56: Familienlastenausgleich, Kapitel 57: Staatsvertrag, Kapitel 59: Finanzschuld, Kapitel 73: Salz (Monopol), Kapitel 74: Glücksspiele (Monopol), Kapitel 75: Branntwein (Monopol), Kapitel 76: Hauptmünzamt, Kapitel 80: Postsparkassenamt.

Ich bitte jene Damen und Herren, die diesen Kapiteln in der Fassung des Ausschußberichtes ihre Zustimmung geben, sich von den Sitzen zu erheben. — Das ist die Mehrheit. Angenommen.

Über die zur Beratungsgruppe XI eingebrachten Entschließungsanträge wird nach der dritten Lesung abzustimmen sein.

Wir kommen nunmehr zur Abstimmung über das Bundesfinanzgesetz und die dazugehörigen Anlagen.

Ich lasse zuerst über den Entwurf des Textes des Bundesfinanzgesetzes für das Jahr 1970 selbst abstimmen, sodann über alle Anlagen, soweit über sie nicht bereits abgestimmt worden ist. Es sind dies folgende Anlagen: die Anlagen I a bis I d, Gesamtübersichten, Systemisierungsplan der Kraft-, Luft- und Wasserfahrzeuge des Bundes, der eine Anlage zum Bundesvoranschlag darstellt, und Anlage II, Dienstpostenplan. — Über die Anlage I, Bundesvoranschlag, ist bereits im Zusammenhang mit der Behandlung der einzelnen Beratungsgruppen abgestimmt worden.

Wir kommen nunmehr zur Abstimmung über den Entwurf des Textes des Bundesfinanzgesetzes selbst. Ich bitte jene Damen und Herren, die dem Text des Bundesfinanzgesetzes in der Fassung des Ausschußberichtes ihre Zustimmung erteilen, sich von den Sitzen zu erheben. — Das ist die Mehrheit. Angenommen.

Wir kommen nunmehr zur Abstimmung über alle zum Bundesfinanzgesetz für das Jahr

Präsident

1970 gehörigen Anlagen, soweit über sie nicht bereits abgestimmt worden ist.

Ich lasse zunächst über die Anlagen I a bis I d, Gesamtübersichten, in der Fassung des Ausschußberichtes abstimmen und bitte jene Damen und Herren, die diesem Teil der Vorlage unter Berücksichtigung der sich aus den Spezialberichten zu den Beratungsgruppen X und XI ergebenden Änderungen ihre Zustimmung geben, sich von den Sitzen zu erheben. — Das ist die Mehrheit. Angenommen.

Ich lasse nunmehr über den Systemisierungsplan der Kraft-, Luft- und Wasserfahrzeuge des Bundes, der eine Anlage zum Bundesvoranschlag bildet, in der Fassung des Ausschußberichtes abstimmen und bitte jene Damen und Herren, die hiezu ihre Zustimmung geben, sich von den Sitzen zu erheben. — Das ist die Mehrheit. Angenommen.

Schließlich lasse ich nunmehr über die Anlage II zum Bundesfinanzgesetz, das ist der Dienstpostenplan, abstimmen und bitte jene Damen und Herren, die diesem in der Fassung der Regierungsvorlage ihre Zustimmung erteilen, sich von den Sitzen zu erheben. — Das ist die Mehrheit. Angenommen.

Damit ist die Abstimmung in zweiter Lesung beendet.

Der Berichterstatter beantragt die sofortige Vornahme der dritten Lesung. — Einwand wird nicht erhoben.

Ich bitte somit jene Damen und Herren, die dem vorliegenden Gesetzentwurf samt allen Anlagen auch in dritter Lesung ihre Zustimmung erteilen, sich von den Sitzen zu erheben. — Das ist die Mehrheit. Der Gesetzentwurf ist somit auch in dritter Lesung angenommen.

Damit ist das Budget für das Jahr 1970 verabschiedet.

Wir gelangen nunmehr zur Abstimmung über die zur Beratungsgruppe XI, Finanzen, eingebrachten beiden Entschließungsanträge, die dem Ausschußbericht beigedruckt sind.

Im ersten Entschließungsantrag wird die Bundesregierung ersucht, dem Nationalrat den Entwurf für eine Novelle zum Bundesgesetz über die Anmeldung von Sachschäden, die durch Umsiedlung oder Vertreibung entstanden sind, vorzulegen.

Ich bitte jene Damen und Herren, die diesem Entschließungsantrag ihre Zustimmung geben, sich von den Sitzen zu erheben. — Einstimmig angenommen.

Im zweiten Entschließungsantrag wird die Bundesregierung ersucht, für die bisher unberücksichtigt gebliebenen Vermögensverluste der in Österreich lebenden Heimatvertriebenen ehest mit der Bundesrepublik Deutschland Verhandlungen über eine entsprechende finanzielle Beteiligung aufzunehmen und einen entsprechenden Betrag für weitere Entschädigungen zur Verfügung zu stellen.

Ich bitte jene Damen und Herren, die diesem Entschließungsantrag zustimmen, sich von den Sitzen zu erheben. — Einstimmig angenommen.

Die Tagesordnung ist erschöpft.

Ich teile mit, daß seitens der Bundesregierung folgende Regierungsvorlage eingelangt ist:

Bundesgesetz über die Gründung der Hochschule für Bildungswissenschaften in Klagenfurt (1486 der Beilagen).

Im Einvernehmen mit den Parteien weise ich diese Vorlage sogleich dem Unterrichtsausschuß zu.

Die nächste Sitzung berufe ich für Mittwoch, den 21. Jänner 1970, um 10 Uhr ein. Diese Sitzung findet zur Abhaltung einer Fragestunde statt. Außerdem erfolgen allfällige in der Geschäftsordnung vorgesehene Verlautbarungen des Präsidenten.

Hohes Haus! Meine Damen und Herren! In wenigen Minuten beenden wir die letzte Sitzung vor den Weihnachtsfeiertagen, die letzte Sitzung in diesem Jahr. Ich glaube Ihrer Zustimmung sicher zu sein, wenn ich heute aus einem schwerwiegenden Grund auf eine grundsätzliche Rückschau verzichte. In wenigen Wochen finden die letzten Sitzungen der Legislaturperiode statt. Dann wird der Augenblick für einen Rückblick, einen Ausblick, eine Bewertung und eine besinnliche Betrachtung grundsätzlicher hintergründiger Probleme gegeben sein.

Ich möchte mich daher heute darauf beschränken, Ihnen allen, meine Damen und Herren, herzlichst für Ihre Arbeit zu danken. Denn eines steht wohl fest: In dieser Periode, die durch die Tatsache einer Regierungspartei auf der einen und der Oppositionsparteien auf der anderen Seite gekennzeichnet war, ist in diesem Hause sehr intensive sachliche Arbeit geleistet worden. Jeder einzelne hat aus seiner Überzeugung und aus seiner Perspektive zu den einzelnen Gesetzen Stellung genommen. Schließlich haben ja Gesetze Auswirkungen auf das Leben unseres Volkes.

Ich möchte Ihnen daher dafür danken und gleichzeitig meine besten Wünsche für ein

Präsident

besinnliches, ruhiges Weihnachtsfest und für ein gutes und glückliches neues Jahr anschließen.

Ich möchte in Ihrer aller Namen unseren Mitarbeitern, den Beamten und Stenographen dieses Hauses herzlichst danken. *(Allgemeiner Beifall.)* Sie waren, so wie in den vergangenen Jahren, in ihrer Arbeit gewissenhaft, zuverlässig und fleißig, sie haben es ermöglicht, daß kein Sand in das Getriebe gekommen ist und wir in unseren Arbeiten nicht gehemmt wurden, sondern sie wirklich voll und ganz erfüllen konnten.

Ebenso möchte ich in Ihrer aller Namen dem österreichischen Volk ein gesegnetes Weihnachtsfest und im privaten Kreis ein gutes neues Jahr wünschen.

Eine Bitte, auch in Ihrer aller Namen, möchte ich an das österreichische Volk aussprechen: Man redet heute sehr viel von der Malaise in unserer Zeit, vom „Unbehagen", man spricht — sicherlich mit viel Berechtigung — von der Notwendigkeit einer Reform der Demokratie. Aber eines sollte man nicht vergessen: Dieses österreichische Volk kann sorglos friedliche Weihnachten feiern. Wenn wir über eine bestimmte Grenze blicken, dann sehen wir schwere soziale Unruhen, heftige politische Auseinandersetzungen, furchtbare Attentate. Ich glaube, dort könnte man mit mehr Berechtigung von einem „Unbehagen" sprechen.

Wenn auch oft dieses Parlament, die Politiker und die Parteien kritisiert werden, verdankt das österreichische Volk den inneren Frieden nicht zuletzt den Männern und Frauen, die in intensiver Arbeit für ihn eintreten.

In dieser Gesinnung wollen wir Weihnachten und Neujahr als eine Einheit, eine Gemeinschaft, die alles Trennende überbrückt, feiern; als die Gemeinschaft der Österreicher im österreichischen Vaterland. *(Allgemeiner Beifall.)*

Die Sitzung ist g e s c h l o s s e n.

Unter dem Beifall des Hauses begeben sich die Klubobmänner Dr. W i t h a l m, Doktor P i t t e r m a n n und Dr. van T o n g e l zum Präsidenten und sprechen ihm die besten Wünsche für Weihnachten und Neujahr aus.

Schluß der Sitzung: 16 Uhr 50 Minuten

Österreichische Staatsdruckerei L0089939